



Versammlungsfreiheit
Freiheit Hetze Demokratie
Vielfalt Ausgrenzung
Vorurteile Meinungsfreiheit
Religionsfreiheit Terrorismus
Rassismus Menschenwürde
Toleranz Extremismus
Gleichberechtigung

Verfassungsschutzbericht
des Landes Nordrhein-Westfalen
über das Jahr 2016



Impressum

Herausgeber

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@im1.nrw.de
www.im.nrw.de/publikationen

Stand: September 2017
Druck: Silber Druck oHG, Niestetal
Fotos: picture alliance / dpa / abaca / Michael Kappeler/dpa / Caroline Seidel/dpa / Federico Gambarini/dpa, Polizei NRW, Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen



Europa befindet sich im Fadenkreuz des islamistischen Terrorismus. Das haben uns die Anschläge allein im Jahr 2016 auf schreckliche Weise vor Augen geführt: Frankreich, Belgien, Großbritannien und in Deutschland Würzburg, Ansbach, Hannover, Essen und Berlin. Um Angriffe auf unsere freie und offene Gesellschaft verhindern zu können, wird die neue Landesregierung unsere Sicherheitsbehörden mit dem Personal, der Technik und den Befugnissen ausstatten, die sie dafür brauchen.

Die Terroristen sind international vernetzt. Deshalb müssen die Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder mit ihren internationalen Partnern noch besser Informationen austauschen. Das ist eine der Lehren, die aus dem Fall Amri gezogen werden müssen. Unser wehrhafter Rechtsstaat darf sich nicht von seinen Feinden überlisten lassen. Denn diese Feinde und ihre perfiden Taten sind für die freiheitliche demokratische Grundordnung sehr viel gefährlicher, als mehr Eingriffsbefugnisse für die Beschützer dieser Ordnung es sind. Der Rechtsstaat sorgt für Freiheit in Sicherheit. Er bedroht sie nicht.

Das Gefühl der Bedrohung setzt eine Gesellschaft hohem Stress aus. Diese Verunsicherung ist das Kapital von Extremisten – ganz egal welcher Ideologie. Wir können Wechselwirkungen beobachten: Islamistischer Terror löst Reaktionen und Aktionen von Rechtsextremisten aus. Darauf wiederum reagieren Linksextremisten. Zudem ändert sich die Form politischer Kommunikation in extremistischen Organisationen. Beispiele dafür liefert die rechtsextremistische Identitäre Bewegung. Ihre Ästhetik ist auf die sozialen Netzwerke zugeschnitten – ihre öffentlichen Banneraktionen adaptieren mediengerecht Formen der ökologischen Protestkultur. Ihre zeitgemäße *corporate identity* ändert nichts daran, dass in neuer und moderner Gestalt rechtsextremistisches Gedankengut verbreitet wird.

Von der anderen Seite des politischen Spektrums aus wird der Rechtsstaat ebenfalls angegriffen. Linksextremisten legitimieren Gewalt in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner nicht nur, sondern eskalieren die Gewaltanwendung gegen Personen und Sachen. Ein besonders markantes Beispiel dafür waren die gewalttätigen Proteste im Rahmen des G20-Gipfels in Hamburg. Wer das Recht auf Versammlungsfreiheit und auf freie Meinungsäußerung für Gewalt missbraucht, wer Polizisten als Vertreter der rechtsstaatlichen Ordnung zum Angriffsziel erklärt und macht, wer das staatliche Gewaltmonopol nicht akzeptiert und aktiv bekämpft, der wendet sich aggressiv gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung.

Mit Sorge erfüllt uns zudem, dass die innenpolitischen Konflikte in der Türkei auf Deutschland und damit auch auf NRW ausstrahlen. Hier ist seitens der Verfassungsschutzbehörden insbesondere jeder Form von Oppositionellenausspähung entgegenzuwirken.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beim NRW-Verfassungsschutz leisten jeden Tag ihren Beitrag, um unsere Demokratie und unsere freie Gesellschaft vor diesen Gefahren zu schützen. Dafür gebührt ihnen Dank.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Herbert Reul'.

Herbert Reul
Minister des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

8

Kompakt

12

Extremismus in Zahlen

15

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen 22

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) 24

Rechtsextremismus

37

Im Fokus: Entgrenzung des Rechtsextremismus 40

NPD 48

Pro NRW 56

Pro Köln 62

Pro Deutschland 66

Die Rechte 70

Der III. Weg 82

Identitäre Bewegung Deutschland e.V. 86

ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes 92

Neonazis 96

Rechtsterrorismus 102

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus 106

Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung) 112

Rechtsextremismus im Internet 120

Linksextremismus

123

Im Fokus: Die Gewaltfrage im Linksextremismus 126

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE 130

Deutsche Kommunistische Partei (DKP) 134

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) 138

Autonome Linksextremisten 142

Auslandsbezogener Extremismus

147

Im Fokus: Putschversuch in der Türkei 150

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe) 156

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C) 164

Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) 168

Tamilische Befreiungstiger (LTTE) 172

Islamismus

175

Im Fokus: Jihadismus als Internet-Phänomen 178

Im Fokus: Islamistisch motivierter Terror – Personenpotenziale und
Anschlagsszenarien werden vielfältiger 182

Extremistischer Salafismus 186

Hamas 200

Hizb Allah (Partei Gottes) 202

Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT).....	206
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti).....	208
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD).....	210
Milli Görüs-Bewegung.....	212
Islamistische nordkaukasische Szene (INS).....	216
Türkische Hizbullah (TH).....	218
Furkan-Gemeinschaft.....	222

Scientology Organisation (SO) 225

Scientology Organisation (SO).....	226
------------------------------------	-----

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz 229

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden.....	232
Aufklärung und Abwehr von Proliferation.....	240
Wirtschaftsspionage.....	244

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme 249

Übergreifende Konzepte und Vernetzung.....	252
Präventionsprogramm Wegweiser.....	256
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes.....	258
Fachtagungen.....	262
VIR.....	266
Vorträge und Fortbildungen.....	270
Veröffentlichungen.....	274

Über den Verfassungsschutz 277

Liste der Bestrebungen und Organisationen 284

Stichwortverzeichnis 290

Vorbemerkung

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2016; zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- ▶ die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- ▶ die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- ▶ die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat sind notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Es ist nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung einer Bestrebung als „verfassungsfeindlich“

verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet zum Schutz der Verfassung und des Gemeinwesens im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Kennzeichnung

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

Beispiel:

»Partei XY«

Bei einer „Bestrebung“ handelt es sich nach § 3 Abs. 3 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelpersonen stehen nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also des nicht zur Disposition stehenden Kerns des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 4 VSG NRW). Hierzu zählen:

- ▶ Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
- ▶ die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- ▶ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;

- ▶ die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte;
- ▶ der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- ▶ die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere in ihren Heimatländern herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks-)Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden hingegen häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist zur Aufklärung konspirativ arbeitender verfassungsfeindlicher Organisationen notwendig. Die Beschaffung von Informationen durch den Verfassungsschutz unterliegt der Kontrolle des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags NRW und bei bestimmten, die Kommunikation oder die Finanzierung von Bestrebungen be-

treffenden Maßnahmen der Kontrolle durch eine unabhängige Kommission (G 10-Kommission). Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Organisationen verschaffen und seinen Auftrag zur Beratung der Politik und Aufklärung der Öffentlichkeit erfüllen will.

Mit „Web-Links“ zu weiteren Informationen

Nutzen Sie die „Web-Links“ in dieser Broschüre, um direkt zu ergänzenden Webseiten und Dokumenten im Internet zu gelangen. Sie finden die Codes im Text jeweils am Ende einiger Kapitel in folgender Darstellung:

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_xxxx

So geht es: Rufen Sie die Adresse www.im.nrw.de/verfassungsschutz in Ihrem Browser auf und geben Sie die jeweilige Buchstabenkombination des „Web-Links“ in das Suchfeld ein.

Politisch motivierte Gewalt

- ▶ Minimaler Rückgang der allgemeinen PMK-Zahlen in der Gesamtbetrachtung auf einem unvermindert hohen allgemeinen Niveau und weitere Zunahme der PMK-Gewalt insbesondere in den Phänomenbereichen PMK-Rechts und PMK-Ausländer.
- ▶ Die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte blieb auf dem hohen Niveau von 2015. Rund zwei Drittel der Tatverdächtigen waren bislang nicht rechtsextremistisch aktiv, was auf Radikalisierungsverläufe außerhalb des organisierten Spektrums hinweist.

Rechtsextremismus

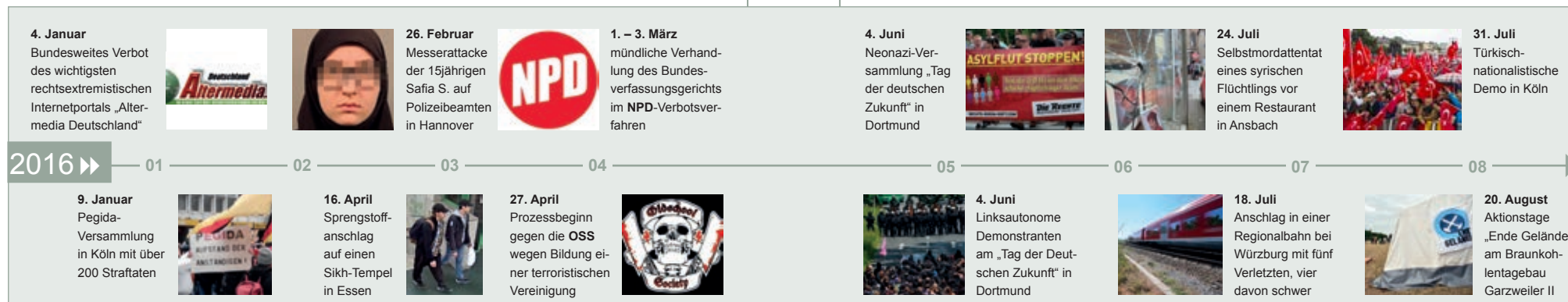
- ▶ Im Rechtsextremismus sind Flüchtlinge und der Islam weiterhin die wesentlichen Propagandathemen und gelten als „Türöffner“, um Anhänger aus der Mitte der Gesellschaft zu gewinnen. Die Verbreitung solcher „Feindbilder“ schafft einen Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten.
- ▶ Gruppierungen wie die **Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)** versuchen durch neue Aktionsformen eine Funktion als Mittler zwischen Rechtsextremismus und gesellschaftlicher Mitte einzunehmen.
- ▶ **Reichsbürger** bestreiten die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Rechtsordnung und versuchen die Arbeit der Behörden zu behindern. Staatliche Maßnahmen zur Eindämmung dieses Phänomens zeigen erste Wirkung: Dazu zählen der Entzug von Waffen-erlaubnissen, die konsequente strafrechtliche Verfolgung sowie Sensibilisierungs- und Informationsmaßnahmen für betroffene Behörden.

Linksextremismus

- ▶ Die Gewaltbereitschaft im Linksextremismus nahm in NRW erheblich zu. Wenngleich die Anzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten in 2016 rückläufig war, erhöhte sich vor allem die Schwere der Gewalttaten sowie das gewaltbereite Personenpotenzial.
- ▶ Die Verschärfung der Gewalt bis hin zu Sabotageakten und der Inkaufnahme schwerster Verletzungen von Personen belegen eine gesunkene Hemmschwelle. Neben den Rechts-Links-Auseinandersetzungen und Übergriffen auf die Polizei zeigt sich diese Entwicklung vor allem in den Protesten gegen den Braunkohlenabbau am Hambacher Forst und auch bereits im Vorfeld des G20-Gipfels im Juli 2017 in Hamburg.

Auslandsbezogener Extremismus

- ▶ Die politische Lage nach dem Putschversuch am 15. Juni 2016 in der Türkei hat erheblichen Einfluss auf die Situation in Deutschland und in NRW. Die auf Deutschland gerichtete türkische Regierungspropaganda spaltet die türkischstämmige „Community“ und zielt darauf ab, türkisch-nationalistische Kräfte und Organisationen gegen den deutschen Staat aufzubringen und Oppositionelle einzuschüchtern.
- ▶ Die Konfrontationen zwischen regierungstreuen nationalistischen Türken und kurdischstämmigen Personen nehmen stark zu. Es kommt regelmäßig zu Auseinandersetzungen am Rande von Veranstaltungen. Öffentlichkeitswirksame Kundgebungen finden unter der emotionalisierten politischen Lage großen Zuspruch bei den jeweiligen Anhängern.
- ▶ Der Verfolgungsdruck deutscher Strafverfolgungsbehörden gegenüber verbotenen Organisationen (insbesondere **PKK** und **DHKP-C**) ist unvermindert hoch. Funktionäre werden angeklagt und zu Haftstrafen verurteilt. Veranstaltungen, bei denen der Verdacht besteht, dass sie der Generierung von Geldern für verbotene Organisationen dienen, werden rechtswirksam untersagt bzw. durch Auflagen erschwert.



Islamismus

- ▶ Der sogenannte **Islamische Staat (IS)** gerät in Syrien und im Irak militärisch zunehmend unter Druck und hat große Teile seiner besetzten Gebiete verloren. In seiner Propaganda fordert er verstärkt, im „Westen“ – explizit auch in Deutschland – Anschläge zu verüben.
- ▶ Die Propaganda trifft in Deutschland auf eine Szene, die durch strafrechtliche Maßnahmen und Vereinsverbote zwar in ihrer Organisationsstruktur stark beeinträchtigt, aber weiterhin handlungsfähig ist. Insbesondere die gewaltbefürwortende Propaganda des **IS** im Internet findet weiterhin Anklang.
- ▶ Das Gefahrenpotenzial ist dadurch in Deutschland weiterhin dauerhaft erhöht. 2016 war das Jahr mit der bislang höchsten Rate islamistisch motivierter Anschläge: fünf durchgeführte Anschläge, ein unmittelbar vereitelter und mehrere schon in der Planungsphase verhinderte Anschläge.
- ▶ Rückkehrer aus Krisengebieten, „Terror-Kommandos“ aus dem Ausland, Jihad-affine salafistische Szenen vor Ort und radikalisierte Einzeltäter werden langfristig eine Herausforderung für Sicherheitsbehörden und für die deutsche Gesellschaft bleiben.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ Die Zahl der gezielten und qualitativ hochwertigen Cyberangriffe auch auf deutsche Unternehmen war im Jahr 2016 auf einem unvermindert hohen Niveau.
- ▶ In 2016 war eine Zunahme an Spionageversuchen und Aktivitäten von russischen und türkischen Nachrichtendiensten in NRW zu verzeichnen.

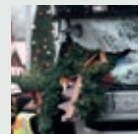
Prävention und Aussteigerprogramme

- ▶ Bis Ende 2016 wurden fast 390 junge Menschen im Wegweiser-Programm betreut. 5.500 weitere Beratungen und Anfragen wurden durchgeführt.
- ▶ In der Extremismusprävention lagen die Schwerpunkte der Arbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus.



10. September
Sicherstellung von Sprengsätzen in Leipziger Wohnung eines syrischen Flüchtlings

15. Oktober
Rechtsrock-Konzert mit rund 5.000 überwiegend deutschen Bands und Teilnehmern in Unterwasser (Schweiz)



19. Dezember
Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt in Berlin mit einem LKW

09

10

11

12

20. September
Hackerangriffe auf den Bundestag und die Parteien, wie auch schon im März



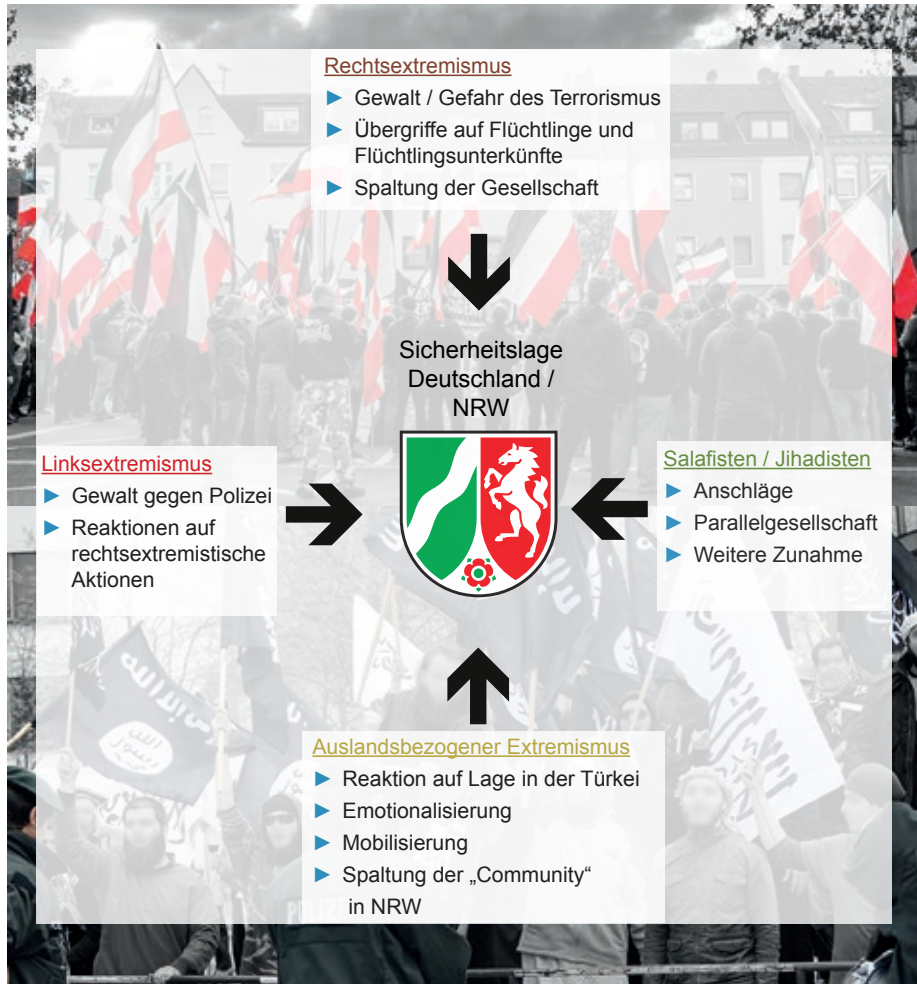
8. November
Festnahme des „Predigers“ Abu Walaa



15. November
Bundesweites Verbot der Vereinigung „Die Wahre Religion / Lies!“

Extremismus in Zahlen

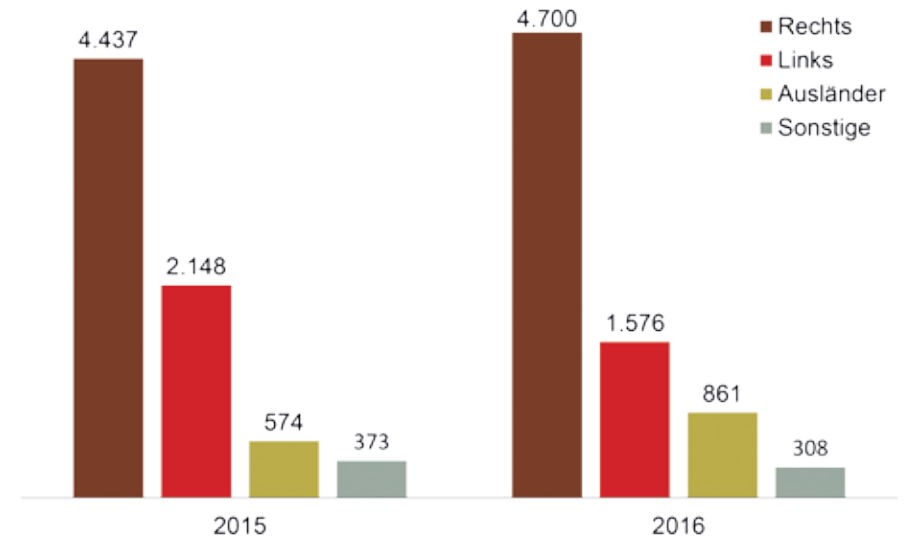
Sicherheitslage und Wechselwirkungen zwischen den Extremismusbereichen



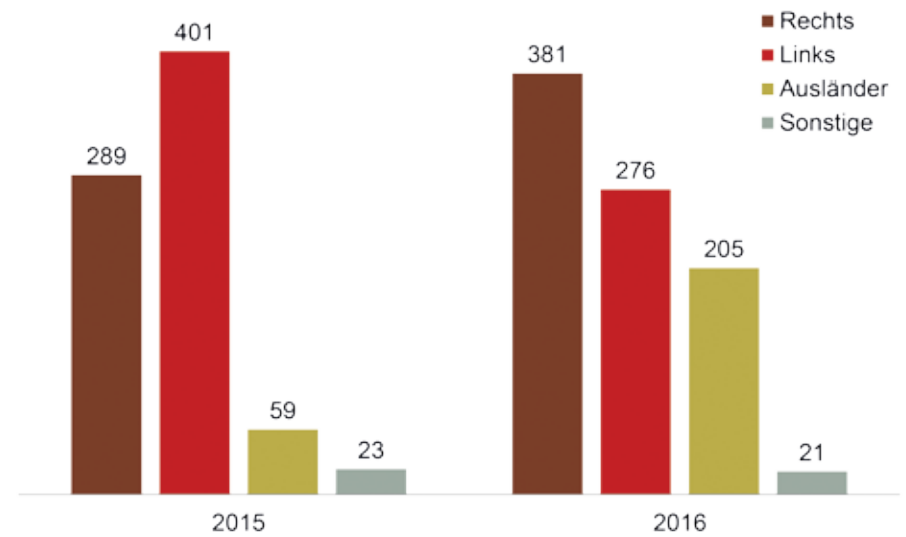
Wechselwirkungen

- ▶ Rechtsextremisten ↔ Salafisten
- ▶ Rechts- ↔ Linksextremisten
- ▶ Auslandsbezogene Extremisten untereinander
- ▶ Resonanz- und Impulsstraftaten

Politisch motivierte Kriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



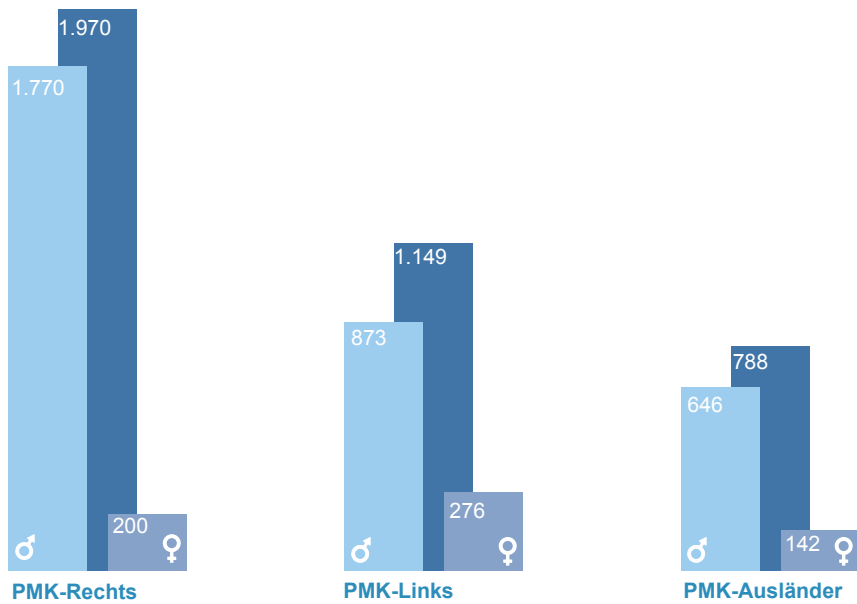
Gewaltkriminalität nach PMK-Phänomenbereichen im Vorjahresvergleich



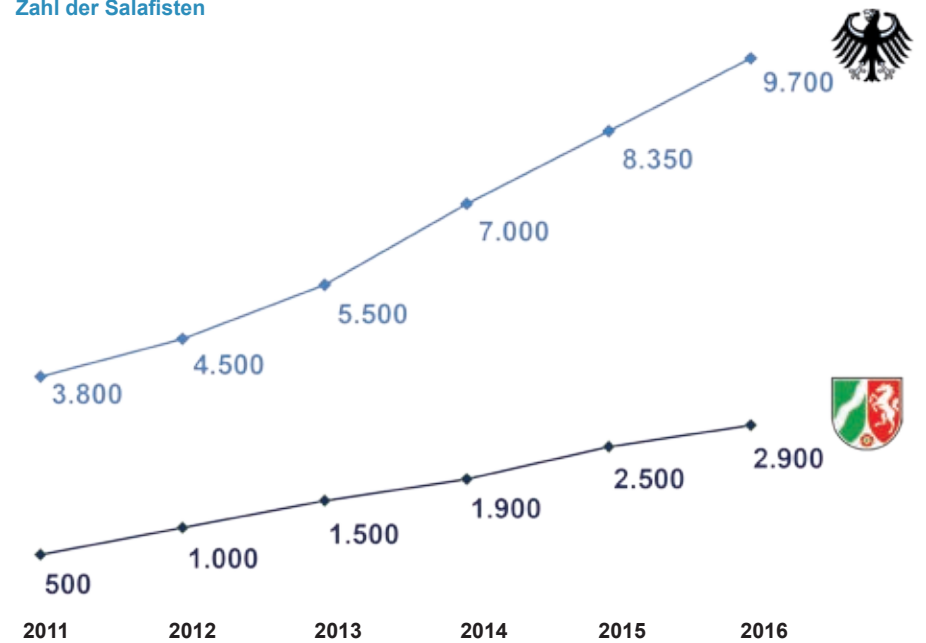
PMK und PMK-Gewalt im 10-Jahresvergleich



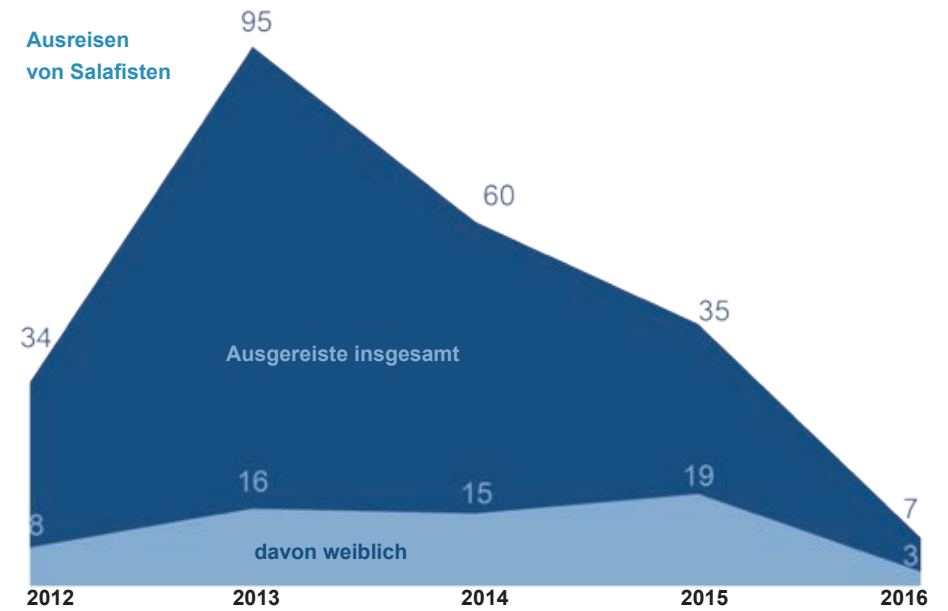
Anzahl der Tatverdächtigen



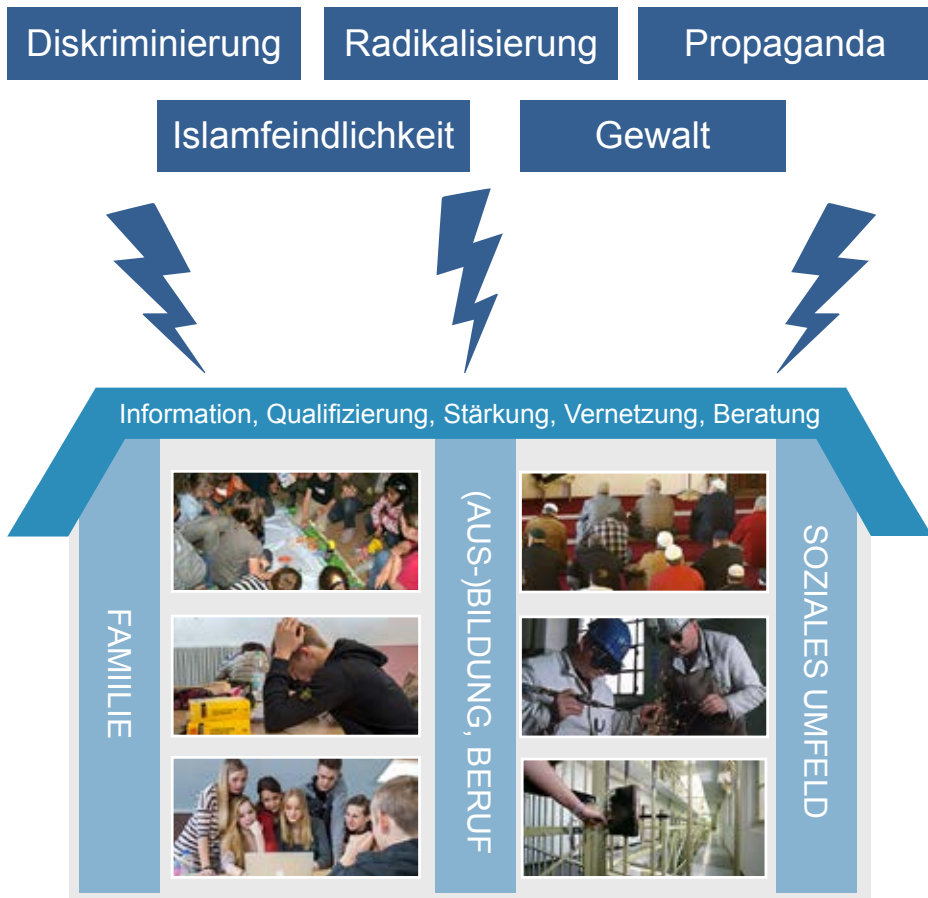
Zahl der Salafisten



Ausreisen von Salafisten



Ganzheitliches Handlungskonzept in der Salafismus-Prävention

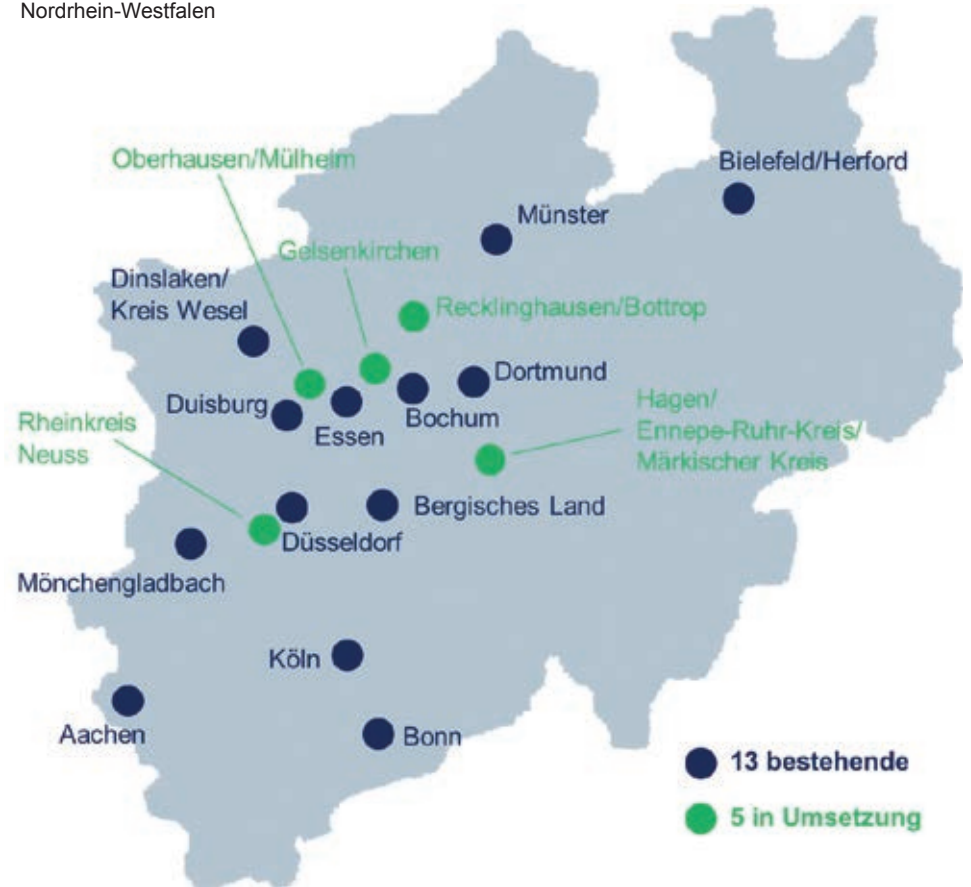


Die Salafismus-Prävention in NRW orientiert sich am Lebensumfeld und den Lebensabschnitten von Heranwachsenden, die in den Extremismus abzurutschen drohen. Berücksichtigt werden dabei alle maßgeblichen Stationen auf dem Weg zum Erwachsenwerden von der Familie und dem Freundeskreis über Schule und bis zur Ausbildung und Beruf. Dabei sollen Widerstandskräfte gegen Manipulation von außen gestärkt werden.

Mit den Maßnahmen des Handlungskonzepts sollen sowohl die einzelne gefährdete Person in ihrer Lebenswelt, als auch das soziale Umfeld geschützt werden. Hier hilft Information, Qualifizierung, Kooperation und Beratung.

Präventionsprogramm Wegweiser

Wegweiser-Anlaufstellen in Nordrhein-Westfalen



WEGWEISER GEMEINSAM GEGEN GEWALTBEREITEN SALAFISMUS

Mitgliederzahlen und -potenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.



Rechtsextremismus	2015	2016
NPD	600	600
Pro NRW		450
Pro Köln e.V		250
Pro Deutschland		100
Im Vorjahr wurden die Zahlen der Pro -Bewegungen gemeinsam erhoben	900	
Die Rechte	300	300
Der III. Weg	30	30
IBD (im Vorjahr wurde keine Zahl erhoben)	-	50
ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes	-	15
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen	650	650
Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	150	150
abzüglich Doppelmitgliedschaften*	-510	-475
Gesamt	3.470	3.470
davon gewaltorientierte Rechtsextremisten	2.000	2.000
Reichsbürger und Selbstverwalter**		2.000

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei **Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.

** Für 2015 erfolgte keine Angabe, da über „Reichsbürger und Selbstverwalter“ erst seit 2016 berichtet wird.



Linksextremismus	2015	2016
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome	850	970
DKP	800	800
MLPD	650	650
Gesamt	2.300	2.420



Ausländerextremismus	2015	2016
»ADÜTDF«	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
LTTE	300	300
Gesamt	4.700	4.700



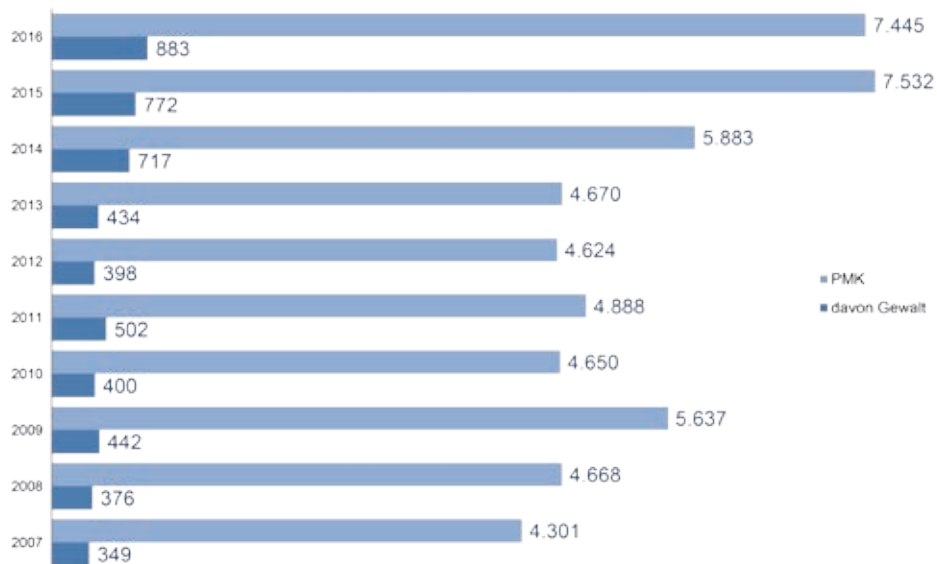
Islamismus	2015	2016
Extremistischer Salafismus	2.500	2.900
davon politisch	2.000	2.200
davon gewaltbereit	500	700
HAMAS	65	75
Hizb Allah	100	105
Hizb ut-Tahrir	35	35
Kalifatsstaat	220	220
Muslimbruderschaft	65	65
Milli Görüs-Bewegung (extremistischer Teil)	250	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung	70	70
Türkische Hizbullah	100	100
Furkan-Gemeinschaft	-	15
Gesamt	3.405	3.835

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2016 insgesamt 7.445 Politisch motivierte Straftaten bekannt (2015: 7.532). Damit ist im Vergleich zum Vorjahr ein leichter Rückgang um 87 (1,2%) Delikte zu verzeichnen.

Betrachtet nach Deliktgruppen sind unterschiedliche Entwicklungen festzustellen. So wurden beispielsweise mit 966 Sachbeschädigungen 123 Straftaten mehr gezählt als im Vorjahr. Dagegen waren bei den 861 Verstößen gegen das Versammlungsgesetz starke Rückgänge zu verzeichnen (2015: 1.304).



PMK und PMK-Gewalt im 10-Jahresvergleich

Die Aufklärungsquote im Bereich der PMK für das Jahr 2016 beträgt 39,9% (2015: 37%). Es konnten mit 2.972 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr 182 Delikte mehr aufgeklärt werden (2015: 2.790).

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist in Nordrhein-Westfalen im Vergleich zum Jahr 2015 gestiegen. Es wurden insgesamt 883 Gewaltdelikte bekannt, das bedeutet einen Anstieg um 14,4% (2015: 772). 456 Gewaltdelikte konnten polizeilich geklärt werden (2015: 432). Die Aufklärungsquote liegt mit 51,6% niedriger als im Vorjahr (2015: 56%).

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der PMK macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Straftaten der §§ 86 und 86a StGB, aus. Der Anteil der Propagandadelikte am Straftatenaufkommen der Politisch motivierten Kriminalität ist seit Jahren rückläufig, blieb aber 2016 im Vergleich zum Vorjahr mit 2.385 (32%) Straftaten nahezu konstant (2015: 2.463 Straftaten bzw. 32,7%).

Bei den meisten Propagandadelikten handelt es sich um Hakenkreuzschmierereien, die nur wenige Ermittlungsansätze bieten und daher schwer aufzuklären sind. Mit 32,5% liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte auf dem Niveau des Vorjahres (2015: 32,4%).

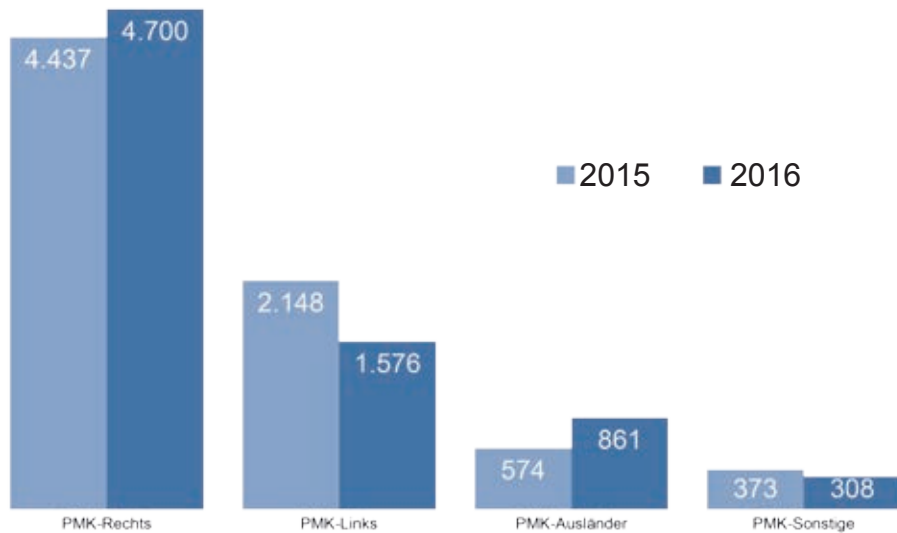
Extremistische Straftaten

Von den 7.445 im Jahr 2016 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 7.192 (96,6%) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eingestuft, weil sie sich beispielsweise gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richteten.

Sowohl die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten als auch der Anteil am Gesamtaufkommen der PMK ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum auf einem hohen Niveau in etwa gleich geblieben (2015: 7.229 Straftaten bzw. 96%).

Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität

Betrachtet man die Entwicklung der PMK differenziert nach Phänomenbereichen, so zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen. Einerseits Anstiege in den Phänomenbereichen der PMK-Rechts und PMK-Ausländer, andererseits Rückgänge bei der PMK-Links und der PMK-Sonstige / Nicht zuzuordnen.



Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität in den Phänomenbereichen

Die einzelnen Deliktgruppen, bezogen auf die Phänomenbereiche, werden im Jahresvergleich (2015 in Klammern) in der Tabelle auf Seite 27 abgebildet.

Politisch motivierte Kriminalität-Rechts

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Rechts ist mit 4.700 Straftaten (2015: 4.437) im Vergleich zum Vorjahr um 263 (5,9%) Straftaten gestiegen. Der Anstieg ist im Wesentlichen auf eine am 9.01.2016 in Köln stattgefundenene „Pegida“-Demonstration mit 1.700 Teilnehmern zurückzuführen, bei der es zu 209 Straftaten durch „Rechte“ kam.

Propagandadelikte und Volksverhetzungen machen mit 66,4% (3.120 von 4.700 Straftaten), wie in den Vorjahren, den überwiegenden Anteil der Straftaten der PMK-Rechts aus (2015: 69,2%).

Es konnten 1.758 (37,4%) Straftaten polizeilich geklärt werden. Damit liegt die Aufklärungsquote 4,2 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahres.

Insgesamt wurden 1.970 Tatverdächtige ermittelt (2015: 2.130). Davon waren 1.770 (89,9%) Personen männlich und 200 (10,1%) weiblich. Die am höchsten belastete Altersgruppe war mit 394 Personen, wie im Vorjahr, die der 30 – 39-jährigen. Es folgte die Gruppe der 40 – 49-jährigen mit 323 Personen. 1155 (58,6%) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2015: 1.274 bzw. 59,8%).

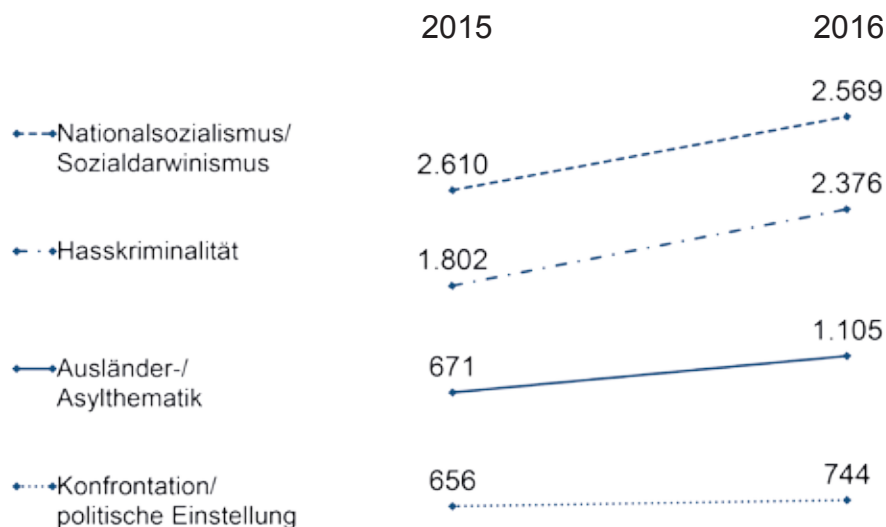
	PMK-Rechts	PMK-Links	PMK-Ausländer	PMK-Sonstige
Tötungsdelikte	1 (2)	1 (0)	2 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	32 (21)	22 (17)	5 (4)	4 (6)
Landfriedensbruchdelikte	6 (7)	43 (70)	22 (7)	1 (1)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	2 (1)	21 (13)	2 (0)	2 (0)
Körperverletzungsdelikte	312 (231)	150 (229)	151 (42)	13 (14)
Widerstandshandlungen	19 (24)	34 (70)	19 (4)	0 (2)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	9 (2)	5 (2)	4 (2)	1 (0)
Sexualdelikte	0 (1)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	381 (289)	276 (401)	205 (59)	21 (23)
Bedrohungen, Nötigungen	81 (84)	30 (19)	62 (34)	7 (5)
Sachbeschädigungen	345 (230)	459 (448)	109 (74)	53 (91)
Propagandadelikte	2.226 (2.271)	17 (30)	25 (13)	117 (149)
Volksverhetzungen	894 (799)	2 (4)	31 (36)	7 (18)
Störungen des öffentlichen Friedens	29 (34)	3 (2)	24 (24)	8 (7)
Beleidigungen	438 (346)	116 (156)	100 (66)	56 (43)
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	1 (0)	1 (0)	116 (185)	0 (0)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	172 (280)	589 (989)	90 (20)	10 (15)
Sonstige Straftaten	133 (104)	83 (99)	99 (63)	29 (22)
Gesamt	4.700 (4.437)	1.576 (2.148)	861 (574)	308 (373)

Deliktgruppen der Phänomenbereiche im Jahresvergleich 2016 und 2015 (2015 in Klammern)

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren „Nationalsozialismus / Sozialdarwinismus“ (2.569 Straftaten, 2015: 2.610 Straftaten), „Hasskriminalität“ (2.376 Straftaten, 2015: 1.802 Straftaten), „Ausländer- / Asylthematik“ (1.105 Straftaten, 2015: 671) sowie „Konfrontation / politische Einstellung“ (744 Straftaten, 2015: 656 Straftaten).

Hinweis zu Themenfeldern

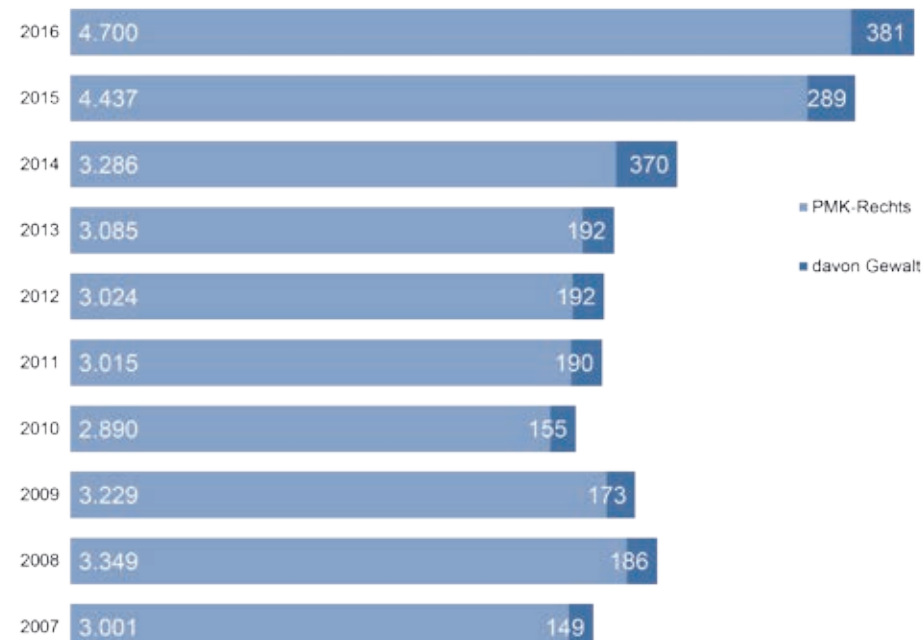
Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.



PMK-Rechts nach Themenfeldern

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtmotivierte Täter ist mit 381 Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 31,8% gestiegen (2015: 289 Straftaten). Dabei handelte es sich schwerpunktmäßig (bei 81,9%) um Körperverletzungen (312 Straftaten). Gewaltdelikte durch „Rechte“ wurden mehrheitlich im öffentlichen Raum und zumeist unabhängig von Demonstrationen verübt. Die Aufklärungsquote der Gewaltdelikte im Bereich der PMK-Rechts liegt mit 181 geklärten Taten bei 47,5% (2015: 198 Straftaten bzw. 68,5%). Ursächlich für die Diskrepanz zum Vorjahr ist die bereits erwähnte „Pegida“-Demonstration in Köln, wo von den verübten 96 Gewaltdelikten lediglich zwölf aufgeklärt werden konnten.



PMK-Rechts und PMK-Rechts-Gewalt im 10-Jahresvergleich

Hasskriminalität durch „Rechte“

Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und / oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind. Diese „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich der PMK-Rechts ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Es wurden 2.376 Straftaten registriert (2015: 1.802 Straftaten). Auch dem Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ wurden mehr Delikte als im Vorjahreszeitraum zugeordnet (2.143 Straftaten, 2015: 1.605 Straftaten).

Die Steigerungen der Fallzahlen zum Thema „Hasskriminalität“ sind durch die von der Polizei intensivierten Maßnahmen gegen „rechte Hasspostings im Internet“ zurückzuführen. Auch die Anzahl der Gewaltdelikte im Themenfeld Hasskriminalität ist gestiegen (313 Straftaten, 2015: 182 Straftaten), ebenso wie die Anzahl der fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte (311 Straftaten, 2015: 177 Straftaten).

Antisemitische Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten ist um 10% von 270 auf 297 Straftaten gestiegen. 283 (95,3%) der antisemitischen Straftaten wurden im Jahr 2016 der PMK-Rechts zugeordnet.

Bei den Deliktgruppen machten, wie in den Vorjahren, Volksverhetzungen (202 Straftaten), Propagandadelikte (51 Straftaten) und Sachbeschädigungen (18 Straftaten) mit 91,2% den überwiegenden Anteil der Fallzahlen aus (2015: 86,7%). Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist, wie bereits im Vorjahr, gesunken (2 Straftaten, 2015: 8 Straftaten).

Reichsbürger / Selbstverwalter

Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen, unter anderem unter Berufung auf das historische Deutsche Reich, verschwörungstheoretische Argumentationsmuster oder ein selbst definiertes Naturrecht, die Existenz der Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem ablehnen. Sie sprechen demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation ab oder definieren sich gar in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend. Deshalb besteht in aller Regel die Besorgnis, dass sie Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen.

Die phänomenbezogenen Ereignisse des Jahres 2016 lassen den Schluss zu, dass der Anteil derer, die nicht nachvollziehbare Ideologien beziehungsweise Denkmuster ausleben und teils öffentlichkeitswirksam darstellen oder in diesem Zusammenhang das deutsche Rechtssystem behindern, zunimmt. Bereits vor dem versuchten Tötungsdelikt am 25. August 2016 in Reuden (Sachsen-Anhalt) sowie dem Tötungsdelikt am 19. Oktober 2016 in Georgensgmünd (Bayern) ist ein Anstieg der Gewaltdelikte in der Szene zu verzeichnen. Somit kann konstatiert werden, dass ein nicht unerheblicher Personenkreis mittlerweile den Standpunkt vertritt, die ideologischen Gedankenmuster im Sinne des Selbstschutzes unter Gewaltanwendung zu verteidigen beziehungsweise zu untermauern.

Derzeit gipfelt die Gewalt in einigen Fällen zumeist im Zusammenhang mit Exekutivmaßnahmen staatlicher Stellen in der billigen Inkaufnahme tödlicher Verletzungen durch die gesteigerte Bereitschaft zum Einsatz von (Schuss-)Waffen.

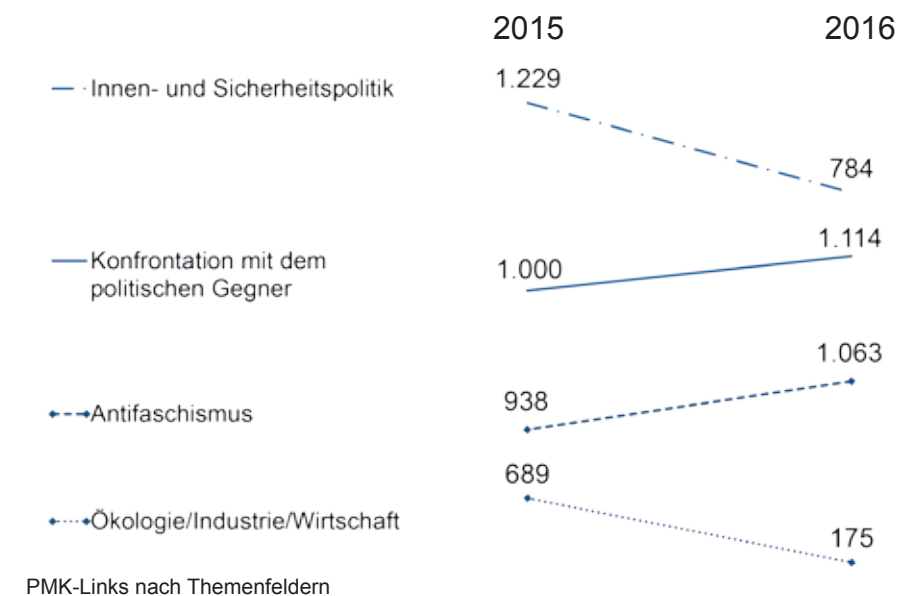
Aufgrund der vorgenannten Ausführungen ist auch weiterhin mit gewalttätigen Aktionen im Rahmen von Vollstreckungsmaßnahmen zu rechnen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass es im Nachgang hoheitlicher Maßnahmen zukünftig zu Aktivitäten kommen kann, die über das bisher praktizierte Maß wie etwa juristischem Schriftverkehr oder ähnlichem hinausgehen.

Politisch motivierte Kriminalität-Links

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Links ist mit 1.576 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 26,6% gesunken (2015: 2.148 Straftaten). 2016 konnten mit 545 Straftaten rein rechnerisch nur wenig mehr Straftaten geklärt werden als im Jahr zuvor (2015: 539 Straftaten). Aufgrund der doch deutlich gesunkenen Anzahl der Straftaten im Bereich PMK-Links stieg jedoch die Aufklärungsquote deutlich auf 34,6% (2015: 25,1%).

Insgesamt wurden 1.149 (2015: 772) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 873 (76%) männlich und 276 (24%) weiblich. 696 (60,6%) Personen waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt (2015: 59,2%). 388 (33,8%) Tatverdächtige waren bereits zuvor polizeilich in Erscheinung getreten (2015: 343 bzw. 44,4%).

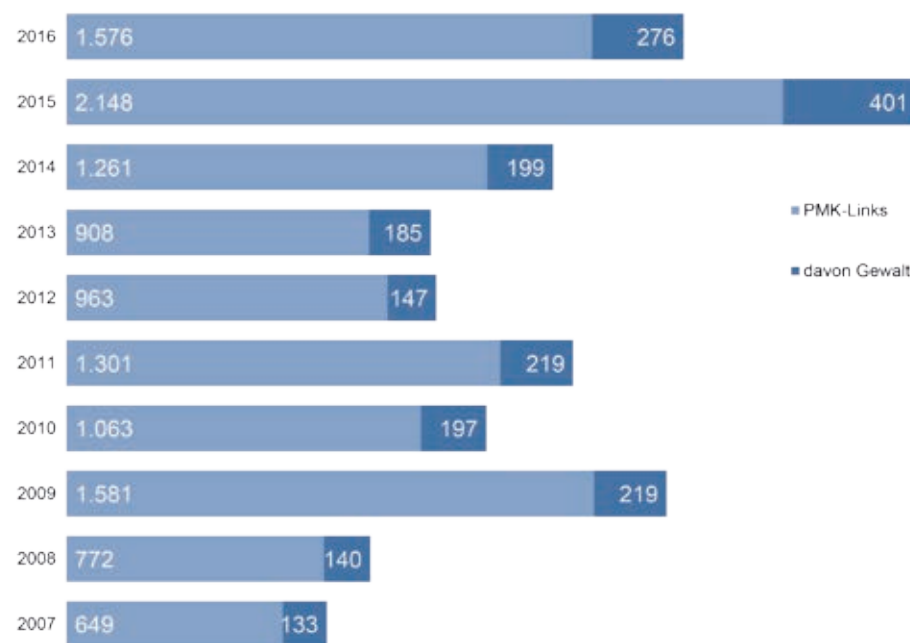
Hauptsächliche Themenfelder der PMK-Links waren im Jahr 2016 „Konfrontation / politische Einstellung“ (1.114 Straftaten, 2015: 1.000 Straftaten), „Antifaschismus“ (1.063 Straftaten, 2015: 938 Straftaten) und „Innen- und Sicherheitspolitik“ (784 Straftaten, 2015: 1.229 Straftaten). Das Themenfeld „Ökologie / Industrie / Wirtschaft“ ist mit 175 Straftaten in den Hintergrund geraten (2015: 689 Straftaten). Dies ist zurückzuführen auf den deutlichen Rückgang der Straftatenanzahl im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Rodungen im „Hambacher Forst“ zum Braunkohletagebau. In diesem Kontext wurden im Berichtszeitraum 138 Straftaten verübt, die der PMK-Links zugerechnet werden (2015: 626 Straftaten).



Der Anteil der Straftaten bei versammlungsrechtlichen Ereignissen am Gesamtaufkommen der PMK-Links lag mit 878 von 1.576 Straftaten bzw. 55,7% unter dem Niveau des Vorjahres (2015: 1.489 von 2.148 Straftaten beziehungsweise 69,3%). Allerdings war der hohe Anteil im Jahr 2015 ein Spitzenwert, der in den Vorkommnissen im Zusammenhang mit dem sog. Klimacamp der Aktivisten gegen die geplante Rodung im „Hambacher Forst“ begründet war. Allein während dieser Veranstaltung vom 7. bis 17. August 2015 wurden 552 Delikte im Kontext mit Versammlungen verübt. Die Jahre zuvor war ein Rückgang der Straftaten von PMK-Links im Zusammenhang mit Demonstrationen auf bis zu 40,7% festzustellen. 66,5% der von „Linken“ verübten Straftaten (1.048 von 1.576) waren Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (589 Straftaten) und Sachbeschädigungen (459 Straftaten).

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Links

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch „Linke“ ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 31,2% gesunken (276 Straftaten, 2015: 401 Straftaten). 61,6% der Gewaltdelikte PMK-Links (170 von 276 Straftaten) wurden bei demonstrativen Ereignissen verübt (2015: 327 Straftaten beziehungsweise



PMK-Links und PMK-Links Gewalt im 10-Jahresvergleich

weise 81,5%); 152 standen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den „rechten“ Gegner. Dieses Thema begründete somit 55,1% aller Gewaltdelikte PMK-Links (2015: 242 beziehungsweise 60,3%). 142 Gewaltdelikte (2015: 229 Straftaten) richteten sich gegen Polizeikräfte. 115 davon standen im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (2015: 216 Straftaten). Im Jahr 2016 wurden 127 Gewaltdelikte, 56 weniger als im Vorjahr, aufgeklärt (2015: 183 Straftaten). Aufgrund der gesunkenen Fallzahlen blieb jedoch die Aufklärungsquote mit 46% annähernd gleich (2015: 45,6%).

Politisch motivierte Ausländerkriminalität

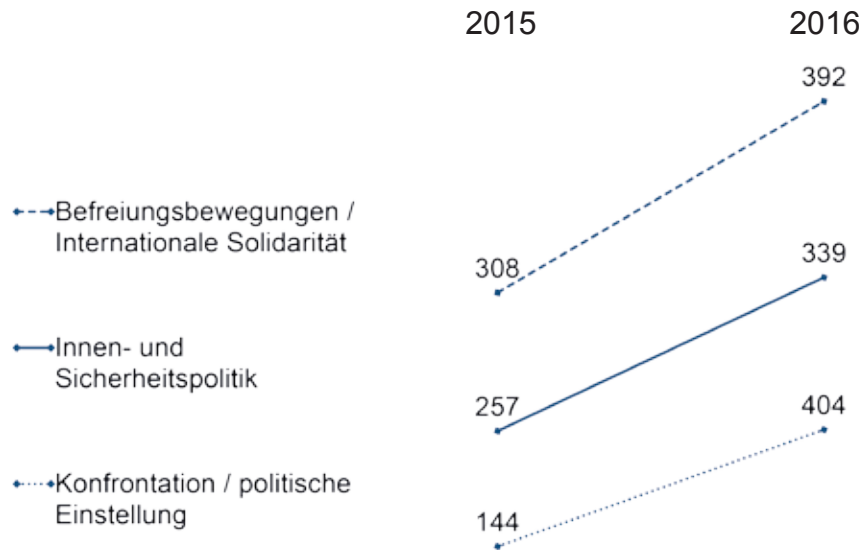
Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist im Vergleich zum Vorjahr (2015: 574 Straftaten) um 50% auf 861 Straftaten gestiegen. Die Entwicklung der Fallzahlen in diesem Bereich wird grundsätzlich von Ereignissen im Ausland geprägt. So ist für den Anstieg der Fallzahlen der Putschversuch in der Türkei maßgeblich ursächlich. Darüber hinaus waren die Ereignisse in Syrien und die Haltung der Türkei in diesen Zusammenhängen Grundlage für Straftaten der PMK-Ausländer.

501 Straftaten der PMK-Ausländer konnten polizeilich geklärt werden (2015: 237 Straftaten). Damit wurden trotz des Anstiegs der Fallzahlen 264 Straftaten mehr als im Vorjahr geklärt, was zu einer Steigerung der Aufklärungsquote auf 58,2% führte (2015: 41,3%). Insgesamt wurden 788 (2015: 379) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 646 (82%) Personen männlich und 142 (18%) weiblich. 433 (54,9%) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt. 332 (42,1%) waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2015: 177 beziehungsweise 46,7%).

Hauptsächliche Themenfelder waren „Konfrontation / politische Einstellung“ (404 Straftaten, 2015: 144 Straftaten), „Befreiungsbewegungen / Internationale Solidarität“ (392 Straftaten, 2015: 308 Straftaten) sowie „Innen- und Sicherheitspolitik“ (339 Straftaten, 2015: 257 Straftaten). Bei dem Themenfeld „Konfrontation / politische Einstellung“ handelte es sich in den meisten Fällen (338 von 404 Straftaten) um Straftaten rivalisierender Ausländer.

Phänomenologisch liegt der Schwerpunkt der Delikte im Bereich der PMK-Ausländer bei Körperverletzungsdelikten (151 Straftaten), Verstößen gegen das Vereinsgesetz (116 Straftaten), Sachbeschädigungen (109 Straftaten) und Beleidigungen (100 Straftaten). Bei den Verstößen gegen das Vereinsgesetz handelte es sich zumeist (101 Straftaten) um das Zeigen verbotener Symbole der mit einem Betätigungsverbot belegten **PKK**.

382 (44,5%) Straftaten im Bereich der PMK-Ausländer wurden im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen (2015: 226 Straftaten beziehungsweise 39,4%). 370 (43%) Straftaten wurden mit dem Befreiungskampf der mit einem Betätigungsverbot belegten **PKK** begründet (2015: 290 Straftaten beziehungsweise 50,5%) und 219 Delikte erfolgten als Reaktion auf den Putschversuch in der Türkei.



PMK-Ausländer nach Themenfeldern

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Ausländer

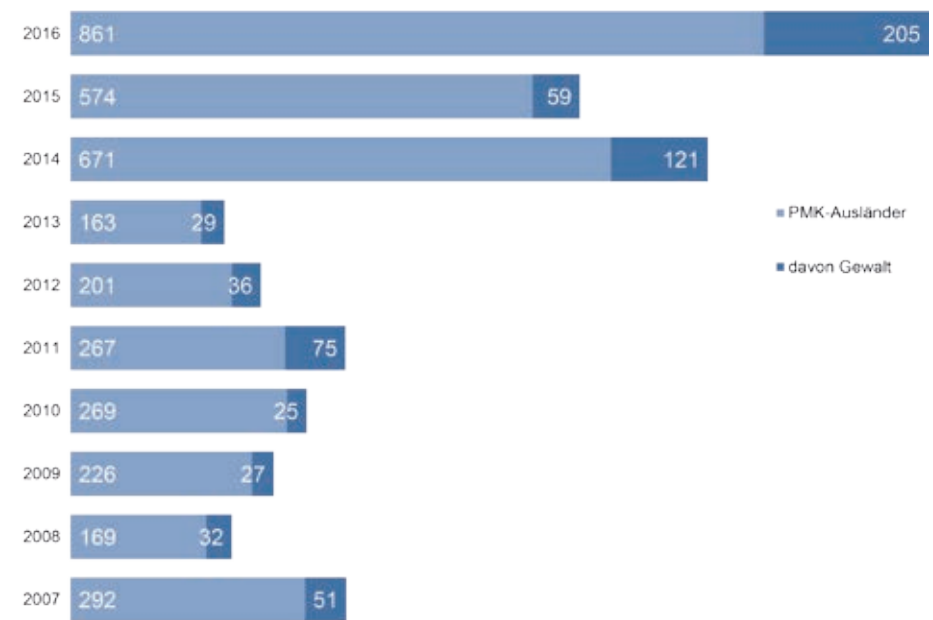
Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer ist mit 205 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 247,5% enorm gestiegen (2015: 59 Straftaten). Mehrheitlich handelt es sich dabei um Körperverletzungen (151 von 205 Straftaten).

129 Gewaltstraftaten wurden dem Unterthema „PKK / Kurden“ zugeordnet (2015: 27). Darunter sind 97 Körperverletzungsdelikte und fünf Branddelikte. Die Körperverletzungsdelikte stehen zum Großteil im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen.

Allein 34 der 129 Gewaltstraftaten wurden am 10. April 2016 während zwei Demonstrationen unterschiedlicher Gruppierungen (türkisch und kurdisch) in Köln begangen.

Ebenso auffällig verlief am 2. September 2016 ein kurdischer marsch zum Thema „Aktuelle Lage in Kurdistan“, bei dem weitere 29 Gewaltstraftaten festgestellt wurden.

Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten der PMK-Ausländer liegt mit 139 geklärten Straftaten bei 67,8% (2015: 41 Straftaten beziehungsweise 69,5%).



PMK-Ausländer und PMK-Ausländer Gewalt im 10-Jahresvergleich

Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Die Zahl der 2016 registrierten Straftaten im Themenfeld „Islamismus / Fundamentalismus“ ist mit 160 Straftaten 13,5% höher als im Vorjahr (2015: 141 Straftaten).

Wie im vergangenen Jahr liegt ein wesentlicher Erklärungsansatz für die Steigerung der Straftaten in diesem Phänomenbereich in der weiter gestiegenen Anzahl der „sonstigen Straftaten“, begründet in Ermittlungsverfahren gemäß der Bestimmungen

- ▶ § 89 a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat)
- ▶ § 89 b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer staatsgefährdenden Gewalttat)
- ▶ § 129 a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen)
- ▶ § 129 b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland)

im Zusammenhang mit Ausreise- und Rückkehrersachverhalten in / aus Krisenregionen, überwiegend Irak und Syrien. 108 (67,5%) Straftaten wurden aufgeklärt (2015: 72 Straftaten bzw. 51,1%).

2014	126
2015	141
2016	160

Straftaten im Themenfeld „Islamismus / Fundamentalismus“

Die Anzahl der registrierten Gewaltdelikte im Phänomenbereich „Islamismus / Fundamentalismus“ ist mit elf Delikten (2015: sieben) leicht gestiegen. Es handelt sich bei den Gewalttaten um zwei versuchte Tötungsdelikte, acht Körperverletzungen und eine Erpressung. Neun Gewaltdelikte konnten geklärt werden.

Bedingt durch die mittlerweile erschwerte Ausreise in die jihadistischen Kampfgebiete, forderten im Jahr 2016 zahlreiche Vertreter der selbst ernannten Terrororganisation **Islamischer Staat (IS)** ihre Anhänger zum Verbleib in den westlichen Staaten auf. **IS**-nahe Medienstellen riefen in ihrer Propaganda dazu auf, „den westlichen Feind nunmehr im eigenen Land mit möglichst einfachen Mitteln in Form von Messer- oder LKW-Attacken zu bekämpfen“. Daneben erweiterte der IS die angesprochenen Adressaten um die Gruppe der Frauen, Jugendlichen und Kinder. Mit Hilfe der Simplifizierung der Anschlagsbegehung und durch die Rekrutierung eines größeren Personenpotenzials gelang es dem IS auch im Jahr 2016 deutschlandweit sein Bedrohungspotenzial aufrecht zu erhalten. Die Messerattacke einer 15-jährigen am Hauptbahnhof in Hannover auf einen Bundespolizisten oder der Bombenanschlag einer Gruppe von 16-jährigen auf einen Sikh-Tempel in Essen zeigen, dass die Propaganda bei der Zielgruppe der „Jugendlichen“ ihren Niederschlag fand. In diesem Zusammenhang ist anzuführen, dass das Selbstlabor eines 12-jährigen Kindes auf dem Weihnachtsmarkt in Ludwigshafen aus technischen Gründen nicht zur Umsetzung kam.

Schließlich endete das Jahr 2016 im bis dahin folgenschwersten islamistischen Anschlag in Deutschland durch die vorsätzliche Fahrt mit einem LKW in eine Menschenmenge auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am 19. Dezember 2016 mit zwölf Toten und über 60 Verletzten.

Sowohl für Nordrhein-Westfalen als auch die gesamte Bundesrepublik Deutschland besteht vor diesem Hintergrund eine insbesondere von Einzeltätern oder Kleingruppen ausgehende, anhaltend hohe abstrakte Gefahr terroristischer Anschläge.

Rechtsextremismus

Im Fokus: Entgrenzung des Rechtsextremismus.....	40
NPD.....	48
Pro NRW.....	56
Pro Köln.....	62
Pro Deutschland.....	66
Die Rechte.....	70
Der III. Weg.....	82
Identitäre Bewegung Deutschland e.V.....	86
ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes.....	92
Neonazis.....	96
Rechtsterrorismus.....	102
Subkulturell geprägter Rechtsextremismus.....	106
Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung).....	112
Rechtsextremismus im Internet.....	120

In 2016 setzten Rechtsextremisten ihre massive fremdenfeindliche Agitation gegen Flüchtlinge fort. Zudem nahmen Rechtsextremisten islamistische Terroranschläge in Europa zum Anlass, Muslime pauschal als Terroristen und damit als eine Bedrohung darzustellen. Propagiert wurde eine radikale Bürgerkriegs- und Widerstandsrhetorik. Mit dem Feindbild „Flüchtlinge und Muslime“ entstand ein Nährboden für fremdenfeindliche Straftaten. Rechtsextremisten griffen den öffentlichen Diskurs über den Umgang mit Flüchtlingen und die Übergriffe in der Silvesternacht 2015 / 2016 am Kölner Hauptbahnhof auf, um gegen Flüchtlinge, Helfer von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Politiker und staatliche Mitarbeiter zu hetzen. Die Anzahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten hat 2016 erneut zugenommen. Auch die Zahl der Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte blieb auf dem hohen Niveau von 2015. Dass rund zwei Drittel der Tatverdächtigen bislang nicht rechtsextremistisch aktiv waren, weist auf Radikalisierungsverläufe außerhalb des organisierten Spektrums hin. Weiterhin bleibt die mögliche Bildung rechtsterroristischer Zellen eine ernstzunehmende Gefahr. Im März 2017 verurteilte das Oberlandesgericht München die vier Rädelsführer der **Oldschool Society**, darunter einen Bochumer, wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung.

Im Jahr 2016 nahm die deutliche Stigmatisierung des Rechtsextremismus in Teilen der Gesellschaft ab. Bei Versammlungen von Pegida NRW und Gida-ähnlichen Gruppierungen nahm eine

Mischszene aus Rechtsextremisten, rechtsaffinen Hooligans und „Wutbürgern“ teil. Insbesondere die „Neue Rechte“ versucht bewusst eine Funktion als Mittler zwischen Rechtsextremismus und gesellschaftlicher Mitte einzunehmen. Jugendliche und junge Erwachsene sind die wichtigste Zielgruppe rechtsextremistischer Cliquen, Organisationen oder Parteien. Vor allem die „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ entwickelt für manche Jugendliche Reiz und Anziehungskraft. Diese Erlebniswelt zeichnet sich durch einen Mix aus Freizeitaktivitäten, politischer Agitation und unterhaltenden Mitteln aus. Dazu zählen Rechtsrock-Konzerte, Partys, Demonstrationen sowie ein breites Spektrum an Websites und Social-Media-Profilen mit Musik, Videos und anderen multimedialen Elementen.

Die Vielfalt an rechtsextremistischen Organisationen nimmt weiter zu. Insbesondere die Organisationsform der Partei erscheint zunehmend attraktiv für Rechtsextremisten. Denn nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Verbotsverfahren gegen die **NPD** von Januar 2017 ist ein Parteiverbot erst dann verhältnismäßig, wenn eine Partei eine hinreichende gesellschaftliche Relevanz besitzt. Nach den Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts trifft dies gegenwärtig auf keine rechtsextremistische Partei in Nordrhein-Westfalen zu. Gleichwohl gelingt es dem hochaktiven Dortmunder Kreisverband der Partei **Die Rechte** mit einer Doppelstrategie von Provokation und Einschüchterung immer wieder größere Aufmerksamkeit zu erregen. Insbesondere mit der Organisation der Demonstration „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016 inszenierte sich der Kreisverband als Gravitationszentrum des westdeutschen Neonazismus. Im lokalen Raum versuchen die Aktivisten eine „national befreite Zone“ im Dortmunder Westen zu schaffen. An der Umsetzung hindert sie vor allem die polizeiliche Präsenz.

Reichsbürger erkennen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland nicht an und versuchen, die Handlungsfähigkeit des Staates zu lähmen. Bislang konnte der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen rund 2.000 Anhänger identifizieren. Die **Reichsbürger** besitzen erhebliches Gefährdungspotenzial, weil sie das Gewaltmonopol des Staates nicht anerkennen, eine hohe Waffenaffinität aufweisen und einige Anhänger irrational handeln.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.

Im Fokus: Entgrenzung des Rechtsextremismus

Der Rechtsextremismus ist in Deutschland weitgehend stigmatisiert. Demokratische Parteien und Organisationen distanzieren sich von Mitgliedern, die rechtsextremistisches Gedankengut vertreten. Demokraten arbeiten mit rechtsextremistischen Organisationen nicht zusammen. Und Medien bieten Rechtsextremisten nicht unreflektiert eine Bühne, sondern ordnen deren Propaganda kritisch ein. Bei dieser bewussten Grenzziehung zum Rechtsextremismus hat es schon immer Ausnahmen gegeben. In den vergangenen Jahren zeichnet sich allerdings eine Entwicklung der Entgrenzung des Rechtsextremismus ab, die sich im Zuge der Flüchtlingsdiskussion verschärft hat.

Neue Rechte

Insbesondere die „Neue Rechte“ arbeitet bewusst auf eine Entgrenzung des Rechtsextremismus hin. Die „Neue Rechte“ ist dabei ein Teilbereich des Rechtsextremismus. Die Anhänger beziehen sich vor allem auf antidemokratische Theoretiker der Weimarer Republik, die unter die Bezeichnung „Konservative Revolution“ fallen. Als Rechtsextremisten, die sich vom historischen Nationalsozialismus distanzieren, versuchen Vertreter der „Neuen Rechten“ eine Brücken-Funktion zwischen Rechtsextremismus und gesellschaftlicher Mitte einzunehmen.

Vertreter der „Neuen Rechten“ verfolgen dazu eine Strategie der Mimikry: Sie passen sich sprachlich an und modernisieren die Beschreibung und Darstellung rechtsextremistischer Positionen. Dabei gilt es, gesellschaftliche Ausgrenzung zu vermeiden und anschlussfähig für die Teile der Gesellschaft zu sein, die sich selbst zwar nicht als rechtsextremistisch wahrnehmen, gleichwohl jedoch fremdenfeindliche Ressentiments teilen. Beispielsweise verwendet die **Identitäre Bewegung (IBD)**, die sich als Jugendbewegung der „Neuen Rechten“ versteht, nicht die klassische rechtsextremistische Parole „Ausländer raus“, sondern spricht in vermeintlich intellektueller Manier von „Remigration“. Der fremdenfeindliche Sinn bleibt dabei freilich bestehen.

Im Sinne dieser Mimikry verbreitet die „Neue Rechte“ auch den plakativen Slogan „Deutschland den Deutschen, Türkei den Türken, China den Chinesen“. Dahinter steckt das neurechte Nationalismuskonzept des Ethnopluralismus. Es hat die im historischen Nationalsozialismus vertretene Vorstellung, dass die „arische Rasse“ weltweit zur Führung berufen sei, im Rechtsextremismus in eine Minderheitenposition gedrängt. Ethnopluralismus vertritt die Grundsätze, dass

das Zusammenleben unterschiedlicher ethnischer Gruppen abzulehnen, der Zuzug ethnisch Nicht-Deutscher daher zu verhindern oder auf ein unvermeidliches Minimalmaß zu beschränken sei. Menschen, die keine deutsche Abstammung aufweisen, werden unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft als Störfaktoren wahrgenommen, die die „nationale Identität“ der Deutschen bedrohen. Das bedeutet unter anderem, dass Menschenrechte gegenüber den Ansprüchen des völkischen Kollektivs in den Hintergrund treten. Sozialwissenschaftliche Untersuchungen zu politischen Einstellungen weisen darauf hin, dass das ethnopluralistische Konzept eine höhere Anschlussfähigkeit in Teilen der Bevölkerung besitzt als klassische nationalsozialistisch geprägte Auffassungen.

Die Strategie der Mimikry und der ethnopluralistische Diskurs haben eine „Türöffner“-Funktion zur Mitte der Gesellschaft, indem sie den möglichen Resonanzraum über rechtsextremistische Kreise hinaus erweitern. Sie sollen dazu beitragen, eine Abgrenzung der Mehrheitsgesellschaft zum Rechtsextremismus erodieren und rechtsextremistische Argumente als vermeintlich legitime Positionen in der pluralistischen Demokratie erscheinen zu lassen. Kurz gesagt: Der Diskurs wird entgrenzt und für rechtsextremistische Positionen geöffnet.

Neurechte Einflussnahme

Einige Medien setzen heute offenbar bewusst darauf, auch Rechtsextremisten zu Wort kommen zu lassen und damit auch Beiträge, die nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Einklang stehen, als legitime Positionierungen darzustellen. So räumt die Zeitschrift Compact dem Co-Sprecher der **Identitären Bewegung** Österreich, Martin Sellner, eine eigene Kolumne ein. Sellner unterstützt ansonsten intensiv die rechtsextremistische **Identitäre Bewegung Deutschland**.

Die Patriotische Plattform (PP), ein Verein von Mitgliedern der „Alternative für Deutschland“ (AfD), der jedoch organisatorisch nicht zur AfD gehört, stellt sich selbst in die neurechte Szene, wenn sie sich in Übereinstimmung mit der **Identitären Bewegung** sieht. So wünscht sich die PP in einer Erklärung, die unter dem Titel „*Wir sind Identitär!*“ auf der Webseite der PP am 14. Juni 2016 veröffentlicht wurde, „eine engere Zusammenarbeit zwischen **Identitärer Bewegung** und AfD, denn auch die AfD ist eine identitäre Bewegung und auch die **Identitäre Bewegung** ist eine Alternative für Deutschland“.

Ebenso eignet sich die PP inhaltlich die Positionen der „Neuen Rechten“ an. Im Juni 2016 veröffentlichte ein damaliges Vorstandsmitglied der PP einen Beitrag, in dem er sich positiv auf den Staatsrechtler Carl Schmitt bezog, der der zentrale ideengeschichtliche Bezugspunkt der „Neuen Rechten“ ist: „*Schon Carl Schmitt erkannte im Pluralismus die eigentliche Gefahr für die deutsche Staatlichkeit. Schmitt witterte hinter der Propaganda für den Pluralismus den Versuch, die Reste von Staatlichkeit im Namen von Selbstbestimmung und Freiheit zu zerstören.*“ Damit

argumentiert der Autor für einen autoritären Staat, für den Selbstbestimmung und Freiheit des Individuums keine Bedeutung besitzen. Der von Schmitt und dem Autor kritisierte Pluralismus hat sich in der Bundesrepublik Deutschland in der freiheitlichen demokratischen Grundordnung niedergeschlagen. Diese drückt sich unter anderem durch die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte aus, insbesondere durch „das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit“ (Artikel 2 des Grundgesetzes), die dem Individuum ein möglichst hohes Maß an Selbstbestimmung garantiert. Weiterhin zielt die Teilung der staatlichen Gewalten (Gesetzgebung, Rechtsprechung und vollziehende Gewalt) darauf ab, staatliche Gewalt im Sinne der Freiheit der Bürger zu kontrollieren und zu begrenzen.

Auch im Internet verbreiten verschiedene Blogs Gedankengut der „Neuen Rechten“. Das Arcadimagazin, ein Blog aus Leverkusen, veröffentlicht Beiträge zu Politik, Kultur und Lifestyle. Im Kulturteil finden sich wiederkehrend Rezensionen von Autoren der „Neuen Rechten“, die den Lesern empfohlen werden. So heißt es in einem Beitrag zu einem Buch eines in der „Neuen Rechten“ derzeit populären Autors: „*Dominique Venners Handbuch für eine Neue Rechte liegt erstmals in Deutscher Sprache vor und das ist gut so! Egal ob Parlamentarier oder Aktivist, jeder kann aus diesem Buch seine Schlüsse ziehen. [...] Pflichtlektüre für alle Patrioten!*“

Entgrenzung der Online-Diskurse

Das Internet hat zu einem Strukturwandel der Öffentlichkeit beigetragen. Im Vergleich zur Asyldebatte in den 1990er Jahren kann nun jedermann durch Profile oder Kommentare in sozialen Netzwerken potenziell eine größere Öffentlichkeit erreichen, als dies durch Printprodukte möglich wäre. Zudem kann man sich im Internet anonym äußern und damit der Verantwortung für seine Äußerungen entziehen. Insofern haben sich die Möglichkeiten für menschenverachtende Hetze geändert: jeder kann überall im Internet „Hatespeech“ verbreiten, bei gleichzeitig sehr niedrigen Zugangshürden und einer nur geringen Gefahr, strafrechtlich verfolgt zu werden.

Auch rechtsextremistische Organisationen können somit leichter die Öffentlichkeit ansprechen und über ihre eigenen Mitglieder hinaus interessierte Personen erreichen. So haben beispielsweise Ende 2016 über 188.000 Personen das Facebook-Profil der **NPD** „geliket“, wodurch die verfassungsfeindliche Partei ein Vielfaches ihrer Mitgliederzahl erreicht.

Eine neue Entwicklung ist, dass Personen unter ihren Klarnamen menschenverachtende Hetze verbreiten. Aus mehreren Strafurteilen wegen Volksverhetzung wurde deutlich, dass die betreffenden Personen oftmals bislang nicht zum organisierten Rechtsextremismus gehörten. Dies kann man dahingehend deuten, dass in Teilen der Bevölkerung ein solches Sprechen über Flüchtlinge als normal angesehen wird – der Diskurs verroht und die Grenze des Sagbaren verschiebt sich. Dies zeigt sich auch im zustimmenden Feedback zu menschenverachtenden Äußerungen. Ein solcher „virtueller Applaus“ bestärkt die Betroffenen darin, sich mit extremisti-



Beispiele für Anti-Asyl-Agitationen



schen Ideologien zu identifizieren. Das kann eine weitere Radikalisierung des Einzelnen fördern. Letztlich steigt damit die Gefahr, dass aus menschenverachtenden Worten menschenverachtende Taten entstehen.

„Mischszenen“ bei Versammlungen

In Nordrhein-Westfalen fanden seit 2015 in mehreren Städten einige Demonstrationsreihen statt. Dazu zählten unter anderem Dügida in Düsseldorf, Pegida NRW in Duisburg, Daskut in Bochum, „Bürger gegen Politikwahnsinn“ zunächst in Essen, dann in Oberhausen sowie „Mönchengladbach steht auf“. Hierbei traten Akteure aus dem organisierten Rechtsextremismus auf, Personen aus dem Hooligan-Spektrum und auch Menschen, die man als sogenannte „Wutbürger“ charakterisieren kann. Diese Veranstaltungen erzielten überwiegend lediglich eine zweistellige oder niedrige dreistellige Teilnehmerzahl. Eine bedeutsame Ausnahme stellt die Veranstaltung von Pegida NRW am 9. Januar 2016 dar, die unter dem Motto „Pegida schützt“ als Reaktion auf Übergriffe zu Silvester hinter dem Kölner Hauptbahnhof stattfand. Daran nahmen rund 1.700 Personen teil.

An der Spitze des Demonstrationzugs verummten sich Teilnehmer, die vor allem dem Hooligan-Spektrum angehörten, und warfen mit Pyrotechnik und Flaschen auf Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Da der Aufforderung der Polizei, Straftaten zu unterlassen, nicht Folge geleistet wurde, löste die Polizei die Versammlung auf.

Pro Köln führte am 24. Januar 2016 eine Kundgebung unter dem Titel „*Köln passt auf; Rapefugees not welcome!*“ durch. Zu der eigentlichen Versammlung kamen rund 75 Personen. Dabei trafen die Rechtsextremisten auf eine Gruppe von knapp 250 russischstämmigen Personen, die einen „Altstadtspaziergang“ beabsichtigten, um vorgeblich die Sicherheit in Köln zu erhöhen. Der Hintergrund war, dass eine angebliche Vergewaltigung einer russischstämmigen Jugendlichen durch einen Flüchtling deutschlandweit zu Protesten von russischstämmigen Bürgern führte. Kurzfristig schloss sich die Gruppe **Pro Köln** an, so dass der Verein mit über 300 Teilnehmern seine größte Veranstaltung seit Jahren zustande brachte.

Mischszenen in dieser Ausprägung gab es bislang nicht in Nordrhein-Westfalen. Es ist eine neue Entwicklung, dass Menschen, die sich nicht zum organisierten Rechtsextremismus zählen, gemeinsam mit **NPD**, Neonazis, **Pro NRW** und Co. bei Versammlungen auftreten. Das Abflauen der Flüchtlingsdiskussion scheint indessen zu einem Niedergang dieser Veranstaltungsreihen geführt zu haben. Deshalb bleibt offen, ob diese zwischenzeitliche Entgrenzung und Annäherung von Dauer sein wird.

Bürgerwehren

Seit den Übergriffen in der Silvesternacht 2015 / 2016 vor dem Kölner Hauptbahnhof bildeten sich mehrheitlich in Facebook Gruppen, die sich zu Aktionen im öffentlichen Raum verabreden wollten und als „Bürgerwehr“ verstanden. Diese Gruppen hatten sich anlässlich der Übergriffe auf Frauen in der Silvesternacht vorgeblich zum Ziel gesetzt, eigeninitiativ die öffentliche Sicherheit – insbesondere den Schutz von Frauen – durch gemeinsame Patrouillen zu verbessern. Nur wenige Gruppen schafften allerdings den Sprung aus der Virtualität in die Realität. Typische Namen der Gruppen sind „*Düsseldorf passt auf*“, „*Bürgerwehr Köln*“, oder „*Eitorf bleibt sicher*“. Einige Gruppen haben sogenannte „Streifen“ beziehungsweise „Abendspaziergänge“ durchgeführt. Hierbei lag die Anzahl der Teilnehmer meist im unteren zweistelligen Bereich. Nach den ersten Monaten im Jahr 2016 ließ das Interesse an den „Bürgerwehren“ nach. Es wurden keine neuen Gruppen mehr gegründet und die meisten Gruppen stellten auch ihre virtuellen Aktivitäten ein.

Nur ein geringer Anteil der „Bürgerwehren“ war rechtsextremistisch gesteuert. Die Mehrzahl der „Bürgerwehren“ versuchte demonstrativ, sich von Gewalt und politischen Inhalten, insbesondere Fremdenfeindlichkeit, zu distanzieren. Trotzdem fanden sich fremden- und islamfeindliche Postings in den meisten Gruppen. Dies weist darauf hin, dass zumindest ein Teil der „Bürgerwehren“-Anhänger entsprechende Einstellungen besitzt. Auch wenn sich dies nicht zwangsläufig in rechtsextremistischen Aktivitäten niederschlagen muss, bedeutet dies, dass diese „Bürgerwehr“-Mitglieder aufgeschlossen gegenüber rechtsextremistischer Propaganda sind. Darüber hinaus gab es in fast der Hälfte der Gruppen Hinweise auf eine rechtsextremistische Einflussnahme. Um die „Bürgerwehren“ nicht zu diskreditieren, verzichteten einige Rechtsextremisten aber bewusst darauf, sich prominent in diesen Gruppen darzustellen. So nahm der **NPD**-Landesvorsitzende am ersten Treffen der „*Bürgerwehr Bochum-Wattenscheid*“ teil, betonte aber dabei, dass er die „Bürgerwehr“ nur unterstütze, aber nicht initiiere. **Die Rechte** Hamm bot „Bürgerwehren“ ihre Unterstützung an. Die Parteimitglieder sollten die selbst ernannten „Ordnungshüter“ aber nicht aktiv öffentlich unterstützen, um die Bürgerwehren nicht in Verruf zu bringen. **Pro NRW** hingegen hat öffentlich hervorgehoben, dass ihr Wittener Ratsmitglied die Wittener „Bürgerwehr“ unterstützt. Dieser administrierte auch die betreffende Facebook-Gruppe. Der damalige stellvertretende **Pro NRW**-Landesvorsitzende Dominik Roeseler trat bei einem „Abendspaziergang“ einer bürgerwehrähnlichen Gruppe in Mönchengladbach als ihr Sprecher auf. Rechtsextremisten sehen bei diesem Phänomen die Chance, gesellschaftliche Gruppen außerhalb ihrer unmittelbaren eigenen Anhängerschaft zu beeinflussen, fremdenfeindliche Propaganda zu verbreiten und neue Anhänger zu rekrutieren. „Bürgerwehren“ können also dazu beitragen, die Anschlussfähigkeit von Rechtsextremisten zu rechtsorientierten Milieus zu erhöhen.



Beispiele für „Hatespeech“ auf der Facebook-Seite von Pro NRW



Straftaten

Ebenfalls zeigte sich bei den Straftaten in den vergangenen Jahren eine Entgrenzung des Täterprofils. Zwei Drittel der identifizierten Tatverdächtigen von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte waren bislang nicht mit rechtsextremistisch motivierten Straftaten oder in rechtsextremistischen Organisationen aufgefallen. Zugleich zeigte sich aber in einigen Fällen sehr deutlich eine menschenverachtende Motivation. Dies deutet darauf hin, dass rechtsextremistische Angstkampagnen und die Propagierung von Freund-Feind-Bildern auch außerhalb der Szene wirken und anlässlich der Flüchtlingsdiskussion Radikalisierungsverläufe ebenso jenseits des organisierten Spektrums stattfinden.

Ausblick

Die Entgrenzung des Rechtsextremismus hat im Zuge der Diskussion über Flüchtlinge in den letzten beiden Jahren zugenommen. Das schlägt sich auf verschiedenen Feldern der politischen Öffentlichkeit nieder: in Organisationen, auf Demonstrationen und in den Medien, vor allen dem Internet. Auch wenn die Intensität der Flüchtlingsdebatte deutlich nachgelassen hat, wird sich die Entwicklung nicht automatisch umkehren und die Mehrheitsgesellschaft den Rechtsextremismus umgehend wieder auf dem vorhergehenden Niveau eingrenzen. Erstens arbeiten rechtsextremistische Akteure wie die „Neue Rechte“ aktiv daran, ihren Resonanzraum über die eigene Szene zu erweitern und gehen dabei durchaus geschickt vor. Zweitens zeichnen sich für die nächsten Jahre weitere Themen ab, die Rechtsextremisten als Türöffner-Themen zur Mitte der Gesellschaft nutzen werden. So berufen sich beispielsweise salafistische Täter auf den Islam und erzeugen damit bei Teilen der Öffentlichkeit den Eindruck, der Islam sei eine Rechtfertigung für Hass, Gewalt und Tod. Dies spielt wiederum den Rechtsextremisten in die Hände, die damit Propaganda gegen alle Muslime betreiben. Drittens zeigen sozialwissenschaftliche Einstellungsuntersuchungen, dass ein Teil der Bevölkerung rechtsextremistisches Gedankengut teilt und damit ein gewisses Potenzial vorhanden ist. Dabei handelt es sich zwar um eine Minderheit der Bürger, aber dieses Potenzial konnten rechtsextremistische Akteure im Zuge der Flüchtlingsdiskussion erfolgreich ansprechen. Viertens hat es bei einem bislang kleinen Teil der Bevölkerung eine Verschiebung der Wahrnehmung und Bewertung gegeben, wonach diese nun rechtsextremistische Akteure und Argumente als „normal“ und zum legitimen Meinungsspektrum dazugehörend betrachten. Vor diesem Hintergrund bleibt das Eintreten für Pluralismus und Demokratie heute mehr denn je eine wichtige gesamtgesellschaftliche Daueraufgabe.



Sitz / Verbreitung	Bundesverband: Berlin; Landesverband: Essen
Gründung / Bestehen seit	1964 (Bundes- und Landesverband NRW)
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Frank Franz (seit 2014); Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); einstellige Zahl handlungsfähiger Kreisverbände; insgesamt 17 Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bund: ca. 5.200 ➡ Land: ca. 600 ➡
Veröffentlichungen	Publikationen: Zeitung des Bundesverbandes Deutsche Stimme (monatlich) als Printversion; Blickpunkt , Online-Zeitschrift des Landesverbandes (quartalsweise); diverse lokale Publikationen einzelner Kreisverbände (meist unregelmäßig) Web-Angebote: mit den Seiten NPD.de oder NPD-nrw.de ; fast alle Kreisverbände haben eigene Webseiten oder sind in den sozialen Netzwerken vertreten
Kurzportrait / Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist die älteste aktive rechtsextremistische Partei. Die Partei will die Demokratie in Deutschland beseitigen und tritt für eine rassistische, antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Ideologie ein. Vielfach bezieht sich die Partei dabei auf die Ideologie der NSDAP. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre enge Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene.
Finanzierung	staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Die **NPD** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Vielmehr spricht die **NPD** Menschen lediglich eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. Die von der **NPD** verfolgten politischen Ziele laufen auf einen autoritären Staat hinaus, in dem die Prinzipien der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung außer Kraft gesetzt werden sollen.

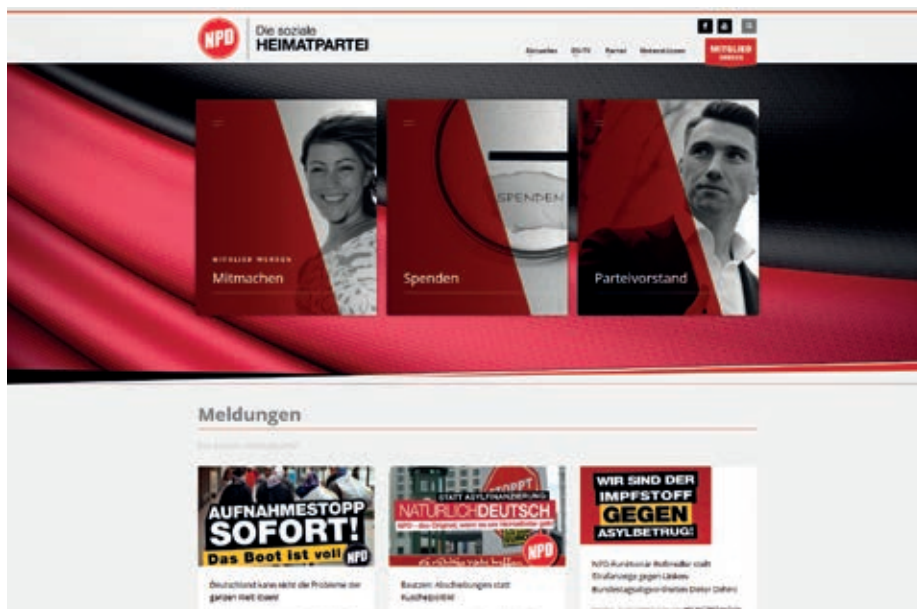
Stattdessen verfolgt die **NPD** eine rechtsextremistische Ideologie, die auf das Prinzip der „Volksgemeinschaft“ baut und sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auszeichnet. Eine solche „Volksgemeinschaft“ definiert die Partei ausschließlich nach ethnischen Kriterien. Alle Bürger, die diesen ethnischen Kriterien nicht genügen, will die Partei aus den demokratischen Prozessen ausschließen und damit entrechten. Das heißt, dass sie die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Art. 3 des Grundgesetzes ablehnt. Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die **NPD** „biologisch“. Was darunter zu verstehen ist, wird in einem „Fragen und Antworten“-Bereich auf ihrer Webseite erläutert, wo es unter anderem zu den Fragen *„Wer ist denn Deutscher? Was versteht die NPD unter 'Volk'?“* heißt: *„Längst ist erwiesen, dass das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (als evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben [...].“*

Neben der allgemeinen Hetze gegen Migranten sind im Berichtsjahr 2016 insbesondere Muslime und Flüchtlinge Opfer der **NPD**-Propaganda. Indem die **NPD** Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die Partei ein verzerrtes, negatives Bild der hier lebenden Muslime. So nutzte die **NPD** den



NPD-Propaganda gegen Flüchtlinge

Anschlag am 19. Dezember 2016 in Berlin für ihre propagandistischen Zwecke, zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für Flüchtlinge engagieren, zu verunglimpfen. Auf der Facebook-Präsenz eines nordrhein-westfälischen Kreisverbandes hieß es: „Wir verachten die Nutznießer der Asylpolitik und ihrer Helfershelfer in Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, den Medien, Verbänden und Organisationen.“ Der Anschlag wird auch in den Kontext einer vermeintlichen „Umvolkung“, gegen die es sich zu wehren gilt, gestellt. Dabei greift die **NPD** auf das völkisch-nationalistische Argumentationsmuster des sogenannten „Volkstodes“ zurück. Auch findet die **NPD** mit dem Begriff „Terrorgees“ nach „Rapefugees“ – einem nach den Übergriffen zu Silvester 2015 / 2016 in Köln verwendeten Begriff – eine abwertende Wortneuschöpfung für Flüchtlinge.



Beispiel für die Hetze gegen Migranten und für die Fremdenfeindlichkeit auf der Homepage der **NPD**

Obwohl die **NPD** soziale Themen und die „Bedrohung durch den Islam“ in den Vordergrund rückt, weicht sie auch nicht von ihren „traditionellen“ antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. Dabei werden nicht nur antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust oder die Zahl der Opfer an sich bezweifelt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Die **NPD** glorifiziert in Beiträgen der **Deutschen Stimme** den historischen Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verur-

teilten Verbrechern des NS-Regimes. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus, die auch das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 feststellte.

Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene sowie gewaltbereiten Hooligans.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Beherrschendes Thema war für die **NPD** in Nordrhein-Westfalen das in 2016 laufende Parteiverbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht. Der Bundes- und der Landesvorstand der Partei empfahlen den Mitgliedern, in die „Alliance for Peace and Freedom (APF)“ einzutreten, um so einem eventuellen Parteiverbot mit einer Ersatzorganisation ausweichen zu können. Die „APF“ ist eine auf europäischer Ebene agierende rechtsextreme Partei, in deren Vorstand sich Vertreter verschiedener rechtsextremer Parteien unter anderem aus Griechenland („Goldene Morgenröte“), Italien („Forza Nuova“) und Spanien („Democracia Nacional“) und von der **NPD** befinden. So trat der **NPD**-Landesvorsitzende im Oktober bei einer Veranstaltung in Oberhausen als Vertreter der „APF“ auf.

Am 2. Mai 2016 nahm eine Abordnung des Landesverbandes an einem internationalen Kongress von Rechtsextremisten zum Thema „Syrien zwischen Toleranz und Terrorismus“ im Europäischen Parlament in Brüssel teil, den die „APF“ organisierte. Der Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen nahm ferner an einer „APF“-Konferenz zum Thema „United against immigration and terrorism!“ am 12. November 2016 in Rom teil. Ereignisse dieser Art stellt der Landesvorsitzende in den sozialen Netzwerken ausführlich und als erfolgreiche Parteiarbeit dar, um vom geringen Aktionsniveau des nordrhein-westfälischen Landesverbandes abzulenken.

Der Einfluss der **NPD** in Nordrhein-Westfalen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums ist begrenzt. Allenfalls besitzen einzelne Vertreter der Partei die nötige Reputation in der Szene, um parteiübergreifend zu agieren.

Der Landesvorsitzende und Multifunktionär Claus Cremer ist sowohl parteiintern als auch in der rechtsextremistischen Szene umstritten. Neben seiner Funktion als Landesvorsitzender arbeitete er bis zu ihrer Auflösung im März 2017 als bezahlter Mitarbeiter der Ratsgruppe „**NPD** / Bürger für Duisburg“ und ist Mitglied des Bochumer Rates. Als im Sommer 2016 eine Unterschlagung der damaligen Landesschatzmeisterin publik wurde, wollte Cremer dies nicht öffentlich bekannt werden lassen, um keine negative Presse vor den anstehenden Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin zu provozieren. Diese Argumentation überzeugte jedoch nur einen Teil der Parteimitglieder und die Informationen gelangten an einen lokalen Blog, der darüber berichtete.

Kommunale Verankerung der NPD

Die **NPD** verfügt über 17 kommunale Mandate. Die Aktivitäten dieser Mandatsträger beschränken sich auf das nur begrenzt öffentlichkeitswirksame Stellen von Anträgen und Anfragen, die eher „Signalanträge“ sind. Die Anfragen erfüllen dabei den Zweck der Selbstdarstellung gegenüber der eigenen Partei und werden entsprechend in sozialen Netzwerken verbreitet. Letztlich machen jedoch Sitzungsgelder und Aufwandspauschalen die Teilnahme an der Kommunalpolitik für die **NPD** attraktiv.

Öffentlich wahrnehmbar waren in 2016 die Kreisverbände in Duisburg, Bochum und Unna. Letzterer kooperierte eng mit den Kreisverbänden der Partei **Die Rechte** in Hamm und Dortmund. Diese Zusammenarbeit bestand bereits mit den 2012 verbotenen neonazistischen Kameradschaften „Nationaler Widerstand Dortmund“ und „Kameradschaft Hamm“, die in den Kreisverbänden von **Die Rechte** aufgegangen sind. Aktivitäten anderer Kreisverbände werden durch den Landesverband gesteuert und in den sozialen Netzwerken verbreitet. Manchmal sind derartige Aktivitäten auch dem Engagement einzelner überzeugter Rechtsextremisten geschuldet.

2016 konnten die **NPD** und die Partei **Die Rechte** in Dortmund eine gemeinsame Gruppe im Rat der Stadt gründen. In Anbetracht der gegenseitigen Anfeindungen der Parteimitglieder bis zur Kommunalwahl 2014 dürften für diesen Schulterschluss vor allem finanzielle Motive ausschlaggebend gewesen sein.

Landesparteitage

Auf dem ordentlichen **NPD**-Landesparteitag am 26. November 2016 in Essen wurde Claus Cremer als Landesvorsitzender bestätigt. Gleichzeitig schieden langgediente Mitglieder aus dem Landesvorstand aus. Vor dem Hintergrund des Finanzskandals im Landesverband und seiner rudimentären parteiinternen Aufklärung werden hier parteiinterne Konflikte der nordrhein-westfälischen **NPD** deutlich.

Zur Aufstellung der Wahllisten für die Land- und Bundestagswahl hielt die Partei am 27. November 2016 einen Wahlparteitag ab. Hierbei wurde Claus Cremer lediglich auf den zweiten Platz der Landes- und Bundestagswahlliste gewählt. Obwohl die Platzierung angesichts fehlender Erfolgsaussichten der **NPD** bei den Wahlen lediglich symbolischen Charakter hat, ist dies als Niederlage für den Landesvorsitzenden zu werten.

Feste und Liederabende der NPD

Die **NPD** NRW mobilisiert mit ihren Veranstaltungen im Wesentlichen nur Teile der eigenen Mitgliedschaft. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden organisiert die **NPD** in Nordrhein-

Westfalen keine Skinhead-Konzerte, sondern allenfalls rechtsextremistische Lieder- oder Balladenabende. So veranstaltete die **NPD** beispielsweise am 3. Juli 2016 ein Sommerfest, bei dem der ehemalige Sänger der rechtsextremistischen Musikgruppe **Landser** Michael Regener alias **Lunikoff** auftrat.

Demonstrationen und Kundgebungen

Die **NPD** in Nordrhein-Westfalen führte im Jahr 2016 eine eigene größere Demonstration durch. An der 1. Mai-Demonstration in Bochum, die unter dem Motto „*Asylbetrug macht uns arm!*“ stand, nahmen etwa 180 Rechtsextremisten teil. Außerdem organisierte die **NPD** am 2. April 2016 eine flüchtlingsfeindliche Versammlung in Essen mit rund 90 Anhängern. Im Aufruf dazu forderte sie eine „*Abschaffung des einklagbaren Grundrechts auf Asyl!*“



Links: Aufruf zur 1. Mai-Demonstration in Bochum

Unten: Gemeinsame Teilnahme an der von **Die Rechte** durchgeführten Veranstaltung „Tag der deutschen Zukunft“



2016 beteiligten sich die Parteimitglieder an verschiedenen rechtsextremistischen Veranstaltungen anderer Organisationen, wie dem von **Die Rechte** am 4. Juni durchgeführten „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund oder der revisionistischen Kundgebung „Rheinwiesenerlager“ am 12. November in Remagen (Rheinland-Pfalz).

Mitglieder der **NPD**, insbesondere Vertreter der Ratsgruppe „**NPD** / Bürger für Duisburg“, nahmen regelmäßig an Pegida-Veranstaltungen in Duisburg teil und trugen auch Redebeiträge vor. Ebenso beteiligte sich 2016 die **NPD** – teilweise auch mit Rednern – an ähnlichen Veranstaltungen: im Juni in Bochum bei der Gruppierung „Deutschland asylfreie Schulen, Kindergärten und Turnhallen“, im August in Duisburg bei „Bürger für Duisburg“, im Oktober in Dortmund bei „Gemeinsam stark Deutschland“, im Oktober in Oberhausen bei „Bürger gegen Politikwahn“ und im November bei „Mönchengladbach steht auf!“. Ferner rief die **NPD** mit anderen rechtsextremistischen Organisationen, wie zum Beispiel **Pro NRW**, zu einer Gegendemonstration anlässlich des Besuches des türkischen Staatspräsidenten in Köln am 31. Juli 2016 auf. An der Kundgebung nahmen auch Personen des HoGeSa-Spektrums teil. Eher selten führte die **NPD** dagegen Infostände und Mahnwachen durch. Dies war überwiegend in jenen Städten festzustellen, in denen die **NPD** mit kommunalen Mandatsträgern vertreten ist, wie beispielsweise in Duisburg.

Verbotsverfahren

Anfang März 2016 fand die mündliche Verhandlung im Verbotsverfahren gegen die **NPD** vor dem Bundesverfassungsgericht statt. Das Verfahren endete mit der Urteilsverkündung am 17. Januar 2017, bei der das Gericht den Antrag auf ein Verbot der **NPD** zurückwies.

Das Bundesverfassungsgericht stellte in der mündlichen Verhandlung die formelle Zulässigkeit des Verbotsantrags fest. Das Urteil bestätigt wesentliche Punkte des Bundesratsantrages, insbesondere die Verfassungsfeindlichkeit der **NPD**. Allerdings wertete das Gericht es als unwahrscheinlich, dass es der Partei gelänge, ihre Ziele durchzusetzen. Weil die **NPD** wegen dieser Bedeutungs- und Erfolglosigkeit keine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstelle, verbot das Bundesverfassungsgericht die Partei nicht.

Die zentralen Sätze des Urteils lauteten:

*a) „Die Antragsgegnerin [**NPD**] strebt nach ihren Zielen und dem Verhalten ihrer Anhänger die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung an. Sie zielt auf eine Ersetzung der bestehenden Verfassungsordnung durch einen an der ethnischen „Volksgemeinschaft“ ausgerichteten autoritären „Nationalstaat“. Dieses politische Konzept missachtet die Menschenwürde aller, die der ethnischen Volksgemeinschaft nicht angehören, und ist mit dem grundgesetzlichen Demokratieprinzip unvereinbar.“*

b) „Die Antragsgegnerin arbeitet planvoll und qualifiziert auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.“

c) „Es fehlt jedoch an konkreten Anhaltspunkten von Gewicht, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass dieses Handeln zum Erfolg führt.“

Die **NPD** stellte das Urteil als Erfolg dar und verbreitete dies permanent in ihren sozialen Netzwerken. Allerdings unterschlug sie in ihrer eigenen Darstellung, dass das Bundesverfassungsgericht ihr die gesellschaftliche Relevanz und Reichweite absprach.

Zur mündlichen Verhandlung in Karlsruhe lud das Gericht auch den nordrhein-westfälischen Landesvorsitzenden als Auskunftsperson. Dieser fehlte jedoch am dritten Verhandlungstag überraschend, als er mutmaßlich Auskunft geben sollte, weil er – nach eigenen Angaben – erkrankt war.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Lage der **NPD** in Nordrhein-Westfalen ist durch mehrere Probleme gekennzeichnet. Erstens hält mit dem derzeitigen Landesvorstand, insbesondere dem Landesvorsitzenden, die Führungskrise der Partei weiter an. Zweitens verunsicherte das Verbotsverfahren etliche Parteimitglieder. Drittens schwankt der Landesverband zwischen zwei Positionen, die auch die beiden wichtigsten Strömungen innerhalb der Partei darstellen: die „Modernisierer“ um den amtierenden Parteivorsitzenden Frank Franz, die sich stärker bürgerlich präsentieren wollen, auf der einen Seite. Auf der anderen Seite stehen die „Traditionalisten“, die über gute und enge Kontakte zur Neonazi-Szene verfügen. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts interpretieren Teile der Partei als „Freifahrschein“, so dass davon auszugehen ist, dass radikalere Kräfte offensiver auftreten und Machtansprüche anmelden werden. Dies zeigte sich bereits beim Bundesparteitag im März 2017.

Ambivalent bleibt das Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt schwankt. Dabei ist die **NPD** auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Auch die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienspektrums und das migrationskritische Wahlangebot der AfD dürften dazu beitragen, dass sich die betreffenden Parteien das Wählerpotenzial gegenseitig streitig machen und die Wahlaussichten der **NPD** beeinträchtigen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_npd



Sitz / Verbreitung	Düsseldorf (faktisch Leverkusen)
Gründung / Bestehen seit	2007
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender der Partei Pro NRW ist seit Gründung Markus Beisicht; Gliederung in acht Bezirksverbände mit vorgeblich 53 angeschlossenen Kreisverbänden; nur in drei Kommunen nennenswerte Aktivitäten; 26 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen
Mitglieder / Anhänger /	circa 450 
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Publikationen: Als Informations- und Werbemedium dient die im Flugblattformat vertriebene Publikation NRW UNZENSIERT-Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW . Anlassbezogen erscheinen darüber hinaus Flug- und Faltblätter. Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile in den sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Pro NRW ist der Versuch einer landesweiten Ausdehnung der zunächst lokalen Organisation von Pro Köln mit identischen inhaltlichen Ansätzen, gleichgelagerter Strategie und – bis zum Zeitpunkt des internen Zerwürfnisses im Jahr 2016 – auch teilweise gleichem Führungspersonal. Der Vorsitzende und ein Teil des Vorstandes von Pro NRW stammen aus rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. Die Partei versucht sich überwiegend bürgerlich zu inszenieren. Inhaltlich vertritt sie jedoch dezidiert fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen, diffamiert Migranten und schürt Ängste vor ihnen, insbesondere vor Muslimen und Flüchtlingen.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an Gruppen und Fraktionen in Kommunalvertretungen

Pro NRW missachtet mit seinen Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Die Partei vermittelt ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder ethnischen Zugehörigkeit anknüpft. Insbesondere Muslime, Sinti und Roma sowie Flüchtlinge werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Dabei greifen sowohl Wortwahl als auch die Argumentationsmuster die Menschenwürde an und sind deshalb nicht mit dem Grundgesetz vereinbar.



Facebook-Post, der Flüchtlinge diffamiert.

Im Jahr 2016 legte die Partei **Pro NRW** ihren Schwerpunkt vor allem auf eine flüchtlingsfeindliche Agitation. Fortwährend diskreditierte sie Flüchtlinge mittels gezielter Kampagnen und entsprechender Slogans, indem sie sie pauschal negativ als Kriminelle, Gewalttäter und „Sozialschmarotzer“ darstellte und damit Hass gegen diese Bevölkerungsgruppe schürte. Beispielsweise veröffentlichte sie am 11. Oktober 2016 auf ihrem Facebook-Profil ein Bild mit dem Spruch „VORSICHT! Auch einer *DEINER* 'neuen Nachbarn' könnte ein Terrorist sein!“. Flüchtlinge bezeichnete die Partei mitunter als „Invasoren“. Eine derartige Kriegsrhetorik zielt darauf

ab, Flüchtlinge zu diffamieren und Menschenrechte zu delegitimieren. Gleiches gilt für den Facebook-Post vom 19. August 2016, auf dem zu lesen ist: „Angela Merkel meint, ein Land mit 80 Mio. Einwohnern werde doch wohl 2 Mio. Flüchtlinge verkraften können. Aber wie lange kann eine Herde von 80 Schafen zwei Wölfe verkraften?“ Letztlich tragen derartige Freund-Feind-Bilder dazu bei, Übergriffe auf Flüchtlinge als vermeintliche Notwehr erscheinen zu lassen.

Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellt die Islamfeindlichkeit dar. **Pro NRW** verbreitet seit Jahren öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Auf ihrem Facebook-Profil heißt es am 22. November 2016: „Jeder gekaufte Döner ist nur ein weiterer Schritt hin zu Burka und Islamisierung!“ Die Partei-Funktionäre unterscheiden bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung, sondern stellen Musliminnen und Muslime pauschal als potenzielle Gefahr für die Gesellschaft dar, um ihnen das Grundrecht auf Religionsfreiheit einzuschränken.

Zugleich versucht **Pro NRW** mit anderen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Akteuren und Organisationen im In- und Ausland zu kooperieren. Dazu zählen unter anderem die österreichische FPÖ und der belgische Vlaams Belang.

Gerichte bestätigten mehrfach, dass **Pro NRW** zu Recht in den Verfassungsschutzberichten als rechtsextremistische Partei aufgeführt wird. Zuletzt stellte das Verwaltungsgericht Berlin am 21. Januar 2016 fest, dass der Verfassungsschutzbericht des Bundes rechtmäßig auf **Pro NRW** eingeht. Schließlich habe die Partei „im Berichtszeitraum Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung betrieben“ (VG 1 K 255.13).

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die seit dem Spaltungsprozess innerhalb der Pro-Bewegung 2015 zu beobachtende offene Zusammenarbeit von **Pro NRW** mit Personen aus der neonazistischen Szene sowie Aktivisten der **NPD** setzte sich auch im Jahr 2016 fort. Der Versuch von **Pro NRW**, auch Anhänger des Hooligan-Spektrums im Rahmen von öffentlichen Versammlungen einzubinden, scheiterte – wie auch der Versuch einer Vereinnahmung der sogenannten Gida-Kundgebungen Ende 2014 / Anfang 2015 – insbesondere an parteiinternen Konflikten sowie an einer fehlenden Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf Augenhöhe seitens des Parteivorsitzenden.

Der maßgeblich für eine Zusammenarbeit mit der Hooligan-Gruppierung „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSa) eintretende stellvertretende Vorsitzende von **Pro NRW** erklärte daraufhin im Mai 2016 seinen Austritt. Als herausragendes Ereignis mit Beteiligung von **Pro NRW** war gleichwohl die Demonstration im Juli 2016 unter dem Motto „Keine Huldigungen für Erdogan in Deutschland. Stoppt den islamistischen Autokraten vom Bosphorus“ in Köln anzusehen. Unter den 330 Teilnehmern befanden sich zahlreiche Angehörige rechtsextremistischer Gruppierungen

und der gewaltbereiten Hooligan-Szene. Die Demonstration wurde wegen mehrerer versammlungsrechtlicher Verstöße aufgelöst.



Plakat mit einem Aufruf zur Demonstration gegen den türkischen Präsidenten Erdogan am 31. Juli 2016

Eine gemeinsam von **Pro NRW** und Neonazis geplante Demonstration im Juni 2016 in Bonn war bereits im Vorfeld mangels Zuspruch aus der Szene abgesagt worden.

Bei der von **Pro NRW** organisierten Veranstaltung am 4. September 2016 in Köln zeigte sich, dass die Partei mittlerweile zu allen Spektren des Rechtsextremismus Kontakt sucht. Neben dem Parteivorsitzenden redeten dort ein früherer NRW-Landesvorsitzender der **Jungen Nationaldemokraten (JN)**, der Jugendorganisation der **NPD**, ein Politiker der belgischen rechtsextremistischen Partei „Vlaams Belang“, eine rechtsextremistische Aktivistin, die bundesweit bei diversen Organisationen wie etwa der Partei **Die Rechte** auftritt sowie ein Essener Lokalpolitiker von **Pro NRW**. Dieser organisierte 2016 auch die Veranstaltungsserie „Essen gegen Politikwahnsinn“, an der Neonazis, Hooligans und sogenannte „Wutbürger“ teilnahmen.

Die Strategie des Zugehens auf die neonazistische und subkulturelle rechtsextremistische Szene ist für **Pro NRW** jedoch nicht aufgegangen, da die Partei nun kaum mehr in der Lage ist, das

ursprünglich anvisierte bürgerliche Spektrum anzusprechen. Andererseits gelingt es **Pro NRW** trotz Einbindung von Szenegrößen – wie des rechtsextremistischen Liedermachers Frank Rennicke anlässlich des Neujahrsempfangs im Januar 2017 – auch nicht, Einfluss und Bedeutung in der rechtsextremistischen Szene zu erlangen.

In der Eigendarstellung versucht **Pro NRW** mitunter den Eindruck zu vermitteln, über regional flächendeckende Strukturen zu verfügen. Der fortschreitende Bedeutungsverlust der Organisation schlägt sich jedoch in der geringen kommunalen Präsenz vor Ort nieder, die ursprünglich das wesentliche Agitationsfeld von **Pro NRW** war. Nennenswerte Aktivitäten entfalteten 2016 lediglich noch die Kreisverbände Bonn, Essen und Leverkusen. Im Januar 2017 legte auch der Bonner Kreisvorsitzende sein Ratsmandat nieder. Nach vielen Austritten verblieben der Partei



Auszüge der Homepage von **Pro NRW**



noch 29 Mandate in kommunalen Räten und 24 Mitglieder in Bezirksvertretungen. Allerdings sind nur wenige Vertreter in den Räten tatsächlich aktiv und nutzen sie gelegentlich als Plattform für öffentlichkeitswirksame Agitationen. Tatsächliche Sacharbeit vor Ort findet kaum statt.

Oggleich **Pro NRW** regelmäßig überregionale Kampagnen ankündigt, ist der tatsächliche Wirkungskreis sehr begrenzt. Der Partei fehlen zum einen Funktionäre, zum anderen leidet sie an einem anhaltenden Mitgliederschwund. **Pro NRW** agiert daher im Wesentlichen mit kurzfristig organisierten Protestveranstaltungen mit lokalem Schwerpunkt im Rheinland. So rief **Pro NRW** im Juni 2016 anlässlich einer Informationsveranstaltung in Monheim über die möglichen Überlassung von zwei Grundstücken an islamische Verbände zu Protesten vor Ort auf: „*Kommen Sie deshalb zahlreich am kommenden Donnerstag nach Monheim. Zeigen wir gemeinsam Flagge gegen die geplante Islamisierung der Stadt!*“. An der entsprechenden Mahnwache nahmen jedoch nur wenige Aktivisten von **Pro NRW** teil.

Mit Blick auf die Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen sprach **Pro NRW** noch im März 2016 davon, eine Kooperation unter anderem mit der AfD zu suchen. Sollte diese nicht zustande kommen, werde „es selbstverständlich eine eigenständige **Pro NRW**-Kandidatur zur Landtagswahl 2017 geben.“ Die AfD hingegen lehnte eine Zusammenarbeit ab. Im September 2016 erklärte der **Pro NRW**-Vorsitzende Beisicht, „sich nun strategisch auf die Kommunalpolitik zu konzentrieren“, da die AfD das anvisierte Wählerspektrum bei Bundes- und Landtagswahlen bereits erfolgreich anspreche. **Pro NRW** trat somit nicht zur Landtagswahl 2017 an.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Partei **Pro NRW** setzt weiterhin ihren Schwerpunkt auf fremdenfeindliche, insbesondere flüchtlings- und islamfeindliche Kampagnen. Der strategische Schlingerkurs zwischen neonazistischer sowie subkultureller Szene einerseits und fremdenfeindlichen „Wutbürgern“ andererseits verprellte letztlich beide Zielgruppen. Geprägt durch interne Auseinandersetzungen, persönliche Anfeindungen, Mitgliederschwund und strukturelle Erfolglosigkeit verfügt **Pro NRW** heute nur noch über eine geringe Aktionsfähigkeit. Lediglich in drei Kommunen war diese öffentlich wahrzunehmen. Die offen zutage tretende Konkurrenz zwischen **Pro NRW**, **Pro Köln** und **Pro Deutschland** und das Agieren von drei Pro-Gruppierungen bei inhaltlich nahezu identischer Ausrichtung führen sowohl zu einer Segmentierung der rechtsextremistischen Parteienlandschaft in Nordrhein-Westfalen als auch zur Irritation in der identischen Zielgruppe. Die Absage, an den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen 2017 teilzunehmen, ist somit Ausdruck der existenziellen Krise von **Pro NRW**.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_pronrw



Sitz / Verbreitung	Köln
Gründung / Bestehen seit	1996
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender von Pro Köln ist seit 2014 Michael Gabel; der Verein ist nur in Köln aktiv; als Gruppe im Stadtrat mit zwei Mandaten und fünf Mandaten in Bezirksvertretungen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	circa 250 Mitglieder
Veröffentlichungen	Publikationen: KÖLN UNZENSIERT – vormals „Fraktionszeitung KÖLN UNZENSIERT“ Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile in den sozialen Netzwerken

Kurzportrait / Ziele **Pro Köln** entstand im Wesentlichen auf Betreiben ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der rechtsextremistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)« sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP). Bereits 1996 gegründet, erzielte **Pro Köln** erstmals bei der Kommunalwahl 2004 Mandate im Rat der Stadt Köln und ist dort bis heute – seit 2014 nur noch als Ratsgruppe mit zwei Mandatsträgern – vertreten.

Pro Köln versucht sich überwiegend bürgerlich zu inszenieren. Inhaltlich vertritt die Organisation dezidiert fremdenfeindliche und islamfeindliche Positionen, diffamiert Migranten und schürt Ängste vor ihnen. Dies betrifft in den letzten beiden Jahren insbesondere Flüchtlinge und Muslime. Der „Kampf“ gegen „den Islam“ dient dabei als Türöffner. **Pro Köln** versucht in der Gesellschaft diskutierte Themen zu nutzen, um eigene fremdenfeindliche und nationalistische Sichtweisen und Forderungen über den rechtsextremistischen Rand hinaus bis in die Mitte der Gesellschaft zu verbreiten.

Finanzierung Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an die Gruppe im Kölner Stadtrat

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Pro Köln missachtet mit seinen Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Der Verein vermittelt ein negatives Menschenbild über bestimmte Minderheiten, welches ausschließlich an deren Nationalität, Religions-, Staats- oder ethnischen Zugehörigkeit anknüpft. Eine differenzierte Betrachtung, die andere Aspekte einbezieht, blenden die Rechtsextremisten dabei aus. Mit dieser Art der Darstellung schürt **Pro Köln** Ablehnung und versucht, Ängste in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und zu instrumentalisieren.

Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellt die Islamfeindlichkeit dar. So verbreiten alle Pro-Organisationen seit Bestehen öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Die Pro-Aktivisten unterscheiden dabei bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. Die diskreditierende Gleichsetzung zielt darauf ab, eine Glaubensgemeinschaft pauschal für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und sie als Bedrohung darzustellen.

Neben dieser Politik der Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten versucht **Pro Köln** mit anderen rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Organisationen zu kooperieren. So lud



Beispiele für fremdenfeindliche Inhalte der Publikation **KÖLN UNZENSIERT**, Ausgabe 1/2016

der Verein zu seinem Neujahrsempfang Ende Januar 2016 Vertreter der österreichischen FPÖ, des belgischen Vlaams Belang sowie einen französischen islamfeindlichen Publizisten ein.

Die Nennung von **Pro Köln** im Verfassungsschutzbericht wurde gerichtlich als rechtmäßig bestätigt. Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bestätigte mit einem Beschluss vom 21. Februar 2014 eine vorhergehende Entscheidung des Verwaltungsgerichtes Düsseldorf. „Es hat aus den im Urteil wiedergegebenen Verlautbarungen und Aktivitäten des Klägers bzw. seiner Funktionäre rechtsfehlerfrei auf den Verdacht einer gegen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte verstoßenden ausländerfeindlichen Ausrichtung und auch im Übrigen verfassungswidriger Bestrebungen des Klägers geschlossen.“

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Auch im Jahr 2016 legte **Pro Köln** seinen Schwerpunkt auf eine flüchtlings- und islamfeindliche Politik. Die Rechtsextremisten instrumentalisieren vor allem die Ereignisse der Silvesternacht 2015 / 2016 am Kölner Hauptbahnhof, um Flüchtlinge pauschal zu diskreditieren. So führten sie am 24. Januar 2016 eine Kundgebung unter dem Titel „Köln passt auf; Rapefugees not welcome!“ durch. Mit der Wortneuschöpfung verbindet der Verein die beiden englische Begriffe „Rape“ (=Vergewaltigung) und „Refugees“ (=Flüchtlinge) und versucht damit, Asylbewerber zu diffamieren. Zu der Veranstaltung konnten 75 Teilnehmer mobilisiert werden. Unter anderem sprach eine Funktionärin der rechtsextremistischen Gruppierung Vlaams Belang. Die Aktion überschneidet sich mit einem beabsichtigten Aufzug von circa 250 russischstämmigen Personen, so dass über 300 Personen an der Veranstaltung von **Pro Köln** teilnahmen.

In verschiedenen Stellungnahmen versuchten **Pro Köln**-Funktionäre wiederkehrend die Übergriffe in der Kölner Silvesternacht zu nutzen, um Flüchtlinge und Muslime als Feindbild darzustellen. So veröffentlichte **Pro Köln** Mitte Januar 2016 auf Facebook folgendes Statement des stellvertretenden Vorsitzenden: „Nach der Silvester-Schande: Keine Asylanten mehr in unseren Schulturnhallen!“ Damit wird Flüchtlingen pauschal unterstellt, eine Bedrohung darzustellen. In einem längeren Beitrag für das islamfeindliche Blog „PI-News“ am 23. Januar 2016 gibt der stellvertretende Vorsitzende seiner völkisch-nationalistischen Sichtweise Ausdruck: „Der schleichende Prozess des Bevölkerungsaustausches, der Überfremdung und Islamisierung ist

an einem Punkt angelangt, wo er nicht mehr totzuschweigen oder zu verniedlichen ist.“ Den Zuzug von Flüchtlingen seit Ende 2016 nennt er in diesem Beitrag abwertend einen „Asyl-Tsunami“, also als menschliche Welle mit hoher Vernichtungskraft. Auch die Sprecherin



Flyer von **Pro Köln**

der **Pro Köln**-Ratsgruppe verwendet in einem Beitrag für „PI-News“ am 10. Januar 2016 diesen Begriff und sprach von einer „existenziellen Bedrohungslage“. Flüchtlinge bezeichnet **Pro Köln** mitunter als „Invasoren“ wie in einem Beitrag vom 8. März 2016 auf der Webseite des Vereins. Dies zielt darauf ab, Flüchtlinge als vermeintliche „Angreifer“ zu diffamieren und Menschenrechte zu delegitimieren. In letzter Konsequenz tragen derartige Freund-Feind-Bilder dazu bei, auch Übergriffe auf Flüchtlinge als vermeintliche Notwehr darzustellen.

Die Kampagne gegen Flüchtlinge prägte 2016 auch die inhaltliche Arbeit der Ratsgruppe von **Pro Köln** im Stadtrat sowie in einzelnen Beiträgen in den fünf Bezirksvertretungen. Die Propaganda schlug sich ebenso in der Zeitung der Ratsgruppe **KÖLN UNZENSIERT** nieder, die 2016 lediglich einmal erschien.

Bei der Wahl zur Seniorenvertretung am 22. Oktober 2016 in den Kölner Stadtbezirken gelang es einer **Pro Köln**-Kandidatin im Bezirk Chorweiler einen Sitz zu gewinnen. Das schlechte Abschneiden bei der Kommunalwahl 2014 und das organisatorische Auseinanderdriften innerhalb der Pro-Bewegung hat sich jedoch nachhaltig auf die Aktivitäten von **Pro Köln** ausgewirkt. Der Verein ist personell ausgezehrt und zur regelmäßigen Durchführung größerer Aktionen nicht mehr in der Lage. Lediglich einige Infostände im August und September 2016 führte **Pro Köln** durch. Der Versuch der Vereinsführung, durch steuernde Einflussnahme auf den NRW-Landesverband von **Pro Deutschland** überregionale Bedeutung zu erlangen, ist gescheitert. So legte Markus Wiener sein Amt als Vorsitzender des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen von **Pro Deutschland** im November 2016 nieder. Im August 2016 schloss der Verein – nach mehr als einem Jahr der Spaltung zwischen den Pro-Organisationen – Markus Beisicht, den langjährigen ehemaligen Vorsitzenden von **Pro Köln** und gleichzeitig Vorsitzenden von **Pro NRW**, aus dem Verein aus. Beisicht klagte dagegen vor Gericht. Der nach außen vermeintlich stringente Abgrenzungskurs wird innerhalb der Pro-Bewegung währenddessen weiterhin nur zögerlich umgesetzt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Pro Köln setzt weiterhin seinen Schwerpunkt auf fremdenfeindliche Kampagnen, die sich vor allem gegen Flüchtlinge und Muslime richten. Der Verlust des Fraktionsstatus von **Pro Köln** bei der Kommunalwahl 2014 hat die Bedeutung des Vereins eingeschränkt. Die offen zutage tretende Konkurrenz und die persönlichen Anfeindungen zwischen **Pro Köln** und **Pro NRW** sowie das Agieren von drei Pro-Gruppierungen bei inhaltlich nahezu identischer Ausrichtung führt sowohl zur Zersplitterung der rechtsextremistischen Parteienlandschaft in Nordrhein-Westfalen als auch zur Irritation in der angesprochenen; identischen Zielgruppe.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_prokoeln](#)

Pro Deutschland



Sitz / Verbreitung	Landesverband NRW: Düsseldorf
Gründung / Bestehen seit	Bürgerbewegung Pro Deutschland : 2005; Pro Deutschland Landesverband NRW: 2016
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender der Partei Pro Deutschland ist Manfred Rouhs; Vorsitzender des im Oktober 2016 gegründeten Landesverbandes in Nordrhein-Westfalen ist Dr. Christoph Heger; 21 Mandate in kommunalen Räten und Bezirksvertretungen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Circa 100 Mitglieder
Veröffentlichungen	Web-Angebote: eigene Webseiten sowie Profile im sozialen Netzwerk Facebook
Kurzportrait / Ziele	Die unter der Bezeichnung Pro Deutschland auftretenden Gruppierungen entstanden im Wesentlichen auf Betreiben ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der rechtsextremistischen »Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)« sowie der Partei „Die Republikaner“ (REP). Die Partei Pro Deutschland vertritt rechtsextremistische Positionen. Insbesondere diffamiert sie Migranten und schürt Ängste vor Muslimen und Flüchtlingen.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden und staatliche Zuwendungen an Gruppen und Fraktionen in Kommunalparlamenten

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Pro Deutschland – Landesverband NRW** missachtet mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Migranten werden wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Insbesondere stellt **Pro Deutschland** Migranten als Bedrohung für Wohlstand und Sicherheit dar. So sagte der



Auszüge der Homepage und des Facebook-Auftritts von **Pro Deutschland**



Fraktionsvorsitzende von **Pro Deutschland** im Gelsenkirchener Stadtrat in seiner Haushaltsrede im Dezember 2016: „Neben Kosten hat uns vor allem die Zuwanderung auch Probleme gebracht. Vor allem haben wir eine Zunahme von Gewalt.“ Der Vertreter von **Pro Deutschland** im Remscheider Stadtrat schrieb im Februar 2016 von einer „Asyl-Invasion“. Damit versucht er den verstärkten Zuzug von Flüchtlingen als militärischen Angriff darzustellen. Damit schürt er Angst vor und Aggressionen gegen diese Bevölkerungsgruppe.

Wie auch die anderen **Pro-Organisationen** verbreitet **Pro Deutschland** öffentlichkeitswirksam Vorurteile über Muslime, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Die Pro-Aktivist:innen unterscheiden bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung. So heißt es beispielsweise auf Aufklebern von **Pro Deutschland**: „Aktiv werden gegen Moscheebau und Islamismus!“ Die diskreditierende Gleichsetzung zielt darauf ab, eine Glaubensgemeinschaft für eine Vielzahl gesellschaftlicher Missstände und Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen und sie als Bedrohung darzustellen.

Einige Vertreter des nordrhein-westfälischen Landesverbandes nahmen an der rechtsextremistischen Versammlung „Merkel muss weg“ am 7. Mai 2016 in Berlin teil. Die Vorsitzende des Wuppertaler Kreisverbandes, die zugleich im Rat der Stadt Wuppertal sitzt, trat als Rednerin auf. Nachdem sie die gewählte Regierung in völkischer Diktion als „Deutschlandabschaffer“ bezeichnete, rief sie das rechtsextremistische Publikum mit revolutionärer Attitüde auf: „Wir holen uns unser Land zurück.“

Der Berliner Landesverband der Partei, der bis 2016 der einzige Landesverband war, klagte gegen seine Aufnahme in den Berliner Verfassungsschutzbericht 2013. Das Verwaltungsgericht Berlin verkündete am 7. September 2016, dass **Pro Deutschland** zu Recht im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch aufgeführt wird. Denn die Aktivitäten der Partei waren „darauf gerichtet, die Gewährleistung der Menschenwürde im Sinne des Art. 1 Abs. 1 GG für bestimmte Personengruppen, namentlich Muslime und Migrant:innen außer Geltung zu setzen.“

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Landesverband von **Pro Deutschland** in Nordrhein-Westfalen wurde im Zuge des internen Spaltungsprozesses der **Pro-Bewegung** im Jahr 2016 gegründet. **Pro Deutschland** ist fast ausschließlich im Bergischen Städtedreieck sowie in Gelsenkirchen aktiv. Die Mandate in den jeweiligen Kommunalvertretungen verdankt **Pro Deutschland** dem Übertritt ehemaliger Aktivist:innen von **Pro NRW**. Im Gegensatz zu **Pro NRW** bemüht sich **Pro Deutschland** mitunter ansatzweise um das Erscheinungsbild einer sachorientierten Ratsarbeit vor Ort. Trotz der Abgrenzungsbekundungen zu **Pro NRW** bestehen weiterhin inhaltliche und organisatorische Verbindungen, erkennbar beispielsweise an der Gründung einer gemeinsamen Ratsfraktion in Witten im August 2016.

Pro Deutschland verfügt in Nordrhein-Westfalen insgesamt über ein geringes Aktionspotenzial und zeigt daher nur wenig öffentlichkeitswirksame Aktivitäten. Einzig nennenswert ist eine Doppelkundgebung „gegen Asylchaos und islamistischen Terror“ im Februar 2016 in Remscheid und Wuppertal mit bis zu 70 Teilnehmern aus dem rechtsextremistischen Spektrum.

Trotz einer umfangreichen Kampagne anlässlich der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin im September 2016 erhielt der Berliner Landesverband von **Pro Deutschland** lediglich 0,4% der Stimmen. In einer Stellungnahme teilte der Bundesvorsitzende daraufhin mit, dass **Pro Deutschland** im Jahr 2017 weder bei der Bundestagswahl noch bei anstehenden Landtagswahlen (darunter Nordrhein-Westfalen) kandidieren werde.

Im November 2016 gab der bisherige Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes von **Pro Deutschland**, Markus Wiener, der für **Pro Köln** auch Mitglied im Kölner Stadtrat ist, im Rahmen einer Vorstandsneuwahl den Vorsitz ab. Die Mitglieder des neuen Landesvorstands sind vor ihrer Wahl in der **Pro-Bewegung** kaum in Erscheinung getreten. Neue Impulse sind deshalb nicht zu erwarten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Pro Deutschland setzt weiterhin seinen Schwerpunkt auf fremden- und islamfeindliche Kampagnen. Dem Landesverband Nordrhein-Westfalen gelang es nur in Teilen, ehemalige Mitglieder von **Pro NRW** zum Übertritt zu bewegen. Angesichts der dünnen Personaldecke und einer durch die Parteispaltung demotivierten Anhängerschaft ist die Partei in Nordrhein-Westfalen kaum handlungsfähig. Es existieren nur in wenigen Kommunen Kreisverbände. Insgesamt wird die Partei kaum öffentlich wahrgenommen. Der Abspaltungsprozess hat insofern in die weitgehende Bedeutungslosigkeit geführt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_prodeutschland](#)



Sitz / Verbreitung	Bund: Parchim	Land: Dortmund
Gründung / Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012	
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Sascha Krolzig; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bund: circa 700 →	NRW: circa 300 →
Veröffentlichungen	Webangebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite www.dortmundecho.org als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund.	
Kurzportrait / Ziele	Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Die Rechte ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften kommen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbände wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehatten. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten.	
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus Spenden sowie von der Partei durchgeführten Veranstaltungen wie Konzerten	

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der erheblichen Einfluss auf den Bundesverband besitzt.

Die Gründung des Landesverbandes erfolgte im September 2012 als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen im August 2012. Die Führung des Landesverbandes setzt sich aus Hauptprotagonisten der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen; die Kreisverbände in Dortmund, Hamm und Aachen sind in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit den verbotenen Kameradschaften identisch.

Anlässlich der Verbote führte **Die Rechte** am 23. August 2016 in Dortmund eine Versammlung durch, in der sie die staatlichen Maßnahmen gegen Rechtsextremismus kritisierte und ihre demokratiefeindlichen Positionen offenbarte. Ein Redner sagte: *„Wenn wir in ein Parlament einziehen, dann kommen wir als Feinde.“*

In einem Interview mit dem WDR am 22. Dezember 2016 sprach ein Rechtsextremist, der 2016 auf vielen Veranstaltungen der Partei redete, von einer möglichen Revolution gegen das demokratische System:

„Wir werden, glaube ich, einen doch sehr heißen Sommer erleben, weil nationale Kräfte formieren sich gerade und wir werden diese nationale außerparlamentarische Opposition formen und verbinden und da brauchen wir auch keine Wahlen.“

Frage WDR: Moment, keine Wahlen? Das heißt, sie predigen da gerade eine Revolution?

„Wissen sie, das was 1989 in der DDR passiert ist, gilt ja nun als friedlicher Umsturz und ich kann das in den nächsten Jahren für die Bundesrepublik nicht ausschließen.“

Die Partei verachtet den Grundpfeiler der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, die Achtung und den Schutz der Menschenwürde. So schreibt der Kreisverband OWL am 30. Dezember 2016: *„Können wir die Volksverräter nicht bloßstellen, ihre heuchlerischen Masken herunterreißen, ihre Lügen und dummen Worthülsen von „Vielfalt“, „Menschenrechten“, „Menschenwürde“, „Weltoffenheit“, „Toleranz“ [...]“*

Ein politischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist Fremdenfeindlichkeit. So zeichnet die Partei in ihrem Programm ein einseitiges, negatives Bild von Migranten. In ihren Verlautbarungen stellt sie das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-

Feind-Konstellation dar, in der die einheimische Bevölkerung bedrängt werde. Dabei ist vor allem eine pauschale Kriminalisierung von Migranten für die Partei **Die Rechte** ein Vehikel, um fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren. Im Jahr 2016 bezog die Partei ihre fremdenfeindliche Kampagne vor allem auf Flüchtlinge.

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betreibt den Onlineversandhandel „**Antisem Versand**“, der mittels der Webadresse „antisem.it“ die antisemitische Einstellung provokativ zum Ausdruck bringt. Ferner führten Kreisverbände in Nordrhein-Westfalen auch 2016 Veranstaltungen mit einer szenebekanntem Leugnerin des Holocaust durch. In Dortmund störten Anhänger der Partei am 9. November 2016 eine Gedenkveranstaltung zur „Reichsprogromnacht“.

Des Weiteren propagiert **Die Rechte** offen Rassismus. Auf Demonstrationen der Partei im Jahr 2016 skandierten Teilnehmer die Parole: „*Alles für Volk, Rasse und Nation*“.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen stellt sich selbst in eine nationalsozialistische Tradition. Bei Demonstrationen führen Aktivisten des Kreisverbandes Dortmund oftmals ein Transparent mit dem Spruch „*25 Punkte gegen eure Verbote*“ mit. Mit der Zahl beziehen sie sich dabei symbolisch auf das 25-Punkte-Programm der NSDAP. Auf Kundgebungen von **Die Rechte** riefen die Teilnehmer regelmäßig „*Nationaler Sozialismus jetzt*“.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird von militanten Neonazis dominiert, die in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Straftaten auffielen, darunter auch Gewalttaten. Einer der Dortmunder Bezirksvertreter der Partei wurde 2016 unter anderem wegen gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Um weitere strafrechtliche Verfolgungen zu vermeiden, beschränken sich inzwischen in der Partei organisierte Neonazis überwiegend auf legale Aktionen. Trotz dieser taktischen Anpassung zeigt die Partei in zahlreichen Stellungnahmen und Aktionen ihre aggressiv-kämpferische Haltung. Der stellvertretende Landesvorsitzende äußerte sich bei einer Versammlung am 22. Dezember 2016 in Dortmund folgendermaßen: „*Erst, wenn der Letzte von seinem Schreibtisch verjagt wurde, wenn der Letzte abgezogen wurde, weil die Herrschenden ersetzt wurden, dann haben wir unser Ziel erreicht.*“ Bei den Demonstrationen setzt **Die Rechte** den aggressiven, aktionsorientierten Stil der Kundgebungen der verbotenen Kameradschaften, der auf die Beherrschung des öffentlichen Raumes abzielt, fort.

Zudem versucht die Partei immer wieder das staatliche Gewaltmonopol zu diskreditieren und der Selbstjustiz das Wort zu reden. Dies geht einher mit einer dramatisierten und fremdenfeindlichen Darstellung der Sicherheitslage und dem Herbeireden von Bürgerkriegsszenarien. So heißt es in einem Beitrag von **Die Rechte** OWL vom 29. November 2016 auf ihrer Webseite: „*Doch wenn das Regime nicht mehr für unsere Sicherheit sorgen kann oder will, müssen wir Deutschen un-*

seren Schutz selbst in die Hand nehmen. [...] Doch wir müssen natürlich auch darauf hinweisen, dass es mit dem Kleinen Waffenschein und dem Kauf einer Gas- oder Schreckschusspistole nicht getan ist. Vor allem müssen wir auch mental darauf vorbereitet sein, die Waffe im Notfall tatsächlich einzusetzen und den Angreifer mit einem sauber platzierten Schuss außer Gefecht zu setzen. Außerdem empfehlen wir dringend den Besuch von Selbstverteidigungskursen in professionellen Kampfsportschulen und die Bildung von Nachbarschaftshilfen und Bürgerwehren.“

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen politischen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** beschäftigen, sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. Meistens formulieren die Parteiaktivisten Bedrohungen jedoch unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, so dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

Der Bundesverband stagniert seit 2014. Die Partei weist zehn Landesverbände und 21 Kreisverbände auf, wobei einige Verbände nur nominell bestehen und keine Aktivitäten entfalten. Zwischen den Landesverbänden gibt es weiterhin gravierende strukturelle Unterschiede. So sind im Landesverband Nordrhein-Westfalen rund 300 Mitglieder organisiert, dagegen zählen mehrere andere Landesverbände kaum mehr als 30 Mitglieder. Nur in einigen wenigen Regionen spielt die **Die Rechte** eine nennenswerte Rolle. Der Zustand der Partei ist weiterhin fragil. Dauerhaft handlungsfähige Parteiverbände sind die Ausnahme. Der Bundesverband setzt bisher kaum Impulse. So verfügt die Partei immer noch nicht über eine eigene Geschäftsstelle und residiert unter der Privatanschrift des Bundesvorsitzenden.

Der Parteigründer achtet darauf, dass die Organisation formell die Anforderungen an eine Partei erfüllt, insbesondere dass sie zu Wahlen antritt. Aus diesen Beweggründen sind der Landesverband Baden-Württemberg bei der Landtagswahl in einigen Wahlkreisen und der Landesverband Sachsen-Anhalt landesweit zu den dortigen Landtagswahlen am 13. März 2016 angetreten. Der Bundesverband lässt keine Zweifel daran, dass sich **Die Rechte** auch im Wahlkampf im Rechts extremismus verortet. So heißt es in einem Beitrag am 24. Januar 2016 auf ihrer Webseite: „*Die Partei tritt in ihrem schwierigen Wahlkampf nicht mit populistischen, sondern mit extrem rechten und stringenten Positionen und sozialpolitischen Zielen an!*“

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen und insbesondere der Dortmunder Kreisverband haben weiterhin großen Einfluss auf den Bundesverband. So fand der sechste Bundesparteitag am 15. Mai 2016 in Dortmund statt. Die Mitglieder wählten ein Führungsmittglied des Dortmunder



Demonstration der Partei **Die Rechte** im Juni 2016 in Dortmund

Kreisverbandes zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden sowie die Kreisvorsitzenden aus Ostwestfalen-Lippe und Rhein-Erft in den Bundesvorstand. Des Weiteren stammt der Schatzmeister aus Nordrhein-Westfalen.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen bildet eine Auffangstruktur für die 2012 verbotenen Kameradschaften. Auch wenn nicht alle Neonazis in die Partei eingetreten sind, organisiert die Partei in Nordrhein-Westfalen inzwischen nahezu alle neonazistischen Aktivitäten. Seit 2016 stagniert die Entwicklung der Parteistrukturen des Landesverbandes. In Nordrhein-Westfalen waren lediglich sechs Kreisverbände öffentlich wahrnehmbar tätig. Allerdings unterscheiden sie sich stark in Hinblick auf ihre Struktur und ihr Aktivitätsniveau.

Am 6. August 2016 veranstaltete die Partei einen Landesparteitag in Dortmund. Dort wählten die Mitglieder Sascha Krolzig zum neuen Landesvorsitzenden. Der bis zur Wahl kommissarische Vorsitzende Michael Brück wurde zweiter Landesvorsitzender. Anschließend führte **Die Rechte** einen Parteitag zur Aufstellung einer Landesliste für die Landtagswahl 2017 durch. Sie stellte

zehn Personen auf. Die Kandidaten auf den Listenplätzen zwei bis vier sind in der Vergangenheit alle wegen Körperverletzung verurteilt worden.

Der Landesverband besitzt für die Partei lediglich eine organisatorische Funktion, von ihm gehen aber keine politischen Initiativen aus. Gelegentlich wird im Namen des Landesverbandes eine Demonstration angemeldet. In der Regel handelt es sich aber tatsächlich um Demonstrationen des Dortmunder Kreisverbandes, die auch in Dortmund stattfinden. Die Kreisverbände stellen die eigentlichen politischen Akteure dar, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, dezentrale Strukturen der Neonazi-Szene in vormaligen lokalen Kameradschaften in eine Parteiorganisation zu überführen. Die meisten Mitglieder dürften ihre Organisation ebenfalls weiterhin nicht als Partei begreifen. Hauptsächlich geht es den Aktivisten darum ihre „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ vor staatlichen Repressionsmaßnahmen zu schützen. So werden Demonstrationen, Mahnwachen, Geburtstagspartys, Rechtsrockkonzerte und Sonnenwendfeiern nunmehr als Parteiveranstaltungen ausgewiesen.

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund ist der maßgebliche Kreisverband der Partei in Nordrhein-Westfalen mit einer aktiven und mobilisierbaren Anhängerschaft von circa 80 bis 100 Personen im regionalen Bereich. Diese Klientel setzt sich nach wie vor überwiegend aus Angehörigen und Sympathisanten der 2012 verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ zusammen und ist national wie international gut in der rechtsextremistischen Szene vernetzt.

Sowohl der stellvertretende Landesvorsitzende als auch der stellvertretende Bundesvorsitzende der Partei kommen aus Dortmund. **Die Rechte** in Dortmund hat seit der Kommunalwahl 2014 einen Sitz im Dortmunder Stadtrat sowie jeweils einen Sitz in drei Bezirksvertretungen der Stadt.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht Münster 2016 einer entsprechenden Klage stattgegeben hatte, bilden **Die Rechte** und die **NPD** seit dem 28. April 2016 eine gemeinsame Ratsgruppe im Dortmunder Stadtrat, was zur Folge hat, dass ihnen jährlich über 40.000 Euro aus kommunalen Mitteln zufließen.

Um an der Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen teilzunehmen, musste die Partei **Die Rechte**, neben weiteren Zulassungsvoraussetzungen, mindestens 1000 Unterschriften von Wahlberechtigten vorlegen. Dazu führte **Die Rechte** in Dortmund im Januar 2017 zehn Infostände durch, um die entsprechenden Unterschriften zu sammeln.

Trotz der nach außen dargestellten klassischen Parteiarbeit tritt im Kreisverband Dortmund die aktionsorientierte Handlungsform der Neonazi-Szene zunehmend wieder in den Vordergrund. Der Kreisverband zeigt sich – nicht nur im Zusammenhang mit der Flüchtlingsthematik – offen



Graffiti an einem Haus in Dortmund-Dorstfeld

rassistisch und fremdenfeindlich, wie an zahlreichen Beiträgen in dessen Internetportal und auf öffentlichen Versammlungen erkennbar ist. Gegenüber Migranten und politischen Gegnern verfolgt der Kreisverband eine Strategie der Provokation und Bedrohung.

2016 führte der Kreisverband eine intensive Kampagne gegen die Eröffnung eines anarchistischen Buch- und Kulturzentrums in Dortmund durch. Die Aktivisten versuchten auch durch öffentlichen Druck auf den Vermieter der Räumlichkeiten, die Eröffnung zu verhindern. Dieser Versuch greift ineinander mit einer Raumergreifungsstrategie, die die Partei in Dortmund durchzusetzen versucht. Insbesondere im von den Rechtsextremisten so genannten „Nazi Kiez“ rund um den Wilhelmsplatz in Dortmund-Dorstfeld soll ein Klima der Angst geschaffen werden für alle, die sich nicht mit der Partei identifizieren. Die dort inzwischen dauerhaft präsente Polizei wird dabei offenbar als so störend empfunden, dass sie einer ständigen diskreditierenden Berichterstattung seitens der Parteimedien ausgesetzt ist. Journalisten werden auf offener Straße provokativ angesprochen, um sie einzuschüchtern und letztlich an einer freien Berichterstattung zu hindern. Meistens bleiben die Aktivisten dabei unterhalb der Schwelle der Strafbarkeit.

Im Internet veröffentlicht der Kreisverband Dortmund seine Beiträge nach der Löschung mehrerer Facebook-Accounts auf der Seite www.dortmundecho.org. Ferner betreibt der Kreisverband ein Twitterprofil, das hauptsächlich auf neue Artikel von **Dortmundecho** verlinkt. Auf angezeigte Straftaten von Aktivisten, wie der wiederholte Einsatz illegaler Pyrotechnik, folgen auf **Dortmundecho** im Internet verharmlosende oder negierende Beiträge, in denen man sich in der Opferrolle des zu Unrecht Verfolgten darstellt.

Im Jahr 2016 führte die Partei 38 Versammlungen in Dortmund durch. Die größte Veranstaltung mit ungefähr 900 bis 1000 Teilnehmern fand am 4. Juni 2016 unter dem Motto „*Tag der deutschen Zukunft*“ statt. Dabei handelt es sich um eine jährlich in einer anderen deutschen Stadt veranstaltete Demonstration der rechtsextremistischen Szene unter überregionaler und internationaler Beteiligung von Neonazis. Ein Redner glorifizierte unter dem Applaus der Teilnehmer das NS-Regime, indem er auf das sogenannte 1000-jährige Reich anspielte, was Adolf Hitler errichten wollte. „*Was hatten wir früher für Politiker. Da war die Politik angelegt auf 50 Jahre, auf 70 Jahre, auf 100 Jahre und von ganz besonderen Politikern auf 1000 Jahre.*“

Kreisverband Hamm

Die Rechte Hamm zeigte sich 2016 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich weniger aktiv. Eine in den letzten Jahren regelmäßig am 3. Oktober durchgeführte Demonstration fand 2016 nicht statt. Lediglich im Vorfeld der Veranstaltung „*Tag der deutschen Zukunft*“ organisierte der Kreisverband am 28. Mai 2016 eine Demonstration mit ungefähr 60 Teilnehmern. Im März beteiligten sich die Aktivisten an einer Veranstaltung unter dem Motto „*Hamm gegen Politikwahn*“ und stellten ungefähr die Hälfte der Teilnehmer. Der Kreisverband Dortmund unterstützte die Kundgebung mit einem Lautsprecherfahrzeug.

Der Kreisverband Hamm konzentrierte sich 2016 überwiegend auf szeninterne Veranstaltungen. In geschichtsrevisionistischer Manier gedachte man am Volkstrauertag mit Fackeln und Reichsflagge den Opfern des 2. Weltkrieges, wobei die Rechtsextremisten damit nicht die Opfer des NS-Regimes oder die Opfer des deutschen Angriffskrieges meinten. Ferner organisierten sie mehrfach Liederabende, an denen zwischen 50 und 60 Personen teilnahmen. Eine Ausnahme stellt eine als Geburtstagsfeier deklarierte Veranstaltung im Oktober 2016 dar, bei der drei Bands auftraten und rund 150 Besucher kamen. Weiterhin führte der Kreisverband gemeinsam mit der **NPD** Unna / Hamm einen Vortragsabend mit einem ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS durch, der sich in nostalgischen Erinnerungen an den 2. Weltkrieg erging.

Nachdem Facebook das Profil des Kreisverbandes zu Beginn des Jahres 2016 löschte, legten die Rechtsextremisten unter dem neuen Namen „*Rechtes Forum Hamm*“ ein neues Profil an. Über die Internetdomain www.rechte-hamm.com ist der Kreisverband mittlerweile nicht mehr zu erreichen.

Kreisverband Ostwestfalen-Lippe

Seit dem 16. Januar 2016 verfügt die Partei **Die Rechte** über einen Kreisverband Ostwestfalen-Lippe (OWL). Vorsitzender ist Sascha Krolzig, ehemals führendes Mitglied der im Jahr 2012 verbotenen Kameradschaft Hamm. Seit Mitte des Jahres 2016 ist er zudem Landesvorsitzender. Für die Landtagswahl 2017 stellte der Kreisverband in Bielefeld auch einen Direktkandidaten

auf. Der Kreisverband ist bemüht, der organisatorischen Zersplitterung des Rechtsextremismus in der Region entgegenzuwirken, indem er mit der **NPD** und den dortigen Neonazis zusammenarbeitet. Beispielsweise veranstaltete **Die Rechte** am 7. Oktober mit der **NPD** einen Vortragsabend mit einem Neonazi aus Niedersachsen als Referenten, der von seinen Erfahrungen in der Haft erzählte.

Der Kreisverband bemühte sich, durch provokante Aktionen öffentliches Interesse zu erregen. So verteilte er im Februar 2016 CDs mit rechtsextremistischer Musik vor einigen Bielefelder Gymnasien. Die Musiktitel von rechtsextremistischen Bands und Solomusikern wurden fast alle bereits vor über zehn Jahren auf den ersten sogenannten Schulhof-CDs veröffentlicht. Darüber hinaus enthielt die CD Propagandamaterial wie Flugblätter, Postkarten, Plakate, einige Rechtsrock-Videos und das Programm der Partei. Eine weitere öffentlichkeitswirksame Aktion unternahm der Kreisverband anlässlich des Besuches der Bundeskanzlerin an einer Veranstaltung der Jungen Union in Paderborn. Als den Anhängern von **Die Rechte** der Zutritt zur Versammlung verwehrt wurde, heischte die Partei mit einer Kundgebung vor der Halle um die Aufmerksamkeit der Medien.

Der inhaltliche Schwerpunkt von **Die Rechte** OWL im Jahr 2016 lag auf der flüchtlingsfeindlichen Agitation. Mit der **NPD** OWL sowie mit Neonazis organisierte der Kreisverband am 23. April 2016 eine „*Mottofahrt gegen Masseneinwanderung*“, bei der nacheinander vier Kundgebungen in Harsewinkel, Bielefeld, Herford und Halle / Westfalen durchgeführt wurden, an denen jeweils dieselbe Gruppe von Rechtsextremisten teilnahm. Bei anderen Informationsveranstaltungen zu Flüchtlingseinrichtungen versuchten Parteimitglieder, während der Veranstaltung auf sich aufmerksam zu machen und verteilten flüchtlingsfeindliche Flugblätter. Vor allem im August und September warfen Aktivisten im Rahmen ihrer selbst bezeichneten „Anti-Asyl-Kampagne“ in Bielefeld und im Kreis Gütersloh Flugblätter mit dem Titel „*Asyl-Wahnsinn stoppen! Deutsche Identität erhalten!*“ in Briefkästen. Ferner beteiligte sich eine kleine Gruppe von Mitgliedern von **Die Rechte** OWL an den größeren rechtsextremistischen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Auf seiner Webseite veröffentlichte der Kreisverband regelmäßig rechtsextremistische Beiträge zu aktuellen Ereignissen. Dazu zählen auch ideologische Grundsatzartikel. So wird in dem Artikel „*Auf in das Kampffahr 2017!*“ vom 30. Dezember 2016 die rassistische und nationalistische Weltanschauung unumwunden beschrieben:

„Wir insistieren auf das Sicherstellen des Lebensrechtes der weißen Völker in der einzigen Ordnung, die die Zukunft der Nationen als freie, friedliche, gerechte, und souveräne Staaten gewährleistet, dem Nationalismus.“

„Das Menschentum gliedert sich in Rassen und Völker. Diese haben sich über Jahrtausende gebildet und stellen eine ideale Vollendung der Aufteilung der Menschen dar.“

Kreisverband Rhein-Erft

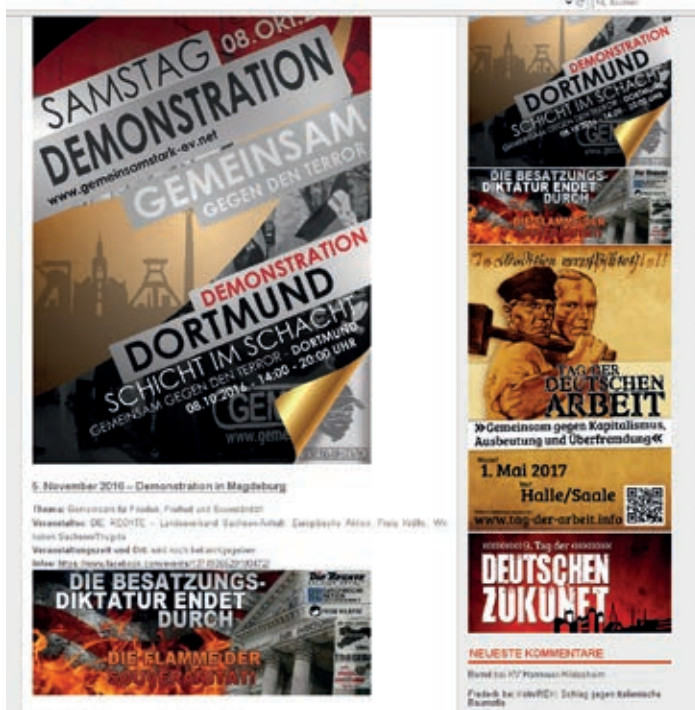
Der Kreisverband Erft war auch 2016 erneut trotz weniger Mitglieder relativ aktiv und versuchte in den Kommunen des Rhein-Erft-Kreises öffentlich in Erscheinung zu treten. Viermal führte er kleinere Kundgebungen durch: im Januar in Bergheim, im März und im April in Frechen und im Juli in Bergheim. Mehrfach nahmen Aktivisten an Informationsveranstaltungen zur Unterbringung von Flüchtlingen teil und verteilten im Umfeld der Veranstaltungen Flugblätter. **Die Rechte** Rhein-Erft beteiligt sich mit ihren Aktivisten auch überörtlich an allen wichtigen einschlägigen Versammlungen. So nahmen sie am 9. Januar 2016 an einer „Pegida-Demo“ in Köln, am 4. Juni 2016 am „*Tag der deutschen Zukunft*“ in Dortmund und am 12. November 2016 am „*Gedenkmarsch Rheinwiesenlager*“ in Remagen teil. Darüber hinaus fanden im internen Kreis einige szenetypische Veranstaltungen statt, wie Kranzniederlegungen an Soldatengräbern zum Volkstrauertag.



Teilnahme des Kreisverbandes Rhein-Erft am „Tag der deutschen Zukunft“ im Juni 2016 in Dortmund

Weiterhin legte der Kreisverband besonderen Wert auf eine ideologische Schulung der Anhängerschaft und führte eine Reihe von Vorträgen durch. Im Herbst 2016 veranstaltete **Die Rechte** eine Vortragsreihe unter dem Motto „*Aufstand des Geistes*“. Dazu berief man sich auf einen Ausspruch eines ehemaligen Freikorpsmitglieds, das 1922 an der Ermordung des damaligen

Außenministers Walter Rathenau beteiligt war: „Alle Revolutionen der Weltgeschichte begannen mit dem Aufstand des Geistes und endeten mit dem Barrikadensturm.“ Als Referenten lud man bekannte Revisionisten, insbesondere eine deutschlandweit auftretende Leugnerin des Holocaust ein. Inhaltlich ging es vor allem darum, die Verbrechen des Nationalsozialismus zu negieren. Mit den Veranstaltungen erreichte der Kreisverband überregional Teilnehmer aus verschiedenen rechtsextremistischen Organisationen. Ebenso zeigte sich **Die Rechte** Rhein-Erft im Internet sehr aktiv und publizierte zahlreiche rechtsextremistisch argumentierende Artikel auf ihrer Internetseite und verbreitete sie über Twitter und Facebook.



Veranstaltungshinweise der Partei **Die Rechte** im Internet

Aktivitäten in weiteren Kreisverbänden

Die Kreisverbände Aachen und Heinsberg sind 2016 öffentlich kaum in Erscheinung getreten. Statt Parteiarbeit zu betreiben, lag der Schwerpunkt eher darauf, Feiern und Sportveranstaltungen für Szeneangehörige aus der Region zu veranstalten. Bei den relevanten überregionalen rechtsextremistischen Veranstaltungen in Dortmund und Remagen nahm lediglich eine Handvoll

von Aktivisten teil. Allerdings verzichteten sie auf eigene Transparente oder gleiche T-Shirts, um sich als Gruppe darzustellen.

Die von den Kreisverbänden gemeinsam betriebenen Profile bei Facebook und Twitter sind seit Januar 2016 nicht mehr aktiv. Nur die 2014 als Projekt der regionalen Parteienstrukturen gegründete Gruppierung **Syndikat 52** postet weiterhin regelmäßig auf ihrem Facebook-Profil Links zu fremden- und demokratiefeindlichen Beiträgen. Beispielsweise verbreiteten sie anlässlich des Geburtstages von Adolf Hitler am 20. April ein Foto mit der Aufschrift „... und auch in hundert Jahren wird kein Mensch wissen, welcher Tag Angela Merkels Geburtstag ist.“

Der Kreisverband Wuppertal hat 2016 weiter an Bedeutung verloren. Es gelang ihm lediglich eine relevante Veranstaltung durchzuführen, als er im Oktober mit rund 50 bis 60 Teilnehmern gegen eine Flüchtlingsunterkunft in Wuppertal-Ronsdorf demonstrierten. Auf ihrem Facebook-Profil agitierten die Wuppertaler Aktivisten fortlaufend gegen Migranten, insbesondere gegen Flüchtlinge. Ansonsten reisten einzelne Mitglieder regelmäßig nach Dortmund, um sich an den Aktivitäten des dortigen Kreisverbandes zu beteiligen. Ebenso nahm man an für die Szene wichtigen Versammlungen teil, wie der unter anderem von **Pro NRW** organisierten rechtsextremistischen Anti-Erdogan-Demonstration am 31. Juli in Köln und dem sogenannten „Trauermarsch“ in Remagen. Ein Wuppertaler Führungsmitglied trat mehrfach als Redner auf rechtsextremistischen Versammlungen auf. So hielt er am 12. August in Dortmund eine Rede, in der er zur Gegnerschaft zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung aufrief: „Werdet aktiv und leistet Widerstand gegen dieses asoziale System und diesen schieß Staat.“ Dieser Aktivist stand zudem auf dem ersten Platz der Landesliste der Partei **Die Rechte** zur Landtagswahl 2017 in Nordrhein-Westfalen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich ihrer Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Bundespartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** einige parteitypische Aktivitäten auf. Den Anhängern geht es aber vor allem darum, den neonazistisch geprägten Aktionismus fortzusetzen.

Die Rechte ist das organisatorische Zentrum der Neonazi-Szene. Zudem kooperiert sie bei Demonstrationen und im Dortmunder Stadtrat mit der **NPD**, bei Vorträgen mit Revisionisten und bei Musikveranstaltungen mit der subkulturellen Szene. Insofern stellt die Partei gegenwärtig das Gravitationszentrum des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen dar.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_dierecht

Der III. Weg



Sitz / Verbreitung Bundesverband: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung hauptsächlich in Süd- und in Ostdeutschland; zwei Gruppierungen in NRW (Ostwestfalen und Sauerland).

Gründung / Bestehen seit 28. September 2013 in Heidelberg

Struktur / Repräsentanz Vorsitzender Bundesverband: Klaus Armstroff; Vorsitzender „Gebietsverband West“: Julian Bender
keine Landesverbände, bisher wurden drei der vier geplanten Gebietsverbände gegründet (Süd, West und Mitte; die Gründung eines Gebietsverbandes Nord steht noch aus). Die Gründung des Gebietsverbandes West, dem auch die nordrhein-westfälischen **Stützpunkte Hermannsland** und **Sauerland-Süd** angehören, erfolgte am 19. November 2016.
Strukturierung der Partei durch bisher 21 teilweise länderübergreifende sogenannte „Stützpunkte“, sofern keine weitere Untergliederung erfolgt. Hiervon zwei in Nordrhein-Westfalen: **Stützpunkt Hermannsland**, am 19. Oktober 2014 gegründet, umfasst den Raum Bielefeld, Paderborn und Teutoburger Wald; **Stützpunkt Sauerland-Süd**, am 29. Dezember 2016 gegründet, umfasst insbesondere den Landkreis Olpe.

Mitglieder / Anhänger / Bund: rund 300 ➡ NRW: rund 30 ➡

Unterstützer 2016

Veröffentlichungen Web-Angebot: der-dritte-weg.info, Homepage der Partei **Der III. Weg**, Facebook- und Twitterprofil; Youtube-Kanal; vk.com

Kurzportrait / Ziele Die Parteigründung erfolgte zunächst unter Beteiligung einzelner ehemaliger **NPD**-Mitglieder und Neonazis aus Rheinland-Pfalz und Hessen. Als sich 2014 in Bayern ein Verbot des Neonazi-Netzwerks **Freies Netz Süd** abzeichnete, trat ein Teil der betroffenen Neonazis in die Partei **Der III. Weg** ein und nutzte die Partei als Auffangstruktur, um staatlichen Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen

zu entgehen. Die Aktivisten nutzen somit den Schutzmantel des Parteienprivilegs, um ihre neonazistischen Aktivitäten fortzusetzen.

Finanzierung Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Der III. Weg** propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild, insbesondere greift sie völkisch-nationalistische Elemente des historischen Nationalsozialismus auf. So lehnt sie sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der NSDAP an und fordert einen „deutschen Sozialismus“ ein. Zudem beteiligt sich die Partei an revisionistischen Kampagnen, die darauf abzielen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren.

Auch weitere Ausführungen im Parteiprogramm, wie die erklärte Notwendigkeit der „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die vermeintliche „Überfremdung Deutschlands sowie des anhaltenden Asylmissbrauchs“ oder die Forderung nach der „friedlichen Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“, zeugen von dem von Rechtsextremisten angestrebten typischen ethnisch homogenen Gesellschaftsmodell, das durch „Volkstumspolitik“ und rigide Ausgrenzung aller vermeintlich Fremden verwirklicht werden soll. In diesem Sinne ist auch der parteipolitische Schwerpunkt des Themas Asylpolitik zu deuten, mit dem die Partei ihre betont fremdenfeindliche Ausrichtung unterstreicht.

Zahlreiche Mitglieder waren zuvor in anderen rechtsextremistischen Organisationen aktiv. Zudem pflegt die Partei Kontakte zur griechischen rechtsextremistischen Partei „Die Goldene Morgenröte“.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der dritte überregionale „Gebietsverband West“ der Partei im Bundesgebiet wurde am 19. November 2016 gegründet. Diesem sind die Länder Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland zugeordnet. Julian Bender, Leiter des **Stützpunktes Sauerland-Süd**, wurde bei der Gründung des besagten „Gebietsverbandes West“ zum Vorsitzenden gewählt. Bender machte in seiner Antrittsrede deutlich, dass er ideologisch bruchlos in der Kontinuität des historischen Nationalsozialismus steht. So sprach er vom „Ziel einer völkischen Gemeinschaft“, dem gesellschaftlichen Idealbild der NSDAP.

Wie bereits im Jahr zuvor dominierte auch 2016 eine flüchtlingsfeindliche Kampagne die Veröffentlichungen und Aktivitäten der Partei **Der III. Weg**. Im Rahmen der Kampagne „Asylflut stoppen!“ verteilten Aktivisten bundesweit in verschiedenen Städten mehrfach flüchtlingsfeindliche Flugblätter. Auf ihrer Webseite verbreitete die Partei einen Leitfaden „*Kein Asylantenheim in meiner Nachbarschaft! Wie be- bzw. verhindere ich die Errichtung eines Asylantenheims in meiner Nachbarschaft*“.

Im März 2016 provozierte die Partei öffentlich, indem sie Postkarten an Personen – insbesondere kommunalpolitisch engagierte Bürger – verschickte, die sich für Flüchtlinge einsetzen. Auf der Vorderseite der Karte prangt die Überschrift „*Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!*“. Unter der Abbildung eines überfüllten Bootes auf der Silhouette Europas steht der Aufdruck „*Gutschein für die Ausreise aller Überfremdungsbefürworter Richtung Afrika*“. Auf der Rückseite der Karte befindet sich ein „Angebot“, die angeblich ungeliebte Heimat auf verschiedenen Wegen zu verlassen. Derartige Aktionen dienen der Einschüchterung, in dem die Partei den Betroffenen signalisiert: Wir Rechtsextremisten wissen, wo du wohnst. In Nordrhein-Westfalen erhielten vor allem Personen in den Regionen um Olpe sowie in Ostwestfalen-Lippe die Karten zugesandt. In diesen Regionen befinden sich auch die einzigen sogenannten NRW-„Stützpunkte“ von **Der III. Weg**. Allerdings ging diese Strategie nicht bei allen Adressaten auf. So kam ein Stadtrat aus Olpe der Aufforderung, die Karte ausgefüllt an das Postfach der Partei der **Der III. Weg** zurückzuschicken, nach. Nachdem **Der III. Weg** nicht reagierte, klagt er nun auf Einlösung des Gutscheines für eine Schiffsreise nach Afrika im Wert von 2.200 Euro. Der Rechtsstreit ist bei Redaktionsschluss noch nicht rechtskräftig entschieden.



Am 29. Dezember 2016 erfolgte die Gründung des **Stützpunktes Sauerland-Süd**. Vorausgegangen war ein Kennenlern-Treffen am 27. November 2016 im Raum Olpe, bei dem Aktivisten von **Der III. Weg** Interessierten aus der Region die Partei vorstellten. Beworben wurde diese Veranstaltung über den Facebook-Kanal „Olpe wehrt sich“, der vor allem flüchtlingsfeindliche Beiträge veröffentlicht und auf zahlreiche Beiträge von rechtsextremistischen Webseiten, Videos und Profilen verlinkt.

Die Sauerländer Gruppe verteilte mehrfach das flüchtlingsfeindliche Flugblatt „Asylmissbrauch in Deutschland endlich stoppen!“, mit dem **Der III. Weg** eine drastische Verschärfung bestehender Asyl- und Ausländergesetze einfordert und Angst vor Flüchtlingen schürt. Dies geschah unter anderem Ende Januar 2016 im Raum Attendorn, im März in Kirchhundem, im April in Rothemühle und im Oktober in Kirchen (Rheinland-Pfalz). Am 4. Juni 2016 führte die Partei einen Informationsstand in Lennestadt-Altenhundem durch und beteiligte sich als einzige neonazistische Gruppierung in Nordrhein-Westfalen nicht an der zeitgleich stattfindenden rechtsextremistischen Versammlung „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund.

Ein neues Betätigungsfeld fand **Der III. Weg** in einer Demonstrationsreihe in Rheinland-Pfalz unter dem Motto: „Überfremdung stoppen! – Keine Moschee in Hachenburg“. Bei diesen und bei weiteren Aktivitäten wurde der **Stützpunkt Westerwald** von den Mitgliedern des **Stützpunktes Sauerland-Süd** maßgeblich unterstützt. So trat zum Beispiel Julian Bender bei Veranstaltungen als Redner auf.

Die positive Bezugnahme auf den historischen Nationalsozialismus zeigte sich auch im September 2016 beim Besuch der Sauerländer Rechtsextremisten auf der früheren „NS-Ordensburg“ Vogelsang, wo der Führungsnachwuchs des NS-Regimes herangebildet wurde. **Der III. Weg** glorifizierte die ehemalige nationalsozialistische Drilleinrichtung für sogenannte „Ordensjunker“ und sprach dem nationalsozialistischen Projekt einen „Geist der Größe und Ethos der Erhabenheit“ zu. Das geplante Besucherzentrum, in dem Ausstellungen über den Nationalsozialismus aufklären, störte die Parteikaktivisten freilich.

Der **Stützpunkt Hermannsland** zeigte deutlich weniger öffentlich wahrnehmbare Aktivitäten in Ostwestfalen im Berichtsjahr. Bis auf das Verteilen von flüchtlingsfeindlichen Flugblättern im Frühjahr 2016 im Kreis Herford beschäftigten sich die Aktivisten vor allem mit vermeintlicher rechtsextremistischer „Brauchtumpflege“ wie der Organisation von „Julfesten“ oder sogenannten „Heldengedenken am 8. Mai“, dem Tag der Niederlage des nationalsozialistischen Regimes.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der III. Weg stellt auch weiterhin in erster Linie eine Auffangstruktur für Neonazis dar. Mit der Ausnutzung des Parteienstatus beabsichtigen sie, staatliche Sanktionsmaßnahmen zu erschweren. Durch die Gründung des **Stützpunktes Sauerland-Süd** haben sich die Aktivitäten der Neonazis in der dortigen Region intensiviert. Wie sich die Zusammenarbeit beziehungsweise die Vernetzung der verschiedenen „Stützpunkte“ im neuen Gebietsverband West entwickelt, bleibt weiter zu beobachten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_IIIweg



Sitz / Verbreitung	Ursprung in Frankreich; seit 2012 in Deutschland; Vereinssitz ist Paderborn
Gründung / Bestehen seit	Seit Mai 2014 ist die ursprünglich virtuelle Aktionsform als Identitäre Bewegung Deutschland e.V. (IBD) vereinsrechtlich registriert.
Struktur / Repräsentanz	Die IBD verfügt über Strukturen auf lokaler Ebene. Im Zuge der organisatorischen Neuausrichtung 2014 wurden daraus formal bundesweit regionale Gruppen gebildet. In NRW sind dies die Identitäre Bewegung Rheinland und die Identitäre Bewegung Westfalen . Darüber hinaus existieren Identitäre Bewegungen in anderen europäischen Staaten wie in Italien, Frankreich und in Österreich. Zwischen den Gruppen in Deutschland und Österreich besteht eine engmaschige Vernetzung.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bei der IBD handelt es sich im Wesentlichen um einen losen Verbund lokaler Aktivisten, die in Kleingruppen vor Ort agieren. Die organisatorische Struktur hat sich zwischenzeitlich verdichtet. Darüber hinaus hat sich ein mobiler Aktivistenstamm gebildet, der bundesweit in Erscheinung tritt. Obwohl Nordrhein-Westfalen weiterhin kein aktionsbezogener Schwerpunkt ist, verfügt die Gruppierung insbesondere im Raum Ostwestfalen über eine Scharnierfunktion in das rechtsextremistische Spektrum. In einigen Fällen bestehen personelle Überschneidungen mit rechtsextremistischen Parteien und Gruppen. Die IBD verfügt in Nordrhein-Westfalen nur über einen kleinen Aktivistenkreis von bis zu 20 Personen. Hinzu tritt ein etwa 20 bis 30 Anhänger umfassender Personenkreis von aktionsorientierten Sympathisanten.
Veröffentlichungen	Die IBD verfügt über einen zentralen Internetauftritt und einen Onlineshop. Darüber hinaus sind die einzelnen Gliederungen

auf Facebook vertreten. Zur direkten, zielgruppenorientierten Ansprache nutzt die **IBD** die Videoplattform YouTube.

Kurzportrait / Ziele

Ideologisch greift die **IBD** die von der „Neuen Rechten“ entwickelte Idee des Ethnopluralismus auf. Dabei handelt es sich um eine modernisierte Variante völkischer Ideologie, die mit kulturellen Argumenten verbrämt wird. Diese Idee behauptet, dass der Einzelne nur in einer ethnisch homogenen Umgebung seine kulturelle Identität finden und erhalten könne. Eine Vermischung von Ethnien wird abgelehnt, stattdessen werden ethnisch homogene Nationen gefordert. Eine Zuwanderung von nicht der eigenen Volksgruppe angehörenden „Fremden“ – also von Menschen, die nicht als Teil dieser „Identität“ angesehen werden – wird grundsätzlich abgelehnt. Diesem Verständnis folgend sind die Inhalte und Aktivitäten der **IBD** geprägt von fremdenfeindlichen und Minderheiten ausgrenzenden Positionen.

Die **IBD** hat eine prägnante visuelle Symbolik entwickelt, die sich um einen avantgardistischen Habitus bemüht und sich von traditionellen rechtsextremistischen Mustern abheben soll. Insbesondere setzt sie darauf, mit mediengerecht inszenierten Aktionen an symbolischen Orten öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen. Dabei adaptiert sie öffentliche Aktionsformen, wie sie aus dem Bereich des Umweltprotestes bekannt sind. Es geht um ein „modernes“ Erscheinungsbild, das junge Menschen mit gutem Bildungsniveau ansprechen soll.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Ideologie der **IBD** als Teil der „Neuen Rechten“ fundiert auf einem Politikverständnis, das sich grundsätzlich gegen die Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie richtet. Sowohl die letztlich rassistische Doktrin des Ethnopluralismus als auch der kollektivistische Grundsatz, das Individuum mit seinen Menschenrechten der Nation unterzuordnen, sind unvereinbar mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Mit ihren öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten versucht die **IBD** Einfluss auf die politische Öffentlichkeit zu nehmen und ihre rechtsextremistischen Positionen zu verbreiten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In Nordrhein-Westfalen ist die **IBD** vorwiegend in den sozialen Netzwerken aktiv. Sie profitiert dabei von einer sich viral verbreitenden Gruppendynamik, die mehrheitlich von regionalen Gruppierungen außerhalb Nordrhein-Westfalens gesteuert wird.

Vor allem verbreitet die **IBD** auf ihren Internetpräsenzen Bilder, Videos und Berichte über spekulative Aktionen mit bundesweiter Resonanz. Beispielsweise hängte sie am 27. August 2016 ein Banner am Brandenburger Tor in Berlin auf, um damit Stimmung gegen Flüchtlinge zu schüren. In Nordrhein-Westfalen fand bislang eine derartige Aktion statt. So brachten am 28. Dezember 2016 **IBD**-Aktivisten kurzzeitig ein Transparent an der Fassade des Kölner Hauptbahnhofes an. Damit spielten sie auf die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht 2015 / 2016 an und versuchten, Flüchtlinge generell als Vergewaltiger zu stigmatisieren. Von den 14 bei der Aktion festgestellten Personen stammten neun aus Nordrhein-Westfalen. Ein Teil davon war zuvor in der neonazistischen Szene aktiv.

Daneben organisierte die **IBD** mehrfach Stammtische vor allem in Bonn und Bielefeld. Mehrmals führten kleinere Gruppen Aktionen wie Flugblattverteilungen und Plakatierungen – vor allem in Ostwestfalen und im Ruhrgebiet – durch. Im Juli und Oktober 2016 verteilten Angehörige der **IBD** in Paderborn Pfefferspray an Passantinnen und versuchten, mit einer Stellungnahme vom 22. Oktober 2016 Angst vor Flüchtlingen zu verbreiten: „[...] Bedenken, daß der rapide Wandel durch Masseneinwanderung [...] zu Konflikten zwischen Einheimischen und Neuzugewanderten führen könnte.“

Sowohl auf ihren virtuellen Präsenzen als auch bei ihren realen Aktionen beziehen sich die Gruppen der **IBD** aus Nordrhein-Westfalen immer wieder auf die 2016 von der **Identitären Bewegung Österreich** initiierte Kampagne „Der Große Austausch“. Die **IBD** versteht darunter die Entwicklung „einer schrittweisen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung zugunsten Fremder und zumeist muslimischer Einwanderer.“ Dies würde zum Verschwinden der „Deutschen“ führen, wogegen sich die **IBD** als „Jugend ohne Migrationshintergrund“ wehren würde. Verschwörungstheoretisch behauptet sie, dass die politischen Eliten diesen Austausch gezielt vorantreiben würden. In der Kampagne zeigt sich die Ideologie des völkischen Nationalismus, nach der sich Einheimische und Migranten, insbesondere Muslime, gegenüberstünden. Deutschessein hängt in dieser Logik von der Blutlinie ab, womit eine Integration nicht möglich sei und Migranten niemals Deutsche werden könnten. Mit der Kampagne will die **IBD** Einwanderung als etwas generell Negatives, vor allem als Bedrohung, diskreditieren und Fremdenfeindlichkeit legitimieren. Damit handelt es sich um eine sprachlich und symbolisch modernisierte Variante der von der neonazistischen Szene in den letzten Jahren betriebenen sogenannten „Volkstod-Kampagne“.



Internetauftritte der **Identitären Bewegung Deutschland** und der **Identitären Aktion**



Werbematerial der Identitären Aktion und der Identitären Bewegung Deutschland



Zur Festigung des Gruppenzusammenhalts und Förderung der Aktionsfähigkeit veranstaltete die **IBD**-Westfalen im April 2016 ein Schulungswochenende für Aktivisten, an dem nach eigenen Angaben rund 30 Personen teilnahmen. Themen der Veranstaltung waren politische Inhalte und Aktionsformen wie etwa auch eine Übung zur Selbstverteidigung. Mit drohendem Unterton zieht die Gruppierung auf ihrem Facebookprofil das Fazit: „*Von nun an müssen sich Westfalens Multikultis warm anziehen!*“

Die **IBD** sucht insbesondere die Nähe zum Milieu der Burschenschaften. So trat der Leiter der **Identitären Bewegung Österreich** am 6. November 2016 bei der Bielefelder Burschenschaft Normannia-Nibelungen auf. Bereits 2014 war die **IBD** im Rahmen eines Vernetzungstreffens der Neuen Rechten, dem sogenannten „Zwischentag“, bei der alten Breslauer Burschenschaft der Raczeks zu Bonn vertreten.


Die **IBD** distanzierte sich im Juni 2016 und nochmals in der ersten Januarwoche 2017 von der **Identitären Aktion (IA)**, die im Kapitel „Neonazis“ näher erläutert wird. Die **IBD** begründet dies unter anderem damit, dass die **IA** „immer wieder die Nähe zu altrechten und rechtsextremen Projekten und Personen“ suche. Stattdessen gelte es, „Brücken zwischen patriotischen Strömungen zu schlagen“. Mit dieser feinsinnigen Unterscheidung möchte die **IBD** verschleiern, dass zumindest ein Teil ihrer Aktivisten aus anderen rechtsextremistischen Spektren stammt und es mit dem völkischen Nationalismus sowie der Fremdenfeindlichkeit eine bedeutsame ideologische Schnittmenge mit dem klassischen Rechtsextremismus gibt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **IBD** erzeugt mit modernen Ausdrucksformen und dem Bemühen um einen intellektuellen Anspruch bei den Bevölkerungsschichten eine Resonanz, die traditionelle Rechtsextremisten bislang nicht erreichen. Die Gruppierung knüpft dabei bewusst an die Lebenswelten von internetaffinen jungen Menschen an. Da die **IBD** sich nicht mit den üblichen rechtsextremistischen Slogans und Symbolen inszeniert, ist ihre ideologische Ausrichtung nicht immer auf den ersten Blick erkennbar.

Aufgrund der personellen Überschneidungen mit anderen rechtsextremistischen Gruppierungen ist auch ein gemeinsames Auftreten bei Kundgebungen oder öffentlichen Ereignissen zu beobachten. Einer dauerhaften strukturellen Kooperation mit rechtsextremistischen Gruppen und Parteien oder einer gegenseitigen Akzeptanz auf breiter Ebene steht jedoch der elitär-avantgardistische Anspruch der **IBD** weiterhin entgegen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_ibd



Sitz / Verbreitung	Bundes- und Landesverband: Wiehl (Oberbergischer Kreis)
Gründung / Bestehen seit	23. März 2013 (Bundes- und Landesverband NRW)
Struktur / Repräsentanz	Bundes- und Landesvorsitzender: Johann Thießen (seit März 2013); neben dem Landesverband NRW verfügt die Partei über zwei weitere Landesverbände in Baden-Württemberg (seit dem 15. Juni 2013) und in Rheinland-Pfalz (seit dem 8. November 2014); auf Bundes- und Landesebene kommt es zu personellen Überschneidungen, sodass keine klare organisatorische Trennung zu erkennen ist.
Mitglieder / Anhänger /	Bund: circa 40 NRW: circa 15
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook, Odnoklassniki.ru oder YouTube; Webseite arminius-bund.de als zusätzliches Sprachrohr
Kurzportrait / Ziele	Der Landesverband NRW ist personell weitgehend aus der Gruppierung „Arbeitskreis Russlanddeutscher in der NPD “ hervorgegangen. Deswegen lässt sich der Landesverband als landsmannschaftliche Vereinigung von rechtsextremistischen Russlanddeutschen charakterisieren. Inhaltlich vertritt die Partei die üblichen rechtsextremistischen Positionen wie etwa völkischen Nationalismus, Fremdenfeindlichkeit und ein revisionistisches Geschichtsverständnis. Der ARMINIUS-Bund übernimmt in seinem Parteiprogramm das „25-Punkte-Programm“ der NSDAP nicht nur inhaltlich, sondern zum Teil sogar wortwörtlich, was auf die ideologische Radikalität der Organisation schließen lässt. Die Partei greift zudem die Idee

des Ethnopluralismus auf, wonach es keine Vermischung der Ethnien geben dürfe, und spricht sich mit dieser rassistischen Argumentation gegen die aktuelle Flüchtlingspolitik aus.

Finanzierung Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der **ARMINIUS-Bund** steht in der ideologischen Tradition des Nationalsozialismus und bekennt sich auch öffentlich dazu, wie die teilweise wörtliche Übernahme des „25-Punkte-Programms“ der NSDAP verdeutlicht. Die Partei knüpft unmittelbar an das nationalsozialistische Leitbild der Volksgemeinschaft an. Sowohl die adaptierte Ideologie des Nationalsozialismus als auch die rassistische Doktrin des Ethnopluralismus sind unvereinbar mit den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Zudem pflegt die Partei Beziehungen zu anderen rechtsextremistischen Organisationen, wie zum Beispiel der **NPD** oder der **Europäischen Aktion**.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Partei **ARMINIUS-Bund** nahm die Übergriffe in Köln in der Silvesternacht 2015 / 2016 sowie eine vermeintliche Vergewaltigung eines russlanddeutschen Teenagers zum Anlass, am 13. Februar 2016 in Düren eine Kundgebung „für mehr Schutz unserer Frauen und Stabilität in unserem Land“ unter dem Motto „Protest gegen die Vergewaltigung deutscher Frauen. Einwanderung stoppen, Grenzen schließen!“ zu veranstalten. An der Veranstaltung nahmen circa 45 Personen teil. Die Redner diffamierten Migranten als „Multikulti-Geschmeiß“, zeichneten ein abwertendes Zerrbild von Flüchtlingen und propagierten völkisches Gedankengut.

Auf ihren Internetpräsenzen verbreitet die Partei zum großen Teil negative Berichte über Flüchtlinge. Zudem teilt sie Beiträge von anderen rechtsextremistischen Organisationen und Veranstaltungen. So warb sie beispielsweise für den von





Faltblatt und Video-Clip des ARMINIUS-Bundes



Neonazis durchgeführten sogenannten „Trauermarsch“ in Remagen, auf dem in revisionistischer Art und Weise die Kriegsschuld und Verbrechen des Nationalismus gelegentlich beziehungsweise relativiert wurden.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der **ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes** vertritt fremdenfeindliche, völkisch-rassistische, nationalistische sowie revisionistische Positionen, die zum einen im Parteiprogramm und zum anderen bei Kundgebungen öffentlich propagiert werden.

In Nordrhein-Westfalen ist der **ARMINIUS-Bund** bisher lediglich bei den Kommunalwahlen 2014 im Kreis Düren und im Oberbergischen Kreis angetreten, allerdings ohne nennenswerten Erfolg. Laut Webseite sind weitere Landesverbände geplant, bisher konnte jedoch keine Neugründung verzeichnet werden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_arminius](https://www.youtube.com/channel/UCvS0t81G10k881t2m8w8m8m)

Neonazis

Gründung / Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur / Repräsentanz	Gruppierungen auf lokaler Ebene, die teilweise in vereinsähnlichen „Kameradschaften“ oder in Kreisverbänden der Partei Die Rechte organisiert sind; überregionale Vernetzung der Szene zur Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten; mit den Verboten der wichtigsten Kameradschaften hat in der Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen ein Strukturwandel stattgefunden. Die Partei Die Rechte stellt in Nordrhein-Westfalen nunmehr das Gravitationszentrum des Neonazismus dar.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Circa 650 →
Veröffentlichungen	Internetpräsenzen und Facebook-Profile der Partei Die Rechte sowie einzelner Gruppen
Kurzportrait / Ziele	Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Die Anhänger organisieren sich regional in Kleingruppen, sogenannte „Kameradschaften“. Diese werden oftmals von einer Person nach dem „Führerprinzip“ geleitet. Die Szene ist überregional vernetzt und findet sich bei Veranstaltungen wie Demonstrationen oder Rechtsrock-Konzerten zusammen. Seit Mitte der 2000er Jahre ist innerhalb der neonazistischen Szene das Phänomen der Autonomen Nationalisten zu beobachten. Diese orientieren sich bezüglich Habitus und Kleidung an der Autonomen Antifa. Zudem versuchen die Autonomen Nationalisten Themenfelder des politischen Gegners wie Antikapitalismus oder Antiglobalisierung für die eigene Propaganda zu vereinnahmen. Diese Modernisierung fand jedoch unter Beibehaltung der neonazistischen Ideologie statt.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Neonazi-Szene ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Neonazis verfolgen die Errichtung eines „Vierten Reiches“, basierend auf den programmatischen Forderungen der NSDAP von 1920. Ideologische Grundlage ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. Vermeintlich Fremde und auch politische Gegner gelten als Feinde, denen ein geringeres beziehungsweise gar kein Existenzrecht zuerkannt wird. Damit wird Gewalt gegen „Fremde“ beziehungsweise „Feinde“ legitimiert. Schwerpunktmäßig agitierte die neonazistische Szene 2016 gegen Migranten, insbesondere gegen Flüchtlinge. So endet beispielsweise auf der neonazistischen Webseite „Harsewinkel Echo“ ein hetzerischer Beitrag über Asylbewerber am 16. Mai 2016 mit der Aufforderung: „*Wo Widerstand zur Pflicht wird, ist Revolution die letzte Hoffnung! Deutschland den Deutschen Asylbetrüger raus!*“

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem im Jahr 2012 das Ministerium für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen die vier aktivsten Kameradschaften verboten hat, folgte für den Großteil der organisierten Neonazi-Szene die 'Flucht in die Parteien'. Die Mehrzahl der vorherigen Kameradschaftler wurde von der Partei **Die Rechte** aufgenommen, eine Minderheit ging in die Partei **Der III. Weg**.

Eine der wenigen fester strukturierten und aktiven Gruppierungen ist die **Identitäre Aktion (IA)**. Die rund zehn Personen umfassende Gruppe bildete zunächst die „Identitäre Bewegung Rheinland“. Nachdem man sich 2014 mit der Bundesführung der **Identitären Bewegung** überwarf, gründeten die Aktivisten die **Identitäre Aktion**. Deren Führungsperson ist seit Jahren im Rechtsextremismus aktiv und sucht die Vernetzung mit der **NPD**, **Die Rechte** sowie **Pro NRW**. So beteiligten sich Mitglieder der Gruppe auch an Veranstaltungen der rechtsextremistischen Parteien. Die **Identitäre Aktion** agiert vor allem im Rhein-Sieg-Kreis sowie in der Städteregion Aachen. Neben eher klassischen Aktivitäten, wie Plakate zu kleben und kleinere Kundgebungen durchzuführen, versucht sie durch fremden-, muslim- und flüchtlingsfeindliche Provokationen eine maximale Medienöffentlichkeit zu erreichen. Unter anderem forderte die Anführerin Anfang 2016 dazu auf, Schweinefleisch in Kühltheken muslimischer Märkte abzulegen, dies zu filmen und im Internet zu veröffentlichen. Die damit beabsichtigte Verächtlichmachung muslimischer Glaubensvorschriften versuchte sie als politischen Aktivismus darzustellen. Der seit März 2016 vor allem virtuell in Erscheinung getretene **Freundeskreis Rhein-Sieg** ist im Wesentlichen ein Ableger der **Identitären Aktion**.

Eine weitere kameradschaftsähnliche Gruppierung ist die **Division Braune Wölfe**, die auf Demonstrationen durch eigene Banner und Kleidungsstücke auffällt. Im Jahr 2016 nahm die Grup-



Division Braune Wölfe am „Tag der Deutschen Zukunft“ in Dortmund

Massenzuwanderung....
 Massenvergewaltigungen....
 Massenarbeitslosigkeit..!
Deutsche,
was wollt ihr noch ertragen
bevor ihr euch erhebt???

Division Braune Wölfe

Beispiel eines Flugblatts der **Division Braune Wölfe**

pe an mehreren Demonstrationen teil, so zum Beispiel an der **NPD**-Demonstration am 1. Mai 2016 in Bochum, dem „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016 sowie an der Versammlung des der Hooligan-Szene nahestehenden Vereins „Gemeinsam-Stark Deutschland“ am 8. Oktober 2016 in Dortmund. Die **Division Braune Wölfe** fällt abseits öffentlicher Veranstaltungen vor allem durch die Verteilung flüchtlingsfeindlicher Flugblätter sowie dem Kleben von sogenannten „Spuckies“ auf. Im September 2016 verurteilte das Amtsgericht Steinfurt zwei Mitglieder der Gruppierung im Zusammenhang mit der Verteilung von Flugblättern wegen Volksverhetzung zu elf Monaten Haftstrafe auf Bewährung und 2.000 Euro Geldstrafe sowie neun Monaten auf Bewährung und 1.000 Euro Geldstrafe.

Eine weitere neonazistische Kleinstgruppe firmiert seit 2016 unter dem Namen **Köln für deutschen Sozialismus** in der Rheinmetropole. Zur Gruppe gehört eine einstellige Anzahl von langjährig aktiven und vorbestraften Neonazis. Auf ihrem Facebook-Profil dokumentiert sie eigene Flugblattverteilungen und Plakatierungen. Außerdem rief sie zur Teilnahme an verschiedenen überörtlichen rechtsextremistischen Versammlungen auf. Im November 2016 meldeten die beiden führenden Aktivisten eine Versammlung für den 14. Januar 2017 zum Thema „Keine Gewalt gegen Deutsche“ an. Das Versammlungsthema spielte auf die Übergriffe in der Silvesternacht 2016 am Kölner Hauptbahnhof an. In ihrem Aufruf vom November 2016 bezeichnen die Veranstalter die freiheitliche demokratische Grundordnung als „moralisch bankrotttes Minussystem“. Als Symbole seien deshalb „BRD – sowie NRW-Fahnen“ auf der Veranstaltung nicht erwünscht. Stattdessen solle man „schwarz / weiß / rote Fahnen“ mitbringen. Diese Fahne des Deutschen Reiches verwenden Neonazis, um ihre Ablehnung des demokratischen Systems der Bundesrepublik Deutschland zum Ausdruck zu bringen und ihre Verbundenheit mit dem Deutschen Reich, insbesondere dem Nationalsozialismus, zu dokumentieren.



Online-Auftritt der Gruppe **Freundeskreis Rechts**

2016 bildete sich in Dortmund im Umfeld des Kreisverbandes **Die Rechte** die Gruppe **Freundeskreis Rechts**, deren Online-Auftritt von der Selbstdarstellung als aggressive „Großstadtfaschos“ geprägt ist. Am Todestag von Hitlers Stellvertreter Rudolf Heß postete der **Freundeskreis Rechts** ein Graffiti-Bild auf seinem Facebook-Profil mit dem Slogan „Rache für Hess (sic!)“. Dies bezieht sich auf die in der rechtsextremistischen Szene kursierende Legende, dass der 93-Jährige Heß nach 46 Jahren Haftzeit von den Briten ermordet wurde. Mitglieder des **Freundeskreis Rechts** begangen mehrfach Straftaten sowohl im Bereich der allgemeinen als auch der politisch motivierten Kriminalität. Zum Teil standen die Täter dabei unter Alkoholeinfluss.

Darüber hinaus existieren noch einige kleinere, meist schwach organisierte Gruppen wie zum Beispiel **Nationaler Widerstand Duisburg** oder **Freie Nationalisten Kreis Gütersloh**, die ebenfalls mit Kreisverbänden von **Die Rechte** zusammenarbeiten. Fast alle größeren Ereignisse, an denen sich die Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen beteiligte, veranstaltete die Partei **Die Rechte**. So stellte der von **Die Rechte** organisierte „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni



Veranstaltung der Partei **Die Rechte** „Tag der deutschen Zukunft“ am 4. Juni 2016 in Dortmund



2016 in Dortmund die wichtigste Veranstaltung der Szene dar. An der Kundgebung nahmen rund 900 Rechtsextremisten teil. Darunter waren auch die oben genannten Gruppen.

Eine weitere relevante Veranstaltung für die Neonazi-Szene stellte der jährlich stattfindende sogenannte „Trauermarsch“ in Remagen (Rheinland-Pfalz) dar. Am 12. November 2016 beteiligten sich über 200 Rechtsextremisten daran. Der Anmelder war ein langjähriger Neonazi aus Grevenbroich, die meisten Redner stammten ebenfalls aus Nordrhein-Westfalen. Mit der Veranstaltung instrumentalisiert die Neonazi-Szene vermeintliche Kriegsverbrechen der Alliierten im 2. Weltkrieg, um Deutschland als ein Opfer des Krieges darzustellen und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren.

Ferner nahmen Neonazis an verschiedenen Gida-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen teil. Hierbei hielten sie sich allerdings mit typischen Bannern und Symbolen zurück und verzichteten oftmals auf neonazistische Parolen. Zudem gibt es virtuelle Aktivitäten, wie die Twitter-Accounts **Freies Netz Stolberg** oder des **Freien Widerstand Oberhausen**, bei denen keine Strukturen in der realen Welt erkennbar sind. Diese verbreiten fortwährend ausschließlich negative Nachrichten über Migranten, um diese pauschal als Bedrohung darzustellen und abzuwerten.

Eine neue Aktivitätsform bestand in der Gründung eines Vereins **Volkshilfe e.V.** mit vordergründig karitativem Zweck durch Neonazis in Osnabrück Ende 2014. Die Vereinsaktivitäten finden in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen statt. Die Selbstdarstellung auf der Webseite des Vereins folgt der völkisch-nationalistischen Diktion, nach der die Mitglieder eine ethnisch homogene Gemeinschaft – anstelle einer freiheitlichen pluralistischen Gesellschaft – anstreben. So instrumentalisierte der Verein Mitte Januar 2016 auch die Diskussion zu den Übergriffen in Köln in der Silvesternacht und verteilte unter anderem in Bielefeld Pfefferspray an jene Frauen, die sie für Deutsche hielten.

Bewegung, Tendenzen, Ausblick

Der wichtigste Teil der Neonazi-Szene hat sich in der Partei **Die Rechte** reorganisiert und die vormalig klare Trennung zwischen parlamentsorientierten und aktionsorientierten Rechtsextremisten verwischt. Gleichwohl ist eine Kontinuität der Ideologie und Gewaltbereitschaft zu konstatieren. Im Zuge der Flüchtlingsdiskussion ist eine Verschärfung ihrer Freund-Feind-Rhetorik festzustellen, die sich auch in den sozialen Netzwerken niederschlägt. Die Neonazi-Szene schafft es nicht, eigene größere Aktivitäten zu initiieren. Stattdessen stellt sie inzwischen das Mobilisierungspotenzial der Partei **Die Rechte**.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_neonazis

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Zuge der Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen hält im Rechtsextremismus die 2016 begonnene Radikalisierung an, die sich in Widerstands- und Bürgerkriegsrhetorik ausdrückt. Die Hemmschwellen in der Szene sinken und die Gewaltbereitschaft steigt. Damit steigt auch die Gefahr von rechtsterroristischen Aktivitäten. Im Jahr 2016 stieg im Vergleich zu den beiden Vorjahren die Anzahl rechtsmotivierter Straftaten mit Waffenbezug bundesweit enorm an. Während die Polizei 2013 359 solcher Straftaten registrierte, waren es 2014 547 und 2016 sogar 1.253. Dies schlägt sich auch in schweren Straftaten nieder, mit denen die Täter ein Fanal setzen wollen.

So griff im Oktober 2015 ein Rechtsextremist die damalige Kölner Oberbürgermeisterkandidatin Henriette Reker mit einem Messer an und verletzte sie und vier Wahlkampfhelfer zum Teil schwer. Mit dem Attentat auf Frau Reker wollte der Täter ein Zeichen gegen die seiner Auffassung nach verfehlte Flüchtlingspolitik setzen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte den Angeklagten am 1. Juli 2016 zu einer Freiheitsstrafe von 14 Jahren.

Eine weitere schwere Gewalttat war der Brandanschlag in der Nacht zum 3. Oktober 2016 auf eine bewohnte Flüchtlingsunterkunft in Altena (Sauerland). Die beiden Täter drangen nachts in das Haus ein und legten auf dem Dachboden mittels Benzin Feuer. Zudem rissen sie das Telefonkabel an der Außenwand ab. Das Landgericht Hagen stellte im Urteil die fremdenfeindliche Motivation der beiden Angeklagten fest und verurteilte sie im September 2016 wegen schwerer Brandstiftung zu einer sechs- bzw. fünfjährigen Haftstrafe. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, weil die Verteidiger der Angeklagten Revision vor dem Bundesgerichtshof beantragt haben.

Die mutmaßlichen Täter von Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte stammen überwiegend aus dem lokalen Umfeld und sind bislang meistens nicht durch rechtsextremistische Aktivitäten aufgefallen. Es handelt sich somit um einen neuen Tätertyp, der den Sicherheitsbehörden im Vorfeld gefahrenabwehrende Maßnahmen erschwert. In einigen Fällen gibt es lokale rechtsextremistische Gruppen, die mehrfach Anschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte und politische Gegner durchführten (Freitaler Gruppe aus Sachsen, Nauener Gruppe aus Brandenburg) beziehungsweise diese planten (Bamberger Gruppe aus Bayern). Eine systematische, zentrale

Steuerung fremdenfeindlicher Übergriffe durch rechtsextremistische Organisationen ist bislang nicht erkennbar.

Die Sicherheitsbehörden orientieren sich bei der Verwendung des Begriffs Terrorismus am Straftatbestand der Bildung einer terroristischen Vereinigung (Art. 129a Strafgesetzbuch). Demnach handelt es sich bei Rechtsterrorismus um schwerwiegende rechtsextremistisch motivierte Gewaltdelikte, die im Rahmen eines nachhaltig geführten Kampfes durch arbeitsteilig organisierte und verdeckt operierende Gruppen planmäßig begangen werden.

Am 6. Mai 2016 führte der Generalbundesanwalt (GBA) im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen die **Oldschool Society (OSS)** wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung Durchsuchungsmaßnahmen auch in Nordrhein-Westfalen durch. Dabei nahm die Polizei unter anderem den für Pressearbeit zuständigen Führungsaktivisten der Gruppe in Bochum fest. Die Gruppe setzte sich zum Ziel, Anschläge gegen Moscheen und Flüchtlingsunterkünfte zu verüben. Sie diskutierte dabei Anschläge in Form von Brand- oder Nagelbomben. Bei den Durchsuchungen stellten die Sicherheitsbehörden unter anderem pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft sicher.



Online-Bild der OSS



Teilnehmer beim „Tag der Deutschen Zukunft“ in Dortmund

Der Generalbundesanwalt hat am 23. Dezember 2015 vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts München gegen die vier Hauptbeschuldigten Anklage wegen der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung erhoben. Dazu zählt auch der Bochumer Rechtsextremist. Nachdem die Anklage vom Gericht zugelassen wurde, begannen am 27. April 2016 die Verhandlungen, bei denen auch eine Mitarbeiterin des Verfassungsschutzes NRW als Zeugin aussagte, die sich 2015 mit der **OSS** befasste. Am 15. März 2017 sprach der Strafsenat die vier Rechtsextremisten im Sinne der Anklage für schuldig. Gegen den Angeklagten aus Nordrhein-Westfalen verhängte das Gericht eine dreijährige Haftstrafe.

Durchsuchungs- und Festnahmemassnahmen hat die Bundesanwaltschaft am 19. April 2016 bei den Mitgliedern der mutmaßlich rechtsterroristischen **Gruppe Freital** durchführen lassen. Die acht Beschuldigten sollen spätestens ab Juli 2015 die rechtsterroristische Gruppe gegründet und unter anderem im September und Oktober 2015 drei Sprengstoffanschläge verübt haben. Die Anschläge richteten sich gegen zwei bewohnte Flüchtlingsunterkünfte sowie ein alternatives Wohnprojekt. Das Oberlandesgericht Dresden hat die Anklage des Generalbundesanwalts am 16. Januar 2017 zugelassen. Die Verhandlung begann am 7. März 2017.

Ein weiteres Ermittlungsverfahren des Generalbundesanwalts wegen der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung führte am 25. Januar 2017 zur Durchsuchung von zwölf Wohnungen in sechs Bundesländern. Dem Kern der Gruppe werden sechs Personen zugerechnet. Die Gruppierung soll seit Frühjahr 2016 Planungen begonnen haben, bewaffnete Angriffe auf Flüchtlinge, Juden und Polizisten zu begehen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der von rechtsextremistischen Organisationen geschürte Hass gegen Migranten, Muslime, Juden und Vertreter des politischen Systems veranlasst und bestärkt Personen, schwere Gewalttaten zu begehen. Auch wenn aktuell in Nordrhein-Westfalen keine konkreten Erkenntnisse zu bestehenden rechtsterroristischen Strukturen im Sinne des Strafrechts vorliegen, ist nicht auszuschließen, dass sich rechtsterroristische Gruppen bilden. Diesbezüglich bleiben die Verfassungsschutzbehörden besonders wachsam.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_rechtsterrorismus](#)

Subkulturell geprägter Rechtsextremismus

Gründung / Bestehen seit	Ende der 1960er Jahre in Großbritannien; seit circa Ende der 1970er Jahre in anderen europäischen Staaten
Struktur / Repräsentanz	In der Regel keine festen Strukturen; eine Ausnahme bilden die Hammerskins mit einem festen hierarchischen Aufbau
Mitglieder / Anhänger /	1.350 Anhänger →
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Publikationen: sogenannte Fanzines mit Artikeln zur überwiegend subkulturell geprägten Skinhead-Musik-Szene, Interviews und Konzertberichte; CD-Veröffentlichungen Web-Angebote: Bekanntmachungen von Konzerten über bestimmte Foren; Veröffentlichungen von Videos über Soziale Medien
Kurzportrait / Ziele	Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und den damit zusammenhängenden Lebensstil. Es geht darum, eine Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen, in der die Ideologie nur eine nachrangige Rolle spielt. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten oftmals rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie Gewalt gegen als minderwertig angesehene Menschen. Rechtsextremistische Skinheads bilden immer noch die wichtigste Subkultur im Rechtsextremismus. Äußerlichkeiten wie Dresscode oder Haarschnitt lassen heutzutage kaum noch eine eindeutige Zuordnung zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene zu. Einerseits gibt es weitgehend unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Andererseits verlieren die altbekannten Erscheinungsbilder seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der Skinhead-

Szene ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtliches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

Finanzierung	Rechtsextremistische Bands versuchen sich über Verkäufe von CD- und Merchandise-Artikeln sowie über die Organisation und Durchführung von Musikveranstaltungen zu finanzieren. Oftmals erzielen sie jedoch maximal eine kostendeckende Durchführung von Konzerten.
--------------	--

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen gepaart mit einem hohen Gewaltpotential. Musik spielt hier eine herausragende Rolle zur Selbstvergewisserung, Politisierung und Rekrutierung der Szene. Deswegen gilt ein besonderes Interesse Bands, CDs und Konzerten. Gerade rechtsextremistische Musikveranstaltungen gehen oftmals mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Liedtexten sowie offenen Bekenntnissen zum Nationalsozialismus, wie dem Zeigen des „Hitler-Grußes“, einher.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die wichtigsten international tätigen Skinhead-Organisationen, die Konzerte veranstalten, sind **Blood and Honour** und die **Hammerskins**. Während sie früher miteinander konkurrierten, haben sie sich in den letzten Jahren zunehmend angenähert und kooperieren punktuell bei Veranstaltungen miteinander. In Deutschland ist zudem seit 2013 eine **Combat 18**-Gruppierung aktiv, der auch Mitglieder aus Nordrhein-Westfalen angehören. International ist **Combat 18** eng mit dem **Blood and Honour** Netzwerk verbunden. Mehrere Personen, die **Combat 18** in Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden zugerechnet werden, traten am 4. Juni 2016 in Dortmund beim sogenannten „Tag der deutschen Zukunft“ sowie am 8. Oktober 2016 in Dortmund bei der Veranstaltung „Gemeinsam stark Deutschland“ gemeinsam öffentlich auf.

Rechtsextremistische Musik hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten in verschiedene Musikstile ausdifferenziert. Zu den gängigsten Stilrichtungen zählen „Rechtsrock“, der seinen Ursprung in der Skinhead-Szene hat, Balladen, „National Socialist Black Metal“ und der in letzter Zeit aufgekommene „Nationale Rap“. Weiterhin bleibt dabei „Skinhead- oder Rechtsrock“ die bedeutendste Stilrichtung. Diese zeichnet sich durch hart gespielte Gitarrenakkorde, lauten – nahezu geschrien – Gesang und eine aggressive Grundstimmung aus.



T-Shirt-Aufdrucke rechtsextremistischer Bands

Aus Nordrhein-Westfalen sind unter anderem die Bands **Oidoxie**, **Sleipnir**, **Division Germania**, **Sturmwehr** und **Smart Violence** seit mehreren Jahren aktiv und verfügen über eine überregionale Szeneprominenz im Bereich Rechtsrock. Mit **Makss Damage** stammt einer der bekanntesten „Nationalistischen Rapper“ aus Nordrhein-Westfalen.

Auch rechtsextremistische Bands hetzten mit ihrer Musik offen gegen Flüchtlinge. So veröffentlichte die in der Szene populäre Band **Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten** 2016 eine CD mit dem Titel „Willkommen liebe Mörder“ und bezog sich damit auf Flüchtlinge. Auch in den Texten stellt sie Flüchtlinge pauschal als Kriminelle dar, die den Einheimischen allesamt nach dem Leben trachten würden. So heißt es in einem Lied auf der genannten CD, die im Januar 2017 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien indiziert wurde:

*„Wie viele Terroristen ham wir schon im Land
Wie viele sind hier einmarschiert
Wie viele von den Mördern leben mitten unter uns
Einfach so und unregistriert
Wie viele Attentäter lassen sie noch immer rein“*

Um Sicherheits- und Ordnungsbehörden keine Gelegenheit zu geben, Konzerte zu verbieten oder einzuschränken, organisieren die Veranstalter die Konzerte konspirativ. Diese Vorgehensweise dient der Szene auch als Erkennungsmerkmal und weckt die Neugier und Abenteuerlust. Den Reiz der Veranstaltungen machen – neben der Musik – das Treffen Gleichgesinnter, der Konsum von Alkohol und das Zeigen rechtsextremistischer Symbolik sowie Slogans aus. Der besondere Reiz, gerade für jugendliche Teilnehmer, die über Konzerte in die Szene eingeführt werden, liegt üblicherweise darin, etwas Verbotenes oder sozial Unerwünschtes zu erleben.

Darüber hinaus besteht auf den Konzerten die Gelegenheit, CDs und sonstige Merchandise-Artikel käuflich zu erwerben, gelegentlich sogar indizierte Artikel. Im Unterschied zu den vorwiegend rocklastigen, größeren Konzerten dienen Balladen- oder Liederabende dazu, einen eher kleineren Teilnehmerkreis anzusprechen. Dabei spielt meistens ein Sänger mit Gitarre überwiegend ruhige Stücke. Derartige Veranstaltungen werden oftmals von Parteiverbänden oder Freien Kameradschaften mit dem Ziel organisiert, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken.

Hinsichtlich des konspirativen Vorgehens bei der Organisation von Konzerten sind für das Jahr 2016 drei Veranstaltungen bemerkenswert: So war für den 15. Oktober 2016 ein Konzert im süddeutschen Raum mit den rechtsextremistischen Bands **Stahlgewitter**, **Confident of Victory**, **Frontkraft** und **Amok** angekündigt. Tatsächlich führten die Organisatoren allerdings die Veranstaltung in einem kleinen Ort in der Schweiz durch. Auch **Makss Damage** aus Nordrhein-Westfalen trat bei dem Konzert auf. In der angemieteten Halle fanden sich dabei rund 5.000 Besucher ein und verfolgten eines der größten Konzerte der rechtsextremistischen Szene in Europa der letzten Jahre.

Ein weiteres Beispiel für das konspirative Verhalten der Organisatoren stellt das Konzert am 5. November 2016 unter dem Motto „Lichtbringer – Modern Voices of European Resistance“ dar. Das Konzert, bei dem die Szenebands Flak, Frontalkraft und Brainwash auftraten, sollte laut Werbeflyer „Tief im Westen des Reichs“ stattfinden. Im Vorfeld des Konzertes wurde den Besuchern via Facebook geraten, ein Mobiltelefon dabei zu haben, welches auch im Ausland funktioniert. Darüber hinaus wurden ebenfalls via Facebook Fotos verbreitet, die auf einen Veranstaltungsort in Belgien schließen lassen sollten. Den Vortreffpunkt für das Konzert legten die Organisatoren dann auch tatsächlich nach Belgien. Von dort aus ging es dann jedoch zurück nach Deutschland. Das Konzert fand in einer Bürgerhalle in Heinsberg mit circa 200 bis 300 Besuchern statt. In den letzten Jahren hatte sich im Bereich der nordrhein-westfälischen rechtsextremistischen Musikszene die Praxis eingebürgert, den Vortreffpunkt für Konzerte in Deutschland abzuhalten und anschließend die Konzerte im angrenzenden europäischen Ausland durchzuführen, da rechtsextremistische Musikveranstaltungen in den meisten Nachbarstaaten nicht untersagt oder verboten werden.

Auch bei der für den 12. November 2016 angekündigten Veranstaltung „Skins in town“ mit den Bands Kraft durch Froide, Endstufe, I.C.1 und Last Riot, agierten die Veranstalter im Geheimen. Sie bewarben die Veranstaltung mit dem Slogan „Live in Ostwestfalen“. Tatsächlich versuchten sie die Veranstaltung aber in Diemelstadt (Hessen) durchzuführen. Durch die länderübergreifende Zusammenarbeit nordrhein-westfälischer und hessischer Sicherheitsbehörden konnte man die Örtlichkeit identifizieren und das Konzert verhindern.

Im Jahr 2016 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt fünf Konzerte, neun Lieder- beziehungsweise Balladenabende und dreizehn sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Live-Musik festgestellt. Zu den sonstigen Veranstaltungen zählen zum Beispiel parteiinterne Feste oder Geburtstagsfeiern, bei denen Musik Teil der Veranstaltung ist. Die Anzahl der festgestellten Musikveranstaltungen hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 14 auf 27 deutlich erhöht. Als Veranstalter fungierten dabei Parteiverbände und in vielen Fällen Privatpersonen. In der Regel nahmen nicht mehr als 100 Personen teil.

Rechtsextremistische Tonträger und Devotionalien werden auf vielfältige Weise vertrieben. Neben Verkaufsständen bei Veranstaltungen und Szeneläden erfolgt der Handel überwiegend über das Internet. Wirtschaftliche Interessen sind nach wie vor eine wichtige Motivation bei der Vermarktung von rechtsextremistischer Musik und Szene-Artikeln. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musik-Vertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst. Einige Vertriebe geben an, die Szene mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse zu unterstützen. Sie stellen sich so als integraler Bestandteil der Szene dar und vermitteln Käufern das Gefühl, mit ihrem Kauf gleichzeitig die Bewegung zu unterstützen. Die Selbstdarstellung als Förderer der Szene wird dabei getragen von der Hoffnung auf erhöhte Absatzzahlen und einem kommerziellen Erfolg.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Subkulturen unterliegen einem ständigen Wandel. Die rechtsextremistische Skinhead-Szene befindet sich seit Jahren im Abschwung. Sie gilt bei immer mehr Jugendlichen als überholte und unattraktive Jugendkultur, so dass der Nachwuchs ausbleibt. Zudem verlassen immer wieder ältere Protagonisten die Skinhead-Szene. Sie legen dann zwar nicht umgehend ihre rechtsextremistischen Einstellungen ab, dennoch verliert die Skinhead-Szene dadurch an Größe und innerem Zusammenhalt. Dafür spricht auch die seit mehreren Jahren festzustellende Organisationschwäche. Allein gelegentliche Konzerte in Nordrhein-Westfalen und angrenzenden Ländern beziehungsweise im angrenzenden Ausland schaffen vereinzelt Events, bei denen sich die Szene ihrer selbst vergewissert.

Rechtsextremistische Musik ist zum einen ein Ausdrucksmittel einer Subkultur, die sich für Menschenverachtung und Demokratiefeindschaft ausspricht. Zum anderen ist sie ein effektives Mittel rechtsextremistischer Strategen, ihre Propaganda Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahe zu bringen. Daneben handelt es sich bei rechtsextremistischer Musik um ein kommerzielles Geschäft, an dem Bands, Konzertveranstalter und Vertriebe verdienen. Mit der Modernisierung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat sich auch deren Musik gewandelt. Die Vielfalt an Musikstilen hat zugenommen. Dies beinhaltet sogar ideologisch widersprüchlich erscheinende Entwicklungen wie „Nationaler Rap“. Auch eine vielfältige Cover-Ästhetik und die Selbstinzenierung der Musiker spielen heute eine Rolle. Durch die digitale Revolution der letzten 20 Jahre haben sich die Vertriebsbedingungen für rechtsextremistische Musikstücke enorm verbessert, so dass es nun möglich ist, nahezu immer und überall solche Musik herunterzuladen.

Eine in Nordrhein-Westfalen neuere Strategie praktiziert die Partei **Die Rechte**. Diese versucht den Parteistatus zu nutzen, um erlebnisorientierte Veranstaltungen inklusive Konzerten oder Balladenabende zu veranstalten. Hierbei verbindet sie gemeinschaftliches Freizeitangebot und politische Indoktrination miteinander, um möglichst viele Interessenten anzusprechen und zur Teilnahme zu animieren.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_subkrex

Reichsbürger und Selbstverwalter (Reichsbürgerbewegung)

Gründung / Bestehen seit	1985 (Gründung der ersten Reichsbürgergruppierung Kommissarischen Reichsregierung KRR in Berlin)
Struktur / Repräsentanz	Die heterogene Szene der Reichsbürger und Selbstverwalter besteht aus einer Vielzahl von Kleingruppierungen, die zum Teil miteinander kooperieren, zum Teil aber sich auch scharf voneinander abgrenzen. Neben kleinen, sektenartigen Gruppen mit hohem Organisationsgrad gibt es ebenso lose strukturierte Gruppierungen sowie Einzelpersonen, die nur im Internet aktiv sind oder sich an Behörden wenden. Die Szene unterliegt einem steten Wandel.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	rund 2.000 Anhänger (bis Ende 2016 waren 300 Anhänger identifiziert) Bei der Mehrzahl der Reichsbürger und Selbstverwalter in Nordrhein-Westfalen ist keine feste Organisationsbindung erkennbar. Es handelt sich überwiegend um Einzelpersonen sowie Angehörige loser örtlicher Szenen. Mit der weiteren Aufklärung der Szene durch die Behörden, die Identifikation von Anhängern und weil die Szene nach wie vor Zulauf erhält, wird die Anzahl noch weiter steigen.
Veröffentlichungen	Die einzelnen Gruppierungen verfügen meist über einen eigenen Internetauftritt, wo umfangreiche Schriftsätze zum Download angeboten werden. Angeschlossen sind häufig entsprechende Diskussionsplattformen.
Kurzportrait / Ziele	Inhaltlicher Konsens in der organisatorisch zersplitterten Reichsbürgerbewegung sind die Behauptungen, dass erstens das Deutsche Reich in den Grenzen der 1930er Jahre weiterhin existiere und dass zweitens der Bundesrepublik die rechtliche Legitimation fehle. Die Bundesrepublik sei deshalb nur eine GmbH und die Behörden seien nur „Scheinbehörden“. Teilweise stellen sie auch die Behauptung auf, dass eine kommissarische



Publikation von **Reichsbürgern**

Reichsregierung die Staatsgewalt ausüben würde, und leiten daraus hoheitliche Befugnisse ab.

Die **Selbstverwalter** sind ein Sonderfall. Sie berufen sich auf ein selbst definiertes Naturrecht, wonach sie als Individuen staatliche Hoheitsrechte besäßen und sich in Gänze als außerhalb der Rechtsordnung stehend betrachten.

Reichsbürger und Selbstverwalter sind Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen die Existenz der Bundesrepublik Deutschland bestreiten beziehungsweise deren Rechtsordnung ablehnen. Diese Auffassung hat zur Folge, dass **Reichsbürger** den demokratisch gewählten Repräsentanten die Legitimation absprechen und Verstöße gegen die Rechtsordnung begehen. Überdies sind die Anhänger der Überzeugung, nach einem erklärten Austritt aus der angeblichen GmbH auch nicht weiter an bestehende Gesetze gebunden zu sein.

Teile der **Reichsbürger-Szene** überschneiden sich mit der rechtsextremistischen Szene und vertreten rechtsextremistische Argumentationsmuster. So bezeichnet sich **die Germaniten Partei** aus Vlotho beispielsweise als „Arische Partei“ und verbreitet antisemitische Verschwörungstheorien. Einige bekannte Rechtsextremisten, wie etwa Horst Mahler, versuchten in der Vergangenheit, die **Reichsbürgerbewegung** zu beeinflussen und gründeten eigene Gruppen.

Die Szene der **Reichsbürger und Selbstverwalter** lässt sich idealtypisch in drei Motivgruppen unterteilen: erstens Rechtsextremisten, zweitens Verschwörungstheoretiker und drittens Personen, die sich finanziellen Verpflichtungen gegenüber dem Staat entziehen möchten. Im jeweiligen Einzelfall können sich die Motive unterschiedlich mischen. Etliche **Reichsbürger und Selbstverwalter** haben sich der Szene innerhalb einer Lebenskrise zugewandt. Zudem handelt es sich bei der **Reichsbürger-Szene** um ein Agitationsfeld von Personen mit psychisch auffälligen Verhaltensmustern.

Reichsbürger und Selbstverwalter werden als Bestrebung mit erheblichem Gewaltpotenzial eingeschätzt. Besorgniserregend sind Gewaltdelikte und ein teilweise großer Waffenbesitz in der

Szene. Gerichte, Polizei und Behörden werden zunehmend in ihrer Arbeitsweise behindert und deren Mitarbeiter eingeschüchtert und bedroht.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Reichsbürger und Selbstverwalter sind verfassungsfeindlich, da ihre Aktivitäten sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Zu diesen Aktivitäten gehören unter anderem das Nichtanerkennen von Steuern und behördlichen Bescheiden sowie das vermeintliche Errichten eigener „Staaten“. Gerichten und Behörden gegenüber treten sie durch eine latent – mitunter auch offen – aggressive Verhaltensweise in Erscheinung. Darüber hinaus bestehen Schnittmengen mit der rechtsextremistischen Szene. Als gemeinsames ideologisches Fundament erweist sich ein gebiets- und geschichtsrevisionistisches Weltbild. Die fundamentale Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Institutionen bietet hinreichend tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung, auch wenn diese Bestrebungen nur zum Teil einen eindeutig rechtsextremistischen Hintergrund haben.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die fortwährende organisatorische Neuorientierung der Szene schlug sich in Nordrhein-Westfalen vor allem im **Freistaat Preußen** mit Sitz in Bonn nieder. Im August 2016 zerfiel dieser nach einem Streit in zwei Gruppen, die sich gegenseitig die Berechtigung absprachen, den **Freistaat Preußen** zu vertreten. Nunmehr gibt es die neue Organisation **Deutsches Reich – Freistaat Preußen** und weiterhin die alte Organisation **Freistaat Preußen**. In einem Schreiben an den Präsidenten der Russischen Föderation und den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika informierte die neue Regierung von **Deutsches Reich – Freistaat Preußen**, dass die bisherigen Vertreter wegen Hochverrats „entfällt in allen Funktionen“ wurden.

„Hoheitliche Befugnisse“

Einige **Reichsbürger und Selbstverwalter** stellen die Behauptung auf, dass eine kommissarische Reichsregierung die Staatsgewalt ausüben würde und leiten daraus hoheitliche Befugnisse für sich ab. Mitunter suggerieren sie, eigene Staaten zu bilden, für die sie eigene „Hoheitsgebiete“ durch Fahnen oder ähnliche Symbole ausweisen, eine eigene Währung einführen oder eigene Pässe verwenden. Im Internet bietet eine **Deutsche Reichsdruckerei** aus Kaarst unter Berufung auf pseudojuristische Argumentationsmuster sogenannte „echte staatliche Reichsdokumente“ wie einen „Reichspersonenausweis“ oder eine „Reichs-Fahrerlaubnis“ an. In dem Selbstverständnis, einen eigenen Staat zu bilden, schreiben **Reichsbürger und Selbstverwalter** auch ausländische Botschaften an und ersuchen diplomatische Beziehungen aufzunehmen.

Der **Freistaat Preußen** stellt sogenannte „Bestallungs-Urkunden“ und eigene „Steuerbescheide“ aus



Die **Deutsche Reichsdruckerei** aus Kaarst bietet unter anderem eine „Reichs-Fahrerlaubnis“ an

Gelegentlich werden eigene KFZ-Kennzeichen genutzt, deren Verwendung auf öffentlichen Straßen eine Straftat, Urkundenfälschung, darstellt. So hielt die Polizei im September 2016 in Neunkirchen-Seelscheid ein Fahrzeug an, das mit einem Kennzeichen des **Freistaats Preußen** fuhr, und stellte den nicht zugelassenen Wagen sicher.

Behörden beschäftigen

Reichsbürger und Selbstverwalter beschäftigen die Behörden mit obskuren Anliegen. Insbesondere fordern sie von Pass- und Meldeämtern nicht amtliche Dokumente oder verlangen eine Ausbürgerung. Zuweilen begehren sie behördliche Beglaubigungen selbst verfasster „Erklärungen unter Eid“, in denen sie zum Beispiel die Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 („Weimarer Reichsverfassung“) oder – als preußischer Staatsbürger – die Verfassung des **Freistaats Preußen** vom 30. November 1920 annehmen.



Reichsbürger beantragen den Staatsangehörigkeitsausweis, auch „gelber Schein“ genannt, weil sie glauben, damit würde ihre „richtige“ Staatsangehörigkeit festgestellt

Oftmals verlangen sie von Kommunen auch den sogenannten „gelben Schein“: der Staatsangehörigkeitsausweis, ein amtliches Dokument der Bundesrepublik Deutschland, mit dem der Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit dokumentiert wird und das nur in seltenen Fällen als ein über den Personalausweis hinausgehender Beleg der deutschen Staatsbürgerschaft benötigt wird. In der **Reichsbürger-Szene** kursiert hingegen die Behauptung, das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz in seiner Fassung vom 22. Juli 1913 sei unverändert gültig. Daher müsse man, um der Staatenlosigkeit und dem damit einhergehenden „Sklavenstatus“ zu entkommen, nach den damaligen Gesetzen einen Staatsangehörigkeitsausweis beantragen.

Auch Vollziehungsbeamte sind vielfach von **Reichsbürger**-Aktivitäten betroffen. Oftmals geht es den **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** mit dem Verweis auf die Nicht-Existenz der Bundesrepublik Deutschland darum, Zahlungen zu verweigern oder Zwangsvollstreckungen zu verhindern. Letztlich verfolgen **Reichsbürger** mit diesen Aktivitäten das Ziel, Verwirrung zu stiften und Behördenmitarbeiter einzuschüchtern, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.

Etlliche **Reichsbürger**-Organisationen bestärken und mobilisieren ihre Anhänger und Sympathisanten zu renitentem Verhalten gegenüber den Behörden. Insbesondere finden sich auf zahlreichen Webseiten Musterschreiben an Behörden, in denen die Nutzer nur noch den Absender und den Empfänger eintragen müssen. Einige Organisationen bieten darüber hinaus Interessenten „Weiterbildungsmaßnahmen“ an, mit denen sie ihre Anhänger für die Auseinandersetzung mit den Behörden befähigen wollen. In Einzelfällen findet auch eine diesbezügliche Beratung statt. Dabei spielt die **Justizopferhilfe Löhne** in der Szene eine wichtige Rolle.

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen ebenso die Arbeit der Justizbehörden zu behindern, indem sie Störaktionen im Rahmen von Verhandlungsterminen initiieren. Dabei stellen sie die Identität der Justizmitarbeiter und die Legalität des Gerichts in Frage und versuchen die Durchführung der Verhandlung zu torpedieren. Bei einer Zwangsversteigerung im Oktober 2015 im Amtsgericht Oeynhausen versuchten rund 30 Personen aus dem Umfeld „Justizopferhilfe Löhne“ zu stören, so dass die Polizei eingreifen musste und einige **Reichsbürger** in Gewahrsam nahm. Die **Justizopferhilfe Löhne** vertreibt auf ihrer Webseite sogenannte Lehrhefte, in denen Scheinargumente geliefert werden, mit denen man die vermeintlich fehlende Legitimation der Richter entlarven könne.

Politische Öffentlichkeit

Klassische politische Beteiligungsformen nutzt die **Reichsbürger-Szene** eher selten. Die Organisation „staatenlos.info“, die weitgehend identisch ist mit der nordrhein-westfälischen Gruppierung **Neue Ordnung Deutschland**, hielt 2016 mehrfach vor dem Kölner Hauptbahnhof sogenannte Mahnwachen ab, an denen jedoch weniger als ein Dutzend Personen teilnahmen.

Größere Bedeutung für die Szene hat indes das Internet, wo sie in zahllosen Facebook-Gruppen und auf YouTube-Kanälen ihre Thesen verbreitet.

Gewalt und Einschüchterung

Im Umgang mit Behörden haben **Reichsbürger und Selbstverwalter** eine perfide Form der Einschüchterung von Behördenangehörigen mit Hilfe frei erfundener Schadensersatzforderungen entwickelt, die als „Malta-Masche“ bezeichnet wird. Dabei werden gegen Behördenangehörige als Privatperson horrende finanzielle Forderungen geltend gemacht. **Reichsbürger** melden diese Forderung in der Folge in einem US-amerikanischen Schuldnerregister an, ohne die Rechtmäßigkeit der Forderung nachweisen zu müssen. Die Forderungen werden ferner an Inkassounternehmen auf Malta abgetreten, die damit real vollstreckbare Schuldtitel vor maltesischen Gerichten erwirken, sollte der Betroffene sich nicht über einen maltesischen Anwalt dagegen vor Ort wehren. Auch Vollziehungsbeamte und Polizisten aus Nordrhein-Westfalen sind von dieser Form der Einschüchterung betroffen. Allerdings ist bislang kein Fall bekannt, in dem es zu einer Vollstreckung kam. Das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen hat unter anderem den Kommunen Handlungsempfehlungen zum Umgang mit der „Malta-Masche“ gegeben.

Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen staatliche Mitarbeiter von Kommunen, Justiz und Polizei bei Amtshandlungen zu filmen, zu fotografieren oder heimliche Tonaufnahmen zu fertigen. Etlliche auf diese Weise entstandene Videos und Audios werden unerlaubt im Internet verbreitet. Dabei schneiden die **Reichsbürger und Selbstverwalter** das Material oft so zurecht, dass die Behördenmitarbeiter inkompetent oder überfordert dargestellt werden. Diese Strategie zielt darauf ab, die Bediensteten einzuschüchtern und von ihrem Handeln abzuhalten.

Darüber hinaus fielen sogenannte **Reichsbürger und Selbstverwalter** strafrechtlich durch passive Widerstandshandlungen bis hin zu Körperverletzungsdelikten auf. Als im März 2016 Haftbefehle gegen eine führende Aktivistin der Gruppierung der **Germaniten** in Bochum vollstreckt werden sollten, leistete diese gegen die Beamten Widerstand. Ein **Reichsbürger** in Neuss bedrohte im Oktober 2016 Mitarbeiter des kommunalen Servicedienstes unter anderem damit, eine Waffe zu besitzen. Insbesondere bedrohen **Reichsbürger** immer wieder Vollziehungsbeamte bei der Ausübung ihrer hoheitlichen Aufgaben.

Die Nicht-Anerkennung der Bundesrepublik ist bei manchen **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** mit der Nicht-Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols verbunden. So legen solche **Reichsbürger und Selbstverwalter** Wert auf eigene Bewaffnung, um nach eigenem Gutdünken für „Sicherheit“ zu sorgen. Ende des Jahres 2014 versuchte eine Person in ihrer angeblichen Eigenschaft als „Außenminister der Provinz Westfalen des **Freistaates Preußen**“ über eine Firma in Luxemburg ein Sturmgewehr vom Typ AK 47 anzukaufen. Im Rahmen anschließender

Durchsuchungen bei zwei Beschuldigten wurden zahlreiche Waffen beschlagnahmt. 2016 kam es in zwei Fällen zum Schusswaffengebrauch von Angehörigen der **Reichsbürger-Szene** gegen Polizeibeamte in Sachsen-Anhalt und in Bayern. In Bayern starb ein Beamter durch die Schüsse, drei weitere Beamte wurden verletzt.

Diese schwersten Straftaten werden in Teilen der **Reichsbürger-Szene** öffentlich gebilligt. So verbreitete eine Führungsperson aus Düsseldorf von **Neue Ordnung Deutschland** auf ihrem Facebook-Profil einen Spendenaufruf zugunsten des **Reichsbürgers** aus Sachsen-Anhalt, der auf Polizisten schoss. In dem Aufruf heißt es: „*Adrian ist ein echter Patriot. Er hat es uns vorge-macht und uns aufgeklärt, dass alles was hier abläuft nicht auf rechtlichen Füßen steht. Adrian hat sich gegen das UNRECHT gewehrt und wurde niedergeschossen hat aber überlebt.*“

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Seit 2014 werden auch in Nordrhein-Westfalen zunehmend Vorfälle mit **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** bekannt. Die Szene beschäftigt durch ihre Aktivitäten intensiv die Behörden. Insbesondere sind die Kommunen betroffen. **Reichsbürger und Selbstverwalter** verwirren mit ihren absurden Anträgen Behördenmitarbeiter und behindern durch renitentes Verhalten eine zügige Abwicklung von Vorgängen. Oftmals versuchen sie zum Beispiel Vollzugsbeamte oder Mitarbeiter von Bürgerbüros einzuschüchtern oder zu bedrohen. Besonders problematisch ist die in der Szene verbreitete Waffenaffinität sowie die Bereitschaft, Gewaltdelikte zu begehen. Die zuständigen Waffenbehörden prüfen deshalb bei jedem bekannt gewordenen Anhänger der Reichsbürgerszene in Nordrhein-Westfalen den Entzug von etwaigen Waffenerlaubnissen.

Es muss davon ausgegangen werden, dass sich Aktionismus und Aggression in der **Reichsbürger-Szene** weiter verstärken und es zu Radikalisierungseffekten kommt. Vor diesem Hintergrund bewertet der Verfassungsschutz die **Reichsbürger und Selbstverwalter** als Bestrebung mit erheblichem Gefahrenpotenzial.

Die virale Verbreitung der **Reichsbürger**-Ideen im Internet wird sich fortsetzen und weitere Sympathisanten zu entsprechenden Aktivitäten mobilisieren. Andererseits dürften die repressiven Maßnahmen der Sicherheitsbehörden bei Straftaten, die Aufklärung über Personen und Aktionen der Szene durch den Verfassungsschutz sowie konsequentes Vorgehen der kommunalen Behörden im Umgang mit **Reichsbürgern und Selbstverwaltern** zugleich zur Eindämmung des Phänomens beitragen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz Web-Link: vs_rb

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bedeutung

Das Internet gehört heute zur Lebenswelt der meisten Menschen in Deutschland. Nicht zuletzt aus diesem Grund hat sich das Medium zum wichtigsten rechtsextremistischen Propagandainstrument entwickelt. Rechtsextremisten greifen umgehend neue Möglichkeiten im Internet auf und verbreiten ihre Botschaften multimedial ansprechend. Insbesondere rechtsextremistische Organisationen erreichen auf diese Weise Sympathisanten, zu denen sie sonst nur schwer Zugang bekommen, und erhöhen die Reichweite ihrer Propaganda stark. Beispielsweise „liken“ die Facebookseite der **NPD** Ende 2016 über 188.000 Personenprofile – ein Vielfaches ihrer Mitgliederzahl, die bei lediglich rund 5.000 liegt.

Auf vielen rechtsextremistischen Webseiten, Blogs und Facebookprofilen dominierte 2016 das Thema Kriminalität durch Migranten, insbesondere durch Flüchtlinge und Muslime. Mit einer selektiven Auswahl von Berichten über angebliche Straftaten von Angehörigen dieser Gruppen vermitteln die Betreiber der Medienkanäle den Eindruck, dass diese Gruppen besonders kriminell und brutal seien. Oftmals verlinkt man ausgewählte Artikel seriöser Nachrichtenportale, um eine eigene Seriosität vorzutäuschen. Ziel ist es dabei mit einer verzerrten Darstellung Angst vor Migranten zu schüren, sie pauschal negativ darzustellen und sie letztlich abzuwerten.

In den vergangenen beiden Jahren hat die Bedeutung von Messenger-Diensten wie Whats-



Publikationen der Seite „Sicherheit für Nationalisten“ mit Sicherheitshinweisen

App oder Telegram für die interne Vernetzung der rechtsextremistischen Szene enorm zugenommen. Hierüber mobilisiert die Szene für Demonstrationen, kündigt Konzerte an und kann sich kurzfristig zu Aktionen verabreden. Dabei bemühen sich die Aktivisten, bei ihrer Kommunikation auf verschlüsselte Messenger-Dienste zurückzugreifen. So gibt auch die rechtsextremistische Webseite „Sicherheit für Nationalisten“ zahlreiche Hinweise, wie man mit dem Smartphone im Geheimen kommuniziert.

Fake News

Falschmeldungen, auch Fake News oder Hoaxes genannt, setzen Rechtsextremisten gezielt ein, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Dabei werden die verbreiteten Nachrichten komplett oder teilweise erfunden. Seit Ende 2015 nehmen vor allem Fake News zum Thema Flüchtlinge zu. Dabei knüpfen die Autoren an verbreitete Vorurteile und Ängste an. So kursierte im August 2016 zum Beispiel auf einschlägigen Internetseiten die Falschmeldung, dass die Bundesregierung nachts Flüchtlinge über den Flughafen Köln / Bonn ins Land lassen würde. Dies würde heimlich geschehen, um die Bevölkerung zu täuschen. Mit derartigen gefälschten Informationen zielte der Urheber darauf ab, die – zum damaligen Zeitpunkt abgeflaute – Flüchtlingsdiskussion erneut fremdenfeindlich anzufachen und der Regierung zu unterstellen, seine Bürger zu hintergehen und somit das demokratische System zu delegitimieren.

Auch im Nachgang zu den Übergriffen in der Silvesternacht 2015 / 2016 am Kölner Hauptbahnhof wurden im Internet zahlreiche rechtsextremistisch motivierte Fake News lanciert. So fand ein gefälschtes Schreiben der Kliniken der Stadt Köln große Verbreitung, in dem Patienten mit der Klinik angeblich vereinbarten, Stillschweigen über die Behandlung aufgrund der an ihnen begangenen Straftaten zu bewahren. Auf diese Weise versuchten Rechtsextremisten verschwörungstheoretisch zu suggerieren, dass „die da oben“ Straftaten vertuschen wollten. Letztlich dienen solche Meldungen dazu, Ablehnung gegenüber dem demokratischen System und Angst vor Migranten hervorzurufen und zu bestärken.

Hatespeech

Im Zuge der Flüchtlingsdiskussion verrohte im Internet zunehmend der Diskurs. Dies betraf insbesondere herabsetzende Äußerungen über Flüchtlinge und Muslime. Ungeniert wurden dabei zutiefst menschenverachtende Positionen – oftmals unter dem echten Namen des Verfassers – verbreitet. Vor allem in Facebook-Gruppen werden derartige Posts verbreitet. Zugleich finden sich auf Youtube unter journalistischen Beiträgen über Straftaten von Migranten zahlreiche fremdenfeindliche und rassistische Kommentare.

Neben den öffentlichen Diskussionen wurden in 2016 vermehrt auch Personen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren, per E-Mail oder auf ihren persönlichen Facebook-Profilen be-

schimpft und eingeschüchtert. Dazu zählten sowohl Mitarbeiter zivilgesellschaftlicher Organisationen als auch Politiker. So erhielt der Vorsitzende der Bocholter SPD mehrfach Hassmails, die Morddrohungen gegen ihn und seine Familie enthielten. Eine der Absenderadressen lautete Adolf.Hitler@Deutscher-Reichstag.de. Ende 2016 trat der Kommunalpolitiker wegen dieser Anfeindungen von seinem Parteiamt zurück.

Repressive Maßnahmen

Obgleich die Strafverfolgung von Volksverhetzungsdelikten im Internet oftmals schwierig ist, weil der Täter leicht seine Spuren verwischen kann, gab es zuletzt einige Verurteilungen mit Signalwirkung. Beispielsweise verbreitete im Oktober 2015 ein rechtsmotivierter Internetnutzer in einer lokalen Facebook-Gruppe die erfundene Nachricht, dass Flüchtlinge in Kleve fünf Mädchen auf dem Nachhauseweg von der Schule vergewaltigt hätten. Das Amtsgericht Duisburg verurteilte den Angeklagten im Juni 2016 wegen Volksverhetzung zu neun Monaten Haft. Die Strafe ist zur Bewährung ausgesetzt.

In den vergangenen Jahren war **Altermedia Deutschland** das wichtigste Internetportal der rechtsextremistischen Szene. Es diente als Vernetzungsplattform, Mobilisierungsseite und als Ort für Strategiedebatten. Dort wurden zahlreiche antisemitische, fremdenfeindliche, nationalistische Beiträge veröffentlicht bis hin zu Gewaltaufrufen gegen in Deutschland lebende Migranten. Am 4. Januar 2016 verbot das Bundesinnenministerium **Altermedia Deutschland** nach dem Vereinsgesetz. Zudem erhob der Generalbundesanwalt im Dezember 2016 gegen die fünf Betreiber Anklage wegen der Bildung einer rechtsextremistischen kriminellen Vereinigung. Eine der beiden Hauptbeschuldigten, die aus Bielefeld stammt und seit 2012 als Administratorin fungierte, wurde am 27. Januar 2016 zunächst in Untersuchungshaft genommen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Rechtsextremisten werden weiterhin neue Kommunikationsmöglichkeiten umgehend aufgreifen und für ihre Zwecke einsetzen. Repression ist diesbezüglich nur eine sehr begrenzt wirksame Strategie. Deswegen gilt es weiterhin, vor allem präventiv die Medienkompetenz der Bürger zu fördern und demokratische Überzeugungen zu stärken.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_rechthewww](#)

Linksextremismus

Im Fokus: Die Gewaltfrage im Linksextremismus	126
Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE	130
Deutsche Kommunistische Partei (DKP)	134
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	138
Autonome Linksextremisten	142

Linksextremistische Parteien, Organisationen und Gruppen stellen eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar, weil sie sich zum Ziel gesetzt haben, die freiheitliche demokratische Grundordnung revolutionär zu überwinden. Durch eine sozialistische, kommunistische oder anarchistische Gesellschaftsform soll eine vermeintlich herrschaftsfreie Ordnung herbeigeführt werden.

Linksextremistische Ideologien gehen von einem Prinzip menschlicher Gleichheit aus, das weit über individuelle Freiheiten gestellt wird. Die meisten Linksextremisten verstehen sich zudem als Internationalisten und sehen in der Arbeiterklasse das „historische revolutionäre Subjekt“.

Die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen basierte auch im Jahr 2016 auf einer heterogenen, alternativen Mischszene. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als aktionsorientiert, wobei sich eine gemeinsame Ideologie aus fundamental-anarchistischen und kommunistischen Theoriefragmenten zusammensetzt. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird dabei über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten zu Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung ausgeglichen. Gewalt stellt dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner dar.

Diese Gewalt wird von vielen Linksextremisten in erster Linie als eine Form von ausgelebter Protestkultur verstanden. Die linksextremistische Szene akzeptiert den Einsatz von Gewalt insbesondere dann, wenn durch sie das eigene politische Anliegen mit großer medialer Wirkung in die Öffentlichkeit getragen wird. Gewaltanwendung ist zudem ein identitätsstiftendes Merkmal der aktionsorientierten autonomen Szene. So finden im Umfeld der Tatbegehung – beispielsweise bei Auseinandersetzungen bei Demonstrationen – oftmals Solidaritätseffekte statt, die entscheidend für einen ersten Einstieg in die Szene sind. Gewalt zeigt sich dann besonders häufig als Massenmilitanz sowie in Form von durch Kleingruppen verübten objektbezogenen Straftaten wie Sachbeschädigungen und Sabotageakten an Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur. Gewaltanwendung erfolgt dabei häufig aus dem Schutz großer Gruppen heraus.

Die Gewaltbereitschaft im Linksextremismus nahm in Nordrhein-Westfalen im Berichtszeitraum weiter erheblich zu. Ist die Anzahl linksextremistisch motivierter Straftaten gegenüber 2015 zwar rückläufig, haben sich vor allem die Schwere der Gewalt und das gewaltbereite Personenpotenzial jedoch erhöht. Die Verschärfung der Gewalttaten bis hin zu Sabotageakten, die Inkaufnahme schwerster Verletzungen von Personen und die gesunkene Hemmschwelle belegen eine gravierende Entwicklung. Ein Beispiel dafür ist die gewaltbereite linksautonome Waldbesetzer-Szene im und am Hambacher Forst.

Zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zählen im Bereich Linksextremismus weiterhin die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**. Bislang blieben **DKP** und **MLPD** zwar wahlpolitisch bedeutungslos, kündigten jedoch an, 2017 sowohl für die Landtags- als auch für die Bundestagswahlen antreten zu wollen. Des Weiteren stehen einzelne Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE unter Beobachtung, während die Partei selbst vom Verfassungsschutz nicht beobachtet wird. Sie ließ allerdings innerparteilich auch im Jahr 2016 Zusammenschlüsse zu und fördert teilweise solche, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen.

Im Fokus: Die Gewaltfrage im Linksextremismus

Gewalt wird von vielen Linksextremisten in erster Linie als eine Form von ausgelebter Protestkultur verstanden. Gewalt wird insbesondere dann akzeptiert, wenn sie geeignet ist, das eigene politische Anliegen mit großer medialer Breitenwirkung in die Öffentlichkeit zu tragen. Zugleich sind Gewaltanwendungen ein identitätsstiftendes Merkmal einer aktionsorientierten autonomen Szene. So finden gerade im Umfeld der Tatbegehung – wie etwa bei Auseinandersetzungen bei Demonstrationen – jene Solidaritätseffekte statt, die entscheidend für den ersten Einstieg in die Szene sind.

Gewalt wird dabei häufig durch oder aus dem Schutz großer Gruppen heraus ausgeübt. Doch auch durch Kleingruppen verübte objektbezogene Straftaten wie Sachbeschädigungen und Sabotageakte von öffentlicher Infrastruktur sind „Markenzeichen“ linksextremistischer Gewalt. Zur Begründung der Gewaltanwendung wird stets mit dem Konstrukt einer „strukturellen Gewalt“, die nach Ansicht vieler Linksextremisten von Staat und Gesellschaft ausgeht, eine Umkehr des Gewaltbegriffs entwickelt. Gewalt gegen den politischen Gegner und die Polizei wird demnach als legitimes Mittel der Gegenwehr umdefiniert. Gewalt gegen Polizeibeamte gilt somit als legitimer Widerstand gegen „Repressionsbehörden“.

Eindeutige Statements zur Gewaltfrage werden bewusst vermieden, um die Gefahr einer Spaltung und damit einhergehender Schwächung der Szene vorzubeugen.

Mobilisierung gegen den G20-Gipfel

Exemplarisch ließ sich diese Entwicklung bei der ab Herbst 2016 laufenden Mobilisierungskampagnen der Szene gegen den G20-Gipfel im Juli dieses Jahres in Hamburg beobachten. Die **Interventionistische Linke (IL)** fungierte hierbei als bundesweiter linksextremistischer Zusammenschluss, der die ideologische Basisarbeit zur Vorbereitung von Protestaktionen koordinierte. Im Rahmen dieser „Scharnierfunktion“ wurde der Anschluss an das nicht-gewalttätige linke Lager gesucht. Die Vernetzung mit vorwiegend linksalternativen Organisationen scheiterte aber an der bewussten Vermeidung einer konkreten Stellungnahme der IL-Gruppen zur Frage der Gewaltanwendung. Die Vorstellung, mit gewaltbereiten Autonomen zusammen zu arbeiten und bei Ausschreitungen möglicherweise instrumentalisiert zu werden, wirkte auf viele zivildemokratische Gruppen abschreckend. Dass diese Sorge nicht unbegründet war, zeigen die heftigen

gewaltsamen Ausschreitungen von Autonomen am Rande der Proteste gegen den G20-Gipfel. Aktuell wird im Nachgang zu den Hamburger Krawallen die Diskussion über die Anwendung von Gewalt in der linksextremistischen Szene kontrovers geführt.



Mobilisierung für Protestaktionen unter anderem zum G20-Gipfel in Hamburg



Sichergestellte Waffen der linksautonomen Szene im Hambacher Forst und ein zerstörter Strommast



Gewaltanwendung im Hambacher Forst

In Nordrhein-Westfalen stellt sich im Hambacher Forst eine besondere Situation dar: In der Vergangenheit kam es mehrfach zu schweren gewalttätigen Übergriffen gewaltbereiter vermeintlicher Umweltschützer aus dem linksextremistischen Milieu auf das Personal der Firma Rheinbraun und anderen dort beschäftigten Firmen. Bei den Angriffen wurden Steinwürfe, aber auch mit Präzisionsschleudern verschossene Stahlschrauben und im Forst aufgestellte Fallen eingesetzt. Schwerste Verletzungen der attackierten Personen wurden dabei billigend in Kauf genommen. Die Hemmschwelle, Gewalt auch in Form von schweren Körperverletzungsdelikten anzuwenden, ist bei linksautonomen Aktivisten in den letzten Jahren erkennbar gesunken.

Gewalt gegen den politischen Gegner

Bei Auseinandersetzungen von Linksextremisten mit tatsächlichen oder vermeintlichen Protagonisten der rechten Szene kommt es ebenfalls wiederholt zu gewalttätigen Attacken. Insbesondere die Anti-Asyl-Agitation rechter Gruppierungen wie Pegida fordert gewaltbereite Linksextremisten heraus. So kam es im Juni 2016 bei dem von Rechtsextremisten veranstalteten „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund zu gewalttätigen Ausschreitungen, die sich letztlich, mangels direkter Konfrontation mit anwesenden Rechtsextremisten, gegen Einsatzkräfte der Polizei richteten. Auch Übergriffe und gewalttätige Aktionen gegen Vertreter der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) verzeichnen eine starke Zunahme. Das Tatspektrum reicht hierbei von Sachbeschädigungen an Fahrzeugen und Gebäuden bis hin zu Drohungen und Körperverletzungsdelikten gegen Parteimitglieder.

Ausblick

Ein hohes Aggressionspotential und die Bereitschaft zum Einsatz von Gewalt sind – vor allem bei politischen Großereignissen – nach wie vor Merkmale der aktionsorientierten linksextremistischen Szene. Seit der Auflösung der linksterroristischen „Roten Armee Fraktion (RAF)“ im Jahr 1998 ist jedoch keine Entwicklung erkennbar, die auf eine Rückkehr zum bewaffneten Kampf in Form von Terrorismus gegen den Staat schließen lässt.

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE

Sitz / Verbreitung

»Antikapitalistische Linke (AKL)«
Sitz: Berlin
marx21
Sitz: Berlin
Unterstützergruppe in Nordrhein-Westfalen: Duisburg
Kommunistische Plattform (KPF)
Sitz: Berlin
Linksjugend [solid]
Bundesverband: Berlin
Landesverband: Düsseldorf und Essen

Gründung / Bestehen seit

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: 2006
marx21: 2007
Kommunistische Plattform (KPF): 1995
Linksjugend [solid]: 1999

Struktur / Repräsentanz

»AKL«, **marx21** und **KPF** sind Zusammenschlüsse beziehungsweise Teile der Partei DIE LINKE, die im Bundestag, in Landtagen und bundesweit in kommunalen Gremien vertreten ist.
»Antikapitalistische Linke (AKL)«: zunächst Strömung, seit 2013 anerkannter Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE; sechs Bundessprecherinnen und ein Länderrat, in dem Delegierte aus jedem Bundesland sowie die sympathisierenden Parteivorstandsmitglieder vertreten sind.
marx21: trotzkistisches Netzwerk innerhalb des Zusammenschlusses »Sozialistische Linke (SL)« in der Partei DIE LINKE; lokale „Unterstützergruppen“ in den Bundesländern.
Kommunistische Plattform (KPF): offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE.
Linksjugend [solid]: Jugendorganisation der Partei DIE LINKE mit Bundesgeschäftsstelle, sechs Bundessprechern und 16 Landesverbänden.

Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: Bund: circa 840
marx21: nicht bekannt
Kommunistische Plattform (KPF): circa 1.200
Linksjugend [solid]: Bund: 3.150 aktiv / über 10.000 passiv

Veröffentlichungen

marx21: fünfmal jährlich erscheinendes Magazin „marx21“
Kommunistische Plattform (KPF): „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“ (monatlich)
Linksjugend [solid]: regelmäßige Berichterstattung der Tageszeitung „junge Welt (jW)“ über die politischen Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE.
Web-Angebote zum Teil mit Länderbezug:
»Antikapitalistische Linke (AKL)«: antikapitalistische-linke.de
marx21: marx21.de, facebook.com/marx21NRW sowie das Magazin „marx21“ (fünfmal jährlich)
Kommunistische Plattform (KPF): facebook.com/1490465864598377, die-linke.de/partei/zusammenschluesse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke
Linksjugend [solid]: Bund: linksjugend-solid.de; NRW: linksjugend-solid-nrw.de, facebook.com/ljs.nrw, twitter.com/Linksjugendnrw und flickr.com/people/103039194@N07/

Kurzportrait / Ziele

Gemeinsam ist – in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe – den genannten Zusammenschlüssen, dass nicht nur das Ziel, das „kapitalistische System“ in der Bundesrepublik Deutschland zu überwinden, sondern das Streben nach einer sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.

Finanzierung

Kommunistische Plattform (KPF): Mittel der Partei DIE LINKE und Spenden.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der überwiegende Teil der Mitglieder der Partei DIE LINKE und wesentliche Teile der politischen Forderungen sind nicht als extremistisch anzusehen. Die Partei DIE LINKE lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht

Deckblätter der Publikation marx21 aus dem Jahr 2016



Auszug aus dem Facebook-Auftritt der **Linksjugend [!solid]** anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2016

begründen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet daher nicht die Partei DIE LINKE als Ganzes, sondern nur die linksextremistischen beziehungsweise die im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehenden Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. Dies sind die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, das trotzkistische Netzwerk **marx 21**, die **Kommunistische Plattform (KPF)** und die **Linksjugend [!solid]**.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dielinke](#)

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Sitz / Verbreitung	Essen
Gründung / Bestehen seit	1968
Struktur / Repräsentanz	Vorsitz: Patrick Köbele Bezirke: Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen (Leitungsgremium von vier Personen) Jugendorganisation: Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bund: rund 3.000 ➡ NRW: rund 800 ➡
Veröffentlichungen	Publikationen: UZ – Unsere Zeit (wöchentlich), Marxistische Blätter (theoretische Schriftenreihe) Web-Angebote: eigene Homepage
Kurzportrait / Ziele	Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist neben der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD), bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.
Finanzierung	Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Nach Vorstellung der **DKP** soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus

überwinden. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen gesellschaftlichen Gegensätze, insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte haben in diesem Konzept nur noch eine stark eingeschränkte Bedeutung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

3. Tag des 21. Parteitags

Am 27. Februar 2016 beendete die **DKP** in Kassel mit dem 3. Tag den 21. Parteitag, der bereits am 4. und 5. November 2015 in Frankfurt am Main begonnen hatte. Im Vordergrund stand die Beschlussfassung der **DKP** über die Beendigung ihres Beobachterstatus, der ihr durch die Europäische Linke (EL) erteilt worden war. Zur Begründung wurde angeführt, dass die Europäische Union als imperialistisches Staatenbündnis gegen die Interessen der Völker und der arbeitenden Menschen steht, während die EL in ihrer Programmatik mit der **DKP** unvereinbare reformerische Zugeständnisse innerhalb der imperialistischen Machtverhältnisse eingeht. Dem Antrag des Parteivorstandes folgend wurde der Beobachterstatus mit einem Mehrheitsbeschluss von 99 Delegiertenstimmen zu 52 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen beendet. Der Parteivorstand kündigte zudem die Erarbeitung eines **DKP**-Sofortprogramms „Gemeinsam kämpfen“ an und forderte dazu auf, die Parteieinheit zu wahren vor dem Hintergrund, dass sich ein Teil der Parteimitglieder weiterhin im Verein **Marxistische Linke** organisiert und sich an dem Aufbau eines kommunistischen Netzwerks beteiligt. Diese Strukturen stehen außerhalb der parteiischen Organisation und wurden nicht durch Parteitage beschlossen, was angeblich zu parteiinternen Konsequenzen bis hin zu Parteiausschlüssen für die bekannten Mitglieder führen soll.

19. Pressefest der Wochenzeitschrift Unsere Zeit (UZ) vom 1. bis 3. Juli 2016 in Dortmund

Das als „Volksfest“ und „Fest der Solidarität“ titulierte UZ-Pressefest wurde 2016 im Dortmunder Revierpark Wischlingen ausgerichtet. Der **DKP**-Vorsitz bewertet die Veranstaltung als ein „Fest der Solidarität, des Austausches und ein Fest des Kampfes gegen Faschismus und Krieg“. Es sei das größte Fest der Linken im Land und konstatierte über mehrere 10.000 Teilnehmer. Mit 100 Podiumsdiskussionen und 115 Konzerten und der Beteiligung von 29 internationalen Partnerparteien sieht die Parteiführung sich in ihrer Bündnispolitik vor allem in Hinblick auf die internationalen Verbindungen bestätigt.

Trotz der innerparteilichen Auseinandersetzungen und schwachen Mitgliederzahlen sei es möglich gewesen, die Gesamtkosten des Pressefestes von 300.000 Euro mit u.a. Spendengeldern von ca. 100.000 Euro gegendert zu finanzieren.



Youtube-Video vom **UZ-Pressesfest** in Dortmund

Die mehrtägige Veranstaltung zog in der Tat mehrere Tausend – teilweise auch bürgerliche Besucher aus umliegenden Vierteln – an. Zwar nutzte eine Vielzahl von linken und linksextremistischen Vereinigungen die Möglichkeit, sich mit ihren Angeboten bei der Veranstaltung zu präsentieren. Die vom **DKP**-Vorsitzenden dem UZ-Pressesfest zugeschriebene integrierende Bündnis-Rolle mit einer entsprechenden Wirkung im Bereich der linken Szene kann so nicht bestätigt werden.

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bundestagswahlen in 2017

Im September 2016 teilte die **DKP** mit, dass sie dem Parteibeschluss folgend an den Bundestagswahlen teilnehmen wird. Im Oktober 2016 stellten die beiden Bezirksverbände Ruhr Westfalen und Rheinland zum ersten Mal nach 1994 eine gemeinsame Landesliste für die Landtagswahl am 14. Mai 2017 auf. Direktkandidaturen wurden in Bottrop, Essen, Gelsenkirchen, Gladbeck und im Kreis Recklinghausen angestrebt.

Bei der Gewinnung der erforderlichen Unterstützerunterschriften für die Wahlzulassungen berief man sich auf das im April 2016 vom Parteivorstand veröffentlichte Sofortprogramm, in dem es heißt: „Gemeinsam kämpfen für unser Recht auf Frieden, Arbeit, Bildung und bezahlbaren Wohnraum! Gleiche Rechte für alle – unabhängig von der Herkunft! Stoppt den sozialen Kahl-schlag und den Abbau demokratischer Rechte!“ – als Kernforderungen für die anstehenden Wahlen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die aktuelle Führung der **DKP** untermauert den Anspruch einer orthodox kommunistischen Kaderpartei mit offenen Forderungen nach dem revolutionären Umbruch. Dies wird auch gegen interne Widerstände verteidigt.

Die eigene Parteihistorie wird durch ein „Sofortprogramm“ aufgefrischt – ein Mittel, das zuletzt 1982 beim Themenfeld Antimilitarismus Anwendung fand und als eine Diskussionsoffensive verstanden werden soll. Am 10. September in Karlsruhe erinnerte die **DKP** an das KPD-Verbot vom 17. August 1956 und forderte die Aufhebung des Urteils. Die Verfassungswidrigkeit zur damaligen Zeit wird offen bestritten, zumal sich die **DKP** in der Tradition der KPD sieht. Weiterhin erkennt sie die DDR nicht als Unrechtsstaat an und verteidigt und rechtfertigt kompromisslos ihre Existenz, als „ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden“.

Die **DKP** sieht ihr Zukunftspotential in der **Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ)** und forciert eine enge Zusammenarbeit. Auch der im März 2016 neu gewählte Vorsitzende der **SDAJ** führt diese Tradition fort. Gemeinsame Auftritte und gegenseitige Unterstützungen –beim Pressesfest, Demonstrationen oder bei dem für 2017 geplante „Festival der Jugend der SDAJ“ und Veranstaltungen anlässlich des 100. Jubiläums der Oktoberrevolution – sichern diese Zusammenarbeit ab.

Zugleich werden zentrale friedenspolitische Termine wie der Ostermarsch, Demonstrationen zum 3. Oktober 2016 in Kalkar oder Protestaktionen gegen den G20-Gipfel in Hamburg gemeinsam mit Vorfeld- und Nebenorganisationen und in breiten Bündnissen vorbereitet.

Der **DKP**-Vorsitzende beschreibt die Partei im Wahljahr 2017 als „nicht stark, aber aktionsfähig“. Mit ihren klassischen Themenfeldern Antimperialismus, Antikapitalismus und Antifaschismus, aber auch und vor allem in der Friedens- und Flüchtlingspolitik sucht die Partei weiterhin nach Sympathisanten und Mitstreitern für den Klassenkampf nach einem marxistisch-leninistischen Vorbild.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_dkp



Sitz / Verbreitung	Gelsenkirchen; bundesweite Verbreitung mit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen
Gründung / Bestehen seit	1982
Struktur / Repräsentanz	Neben Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei in sechs weiteren Bundesländern über einen „Landesverband“. Zahlreiche Gruppierungen mit nomineller Eigenständigkeit dienen der Partei als struktureller Unterbau, darunter der Jugendverband Rebell mit der Kinderorganisation Rotfuchse , der »Frauenverband Courage e. V.« oder kommunale Wahlbündnisse wie »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«. Nebenorganisationen der MLPD sind Rebell und Rotfuchse (Jugend – beziehungsweise Kinderorganisation der Partei). Vorsitz: Stefan Engel, ab April 2017 Gabi Gärtner
Mitglieder / Anhänger /	Bund: 1.800 ➡ NRW rund 650 ➡
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Publikationen: Rote Fahne Magazin ; »Revolutionärer Weg (RW)« Web-Angebote: Die Partei verfügt über eine umfangreiche Internetpräsenz; Rote Fahne News als Online-Nachrichtenmagazin
Kurzporträt / Ziele	Die 1982 aus dem „Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)“ hervorgegangene MLPD bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse-tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzungen der MLPD sind durch verfassungsfeindliche Aussagen geprägt und lassen sich in den drei Kernpunkten Revolution, Diktatur des Proletariats und Kommunismus zusammenfassen

Finanzierung	Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Einnahmen aus Vermögen
--------------	---

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

„Die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft.“

Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die „Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [Anm.: gemeint ist die **MLPD**] zum bewaffneten Aufstand erheben, [...] den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, [...] die Diktatur des Proletariats errichten und [...] gegen die Konterrevolution verteidigen“ müsse.

In einem „17 Punkte Kampfprogramm“ führt die Partei aus, dass

die „Herrschaft der internationalen Monopole gestürzt und der Sozialismus aufgebaut“ werden müsse. Dies beschränke sich nicht nur auf Deutschland, erklärt die **MLPD** und konkretisiert im eigenen Parteiprogramm: Der Sozialismus stelle eine „Übergangsgesellschaft vom Kapitalismus zum Kommunismus“ dar und mit der „Diktatur des Proletariats organisiere die Arbeiterklasse den Klassenkampf im Sozialismus“. Das gesamte Aktionspotenzial der **MLPD** fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen kommunistischen Kaderpartei.

Das Hauptaugenmerk ihrer politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik, die sie mit vermeintlich eigenständigen organisatorischen Gruppen bearbeitet, vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Sie verbindet dies verstärkt mit einer „sozialistischen“ Umweltpolitik und der Beteiligung an sozialen Protesten in einem internationalen sozialistischen Kontext. Dem Anspruch an Internationalität wird die **MLPD** durch die 2010 gegründete „Internationale Koordinierung revolutionärer Organisationen und Parteien (ICOR)«, der sich seit Gründung weltweit 48 Gruppierungen angeschlossen haben, gerecht.

Da sich die **MLPD** in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse wie die Organisation »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«, die zum Teil personell mit der **MLPD** verflochten sind.

Weltfrauenkonferenz der Basisfrauen in Nepal vom 13. bis 18. März 2016

Die **MLPD** und der »Frauenverband Courage« beteiligten sich als Mitglieder der »Internationalen Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen (ICOR)«, die die „Befreiung der Frau“ zu ihrem programmatischen Ziel erklärt hat, an der 2. Weltfrauenkonferenz in Katmandu. Maßgeblich war die zweite Vorsitzende der **MLPD** Monika Gärtner-Engel an der Organisation und Durchführung der Weltfrauenkonferenz beteiligt. Mit der Übernahme der Funktion der Hauptkoordinatorin der »ICOR« ab Juli 2016, die sie vom Hauptinitiator und Vorsitzenden der **MLPD** Stefan Engel übernimmt, wird sie in Zukunft nicht mehr als Europakoordinatorin für die Weltfrauenkonferenz aktiv sein.

Bei der Veranstaltung „Frauenpolitisches Ensemble“ vom 5. bis 9. November 2016 in Gelsenkirchen in der **MLPD**-Zentrale wurde die Weltfrauenkonferenz mit rund 1.300 Teilnehmerinnen aus 48 Ländern als Erfolg der internationalen Zusammenarbeit bewertet. Im Anschluss wurde der 25. Gründungstag des »Frauenverbandes Courage e. V.« mit über 300 Teilnehmerinnen und Teilnehmern gefeiert.

Ebenfalls im November trafen sich die Europa- und Weltkoordinatorinnen der **MLPD**, unter anderem um ein „Theorieseminar“ über die Befreiung der Frau und die 3. Weltfrauenkonferenz in Afrika oder Europa in Jahr 2021 zu planen. Mit dem Beschluss, auch den internationalen Klimatag als Kampftag festzulegen, folgt die kämpferische Frauenbewegung der ideologischen Programmerweiterung der **MLPD** im Bereich des Umweltschutzes.

X. Parteitag in Sonneberg / Thüringen im November 2016

Im Vordergrund des Parteitages standen der Generationenwechsel innerhalb der Parteispitze und die Überarbeitung des Parteiprogramms der **MLPD**. Der seit Gründung der **MLPD** amtierende Vorsitzende Stefan Engel wurde zwar zunächst als Vorsitzender bestätigt, zugleich aber festgelegt, dass Gabi Gärtner, die zur Erfüllung ihrer neuen Aufgabe ihr Ratsmandat für das Wählerbündnis „“ aufgegeben hat, ihm ab April 2017 im Vorsitz nachfolgt.

Das Parteiprogramm wurde vor allem um den internationalistischen Aspekt und den umweltpolitischen Charakter der **MLPD** erweitert.



Wahlplakate der **MLPD** zur Landtagswahl 2017

Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und Bundestagswahlen in 2017

Die **MLPD** tritt mit einer „Internationalistischen Liste / **MLPD**“, auch „internationalistisches Bündnis“ genannt, sowohl zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl als auch zur Bundestagswahl im Jahr 2017 an. Unter Einbeziehung der Flüchtlings- und Umweltpolitik und durch den Einsatz von aktiven Wählerinitiativen unter anderen bei der Gewinnung der nötigen Unterstützerunterschriften erhofft sich die **MLPD** einen Zuwachs von rund zehn Prozent ihrer Mitgliedschaft. In Bezug auf ihren Jugendverband **Rebell** verweist die **MLPD** auf einen positiven Zuwachs, den sie dem Generationenwechsel an der Parteispitze zuschreibt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick


Die **MLPD** stellt sich mit dem Generationswechsel an der Spitze als eine „Partei eines neuen Typs“ dar. Auch die »ICOR« hat im Rahmen der Flüchtlingspolitik als eine Vorreiterorganisation für die internationale sozialistische Revolution laut **MLPD** stark an Bedeutung gewonnen. Dabei wird die Führung des Bündnisses mit Monika Gärtner-Engel als Hauptkoordinatorin beibehalten. Stefan Engel behält seinen Posten im Zentralkomitee der **MLPD** und trägt somit auch nach der Amtsübergabe die Verantwortung für das theoretische Fundament der Partei, so dass die Reihe »Revolutionärer Weg (RW)« bereits neue Publikationen ankündigt.

Stalin und Mao Tse-Tung, an die 2016 fünfzig Jahre nach der Kulturrevolution gedacht wurde, bleiben für die **MLPD** weiterhin die ideologischen Grundsäulen für einen bedingungslosen Sozialismus. Ihr jugendpolitisches Engagement wird die **MLPD** bei der Ausrichtung des 19. internationalen Pfingstjugendtreffens des Jugendverbandes **Rebell** in 2017 weiterhin bekräftigen. Eine Erinnerungsfeier zum 100. Jahrestag der Oktoberrevolution ist für Oktober 2017 in Gelsenkirchen in Planung.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_mlpd

Autonome Linksextremisten

Sitz / Verbreitung	Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren
Gründung / Bestehen seit	Ende der 1970er – bzw. Anfang der 1980er-Jahre aus Ausläufern der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der „Sponti-Szene“ der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur / Repräsentanz	Szenestrukturen sind von weitgehend hierarchiefreien Netzwerken mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung geprägt; Internet fungiert als offenes Kontaktmedium; überregionale Treffen oder Telekonferenzen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Rund 970 Mitglieder in Nordrhein-Westfalen 
Veröffentlichungen	Hauptsächlich Veröffentlichungen in szenebезogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die linksautonome Szene ist eine heterogene, alternative Misch-Szene, deren gemeinsame ideologische Basis anarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Ihr Ideal sieht sie in einem selbstbestimmten Leben frei von Herrschaftsverhältnissen. Die Szene ist insgesamt eher aktions – als ideologiefixiert. Staatliche und gesellschaftliche Normen, Hierarchien und Verbindlichkeiten werden als Unterdrückungsmechanismen („Repression“) abgelehnt. Eine verbindliche Festschreibung auf konkrete politische Ziele widerspricht autonomen Denkmustern, jedoch wird der von weitgehender Handlungsfreiheit geprägte Lebensstil in „Freiräumen“ wie Wohngemeinschaften, besetzten Häusern oder soziokulturellen Zentren ausgelebt. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten (beispielsweise zu den Themen Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus,

Antigentifizierung) ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner.

Finanzierung	Keine Mitgliedsbeiträge; ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden
---------------------	--

Grund der Beobachtung

Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben ohne Staat und gesellschaftliche Zwänge bedingt, dass Autonome staatliche und gesellschaftliche Normen ablehnen. Der demokratische Rechtsstaat wird von ihnen als Zwangssystem bekämpft. Insbesondere Rechtsextremisten und Rechtspopulisten, aber zum Teil auch anderen Parteien und Organisationen und deren Vertretern werden von Linksautonomen durch die Verfassung garantierte Grundrechte, insbesondere die Versammlungsfreiheit, abgesprochen. Gewalt wird dabei als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Polizei angesehen. Die Polizei wird dabei als „Beschützer der Rechten“ und als Teil des „staatlichen Repressionsapparats“ betrachtet. Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols durch die linksautonome Szene bei gleichzeitiger Befürwortung des Gewalteinsatzes zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Wie alle linksextremistischen Strömungen betrachtet auch die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen die Flüchtlingslage als eine Folgewirkung des kapitalistischen Wirtschaftssystems und rassistischer Überzeugungen, welche markt- und staatskonforme Egoismen im Sinne ungerechter Nationalismen fördern. Übergriffe auf Ausländer, Migranten und Flüchtlingsunterkünfte hatten zur Folge, dass sich linksautonome Kampagnen zu den Themenfeldern Antifaschismus, Antirassismus und Antikapitalismus bei ihren Aktionen kaum noch trennen lassen. Zudem hat die Bereitschaft zur gewalttätigen Auseinandersetzung mit der Polizei, mit tatsächlichen oder vermeintlichen Rechtsextremisten sowie ganz allgemein mit Vertretern fremdenfeindlicher Positionen wiederholt zugenommen. Dies gilt vor allem bei Demonstrationen.

2016 bildete insbesondere der von der Partei **Die Rechte** organisierte „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund einen Schwerpunkt von Gegenaktionen der linksextremistischen Antifa, zu denen bundesweit mobilisiert wurde. Neben der von zivildemokratischen Initiativen veranstalteten Protestkundgebung war erneut ein regelrechter „Krawalltourismus“ unter Linksextremisten festzustellen. Regionale Antifa-Aktivisten und auch Antifa-Gruppierungen aus anderen Regionen und Bundesländern versuchten mit massiver Gewalt, Polizeisperrern zu überwinden und



Gegendemonstranten zur von der Partei **Die Rechte** organisierten Veranstaltung „Tag der deutschen Zukunft“ in Dortmund

die Demonstration der rechten Szene zu stören. Mit Blick auf die hohe Polizeipräsenz und die Festsetzung von Gegendemonstranten unmittelbar nach deren Ankunft wurden szeneseitig im Nachgang Stadt und Polizei für ihr „repressives“ Vorgehen mit der Begründung kritisiert, dass dies den „Naziaufmarsch“ ermöglicht und geschützt habe, während Aktionen „zivile Ungehorsams“ jedoch unterbunden worden seien.

Auch in 2016 wurden in mehreren Städten Nordrhein-Westfalens Häuser besetzt. Die Hausbesetzungen dauerten in manchen Fällen nur wenige Stunden und Tage bis hin zu einen längeren Zeitraum. Die Aktionen wurden von Forderungen nach günstigem Wohnraum und subkulturellen Treffpunkten abseits staatlicher oder kommunaler Kontrolle begleitet. Insbesondere in Münster wurden Hausbesetzungen mit dem Fehlen eines selbstverwalteten „Sozialen Zentrums“ begründet. Im Zusammenhang mit den Besetzungen standen gewaltsame Resonanzaktionen, die sich gegen die Polizei richteten und in Steinwürfen auf eine Polizeiwache und Brandstiftungen an Streifenwagen gipfelten. In Köln konnte dagegen eine mehrere Monate andauernde Hausbesetzung mit städtischer Hilfe friedlich beendet werden.

Nordrhein-westfälische autonome Gruppen waren zudem an Aktivitäten außerhalb NRW maßgeblich beteiligt. An der Mobilisierung gegen die Räumung besetzter Häuser in Berlin sowie gegen den AfD-Bundesparteitag in Stuttgart nahmen autonome Gruppen aus Nordrhein-Westfalen teil. Insbesondere zu den Aktionen gegen den AfD-Parteitag waren autonome Aktivisten aus Nordrhein-Westfalen im unteren dreistelligen Bereich angereist. Zudem liegen Hinweise dafür vor, dass eine im Nachgang erfolgte Veröffentlichung der Namen von über 2.000 AfD-Parteitagsteilnehmern auf der von der linksautonomen Szene genutzten Internetplattform Linksunten. indymedia im Wesentlichen aus Nordrhein-Westfalen gesteuert wurde.

Während bei den mittlerweile etablierten Großveranstaltungen gegen den Braunkohleabbau keine Gewaltaktionen stattfanden, verschärfte sich der gewaltsame Protest der Waldbesetzer gegen den Tagebau Hambach nochmals erheblich. Die Besetzung des nahe des Abbaugebietes liegenden Waldes wurde durch fest installierte, teilweise dauerhaft bewohnte Baumhäuser perpetuiert. Zusätzlich machten die Waldbesetzer sowie die im benachbarten Wiesencamp lebenden Linksextremisten ihren Besitz- und Kontrollanspruch durch immer wieder erneuerte Barrikaden und zum Teil lebensgefährdende Installationen im Waldgebiet und insbesondere auf den Waldwegen deutlich. Neben der bereits 2015 beobachteten Steigerung tätlicher Angriffe auf Polizeikräfte und auf das Werkspersonal der RWE als Betreiberin des Tagebaus sowie erheblichen Sachbeschädigungen, zum Teil mit Anschlagcharakter, stellten diese fallenartigen Vorrichtungen gefährliche Hindernisse für die Besucher des Waldes dar und mussten regelmäßig unter Polizeischutz geräumt werden. Bereits im Vorjahr beschriebene Beispiele für Sachbeschädigungen, Störungen des Bahnverkehrs und Angriffe mittels waffenähnlichen Werkzeugen haben sich im Berichtszeitraum wiederholt und in ihrer Intensität nochmals erhöht. Dabei traten die Täter stets vermommt auf, um einer Strafverfolgung zu entgehen.



Durch Steinwürfe linksautonomer Aktivisten kam ein Fahrzeug, in dem vier RWE-Mitarbeiter saßen, von der Straße ab und überschlug sich. Die Insassen wurden dabei leicht verletzt.

Im Zusammenhang mit dem Bürgerkrieg in Syrien beteiligten sich kurdistan-solidarische Gruppierungen der autonomen Szene an Aktionen zur Unterstützung des kurdischen Widerstandes gegen den sogenannten **Islamischen Staat** in Nordsyrien und gegen die türkische Staatspolitik. Neben Demonstrationen, bei denen die Abschaffung des Betätigungsverbots der **PKK** gefordert wurde, beteiligten sich Einzelpersonen aus dem Umfeld der linksautonomen Szene auch an den Kampfhandlungen kurdischer Milizen in Nordsyrien.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der Einsatz von Gewalt als politisches Mittel wird innerhalb der autonomen linksextremistischen Szene kaum noch hinterfragt. Der Anstieg gerade körperlicher Auseinandersetzungen im Umfeld demonstrativer Ereignisse belegt eine über mehrere Jahre andauernde Herabsetzung der Hemmschwelle der Gewaltbereitschaft linksautonomer Aktivisten in Nordrhein-Westfalen.

Erfolge werden im linksautonomen Spektrum vor allem in einer medialen, möglichst auch internationalen Berichterstattung über Auseinandersetzungen bei Großereignissen gesehen. Zu diesem Zweck besteht weiterhin eine starke Tendenz zur überregionalen und internationalen Vernetzung auch über ideologische Differenzen hinweg. Nordrhein-westfälische Mitgliedsgruppen der linksautonomen Bündnisse **Ums Ganze**, **Kommunistisches Bündnis** und **Interventionistische Linke** wirken maßgeblich bei der Mobilisierung für überörtliche Ereignisse auch außerhalb von Nordrhein-Westfalen mit. Dies zeigt sich insbesondere bei der Mobilisierung gegen den im Juli 2017 in Hamburg stattfindenden G20-Gipfel der Staats- und Regierungschefs, der in unmittelbarer Nähe zur vor Ort ansässigen linksextremistischen Szene geplant ist.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, **Web-Link: vs_autonome**

Auslandsbezogener Extremismus

Im Fokus: Putschversuch in der Türkei	150
Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe).....	156
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C).....	164
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)	168
Tamilische Befreiungstiger – (LTTE).....	172

Im nichtislamistischen auslandsbezogenen Extremismus beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten oder durch Anwendung von Gewalt auswärtige Belange der Bundesrepublik gefährden. Von herausgehobener Bedeutung sind dabei Organisationen mit Bezügen zur Türkei. Dies sind das Umfeld der verbotenen **Arbeiterpartei Kurdistan (PKK)**, die **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)** und die »Ülkücü-Bewegung« (sogenannte »Graue Wölfe«)

Politische Ereignisse in der Türkei wie der gescheiterte Militärputsch vom 15. Juli 2016 oder das Verfassungsreferendum aus dem Frühjahr 2017, aber auch die anhaltenden Kampfhandlungen im türkisch-irakischen Grenzgebiet beeinflussen maßgeblich das Verhalten dieser Gruppierungen innerhalb von Nordrhein-Westfalen.

Diese Entwicklungen führen zu einer starken Emotionalisierung und wachsender gegenseitiger Gewaltbereitschaft zwischen türkisch linken Gruppen (insbesondere der **PKK**) und türkisch nationalistischen Gruppen – namentlich den Anhängern der »Ülkücü-Bewegung« – aber auch sympathisierenden Rockergruppen.

Der gescheiterte Putschversuch in der Türkei vom 15. Juli 2016 und die darauf folgenden repressiven Maßnahmen der türkischen Regierung waren und sind prägende Ereignisse, die seitdem in

Deutschland zu einer gesteigerten Zahl von gegenseitigen Angriffen sowie zu Demonstrationen und Kundgebungen der verschiedenen Lager geführt haben. Das hohe Mobilisierungspotential, das die Szenen aufweisen, zeigte sich beispielsweise an der friedlich verlaufenen Großkundgebung am 31. Juli 2016 in Köln, an der unter dem Motto »gegen den Militärputsch in der Türkei« bis zu 40.000 der türkischen Regierung nahestehende, türkischstämmige Personen teilnahmen.

Neben den Aktivitäten der **PKK** und der »Ülkücü-Bewegung« waren auch Mitglieder der **DHKP-C** im Jahr 2016 in Nordrhein-Westfalen aktiv. Die **DHKP-C** hat auch im Jahr 2016 terroristische Anschläge gegen staatliche Einrichtungen und Polizeibeamte in der Türkei durchgeführt. Nach dem Putschversuch unterliegt sie in der Türkei einem noch weiter erhöhten Strafverfolgungsdruck. Auch wenn die **DHKP-C** in Deutschland überwiegend propagandistisch tätig ist, tragen ihre Umfeld-Organisationen wie die »Anatolische Förderung« die gewaltorientierte Ausrichtung der **DHKP-C** mit.

Im Fokus: Putschversuch in der Türkei

In der Nacht vom 15. auf den 16. Juli 2016 kam es in der Türkei zu einem gescheiterten Putschversuch durch Teile des türkischen Militärs, für den die türkische Staatsführung den in den USA lebenden Prediger Fethullah Gülen und seine Anhänger verantwortlich machte. Dieser stritt jedoch jegliche Verantwortung ab. Gülen stellte den Putsch nach Medienberichten insgesamt in Frage und behauptete in einem Interview, der türkische Staatspräsident Erdogan habe den Aufstand selbst inszeniert, um im Nachhinein die Opposition und die Gülen-Bewegung zu bekämpfen.

Nach dem gescheiterten Putsch schränkte die Regierung unter Präsident Erdogan die demokratischen Rechte ein und ergriff weitreichende Repressivmaßnahmen. Der am Abend des 20. Juli 2016 zunächst für drei Monate verhängte Ausnahmezustand wurde seitdem mehrfach verlängert und dauert nach wie vor an. Zehntausende Beamte, Richter, Lehrer etc. wurden im Zusammenhang mit dem Putschversuch entlassen, es kam zu umfangreichen Verhaftungswellen zum Nachteil sowohl von tatsächlichen als auch von angeblichen Fetullah Gülen-Anhängern und regierungskritische Zeitungen und Fernsehsender wurden geschlossen.

Bereits am 16. Juli 2016 – unmittelbar am Tag nach der Nacht des Putschversuches – legte die türkische Staatsanwaltschaft eine Anklageschrift gegen Fethullah Gülen vor, in der sie neben zweimal lebenslänglich zusätzlich 1900 Jahre Haft forderte. Die in der Türkei bereits breit geforderte Wiedereinführung der Todesstrafe wurde zu diesem Zeitpunkt für Gülen nicht verlangt.

Zugleich zeichnete sich eine Zuspitzung des Konfliktes in der Kurdenproblematik ab. Erdogan verkündete über die Medien, „dass die Türkei nicht nur den IS in Syrien besiegen wolle, sondern dass er auch entschlossen sei, die „PKK-Pest“ in der Südosttürkei zu beenden. Das gleiche Schicksal werde die PKK / PYD beziehungsweise deren militärischer Arm YPG in Syrien erleiden.“

Nach Angaben des türkischen Journalistenverbandes wurden im Jahr 2016 in der Türkei bereits 170 Medien geschlossen und mehr als hundert Journalisten verhaftet. Die Ausstrahlung prokurdischer Sender wurde unterbunden, hierzu gehörte die Ausstrahlung von »Mednuce TV« aber auch Assadi TV (ein Kindersender). Als Reaktion hierauf gab es einen Aufruf der KCDK-E (PKK-Europa-Ebene) zu verstärkten Protesten in Europa.

Einer der Höhepunkte der Repressionsmaßnahmen innerhalb der Türkei waren die Haftbefehle gegen Redakteure der oppositionellen Zeitung „Cumhuriyet“ und die Verhaftung von zwölf Abgeordneten der prokurdischen „Demokratischen Partei der Völker“ (HDP), darunter die beiden Parteivorsitzenden Selahattin Demirtaş und Figen Yüksedağ.

Als Reaktion auf die Festnahmen der HDP-Abgeordneten kam es am Morgen des 4. November 2016 zu einem Autobomben-Anschlag auf eine Polizeistation in Diyarbakır. Der Anschlag forderte mindestens elf Tote und über einhundert Verletzte. Einer **PKK**-nahen Nachrichtenagentur zufolge bekannten sich die »Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)« zu dem Anschlag, die als Teil der **Volksverteidigungskräfte (HPG)** der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** gelten. In der Erklärung hieß es, der Anschlag sei die Antwort auf die „mörderische Politik“ und den „erbarmungslosen Druck“ der Regierung. Türkischen Pressemeldungen vom 8. November 2016 zufolge hat die kemalistische Mitte-Links-Partei „Republikanische Volkspartei“ (CHP) ein vier Punkte umfassendes „Manifest“ bekannt gegeben, in dem die sofortige Freilassung der inhaftierten „Cumhuriyet“-Mitarbeiter und HDP-Abgeordneten gefordert werde sowie das Vorgehen der türkischen Justizbehörden als „verfassungswidrig“ bezeichnet werde. Zudem wird die türkische Regierung aufgefordert, den Putschversuch vollständig aufzuklären sowie Repressionen und Übergriffe gegen Oppositionelle zu beenden. Ferner wurden „demokratisch geprägte Kräfte“ im Lande zu einem Schulterchluss aufgerufen.

Im Dezember 2016 kam es zu einem Anschlag auf Einsatzkräfte der Polizei in Istanbul, bei dem mindestens 44 Menschen, darunter 36 Polizisten und acht Zivilisten, starben und weit über hundert Menschen verletzt wurden. Zu der Tat bekannten sich erneut die »Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)«. Als Reaktion auf den Anschlag flog die türkische Luftwaffe Angriffe gegen zwölf Stellungen der **PKK** im Nordirak, wie die türkische Nachrichtenagentur „Anadolu“ unter Berufung auf Sicherheitskreise berichtete.

Bei landesweiten Razzien gegen die prokurdische Opposition wurden in den Tagen nach dem Doppelanschlag mindestens 237 ranghohe Politiker der prokurdischen „Demokratische Partei der Völker (HDP)“ festgenommen.

Im Zusammenhang mit dem gescheiterten Putschversuch warfen türkische Zeitungen dem NATO-Bündnis vor, vermeintliche Gülen-Anhänger zu schützen, obwohl türkische Behörden beweisen könnten, dass fast jeder zweite türkische Offizier bei der NATO ein Gülen-Anhänger sei.

Lage in Deutschland und NRW

Die Lage in der Türkei hatte in der zweiten Jahreshälfte 2016 erheblichen Einfluss auf das Aktionsverhalten von türkisch-nationalistischen Gruppierungen, »Grauen Wölfen« und **PKK**-Anhängern; dies gilt insbesondere für Jugendliche in den Gruppierungen. Unmittelbar nach dem Putschversuch wurde in Deutschland und NRW eine Vielzahl von Protesten für und gegen die



Großdemonstration am 31. Juli 2016 am Rheinufer in Köln

türkische Regierung organisiert. Auf beiden Seiten war dabei ein hoher Emotionalisierungsgrad feststellbar, der zu einem Absinken der Gewaltschwelle führte. Die extrem hohen Teilnehmerzahlen an den Veranstaltungen zeigen, dass die angespannte Situation in der Türkei auch in NRW ein hohes Mobilisierungspotenzial hat.

So hat die „Union-Europäisch-Türkischer Demokraten e.V. (UETD)“ am 31. Juli 2016 eine – friedlich verlaufene – Großdemonstration in Köln durchgeführt, zu der sich circa 40.000 Teilnehmer am Rheinufer versammelten, um ihre Unterstützung für die türkische Regierung um den Präsidenten Erdogan zu bekunden. Die in NRW aufgrund der Festnahmen in der Türkei durchgeführten Spontandemonstrationen von verschiedenen, meist kurdischen Anmeldern unter anderem in Bielefeld, Emmerich, Essen, Dortmund, Münster und Köln verliefen ebenfalls überwiegend friedlich.

Durch den Verein »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)« wurde am 5. November 2016 in Köln eine Versammlung zum Thema „*Entwicklungen in der Türkei sowie Verhaftungen von BürgermeisterInnen, AkademikerInnen, JournalistInnen, PolitikerIn*“ mit 6.500 Teilnehmern durchgeführt. Am darauffolgenden Wochenende folgte eine Großkundgebung gegen die Politik der türkischen „Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung“ (AKP), an der 25.000 überwiegend alevitische und kurdische Menschen teilnahmen. Obwohl die Kundgebung selbst störungsfrei verlief, kam es abgesetzt von der Veranstaltung zu erheblichen gewalttätigen Ausschreitungen von etwa 500 jugendlichen **PKK**-Anhängern gegen Polizeibeamte.

Darüber hinaus erfolgten auch in NRW wiederholt Angriffe auf Personen und Gebäude, die von türkischen Nationalisten der Gülen-Bewegung zugeordnet wurden oder von denen angenommen wurde, dass sie der Gülen-Bewegung nahestehen.

Zentrale Plattform für die Meinungsbildung sind auch hier die sozialen Medien. Dabei wird von den beteiligten Institutionen und Gruppen – sowohl türkisch-nationalistische als auch PKK-nahe – die jeweilige Sichtweise vertreten und der politische Gegner diffamiert und beleidigt. Insbesondere werden Institutionen und vermeintliche Anhänger der Gülen-Bewegung in NRW identifiziert und mit Drohungen und Boykottaufrufen konfrontiert. An der Meinungsbildung in Deutschland beteiligten sich bereits sehr früh staatliche türkische Stellen über ihre Generalkonsulate. Die Generalkonsulate richteten sich dabei an die Landesregierung oder anlassbezogen auch direkt an zuständige Polizeipräsidien oder kommunale Spitzen, um ihren Forderungen und Argumenten Gehör zu verschaffen.

Im weiteren Jahresverlauf zeigte sich eine verstärkte Einbindung von DITIB-Mitarbeitern in die Denunziation und Bedrängung von Fethullah Gülen-Anhängern. Wegen des Verdachts der geheimdienstlichen Agententätigkeit (§ 99 StGB) wurde von der Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen mehrere islamische Geistliche eingeleitet. Gegen die Beschuldigten besteht der Verdacht, dass sie Informationen über Anhänger der sogenannten Gülen-Bewegung

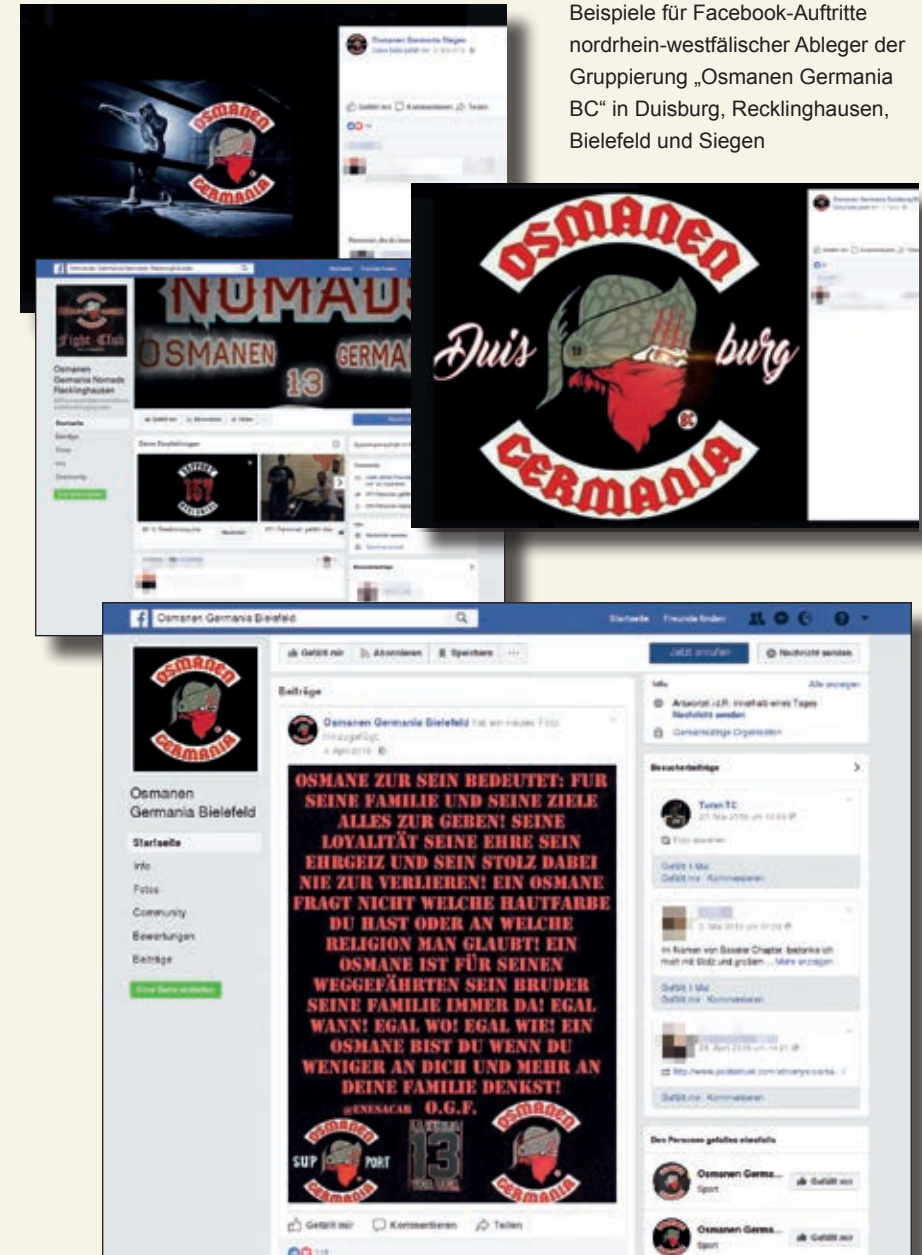
gesammelt und dem türkischen Generalkonsulat in Köln berichtet haben. Anlass hierfür war eine Aufforderung des türkischen „Präsidiiums für Religionsangelegenheiten“ (Diyanet) vom 20. September 2016 zur Berichterstattung über jede Art von Strukturen der Gülen-Bewegung inklusive ihrer Aktivitäten, Bildungs-, Kultur- und Erziehungseinrichtungen sowie Zivil- bzw. Hilfsorganisationen. Bei den Beschuldigten wurden Durchsuchungen durchgeführt.

Festzustellen ist, dass die nach Deutschland hineinwirkenden staatlichen türkischen Aktivitäten den türkischstämmigen Teil der Bevölkerung polarisieren, oppositionelle Kreise einschüchtern und damit das friedliche Zusammenleben gefährden.

Zu beobachten ist ein weiteres Phänomen: Im weiteren Verlauf des zweiten Halbjahres 2016 gerieten wiederholt rockerähnliche Gruppierungen mit Türkei-Bezug in den Blick der Sicherheitsbehörden, die sich den jeweiligen Konfliktparteien zugehörig fühlen. Dabei kam es mehrfach zu gewalttätigen Zusammenstößen zwischen nationalistischen türkischen Rockern und sich als „antirassistisch und antifaschistisch“ bezeichnenden kurdisch dominierten Gruppen wie zum Beispiel der Gruppierung Bahoz (kurdische Bezeichnung für Sturm). Bei „Bahoz“ handelt es sich um eine kurdische Jugendbewegung, die jedoch als rockerähnliche Gruppierung auftritt. Als erklärter Feind von „Bahoz“ gilt nach eigenen Angaben die Gruppierung „Osmanen Germania BC“, die aufgrund ihrer Nähe zum türkischen Nationalismus von „Bahoz“ als „Faschisten“ oder „Rassisten“ wahrgenommen werden.

Die „Osmanen Germania BC“ verfügen bundesweit über etwa 1.500 überwiegend türkischstämmige Mitglieder. Nach eigenen Angaben widmen sie sich dem Boxsport und der Jugendarbeit. Es gibt jedoch Anzeichen, dass die „Osmanen Germania“ ganz bewusst mit Lederkuten in den Revieren anderer Rockergruppen auftreten und so für Konfrontation sorgen.

In der jüngsten Vergangenheit kam es wiederholt zu Konfrontationen zwischen Mitgliedern der „Osmanen Germania“ und der „Bahoz“, jedoch bislang nicht in Nordrhein-Westfalen.



Beispiele für Facebook-Auftritte nordrhein-westfälischer Ableger der Gruppierung „Osmanen Germania BC“ in Duisburg, Recklinghausen, Bielefeld und Siegen



Sitz / Verbreitung

Mit Sitz in Frankfurt am Main ist die »Föderation der Türkisch-en Idealistenvereine e.V. (ADÜTDF)« der größte Dachverband der »Ülkücü-Bewegung« in Deutschland
Unter der »ADÜTDF« sind in Nordrhein-Westfalen circa 70 Vereine mit etwa 2000 Mitgliedern organisiert.

Gründung / Bestehen seit

Die »Ülkücü-Bewegung« geht aus der Turkisten- beziehungsweise Turanisten-Bewegung hervor und hat ihre Ursprünge in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts. Die heutige »ADÜTDF« wurde 1978 in Frankfurt am Main zunächst als »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.« gegründet, bevor 2007 die Umbenennung in »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.« erfolgte.

Struktur / Repräsentanz

Die »Ülkücü-Bewegung« ist uneinheitlich aufgebaut: Zum einem setzt sie sich aus mehreren Dachverbänden, unter anderem der »ADÜTDF« und einigen Abspaltungsvereinen zusammen, zum anderen existiert ein organisationsungebundener Teil, die sogenannte »Ülkücü-Jugend«. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Organisationen stehen islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte im Vordergrund.

Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016

»Ülkücü-Bewegung«: nicht bezifferbar
Vereinsgebundene »ADÜTDF«-Mitglieder:
Bund: circa 7.000 → NRW: circa 2.000 →

Veröffentlichungen

Publikation: »Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)«
Web-Angebot: Für die Verbreitung der Ideologie der »Grauen Wölfe« wird im Internet auf verschiedenen Plattformen wie sozialen Netzwerken und Videoportalen geworben; die »ADÜTDF« verfügt zudem über eine türkischsprachige Homepage.
Die meisten Webseiten sind so miteinander verknüpft, dass es genügt, eine Einstiegsadresse aufzurufen, von der man weitergeleitet wird. Bei gängigen Suchmaschinen genügt auch

die Eingabe relevanter Begriffe der »Ülkücü-Bewegung« wie etwa »Alperen« (mittelasiatischer Kämpfer), »Ülkü« (Ideal) oder »Ergenekon« (Ursprungsmythologie), um entsprechende Treffer zu erzielen.

Kurzportrait / Ziele

Die Ideologie der »Ülkücü-Bewegung« ist geprägt von der Forderung nach einer »Wiedervereinigung« aller Turkvölker in einem Staat. Dieser Anspruch basiert auf einem übersteigerten Nationalbewusstsein, das die türkische Nation sowohl politisch-territorial als auch ethnisch- kulturell als überlegen ansieht. Die der »Ülkücü-Bewegung« zuzuordnenden Organisationen unterscheiden sich vor allem in drei ideologischen Ausrichtungen: Erstens existiert eine stark rassistisch geprägte Strömung, deren Denkweise überwiegend auf dem Alt-Türkentum fußt. Daneben besteht eine zweite Strömung, die das Türkentum verherrlicht und im Wesentlichen die Ziele der Partei Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) verfolgt. Im Ausland verfügt diese Strömung über Massenorganisationen wie die »ADÜTDF«. Eine dritte Strömung richtet sich stärker am konservativen Islam und der in der Türkei aktiven »Büyük Bilik Partisi (BBP)« aus.

Aktuell ist zudem eine Zunahme von Aktivitäten türkisch rechtsextremistischer Rockergruppierungen zu verzeichnen. Auch wenn diese Gruppierungen sich nach außen hin als türkische Bruderschaft darstellen, sind insbesondere bei dem Verein »Turan e.V.«, der schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen vertreten ist, rechtsextremistische Inhalte erkennbar.

Das wichtigste Erkennungszeichen der Bewegung ist der graue Wolf (Bozkurt). Eine bedeutende Rolle in der Ideologie der »Ülkücü-Anhänger« spielt dabei die Mythologie. Der »graue Wolf« hat seinen Ursprung in der türkischen Mythologie. Dort wird eine Wolfsfigur als Retter der Turkvölker und Garant des Sieges in zahlreichen Ausprägungen beschrieben.





Die zum Wolfsgruß geformte Hand wird von den Anhängern der »Ülkücü-Bewegung« als Gruß und als gegenseitiges Erkennungszeichen, aber auch als Provokation politischer Gegner benutzt.

Einer Überlieferung zufolge retteten sich wenige Überlebende des türkischen Volkes nach einer verheerenden Niederlage in ein Tal, das sie Ergenekon nennen. Dieses wird bald zu eng für die wachsende Bevölkerung und die Suche nach einem Ausgang ist zunächst vergeblich. In dieser Not erscheint plötzlich ein Wolf mit „himmlischer, blauer Mähne“ und führt das Volk aus dem Tal zurück in die Welt.

Eine andere Überlieferung erzählt von einem kleinen Jungen, der der einzige Überlebende seines türkischen Stammes ist. Er wird von einer Wölfin gefunden und aufgezogen. Der Junge wächst heran und vereint sich mit der Wölfin. Aus dieser Vereinigung gehen zehn Kinder hervor. Dem Mythos folgend, haben somit die Turkvölker in ihrem Erbgut das Blut ihres Retters – Wolfsblut.

Somit ist das Wolfssymbol ein Erkennungszeichen, aber auch immer eine Hommage an einen imaginären Führer.

Ferner spielen in der »Ülkücü-Bewegung« die drei weißen Halbmonde auf rotem Grund, die an die osmanische Kriegsflagge erinnern sollen, eine symbolische Bedeutung. So sind die drei

Halbmonde auch auf dem Logo der türkischen Partei MHP zu finden, die sich für eine nationalistische Ausrichtung der türkischen Gesellschaft und Politik einsetzt.

Insbesondere bei Demonstrationen schmücken sich türkische Jugendliche mit diesen Symbolen, die sie auf Fahnen, Kopftüchern oder Stirnbändern zur Schau stellen. Aber auch privat werden diese Symbole als Ausdruck der Nähe zur »Ülkücü-Bewegung« getragen.

Prägend für die Bewegung ist ein übersteigter türkischer Nationalismus, der mit einer Überhöhung der eigenen Ethnie und einer Abwertung anderer Ethnien gepaart ist. Angestrebt wird die Errichtung einer Großtürkei in den Grenzen des Osmanischen Reiches. Gefordert wird die Vereinigung aller Turkvölker vom Balkan bis nach Zentralasien (Turanismus). Damit einher geht eine rassistische Feindbildorientierung insbesondere gegen Kurden, Armenier, Griechen und Juden. Prinzipiell werden Menschen zu Feinden erklärt, wenn diese eine divergierende Meinung zu türkischen Interessen haben. Eine große Rolle spielen dabei auch Verschwörungstheorien im Zusammenhang mit dem Völkermord an den Armeniern im Jahre 1915. Aus diesem Grund stieß insbesondere die vom Deutschen Bundestag am 2. Juni 2016 verabschiedete Armenien-Resolution unter »Ülkücü-Anhängern« auf vehemente Ablehnung.

Der extreme Nationalismus und Führerkult sowie ein antipluralistisches und autoritär geprägtes Gesellschaftsverständnis führen zu der Annahme einer generellen Überlegenheit der „türkischen Rasse“. Dieser Führerkult spiegelt sich sowohl in einer streng hierarchischen Struktur als auch in der Verehrung des Alparslan Türkes, dem Gründer der MHP als ewigem Führer (Basbug) wieder. Nach Außen bemühen sich die Dachverbände der »Ülkücü-Bewegung«, insbesondere die »ADÜTDF«, um ein gesetzeskonformes Verhalten. Dennoch werden sich zum Kurdentum bekennende Kurden undifferenziert als Verräter, PKK-Anhänger und Terroristen betitelt. Dem ideologischen Verständnis folgend, sind Kurden ein seinem Ursprung entfremdetes türkstämmiges Volk, dessen Bekämpfung gerechtfertigt ist. Bei »Ülkücü-Anhängern« gibt sich diese „Bekämpfung“ in Form von verbaler Hetze im Internet als auch in körperlichen Auseinandersetzungen oder bei gewalttätigen Konfrontationen bei Demonstrationen zu erkennen. Auch wenn von den Dachverbänden selbst keine Bekenntnisse oder Aufrufe zur Gewalt ausgehen, tragen sie als Ideologieträger dazu bei, das Konfliktpotential zwischen Kurden und Türken zu schüren.

Ein elementarer Bestandteil der »Ülkücü-Kultur« ist die Musik. »Ülkücü-Anhänger« bedienen sich verschiedener Musikrichtungen, um ihre Ideen und Ideale auszudrücken. Die Melodien werden unabhängig vom jeweiligen Musikstil mit Texten, Gedichten oder Sprechgesängen versehen, die häufig einen pathetischen Charakter haben. Bei der Umsetzung werden alle Musikrichtungen – von türkisch traditioneller, über mystische Musik bis zu Hip-Hop und Rap – verwendet. Hauptsächlich für jugendliche »Ülkücü-Anhänger« entstand in Deutschland Ende der 90er Jahre eine Musikszene rund um den Deutsch-Türkischen Rap. In den einschlägigen Videoportalen wird Sprechgesang häufig mit Bildern türkischer Soldaten und Fahnen, symbolträchtiger Gebäude und den Kennzeichen der »Ülkücü-Bewegung« unterlegt. In den Songs bedienen sich die zu-

meist männlichen Jugendlichen diverser Männlichkeitsklischees und stellen sich als besonders „abgehärtete Männer“ dar, die ihre Feinde und Gegner niedermachen:

Die Stimme aus dem Untergrund, man nennt mich auch den grauen Wolf [...] wir sind stark wie 1000 Volt.

Du willst mich batteln, Du hast einen Fehler gemacht!

Und für die sechs in Mathe hab' ich meinen Lehrer geklatscht. [...] Bozkurt und ich halten die türkische Fahne hoch.

Du willst mein Land beleidigen und ich geb' Dir den Gnadenstoß.

Finanzierung Mitgliedsbeiträge aus zugehörigen Vereinen, Spendengelder und Sponsoring

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Durch ihr extrem nationalistisches Gedankengut bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die »Grauen Wölfe« Ziele verfolgen, die sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung beziehungsweise gegen das friedliche Zusammenleben der Völker richten und zugleich gegen den im Grundgesetz garantierten Gleichheitsgrundsatz verstoßen. Sie erfüllen damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW).

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Vereinsgebundene Aktivitäten

Die »ADÜTDF« verfolgt als Massenorganisation die Ziele der extrem nationalistischen MHP. Dies zeigte sich im Jahr 2015 besonders deutlich, da die »ADÜTDF« die MHP im Wahlkampf zu den türkischen Parlamentswahlen unterstützte. So hielt der MHP-Vorsitzende Devlet Bahçeli im April 2015 in Oberhausen vor 9.200 »ADÜTDF«-Anhängern eine Wahlkampfreden, die auf reges Interesse insbesondere türkischer Print-, Funk- und TV-Medien stieß. Darüber hinaus organisierte die »ADÜTDF« Fahrten zu türkischen Konsulaten, um wahlberechtigten in Deutschland lebenden Türken eine Stimmabgabe zugunsten der MHP zu ermöglichen.

Auch auf von »ADÜTDF« organisierten Demonstrationen wie der Düsseldorfer Demonstration am 3. Mai 2016 zum Gedenken an die Rassismus-Turanismus-Prozesse des Jahres 1944 in der Türkei zeigten Demonstrationsteilnehmer MHP-Symbole und den für »Ülkücüs« typischen Wolfsgruß.

Auch wenn die »ADÜTDF« sich in öffentlichen Verlautbarungen darum bemüht, das Image eines eher kulturell engagierten als politisch agierenden Dachverbands zu pflegen, zeigt die Wahlkampfunterstützung der MHP und auch das Auftreten des MHP-Vorsitzenden die Nähe zum extrem nationalistischen Gedankengut der Partei.

Gleichzeitig setzt die »ADÜTDF« weiter auf den Ausbau ihrer Strukturen und versucht Jugendliche an sich zu binden. Gemeinsame Gruppenerlebnisse führen zu Identitätsfindung und Stabilisierung mit „Gleichgesinnten“ und dienen zugleich der Übernahme vermittelter Feindbilder.

Vereinsungebundene Aktivitäten

Bei einem Teil der »Ülkücü«-Anhänger findet derzeit ein Wechsel zu autonomen Aktionsplattformen, insbesondere zur Agitation im virtuellen Raum, statt. Ohne eine klare Programmatik werden hier vor allem gemeinsame Feindbilder generiert und gepflegt.

In diesen heterogenen Strukturen wird in teilweise hetzerischer und hasserfüllter Art in entsprechenden Web-Angeboten, Foren und Chats gegen Feindbilder agitiert. Die Verbreitung von gewaltorientierter rassistischer Ideologie auf der Basis eines aggressiven Nationalismus kann in einer Selbstradikalisierung von Jugendlichen münden. Auch hier spielt das „Feindbild Kurde“ eine wesentliche Rolle. So heißt es beispielsweise in einem Hetz-Post auf Facebook:

„Ich rufe hiermit auf, an dem kurdischen Volk ein Genozid auszuüben. Eine systematische Ausrottung dieser minderwertigen ethnischen Gruppe. Ich fordere ebenfalls eine Tötung der Mitglieder der HDP! Des Weiteren fordere ich, mit sofortiger Wirkung einer Verhängung von Maßnahmen, die auf Geburtenverhinderung die innerhalb dieser minderwertigen Rasse gerichtet sind!“

Reaktionen auf die aktuelle Situation in der Türkei und in Deutschland:

Die Armenienresolution des Deutschen Bundestages am 2. Juni 2016 wie auch der Putschversuch in der Türkei am 15. Juli 2016 wurden in der »Ülkücü-Bewegung« – wie auch allgemein bei vielen in Deutschland lebenden Türken – aufgegriffen. Auch die anhaltenden militärischen Auseinandersetzungen zwischen dem türkischen Militär und der PKK wurden in der Szene thematisiert.

► „Völkermord an den Armeniern ist eine internationale Lüge“ – unter dieser Überschrift organisierte am 4. Juni 2016 der »ADÜTDF«-Verein in Recklinghausen eine Informationsveranstaltung. Beworben wurde diese Veranstaltung über die Facebook-Seite des Vereins.

Über Facebook und andere soziale Netzwerke wurden nach der Armenien-Resolution jedoch auch vor allem türkisch-stämmige Politiker aus den Reihen der »Ülkücü-Anhänger« beleidigt, bedroht und als Verräter bezeichnet.

Nach dem gescheiterten Militärputsch beteiligten sich Anhänger der »Ülkücü-Bewegung« an von anderen Gruppierungen angemeldeten pro-türkischen Kundgebungen, wie z. B. an der Versammlung vom 31. Juli 2016 an der Werft in Köln-Deutz, an der über 40.000 Personen teilnahmen. Grundsätzlich verstärkte der gescheiterte Putsch die nationalistische Grundeinstellung in der Ülkücü-Bewegung.



Fahne der »Ülkücü-Bewegung« bei der von der „Union-Europäisch-Türkischer Demokraten e.V.“ (UETD) durchgeführten friedlichen Großdemonstration am 31. Juli 2016 in Köln

Weitere Aktivitäten:

- ▶ Am 10. April 2016 kam es in Köln zu einem Angriff türkischer Nationalisten auf ein kurdisches Vereinshaus. An diesem Tag versammelten sich zwischen 40 und 50 Personen, teilweise verummt und mit Baseballschlägern bewaffnet, vor dem Vereinsheim. Eine massive körperliche Auseinandersetzung konnte nur durch starke Polizeikräfte unterbunden werden. Der Vorfall hatte Ausstrahlungswirkung auf eine zeitgleich verlaufende kurdische Versammlung in der Kölner Innenstadt, bei der es ebenfalls zu einem Aufeinandertreffen von kurdischen und türkisch nationalistischen Anhängern kam.
- ▶ Der 3. Mai wurde auch in 2016 in Düsseldorf mit einer Demonstration von der »ADÜTDF« als „Tag des Türkentums“ gefeiert. 1944 wurden in der Türkei im „Rassismus-Turanismus-Prozess“ führende Persönlichkeiten der panturkistischen Bewegung zu mehreren Haftstrafen verurteilt, derer man jeweils am 3. Mai gedenkt. Seither gilt dieser Tag als Geburtsstunde der »Ülkücü-Bewegung«.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nach wie vor ist eine verbale Radikalität im Internet auch hinsichtlich des Aufrufs zur Gewaltausübung insbesondere bei vereinsungebundenen Anhängern der »Ülkücü-Bewegung« feststellbar. Gewalttätiges Verhalten war in der Vergangenheit reaktiv, beispielsweise nach Provokationen aus dem kurdischen Umfeld, feststellbar. Die derzeitige Lage in der Türkei führt dabei zu einem deutlich verstärkten Aktionsverhalten der »Grauen Wölfe«, zudem hat die Bereitschaft zur Teilnahme an Aktionen insbesondere bei jugendlichen »Ülkücü«-Anhängern zugenommen. Gerade die Turan-Vereine üben aufgrund ihres rockerähnlichen Images eine große Faszination und Anziehungskraft auf männliche Jugendliche aus.

Die weiterhin anhaltenden bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen der PKK und dem türkischen Staat sind geeignet, den ohnehin hohen Grad der Emotionalisierung zwischen »Ülkücü«-Anhängern und Kurden zu verstärken.

Es bedarf deshalb einer dezidierten Beobachtung, ob die feststellbare Aggressivität und Hetze ein über die schon bestehende Gewaltneigung hinausgehendes Eskalationspotential entwickelt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_uelkuecue](#)

**Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front
(Devrimci Halk Kurtulus Partisi-
Cephesi – DHKP-C)**



Sitz / Verbreitung	Türkei, weltweite Verbreitung mit Schwerpunkt Europa
Gründung / Bestehen seit	1994, hervorgegangen aus der 1978 gegründeten revolutionären Linken (Devrimci Sol – Dev-Sol)
Struktur / Repräsentanz	Generalsekretär, Zentralkomitee sowie länder- und gebietsverantwortliche Funktionäre Nach dem Tod von Dursun Karatas im Jahr 2008 wurde offiziell noch kein Nachfolger für das Amt des Generalsekretärs bestimmt.
Mitglieder / Anhänger /	Bund: 650 → NRW: 200 →
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Publikationen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke, unregelmäßiges Erscheinen) und Yürüyüs (Der Marsch) Web-Angebot: mehrsprachiger Internetauftritt
Kurzportrait / Ziele	Die in der Türkei und in Deutschland verbotene Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus propagiert die DHKP-C einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung. Die Organisation tritt damit für eine revolutionäre Zerschlagung der türkischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Hierzu führt sie in der Türkei auch terroristische Aktionen durch. In Deutschland kann die DHKP-C aufgrund des Verbotes nicht offen agieren. Sie handelt daher über Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Zugehörigkeit zur Organisation zulassen oder deren Verbindungen zur DHKP-C nur schwer nachweisbar sind.
Finanzierung	Spenden und Erlöse aus dem Verkauf von Publikationen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Mit ihrem Bestreben gefährdet die **DHKP-C** sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW).

Die **DHKP-C** ist eine Nachfolgeorganisation der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 verbotenen **Devrimci Sol**. Seit dem Verbot 1983 werden politische Aktivitäten konspirativ fortgesetzt. Die **DHKP-C** selbst ist in Deutschland seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die **DHKP-C** auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Der politische Flügel der **DHKP-C** gibt sich selbst den Namen **Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtulus Partisi – DHKP)**, während der militärische Arm der **DHKP-C** sich als **Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtulus Cephesi – DHKC)** bezeichnet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **DHKP-C** hat sich auch im Berichtszeitraum an den im Jahr 1999 vom damaligen Generalsekretär Dursun Karatas erklärten Gewaltverzicht für Westeuropa gehalten. In der Türkei hingegen ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch die Organisation nach wie vor aktuell. So wurde am 3. März 2016 ein Dezernat der Bereitschaftspolizei in Istanbul angegriffen, in dessen Nachgang es wiederholt zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkischen Sicherheitsbehörden und bewaffneten **DHKP-C**-Milizen kam. Bei einem Schusswechsel wurden zwei **DHKP-C**-Kämpferinnen in dem Gebäude, in das sie geflohen waren, durch die Polizei getötet.

Am 6. Mai 2015 wurde die wöchentliche Zeitung **Yürüyüs** in Deutschland durch den Bundesminister des Innern verboten. Das Verbot wurde im Februar 2016 nach erneuter rechtlicher Würdigung wieder aufgehoben.

Am 2. Dezember 2016 wurde der seit mehreren Jahren gesuchte Europaleiter der **DHKP-C**, Musa A., in Hamburg festgenommen. Diese Exekutivmaßnahme sorgte in der Anhängerschaft für eine verhältnismäßig große Mobilisierung und Protestbereitschaft.

Der **DHKP-C** nahestehende Vereine haben im Jahr 2016 zahlreiche öffentliche Veranstaltungen organisiert. Bei der Mehrzahl dieser Ereignisse war die Teilnehmerresonanz gering. Es waren aber auch einige Großveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.



Verschiedene Titel- und Inhaltsseiten der Publikation **Yürüyüş** aus 2016

Beispiele für Veranstaltungen:

Am 18. Juni 2016 fand in Gladbeck ein viel beachteter Auftritt der DHKP-C nahen Musikgruppe »Grup Yorum« statt. Die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** hatte eine Versammlung angemeldet, in deren Verlauf die Musikgruppe ihren Auftritt inszenieren konnte. Es besuchten etwa 1.500 Besucher das Konzert, was im Vergleich zu Konzerten in den Vorjahren eher gering ist. Die Sicherheitsbehörden hatten gemeinsam mit Vertretern der Stadt frühzeitig Vermieter möglicher Veranstaltungsräume sensibilisiert, so dass ein organisiertes öffentliches Konzert verhindert werden konnte.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Polizeiliche Exekutivmaßnahmen im Jahr 2016 – insbesondere die Verhinderung von organisierten Konzerten der Musikgruppe »Grup Yorum« und die Festnahme des Europaleiters – haben zur Verunsicherung der **DHKP-C**-Anhänger in Deutschland geführt. Durch verschiedene Arten von Kundgebungen und Protestmärschen versuchte die Organisation die eigenen Anhänger zu motivieren, neue Sympathisanten zu finden und Gelder zu generieren. Sie setzte dabei weiterhin auf Themen wie die Strafverfolgung von **DHKP-C**-Aktivisten in Europa und aktuelle politische Fragestellungen. Bei verschiedensten Anlässen wird versucht, der deutschen Politik und Gesellschaft einen alltäglichen Rassismus und Faschismus zu unterstellen, sowie die deutsche Regierung als Erfüllungsgehilfen der türkischen Regierung zu diskreditieren.

Deutschland dient der Organisation weiterhin als wichtiger Rückzugsraum und mögliche Rekrutierungsbasis. Daher ist eine weitere Beobachtung der Aktivitäten durch den Verfassungsschutz notwendig.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dhkpc](https://www.youtube.com/channel/UCvDhKpC)

**Arbeiterpartei Kurdistans (PKK),
Volkskongress Kurdistans (KONGRA- GEL)
und unterstützende Organisationen**



Sitz / Verbreitung Nord-Irak; In Europa durch wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten vertreten durch **CDK Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa**

Gründung / Bestehen seit November 1978

Struktur / Repräsentanz Höchste Entscheidungsgremien: **Vereinigte Gemeinschaften Kurdistans (KCK)** mit dem Präsidenten Abdullah Öcalan und den Vorsitzenden Cemil Bayik und Bese Hozat; Generalversammlung der **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)** mit den Vorsitzenden Hacer Zagros und Remzi Kartal

Mitglieder / Anhänger / Bund: 14.000 ➡➡ NRW: 2.200 ➡➡

Unterstützer 2016

Veröffentlichungen Publikationen: unter anderem »Serxwebun (Unabhängigkeit)« (monatlich); »Sterka Ciwan (Stern der Jugend)« (monatlich); »Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)« (monatlich); »Kurdistan-Report« (Auflage bis 15.000); »Yeni Özgür Politika« (täglich) Fernsehen: aktuell »NUCE TV« und »Mednuce« Internet: Zahlreiche Internetauftritte verschiedener Organisationen, meist auf regionaler Ebene

Kurzportrait / Ziele Die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**, die heute unter der Bezeichnung **Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)** agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an, der die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen sollte. Obwohl seitens der **PKK** immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten. Im Jahre 1993 erließ das Bundesministerium des Innern ein

Betätigungsverbot für die **PKK** und ihrer Nebenorganisationen. Die **PKK** ist zudem auf der EU-Terrorliste verzeichnet.

Bis Ende 2013 vertrat die »Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)« nach ihrem Selbstverständnis unter anderem die politischen Interessen der **PKK** in Deutschland. Sitz der »YEK-KOM« war Düsseldorf. Aufgrund einer bereits im Juli 2013 durch den Dachverband des »Kongresses der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (KCD-E)« beschlossenen Neustrukturierung bildeten sich in vielen deutschen Städten kurdische Gesellschaftszentren, welche die bisher agierenden örtlichen »YEK-KOM«-Vereine ersetzten. Der Vereinsname lautet seitdem »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«. Auf dem 20. Jahreskongress der »YEK-KOM« im Juni 2014 wurde die Umbenennung der »YEK-KOM« in das »Demokratisch-kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)« beschlossen.

Finanzierung Jährliche Spendensammlung bei den Anhängern der **PKK**, Erlöse aus Zeitschriften- und Devotionalienverkäufen sowie Eintrittsgelder bei Großveranstaltungen.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In Westeuropa ist seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu weitgehend gewaltfreiem Verhalten erkennbar. Die **PKK** stellt jedoch wegen ihrer fortwährenden Bereitschaft, zu aktionsorientiertem und gewaltbereitem Verhalten zurückzukehren, nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies begründet ihre Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW.

Ihre Ziele verfolgt die **PKK** in den Kampfgebieten, aktuell insbesondere in Syrien sowie auch in der Türkei, nach wie vor mit Waffengewalt. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Organisation versucht, sich in Nordrhein-Westfalen durch Aktionen darzustellen, die auf möglichst große mediale Aufmerksamkeit angelegt sind, um eine Anerkennung ihrer politischen Forderungen zu erreichen. Gewalttätig agieren die **PKK** und ihre bewaffneten Guerillaverbände vor allem in den kurdischen Siedlungsgebieten. Neben der Türkei gehören dazu die nordiraki-

sche Grenzregion und kurdische Gebiete in Syrien (auch „Rojava“ = Westkurdistan genannt). Die gewaltsamen Auseinandersetzungen nahmen bereits im Februar 2016 deutlich an Schärfe zu, als die Splittergruppe »Freiheitsfalken Kurdistans (TAK)« Anschläge gegen Militärkonvois verübte und mit weiteren Anschlägen, auch gegen touristische Zentren in der Türkei, drohte.

Im unmittelbaren Nachgang des gewaltsamen Umsturzversuches in der Türkei am Abend des 15. Juli 2016 durch Teile des Militärs verhängte Präsident Erdogan den Ausnahmezustand, der seitdem mehrfach verlängert wurde. Der Putschversuch brachte die Unterstützer und Gegner Erdogans in und außerhalb der Türkei weiter gegeneinander auf. Innenpolitisch wurde der Ausnahmezustand genutzt, politische Gegner, wie zum Beispiel Unterstützer der kurdischen Bewegung, zu bekämpfen. So kam es unter anderem am 3. November 2016 zur Verhaftung der beiden Parteivorsitzenden der pro-kurdischen HDP und vieler Anhänger. Auch in Deutschland erfolgten nach dem Putschversuch vermehrt wechselhafte Auseinandersetzungen zwischen türkisch-nationalistischen und kurdischen Anhängern mit einem ansteigenden Gewaltpotenzial. Die Auseinandersetzungen dauerten auch über das Jahresende 2016 hinaus an.

Dachverbände und örtlichen Vereine riefen nahezu wöchentlich zu regionalen oder überregionalen Kundgebungen. Neben den in der überwiegenden Mehrzahl friedlichen Protesten kam es auch vereinzelt zu gewalttätigen Übergriffen, wie etwa bei einem Brandanschlag auf einen türkischen Verein in Essen oder einem Überfall von Vermummten auf ein Büro der „Union der Europäisch-Türkischen Demokraten e.V. (UETD)“ in Grevenbroich. Zu dem Überfall, bei dem die Täter **PKK**-Parolen riefen, bekannte sich im Nachgang die sogenannte »Apoistische Jugend NRW« in einer Interneterklärung.

Folgende weitere Großveranstaltungen fanden 2016 in Nordrhein-Westfalen statt:

- ▶ 18. Juni 2016, Dortmund, „12. Zilan-Frauenfestival“ unter dem Motto „*Lasst uns den Freiheitskampf in den demokratischen autonomen Gebieten verstärken*“, Teilnehmerzahl circa 3.000.
- ▶ 9. Juli 2016, Düsseldorf, Großkundgebung der kurdischen Jugend zu dem Thema „*Schluss mit der Kriminalisierung der kurdischen Bewegung in der BRD; Freiheit für Abdullah Öcalan; für Freiheit der kurdischen politischen Gefangenen in Deutschland*“, Teilnehmerzahl circa 3.500. Die Kundgebung wurde als Ersatz für das ansonsten regelmäßig stattfindende Mazlum-Dogan-Fest ausgerichtet, für das es in diesem Jahr keine Genehmigung gab.
- ▶ 3. September 2016, Köln, 24. Internationales Kurdisches Kulturfestival unter dem Motto „*Weder Putsch noch Diktatur unterstützen wir! Für Demokratie, Gleichheit und Solidarität hier und in der Türkei. gegen Nationalismus und Rassismus in der BRD und in der Türkei*“, Teilnehmerzahl circa 28.000. Der im Vorfeld des Festivals stattfindende Marsch der Jugendlichen von Duisburg nach Leverkusen verlief weitgehend ohne besondere Vorkommnisse. Lediglich während einer Etappe in Duisburg kam es zu Auseinandersetzungen mit türkischen Anwoh-

nern, die demonstrativ türkischen Fahnen aus ihren Fenstern gehängt hatten.

- ▶ 12. November 2016, Köln, Großdemonstration gegen das Erdogan-Regime unter dem Motto „*Aktuelle politische Situation in der Türkei*“ unter großer Beteiligung kurdischer **PKK**-Aktivisten, veranstaltet von der „Alevitischen Union Europa e.V.“ (AABK), Teilnehmerzahl circa 25.000. Mitorganisator war neben anderen der kurdische Dachverband »Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland (NAV-DEM)«. Im Umfeld der Veranstaltung kam es zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Jugendlichen und der Polizei. Die alevitische AABK versuchte sich bereits während der Veranstaltung von der kurdischen Einflussnahme zu distanzieren.
- ▶ 26. Dezember 2015, Düsseldorf, Großdemonstration unter dem Motto „*Gegen die Massaker des türkischen Staates an den Kurden*“, Teilnehmerzahl circa 15.000.



Plakat für das 24. Internationale Kurdische Kulturfestival in Köln

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der verhinderte Putsch, die innenpolitischen Repressionen gegen Regierungsgegner in der Türkei und die damit verbundene Auseinandersetzung zwischen den Konfliktparteien entfaltet seine Auswirkungen bis in die Städte Nordrhein-Westfalens. Weiterhin muss genau beobachtet werden, welchen Resonanzboden die Wechselwirkungen zwischen türkischen Nationalisten und kurdischen Aktivisten innerhalb Deutschlands erzeugen und welche Randerscheinungen, wie etwa rockerähnliche Strukturen, sich weiter etablieren. Das künftige Demonstrationsgeschehen sowie Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen wird ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung in den Krisengebieten in Syrien und dem Nordirak und von der innenpolitischen Lage in der Türkei abhängen. Es bleibt abzuwarten, ob die **PKK**-Anhängerschaft wieder zu medienwirksamen Aktionsformen, wie zum Beispiel in der Vergangenheit durchgeführte Besetzungsaktionen von Fernsehanstalten, Flughäfen, Parteienbüros oder Schiffen zurückkehren, oder ob sich die direkte gewaltsame Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner weiter fortsetzt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_pkk

Tamilische Befreiungstiger – (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE)



Sitz / Verbreitung	Norden und Osten Sri Lankas; Verbreitung weltweit mit Schwerpunkt Westeuropa
Gründung / Bestehen seit	1972
Struktur / Repräsentanz	»Tamil Coordination Committee (TCC)« (Sitz in Oberhausen) »Tamil Youth Organization (TYO)« (Sitz in Hamm) »Tamil Rehabilitation Organization e. V. (TRO)« (Sitz in Wuppertal) »Tamil Student Organization e.V. (TSV)« (Sitz in Neuss)
Mitglieder / Anhänger /	Bund: 1.000 → NRW: 300 →
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Web-Angebote: »pathivu.com«, »eedhesam.com«, »tamil.de«, »tyo-germany.com« Magazin: »AKARAM«
Kurzportrait / Ziele	Die separatistische Organisation LTTE (Liberation Tigers of Tamil Eelam – Tamilische Befreiungstiger) hat das Ziel, einen unabhängigen Tamilenstaat „Tamil Ealam“ im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten der Insel Sri Lanka zu errichten. Zur Durchsetzung ihrer Forderung nach einem separaten Staat führte die LTTE von 1983 bis 2009 Terroranschläge gegen sri-lankische und indische Ziele im Rahmen eines Guerillakrieges gegen die singhalesische Zentralregierung. Die Zentralregierung der Singhalesen besiegte im Mai 2009 die LTTE militärisch und zerschlug deren Infrastruktur. Bei dieser Schlussoffensive wurde der Führer der LTTE , Velupillai Prabhakaran, getötet. Die im Ausland geschaffenen Netzwerke der LTTE setzten ihre Arbeit zur Errichtung eines unabhängigen Staates im Sinne des gefallenen Velupillai Prabhakaran fort. Das Hauptziel der LTTE im Ausland besteht darin, Gelder für einen künftigen „Befreiungskampf“ zu beschaffen und die Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat zu sichern. Zudem

strebt die Organisation eine politische Anerkennung als legitime Interessenvertretung der tamilischen Volksgruppe an.

Finanzierung Spenden von im Ausland lebenden Tamilen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In dem 1983 begonnenen Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung versuchte die **LTTE** unter anderem mit Terroranschlägen gegen sri-lankische und indische Ziele ihre Forderung nach einem eigenen Staat durchzusetzen. Durch Unterstützung dieser Aktivitäten verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der **LTTE** Bestrebungen, die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden, sei es durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen. Aus diesem Grund ist eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Absatz 1 Nr. 3 des Verfassungsschutzgesetzes NRW erforderlich.

Wegen der anhaltenden Gewaltaktionen der Organisation in Sri Lanka setzte die Europäische Union die **LTTE** am 29. Mai 2006 auf die Liste terroristischer Organisationen. Das Gericht der Europäischen Union (EuG) in Luxemburg hat dies mit Urteil vom 16. Oktober 2014 aus formellen Gründen für nichtig erklärt. Auf die Frage, ob es sich bei den **LTTE** um eine terroristische Vereinigung handelt, geht das Urteil nicht ein. Das Gericht stellt vielmehr ausdrücklich fest, dass das auf grundlegenden Verfahrensfehlern beruhende Urteil die materiell rechtliche Beurteilung der Frage, ob die **LTTE** eine terroristische Vereinigung sei, unberührt lässt.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nach der vollständigen militärischen Niederlage im Mai 2009 und der Zerschlagung der **LTTE**-Strukturen sowie der Schwächung ihrer Auslandsorganisationen ist seit Mitte 2010 eine Restrukturierung zu beobachten. Eine Konsolidierung der **LTTE**-nahen tamilischen Community scheiterte bis jetzt an inhaltlichen Auseinandersetzungen und persönlichen Zerwürfnissen der beiden Hauptströmungen innerhalb der Organisation.

Das »LTTE Headoffice«, auch „Hauptstelle“ genannt, verfolgt ein gewaltfreies, politisches Vorgehen und lehnt die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes auf Sri Lanka ab. Die »LTTE International Organisation«, auch „LTTE Internationale Verbindungsstelle“, bildet den sogenannten „Hardliner“-Flügel, der sich zur Aufrechterhaltung der alten Machtstrukturen im Ausland bekennt. Die beiden Fraktionen konkurrieren innerhalb der **LTTE**. In Deutschland ist jedoch eine Annäherung der beiden Flügel seit Ende 2013 zu verzeichnen.

Laut dem UN-Menschenrechtsbericht vom 16. September 2015 sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit sowohl von den tamilischen Rebellen als auch von den sri-lankischen Streitkräften begangen worden. Daraufhin forderten die Vereinten Nationen die

Errichtung eines Internationalen Sondergerichts mit ausländischen Spezialisten, die Kriegsverbrechen auf beiden Seiten aufklären sollen.

Am 14. März 2016 demonstrierten 1.000 **LTTE**-Anhänger des europäischen »Tamil Coordination Committees (TCC)« vor dem Sitz der Vereinten Nationen in Genf, um auf die willkürliche Verhaftungen, Folter und sexuelle Gewalt sowie allgemeine militärische Überwachung in Sri Lanka aufmerksam zu machen. Sie forderten die Errichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen während des 30-jährigen Bürgerkrieges in Sri Lanka, insbesondere hinsichtlich der Kampfhandlungen des Jahres 2009. Zudem wurde der Rückzug des sri-lankischen Militärs aus dem tamilischen Siedlungsgebiet, die Freilassung der politischen Häftlinge und die Schaffung eines unabhängigen tamilischen Staates verlangt.

Anlässlich des siebten Jahrestages des Kriegsendes in Sri Lanka demonstrierten circa 650 der **LTTE** nahstehenden Tamilen am 18. Mai 2016 in Düsseldorf. In einer Gedenkfeier der tamilischen Diaspora wurde an diesem Tag an den vorgeworfenen Genozid an Tamilen durch die sri-lankische Regierung während des Bürgerkrieges erinnert. Veranstalter waren der »Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland (VETD)« und die »Tamil Youth Organisation – Germany (TYO)«.

Am 27. November 2016, dem Geburtstag des ehemaligen **LTTE**-Führers Velupillai Prabhakaran, gedachten bei dem jährlichen, weltweiten „Heldengedenktag“ (tamilisch: „Maaveerar Naal“) in Dortmund Anhänger der Organisation der im Kampf für ein unabhängiges Tamil Eelam Gefallenen. An den Feierlichkeiten in Dortmund nahmen zahlreiche **LTTE**-Anhänger teil. Deren Teilnahme legt die Vermutung nahe, dass der Gedanke des bewaffneten Widerstandskampfes für die **LTTE**-Anhänger nach wie vor eine Rolle spielt.



Einladung zum
Heldengedenktag

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die beiden **LTTE**-Flügel organisieren gemeinsame Veranstaltungen und streben eine bessere Koordination an. Verbessern sich die Lebensbedingungen der Tamilen in Sri Lanka auch unter dem seit August 2015 amtierenden Staatspräsidenten nicht, wird es wahrscheinlicher, dass sich die Anhängerschaft des „Hardliner“-Flügels erhöht und mehr Spendeneinnahmen generiert werden können, die für den bewaffneten Widerstandskampf verwendet werden. Solange sich die moderate Ausrichtung innerhalb der Organisation nicht durchgesetzt hat, bedarf es daher weiterhin der Beobachtung der **LTTE** durch den Verfassungsschutz.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_ltte

Islamismus

Im Fokus: Jihadismus als Internet-Phänomen	178
Im Fokus: Islamistisch motivierter Terror	182
Extremistischer Salafismus	186
Hamas	200
Hizb Allah (Partei Gottes)	202
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)	206
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	208
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD)	210
Milli Görüs-Bewegung	212
Islamistische nordkaukasische Szene (INS)	216
Türkische Hizbullah (TH)	218
Furkan-Gemeinschaft	222

Das Jahr 2016 war aus deutscher Sicht geprägt vom islamistischen Terrorismus. Fünf Anschläge in Hannover, Essen, Würzburg, Ansbach und Berlin mit zahlreichen Toten und Verletzten, ein unmittelbar vereitelter Anschlag durch eine Festnahme in Leipzig sowie mehrere bereits in der Planungsphase verhinderte Anschläge sind Beweis für das stark angestiegene Bedrohungspotenzial.

Der Beginn des militärischen Niedergangs des sogenannten **Islamischen Staates (IS)** im Irak und Syrien hat zu einer Verschärfung der Bedrohungslage in Europa geführt. Wurde früher die Ausreise zum **IS** in den Nahen Osten propagiert, wird nun vor allem im Internet zum „Jihad vor Ort“ aufgerufen.

Hinter dieser Schwerpunktverlagerung der Propagandabotschaften stecken klare strategische Überlegungen. Die Ausreise nach Syrien – vormals vor allem über die Türkei – ist schwierig bis unmöglich geworden. Die Türkei befindet sich mittlerweile selbst im Krieg mit dem **IS**. Durch terroristische Aktionen im „Westen“ will sich der **IS** neue Erfolgsnarrative schaffen, Chaos und Schrecken verbreiten und den „Westen“ und seine Bevölkerung für das militärische Engagement „bestrafen“. Gleichzeitig verfolgen **IS**-Strategen das Ziel, die Konfrontation zwischen der nicht-muslimischen und muslimischen Bevölkerung in westlichen Ländern zu schüren. Durch Anschlä-

ge wird bewusst einkalkuliert, anti-muslimische Strömungen zu stärken, innergesellschaftliche Konflikte zu provozieren und westliche Gesellschaften zu destabilisieren.

Deutsche Sicherheitsbehörden haben auf diese Situation reagiert. 2016 sind zahlreiche staatliche Maßnahmen gegen islamistische Szenen ergriffen worden. Das gezielte Vorgehen gegen **IS**-Sympathisanten hat im November 2016 zur Festnahme eines – mutmaßlich – maßgeblichen Chefideologen und Rädelsführer der Unterstützer-Szene in Deutschland geführt. Seit Beginn des Jahres 2016 sind 26 Verfahren beim Generalbundesanwalt anhängig. Darüber hinaus sind 82 Verfahren registriert, die sich gegen Personen richten, die aus jihadistischen Kampfgebieten zurückgekehrt sind (Stand: Juli 2017).

Ebenfalls im November 2016 hat das Bundesministerium des Innern nach monatelangen Vorbereitungen durch Landes- und Bundesbehörden ein deutschlandweites Verbot gegen die Vereinigung **Die Wahre Religion** und **Lies!** ausgesprochen. Grundlage des Verbots war nicht die öffentliche Verteilung von Koranen durch **Lies!**. Vielmehr gründet das Verbot auf der aggressiven Stimmungsmache gegen die deutsche Verfassung und den deutschen Rechtsstaat über einen längeren Zeitraum durch maßgebliche Akteure dieses Netzwerks. Über 40 Anhänger der **Lies!**-Aktion hatten sich allein in Nordrhein-Westfalen im Laufe der letzten Jahre radikalisiert und sind nach Syrien und in den Irak ausgewandert.

Dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die extremistisch-salafistische Szene in Deutschland und Nordrhein-Westfalen nach wie vor besteht und handlungsfähig ist. Die Attraktivität des extremistischen Salafismus und der Idee des Jihad gerade für junge Muslime als Ausdruck einer radikalen Abkehr von der westlichen Gesellschaft und ihrer Werte-Ordnung ist ungebrochen. Dies spiegelt sich nicht zuletzt auch 2016 im Wachstum des extremistisch-salafistischen Personenpotenzials von 8.350 auf 9.700 bundesweit und von 2.500 auf 2.900 in Nordrhein-Westfalen wider (Stand: 31. Dezember 2016). Auch in den kommenden Jahren ist daher von einer akuten Gefahr durch radikalisierte, salafistisch-motivierte Extremisten auszugehen. Rückkehrer aus Krisengebieten, „Terror-Kommandos“ aus dem Ausland, Jihad-affine salafistische Szenen vor Ort sowie radikalisierte Einzeltäter werden auf lange Sicht eine Herausforderung für Sicherheitsbehörden und die deutsche Gesellschaft bleiben.

Im Fokus: Jihadismus als Internet-Phänomen

Extremistische Propaganda und Radikalisierung verlagern sich – nicht zuletzt aufgrund staatlicher Maßnahmen gegen Missionierungsnetzwerke und ihre Protagonisten – mehr und mehr ins Internet. Die Basis sind dabei in der Regel keine statischen Webseiten. Vielmehr werden soziale Netzwerke und Kommunikationsdienste genutzt, die kostenfrei zu Verfügung stehen und selber keine extremistische Agenda verfolgen. Für die Sicherheitsbehörden bedeutet dies, genau hinzuschauen und die Präventionsbemühungen auch verstärkt im Netz voranzutreiben.

Extremistischer Salafismus und seine gewaltgeneigte Ausprägung – der Jihadismus – stellen eine Gefahr für unsere Gesellschaft dar. Dies haben fünf im Jahr 2016 in Deutschland durchgeführte Anschläge deutlich gezeigt. Angesichts dieser Gefahrenlage stellt sich die Frage, wie es zur Radikalisierung der meist jungen, zum Teil noch minderjährigen Attentäter kommen kann. Bei Radikalisierungsprozessen sind die Suche nach Anerkennung durch und Zugehörigkeit zu einer Gruppe wichtige Faktoren. Diese spielen sich im realen Leben von radikalisierten Personen ab. Salafistisch geprägte Vereinigungen und Netzwerke können besucht werden und bieten Anlaufpunkte. Durch Info-Stände und Verteilaktionen werden insbesondere junge Menschen angesprochen und zu Aktivitäten auf der Straße verführt. Hassprediger und Radikalisierer treten in Moscheen oder Privaträumen auf und beschulen ihre Anhänger vor Ort. Diese Gefahren sind bekannt, sie werden regelmäßig beschrieben und lassen sich durch staatliches Handeln wie beispielsweise Vereinsverbote sowie Ermittlungs- und Strafverfahren bis zu einem gewissen Grad eingrenzen.

Die ohnehin zunehmende Verlagerung von Propaganda und Anwerbung in das Internet und insbesondere auf Social-Media-Plattformen ist eine der Folgen. Gerade für junge Menschen – ungeachtet ihrer Herkunft – ist die Nutzung dieser Medien heute eine Selbstverständlichkeit und tritt gleichberechtigt neben die Kommunikation in der realen Welt. Die Ausbreitung extremistischer Propaganda – insbesondere die gewaltverherrlichenden bildreichen „Werbebotschaften“ des IS – wird dadurch „viral“; das heißt, sie verbreitet sich unkontrollierbar im Netz und findet potenziell ein großes Publikum, das von den „Nachrichten“ und Bildern angesprochen wird.

Problematisch ist dabei nicht nur die große Verbreitung, sondern auch die für das junge Zielpublikum sehr ansprechende und leicht zu konsumierende Machart dieser Propaganda. Deutsch ist mittlerweile eine von vielen Umgangssprachen der IS-Propaganda. Zahlreiche Medienprodukte,

أعماق
الأخبار
AMAO
DEUTSCH
20.12.2016
EILMELDUNG
alraqa
WE ARE YOUR WORST NIGHTMARE KUFAR
DAWLATUL ISLAMIAH BAQIYA WA TATAMADAH IS-Raqa
Wilayat Raqa
BEZEUGE NUR EIN GOTT
ABU BAKR AL-BAGHDADI, WE ALL PLEDGE

Jihadistische Propaganda-Inhalte im Internet und in den sozialen Medien

wie beispielsweise Videos und Audiodateien, Zeitschriften wie „Rumiyah“ oder „Dabiq“ sowie Bekenner schreiben werden gezielt für den deutschsprachigen Markt produziert. Offenbar stellen diese Produkte Extremisten her, die von Deutschland ins Ausland ausgewandert sind und vom IS und anderen Organisationen nun als Propaganda-Produzenten gezielt eingesetzt werden.

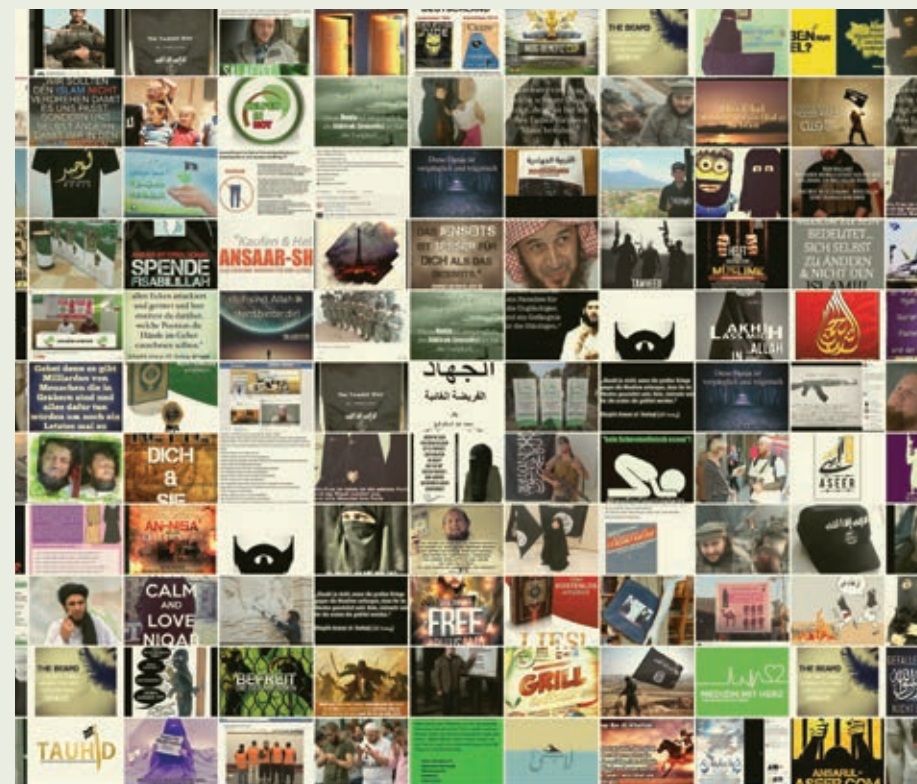
Daneben sind die Inhalte dieser Propaganda plakativer geworden. Eine ideologische Verflachung fällt insbesondere bei den Verlautbarungen des IS auf; das heißt, dass immer weniger Inhalte mit einem wenigstens islamisch-religiösen Anstrich belegt sind. Die islamische Religion dient nur noch als „Stichwortgeber“. Themen wie die strengen Grundregeln der salafistisch-extremistischen Ideologie beispielsweise in Kleidungsfragen und bezogen auf das regelmäßige Beten werden wenig angesprochen und zum Teil gar nicht mehr bedient. Aktionismus durch den Jihad rückt in den Fokus. Jeder ist als Jihadist willkommen und es wird suggeriert, dass jeder durch eine „erfolgreiche“ Aktion sein Seelenheil erlangen kann.

Eine Ausnahme bildet das verbreitete Frauenbild, das konsequent auf Geschlechtertrennung und Vollverschleierung von Frauen abstellt. In diesem Punkt ist aber auch eine Öffnung erkennbar. So werden Frauen in der IS-Propaganda teilweise bewaffnet und als „Kämpferinnen“ dargestellt. In früheren Jahren wäre dies in der jihadistischen Propaganda undenkbar gewesen.

Es besteht ein offensichtlicher Widerspruch zwischen einerseits der Nutzung aktuellster Technik und modern anmutender Werbung in sozialen Medien und andererseits der eigentlichen Kernbotschaft, in das siebte Jahrhundert zurückzukehren und ein Leben wie der Prophet Muhammad zu führen. Diesen blendet die jihadistische Propaganda konsequent aus.

Die weite Verbreitung und ideologische Verflachung der Propaganda stellen sowohl die Arbeit der Sicherheitsbehörden, als auch die Prävention vor große Herausforderungen. Der potenzielle Empfängerkreis dieser Botschaften ist kaum einzugrenzen: Junge Menschen werden im Internet erreicht, wo sie mittlerweile einen großen Teil ihrer Lebenszeit verbringen. Jihadistische Propaganda spricht mit ihrer starken Bildsprache gezielt den „Bauch“, weniger den „Kopf“ an. Emotionen bieten gerade Jugendlichen einen starken Anknüpfungspunkt. Durch die teilweise fließende Verbindung tatsächlich extremistischer Propaganda mit popkulturellen Elementen ist die Abgrenzung zwischen klar erkennbarem Extremismus und Elementen einer Jugendkultur schwierig. Eine eigene Sprache, Bildelemente und Botschaften sind sowohl Erkennungsmerkmale von jugendlichem Protest und Rebellion als auch von ideologisch motiviertem Terrorismus.

Soziale Netzwerke werden zudem gezielt zur Rekrutierung von jihadistischen Organisationen im Ausland eingesetzt. Ermittlungen zu den im Jahr 2016 in Deutschland verübten Anschlägen haben gezeigt, dass tatsächliche oder potenzielle Attentäter gezielt in sozialen Netzwerken angesprochen, motiviert und sogar gesteuert worden sind. Der IS ist im Netz häufig nur ein paar „Klicks“ entfernt.



Über soziale Netzwerke werden extremistische Inhalte transportiert.

Sicherheitsbehörden setzen sich mit der zunehmenden Bedeutung des Internets im Bereich der Radikalisierung auseinander und verstärken ihre Beobachtungen auch im virtuellen Raum. Das wird jedoch als Gegenmaßnahme alleine nicht ausreichen. Gerade junge Menschen müssen in ihrer Medienkompetenz gestärkt werden.

Die Lösung realer Probleme von Jugendlichen darf nicht den virtuellen jihadistischen „Sozialarbeitern“ und Verführern des IS oder anderen extremistischen Akteuren überlassen werden. Aus präventiver Sicht ist das Ansprechen der Zielgruppe im Internet ebenso bedeutsam und kann durch themenspezifische „Alternative Narratives“ und „Counter Narratives“ geschehen. Die Verlagerung klassischer Sozialarbeit in die sozialen Medien kann in Form von „online streetwork“ Zugänge erschließen und Vertrauen aufbauen. Dies ist ein vielversprechender Ansatz, der immer in Kombination mit der Sozialarbeit in der Realwelt zu denken ist.

Im Fokus: Islamistisch motivierter Terror – Personenpotenziale und Anschlagsszenarien werden vielfältiger

Das Jahr 2016 war geprägt durch eine weitere deutliche Zunahme von Anschlägen islamistisch motivierter Terroristen in Deutschland und Europa. Dabei hat sich die Frequenz der Taten merklich erhöht und durch die fortlaufende Ausweitung des Täterprofils stehen die Sicherheitsbehörden vor einer zunehmend komplexeren Aufgabe.

In den letzten zehn Jahren hat sich die salafistische Szene in Deutschland massiv vergrößert und ausgebreitet. Ihre Anhänger werden gewaltbereiter, die Gefahr von terroristischen Anschlägen steigt. Der deutsche Staat und seine Bürger werden als primäres Feindbild bei den Salafisten angesehen.

Noch nie war die Anschlagfrequenz islamistisch motivierter Terroristen in Europa so hoch wie seit Beginn des Jahres 2015. Der Strategie von Terrormilizen wie dem sogenannten **Islamischen Staat** und **al-Qaida** folgend, sind weitere Anschläge in Europa und Deutschland angekündigt. Dabei wird auch von einer noch höheren Frequenz und einem noch größeren Ausmaß gesprochen.

Trotz der territorialen Verluste des **IS** in Syrien und im Irak bestehen im Jemen, in Libyen, in Nigeria und Somalia unkontrollierte Rückzugs- und Aktionsräume für jihadistische Gruppierungen. Nachdem beinahe jeder zehnte Salafist aus Deutschland in eines der jihadistischen Kampfgebiete ausgereist ist, kam diese Bewegung durch den militärischen Druck auf den **IS** nunmehr fast zum Erliegen. Der Umgang mit Rückkehrern rückt absehbar mit Priorität auf die sicherheitsbehördliche Agenda.

Eine komplette militärische Zerschlagung des **IS** oder anderer jihadistischer Gruppierungen mit einer globalen Agenda in der islamischen Welt ist derzeit nicht zu erwarten. Aufgrund der andauernden Krisensituation in den genannten Regionen werden die negativen Auswirkungen auf Deutschland und Europa über einen längeren Zeitraum fortbestehen. Auch bei einer militärischen Niederlage des **IS** in Syrien und Irak ist zu erwarten, dass dieser als Terrororganisation im Untergrund und als „virtuelles Kalifat“ fortbestehen wird.

Die Radikalisierung im gewaltbereiten Salafismus vollzieht sich immer schneller. Das Erlernen religiösen Wissens und einer religiösen Lebensführung werden nicht mehr zwingend abverlangt, um als gottgefällig zu erscheinen und schließlich den Eintritt in das Paradies zu erlangen. Propagiert wird insbesondere vom **IS** die jihadistische Tat, die den sofortigen Einzug ins Paradies „garantiert“. Dabei erreicht die Propaganda zunehmend jüngere Menschen. Der jihadistisch ausgerichtete Salafismus bietet gerade für pubertierende, orientierungssuchende und rebellische Jugendliche – meist mit muslimischem Familienhintergrund – die Möglichkeit zur größtmöglichen Abgrenzung von der Erwachsenengesellschaft und dem Elternhaus. Der gewaltverherrlichende Salafismus ist daher vor allem als ein Jugendszenephänomen anzusehen.

Die Sicherheitsbehörden beobachten in den letzten zwei Jahren neben einer Ausweitung des „modus operandi“ bei den Anschlägen eine Zunahme unterschiedlicher Täterprofile. Neben erwachsenen Salafisten sind bereits radikalisierte Jugendliche sowie Flüchtlinge als Attentäter beziehungsweise potenzielle Attentäter in Erscheinung getreten. Ein zielführendes „Profiling“ anfälliger Personengruppen stellt eine immer komplexer werdende Herausforderung dar.

Ausweitung der Täterprofile

Soziale Netzwerke im Internet werden durch Jihadisten gezielt zur Rekrutierung von Personen in Europa eingesetzt. Wie die Ermittlungen zu den im Jahr 2016 in Deutschland verübten Anschlägen gezeigt haben, sind tatsächliche oder potenzielle Attentäter gezielt in sozialen Netzwerken angesprochen, motiviert und sogar gesteuert worden.

Ein besonderes Problem stellt dabei der Typus des „Einzeltäters“ dar. Diese Personen agieren nicht in Gruppen. Sie entschließen sich vielmehr zu häufig nur dem Anschein nach spontanen, meist amok-ähnlichen Taten. Anschläge mit einfachen Tatmitteln wie Messern oder Fahrzeugen erfordern dabei wenig Kenntnisse und Planung. Sie erzeugen jedoch neben dem Leid der Opfer einen maximalen medialen Effekt.

Diese Vorgehensweise wird in der Propaganda des **IS** mittlerweile gezielt beworben und als Form des effektiven Jihad angepriesen. Die bisherigen Attentäter zeigen, dass es dem **IS** dabei



Internet-Propaganda zur Anwerbung von Einzeltätern

nicht um besonders religiöse Personen geht. Es ist jeder als Täter willkommen, der sich in einer Art salafistischem „Ablasshandel“ durch das Begehen eines Anschlags von seinen vorherigen Sünden reinwäscht.

Mögliche Einzeltäter werden dabei sowohl in der salafistischen „home-grown“-Szene – Personen, die in Deutschland aufgewachsen sind – als auch in der großen Gruppe von Menschen gesucht, die seit dem Jahr 2015 nach Deutschland geflohen sind. Obwohl schwer zu erkennen, gibt es auch bei Einzeltätern einen Radikalisierungsverlauf und entsprechende Signale einer persönlichen Veränderung, die durch ein aufmerksames Umfeld festgestellt werden könnten.



Glorifizierung des „Terror-Kommandos von Paris“ in einem Online-Video




Komplexere Anschlagsvorhaben werden durch gut ausgerüstete und in mehreren mobilen Zellen agierende Attentäter (Terror-Kommandos) durchgeführt. In diesen agieren verschiedene Tätergruppen wie Schläferzellen, Rückkehrer und als Flüchtlinge eingeschleuste Jihadisten zusammen. Die Umsetzung solch komplexer Anschlagsvorhaben zeigte sich bisher in Belgien und Frankreich, wo große und ortsansässige Szenen des jihadistischen Spektrums für Rückkehrernde aus jihadistischen Kampfgebieten ein optimales Umfeld bieten.

Terror-Kommandos sind im Gegensatz zu Einzelakteuren in der Lage, durch das gemeinsame Agieren größeren Schaden und eine höhere Zahl von Opfern über einen längeren Zeitraum zu verursachen. Die Notwendigkeit der vorherigen Kommunikation zur Tatplanung zwischen den einzelnen Akteuren bietet allerdings auch die Möglichkeit, diese mit entsprechenden Mitteln und rechtlichen Befugnissen vor Ausführung der Tat zu entdecken und rechtzeitig zu intervenieren.



Propaganda-Material zur Anwerbung von Kämpfern für den Jihad

Extremistischer Salafismus

Sitz / Verbreitung	Alle Regionen Nordrhein-Westfalens, Schwerpunkte in den Ballungszentren des Rheinlands und des Ruhrgebiets
Gründung / Bestehen seit	Ursprung salafistischer Bestrebungen: Historische islamische Strömungen vor allem Saudi-Arabiens und Ägyptens Ursprung jihadistischer Bestrebungen: Mujahidin-Bewegung der 1980er Jahre in Afghanistan. Nordrhein-Westfalen: ab etwa 2003 erste gezielte deutschsprachige Aktivitäten
Struktur / Repräsentanz	Die extremistisch-salafistische Szene in Nordrhein-Westfalen setzt sich aus unterschiedlichen Vereinen, Netzwerken und lokalen Szenen zusammen. Es existiert in Deutschland bisher weder ein Dachverband salafistischer Strukturen, noch eine politische Repräsentanz, wie beispielsweise eine Partei. Entsprechende Versuche sind bislang regelmäßig gescheitert und stoßen auf ideologische Vorbehalte innerhalb der Szene.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bekannte extremistische Salafisten: mindestens 2.900  davon eher politisch: rund 2.200  eher gewaltorientiert: 700 
Veröffentlichungen	Verbreitung der Ideologie über eigene Web-Angebote, Blogs und soziale Netzwerke, Informationsstände, Vereinsaktivitäten und Vortragsveranstaltungen beziehungsweise Seminare
Kurzportrait / Ziele	Der extremistische Salafismus teilt sich ideologisch in zwei Grundströmungen auf: eine politische und eine gewaltorientierte / jihadistische. Politische Salafisten vertreten eine anti-demokratische und damit verfassungsfeindliche Ideologie: Diese basiert auf religiösen Versatzstücken, die der islamischen Religion entlehnt sind. Sie streben die Errichtung eines vermeintlich „authentisch-

islamischen Staatssystems“ an. Ihre Hauptaktivität besteht in der Missionierungsarbeit und dem langfristigen Aufbau von Strukturen. Gewaltorientierte Salafisten, die auch als Jihadisten bezeichnet werden können, stellen den Jihad im Sinne eines bewaffneten militärischen Kampfes in den Mittelpunkt ihrer Ideologie. Sie sind gewillt, ihre Vision von einem „islamischen Staat“ auch mit Waffengewalt umzusetzen.
Der Übergang zwischen den beiden ideologischen Strömungen ist fließend.

Finanzierung	Kriminalität, Spenden (teilweise aus dem Ausland), wirtschaftliche Betätigung
--------------	---

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Anhänger der extremistisch-salafistischen Szene verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnungs- und Herrschaftssystem. Dieser Ideologie folgend wird Demokratie in ihren Augen als eine falsche „Religion“ und die Teilnahme an Wahlen somit als ein „Götzendienst“ angesehen. Es gilt das Prinzip der „göttlichen Souveränität“: Gesetze können der salafistischen Ideologie folgend nur von Gott ausgehen, aber niemals vom einem gewählten Gesetzgeber gemacht werden. Die Volkssouveränität als wesentliches Element der Demokratie westlicher Prägung sei demnach unvereinbar mit dem extremistischen Salafismus. Die Ideologie propagiert eine Lösung aller gesellschaftlichen Probleme durch die uneingeschränkte Anwendung von Koran und Sunna (prophetische Tradition). Hierzu zählt die konsequente und buchstabengetreue Anwendung der „Scharia“ nach salafistischer Auslegung (in diesem Sinn ein ganzheitliches Regelwerk, dass alle Aspekte des Lebens eines Muslims umfasst).

Die Umsetzung der beschriebenen Vorschriften umfasst auch das Privatleben: So wird eine rigide Trennung von Mann und Frau nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum gefordert. Eine gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen ebenso wie die Berufstätigkeit von Frauen wird grundsätzlich abgelehnt. Frauen sind diesem Wertebild zufolge nominell gleichwertig, aber nicht gleichberechtigt.

Darüber hinaus propagieren gewaltorientierte Salafisten offen den „Jihad“ im Sinne eines bewaffneten Kampfes und „Märtyrertums“.

Mit der Ablehnung der Demokratie und der pluralen und offenen Gesellschaft widerspricht die salafistische Ideologie somit in wesentlichen Aspekten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.



Aus der ablehnenden und offen feindseligen Haltung gegenüber der übrigen Gesellschaft und der teilweise hohen Gewaltaffinität resultiert ein großes Konfliktpotenzial, welches das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben gefährdet.

Extremistische und jihadistische Propaganda hat in der Vergangenheit vielfach Radikalisierungsprozesse gefördert. Es geht insbesondere von gewaltorientierten Salafisten eine tatsächliche Gefährdung für die innere Sicherheit in Deutschland aus. Sie

Extremistische Salafisten lehnen Gesetze als Ausdruck einer demokratischen Werteordnung ab

sind bereit, zur Umsetzung ihrer Ziele auch in Deutschland schwerste Gewalttaten und Anschläge zu verüben und schrecken auch vor vielfachem Mord nicht zurück.

Ihre Utopie eines „islamischen Staates“ steht in diametralem Widerspruch zur politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland und Europa.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Aktivitäten in Deutschland haben sich im Jahr 2016 im Wesentlichen auf vier Bereiche fokussiert:

Missionierung

Missionierung wird vor allem über Webseiten und soziale Netzwerke, durch Verteilung religiöser Schriften im öffentlichen Raum und Wohnungs-Dawa betrieben. Zielsetzung der Missionierung ist die Heranführung und Anbindung von Personen an bereits bestehende Netzwerke und Szenen, wobei die extremistische Agenda häufig nicht im Vorhinein öffentlich deutlich gemacht wird.

Hilfsorganisationen

Unter einem humanitären Label werden Gelder und Sachspenden gesammelt und zum Teil gezielt salafistischen Netzwerken in Syrien und anderen islamisch-geprägten Ländern zugeführt.

Gefangenenhilfe

Netzwerke zur Gefangenenhilfe betreuen Personen der salafistischen Szene, die meist aufgrund von Staatsschutzdelikten vor Gericht stehen oder verurteilt worden sind. Die Betreuung reicht von Besuchen der Prozesstermine bis zu „Erbauungsbriefen“ in der Haft. Diese „Hilfe“ verfolgt das Ziel, Reue zu verhindern und Resozialisierungsprozesse zu unterbinden.

Jihadismus

Gewaltorientierte Salafisten (Jihadisten) sind gewillt, ihre Vision eines „Islamischen Staates“ mit terroristischer Gewalt umzusetzen. Im Jahr 2016 war Deutschland Ziel terroristischer Gewalt. Es hat fünf Anschläge gegeben.

Die bereits im Vorjahresbericht beschriebene ideologische Spaltung der jihadistischen Bewegung in Kern-**al-Qaida** und ihr nahe stehende Gruppen sowie den sogenannten **Islamischen Staat (IS)**, der aus **al-Qaida** im Irak hervorgegangen ist, hat sich im Berichtszeitraum 2016 fortgesetzt. Entsprechende Sympathisanten teilen sich auch in Deutschland in zwei Lager.

Hinzu kommt ein offen auftretender Konflikt zwischen Sympathisanten des **IS** und Personengruppen, die zwar als Extremisten agieren, den durch den **IS** propagierten und praktizierten Jihad aber in aller Öffentlichkeit kritisieren und ablehnen.

Zu den vier Themenbereichen konnten im Berichtsjahr im Einzelnen folgende Entwicklungen beobachtet werden:

Entwicklungen im Bereich „Missionierung / Rekrutierung“

Der Begriff „Dawa“ (Aufruf oder Einladung zum Islam) wird von extremistischen Salafisten zur Bezeichnung ihrer Missionierungstätigkeiten genutzt und stellt das grundlegende Betätigungsfeld der Szene dar. Bereits im Jahr 2015 verlagerte die salafistische Szene ihre Aktivitäten zunehmend in den nicht-öffentlichen Raum wie Privaträume und angemietete Hallen oder nutzte kleinere Veranstaltungsformen. Die Missionierungstätigkeit im Internet und in sozialen Netzwerken verzeichnete im Berichtsjahr 2016 einen deutlichen Anstieg.

Die von der Organisation **Die wahre Religion (DWR)** durchgeführte Kampagne **Lies!**, bei der Korane im öffentlichen Raum verteilt wurden, lief kontinuierlich bis November 2016. Sie stellte die größte Propaganda-Aktion der salafistischen Szene dar. Vordergründig nur missionierend leitete sie bei zahlreichen teilnehmenden Aktivisten eine zunehmende Radikalisierung bis zur Beteiligung am bewaffneten „Jihad“ ein. Am 15. November 2016 wurde deshalb ein deutschlandweites Verbot der Dachvereinigung **DWR** durch das Bundesministerium des Innern durchgesetzt.

Das Verbot zielt auf Botschaften und Bekenntnisse der Vereinigung **DWR**, gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung, die bei Seminaren, öffentlichen Veranstaltungen und der Verteilung von Koranübersetzungen in Fußgängerzonen verbreitet wurden. Diese reichen von der Befürwortung bis zum Aufruf zur Gewalt. Zudem sind bisher mindestens 140 Aktivisten und Unterstützern der **Lies!**-Kampagne aus Deutschland nach Syrien beziehungsweise in den Irak mit der Zielsetzung ausgereist, sich dort dem Kampf terroristischer Gruppierungen anzuschließen.

Das Verbot umfasst nicht eine Werbung für und eine Verbreitung des islamischen Glaubens oder eine Verteilung von Koranen oder Koranübersetzungen an sich. Vielmehr ist die Propagierung extremistischer Ideologien sowie die Unterstützung terroristischer Organisationen unter dem Vorwand, sich auf den Islam zu berufen, Gegenstand des Verbotes.

► Pierre Vogel

Der salafistische Prediger Pierre Vogel (Abu Hamza) nahm im Berichtsjahr nur vereinzelt an öffentlichen Veranstaltungen teil. Erwähnenswert ist eine im September 2016 in Bremen durchgeführte Kundgebung, die unter dem Motto „ISIS ist nicht Islam“ stand. Bei dieser Veranstaltung trat Vogel gemeinsam mit einem Prediger aus Ägypten vor etwa 150 Personen auf. Darüber hinaus besuchte er im Rahmen von Pilgerfahrten und sonstigen Anlässen verschiedene arabische Länder und begab sich im September für den IHED (Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst) nach Somalia, um die Arbeit dieses Hilfsvereins vorzustellen und die Spendenbereitschaft zu erhöhen.

Gemeinsam mit Bilal Gümüs initiierte er das Projekt **We love Muhammad**. Zudem präsentierte er sich wieder ungebrochen stark im Internet. Er adressierte seine Zuhörerschaft mit verschiedenen Statements auch zu aktuellen Geschehnissen. In diesem Zusammenhang verbreitete er seine Botschaften, distanzierte sich offen vom **IS** und den terroristischen Anschlägen in der westlichen Welt. Im Nachgang kam es zu mehreren Drohungen gegen Vogel: Die 14. Ausgabe des **IS**-Magazins **DABIQ** ruft unter anderem dazu auf, neben den Ungläubigen auch die „Imame des Unglaubens“ zu töten. In diesem Kontext war ein Bild von Pierre Vogel neben dem salafistischen Prediger Bilal Philips zu sehen. In der Folge erschien zudem ein Video mit dem Titel „Die Wahrheit über Pierre Vogel“, in dem explizit dazu aufgerufen wurde, ihn zu töten. Das Thema ist innerhalb der salafistischen Szene in Deutschland präsent. Im Sommer 2016 kam es beispielsweise zu einem öffentlichen Disput mit dem jihadistischen Prediger Ahmed Abdulaziz Abdul-



Extremistische Salafisten wenden sich massiv gegen Personen, die sich vom Terror des **IS** distanzieren.

lah (Abu Walaa). Diese Auseinandersetzung nahmen die Anhänger von Abu Walaa zum Anlass, in diversen Foren vor Pierre Vogel zu warnen und ihm jegliche religiöse Kompetenz abzuspüren. Es kam zu einem Bruch zwischen der Anhängerschaft von Vogel und Abdulaziz Abdullah in Deutschland, der nach wie vor anhält.

► Sven Lau

Der Prozess gegen den am 15. Dezember 2015 in Mönchengladbach festgenommenen salafistischen Prediger Sven Lau (Abu Adam) hat vor dem Oberlandesgericht in Düsseldorf stattgefunden. Prozessbeginn war der 6. September 2016. Lau war wegen des Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung im Ausland angeklagt.



Die Reaktion der salafistischen Szene auf seine Festnahme hielt sich seinerzeit in Grenzen. In einschlägigen Kanälen der sozialen Netzwerke wird nur noch gelegentlich über Sven Lau berichtet. Solidaritätskundgebungen fanden nicht mehr statt.

Am 26. Juli 2017 wurde vor dem 5. Strafsenat des OLG Düsseldorf das Urteil gegen Sven Lau gesprochen. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass Lau durch vier selbständige Handlungen eine ausländische terroristische Vereinigung in Syrien unterstützt hat und verurteilte ihn zu einer Haftstrafe von 5 Jahren und 6 Monaten. Gegen dieses Urteil wurde seitens des Angeklagten Revision eingelegt. Die Reaktionen auf dieses Urteil in der salafistischen Szene waren ebenfalls eher verhalten.

► Verteilung von Koranen und Prophetenbiographien

Lies!

Das bis zu seinem Verbot bundesweit aktive Netzwerk **Die Wahre Religion** um den salafistischen Prediger Ibrahim Abou Nagie bildete einen Schwerpunkt innerhalb des extremistischen Salafismus. 2016 fanden wie in den Vorjahren Koranverteilaktionen in Nordrhein-Westfalen statt. Sie wurden in gewohnter Weise in den sozialen Netzwerken intensiv medial verwertet und beworben. Rund 400 Personen der Szene konnten dem Netzwerk in verschiedenen Funktionen zugeordnet werden. Damit galt es als mitgliederstärkstes Netzwerk im Bereich des extremistischen Salafismus.



Sicherstellung von Paletten verschieden-sprachiger Koran-Ausgaben in Pulheim

Siegel der Propheten

Unter dem Namen **Das Siegel der Propheten** existierte als Abspaltung von **Lies!** ein Netzwerk, das schwerpunktmäßig im Raum Düsseldorf agierte. Als „Siegel der Propheten“ wird der von den Muslimen als Prophet Mohammed verehrte Religionsstifter des Islam bezeichnet.

Im Oktober 2016 teilte der Verein über sein Web-Angebot mit, dass der Vorstand beschlossen habe, die Koranverteilung über Informationsstände mit sofortiger Wirkung einzustellen. Der hinter dem Netzwerk stehende Verein ist mittlerweile abgemeldet und inaktiv.

We love Muhammad

Gemeinsam mit Bilal Gümüs startete Pierre Vogel im November 2016 das Projekt **We love Muhammad**. Bei diesem Projekt wird neben einer Mohammed-Biografie weiteres Informationsmaterial zur Verbreitung der salafistischen Ideologie kostenfrei verteilt. Im Gegensatz zur mittlerweile verbotenen **Lies!**-Kampagne erfolgt die Verteilung mobil in stark frequentierten innerstädtischen Bereichen und nicht an Verteilständen.

Wie bei der **Lies!**-Kampagne übernehmen lokale Akteure der extremistisch-salafistischen Szene die Arbeit vor Ort. Verteilaktionen wurden bisher in verschiedenen deutschen Städten sowie im benachbarten Ausland festgestellt. Vereinzelt werden sie werbewirksam auf einschlägigen Webseiten dargestellt. Das Informationsmaterial ist darüber hinaus online und als eigenständige App für Mobiltelefone erhältlich.



Das Projekt **We love Muhammad** verbreitet Informationen unter anderem auch über Mobiltelefon-Apps



Der aus Hessen stammende Bilal Gümüs wird als Initiator dieses Projektes bezeichnet. Pierre Vogel sieht seine Rolle nach eigenem Bekunden eher als Unterstützer. Ihm kommt als bundesweit bekanntem Protagonisten der salafistischen Szene jedoch zweifelsfrei eine bedeutende Funktion in Bezug auf die Werbung und die Rekrutierung weiterer Teilnehmer zu. Er kann daher ebenfalls in den Kreis der Verantwortlichen für dieses Projekt einbezogen werden.

Schon aufgrund der bislang festgestellten Teilnehmer und Organisatoren ist das Projekt in der Szene des extremistischen Salafismus zu verorten. Nachdem die Koranverteilungen von **Lies!** verboten und von **Das Siegel der Propheten** eingestellt wurden, bietet das Projekt **We love Muhammad** dem salafistischen Personenpotenzial eine neue Plattform, sich an der Dawa aktiv zu beteiligen und somit einen Beitrag zur Verbreitung der salafistischen Ideologie zu leisten.

Entwicklungen im Bereich „Hilfsorganisationen“

Nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ in Syrien herrscht dort ein blutiger Bürgerkrieg, der vor allem die Zivilbevölkerung trifft. Der Konflikt erstreckt sich durch die Involvement des sogenannten **Islamischen Staates** auch auf den Irak und ermöglichte den Aufstieg diverser jihadistischer und **al-Qaida**-naher terroristischer Gruppierungen.

Die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung gibt grundsätzlich keinen Anlass zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Sammel- und Hilfsaktionen extremistisch-salafistischer Netzwerke, die bei der Spendensammlung eine Neigung zu jihadistischen Gruppierungen in Syrien erkennen lassen, werden jedoch in Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz beobachtet.

Es bestehen immer wieder Anhaltspunkte dafür, dass Gelder, die im Rahmen von Benefizveranstaltungen und Sammelaktionen dieser Netzwerke zusammengetragen werden, teilweise gezielt salafistischen oder sogar terroristischen Netzwerken in Syrien zugehen. Die Gelder verbleiben zum Teil auch in Deutschland und werden hier zur Netzwerkpflege zweckentfremdet. Da solche Organisationen in einem salafistischen Umfeld agieren, bieten Sie zudem eine Basis für die Anwerbung neuer Mitglieder.

► Ansaar International

Bei dem im Jahr 2012 in Düsseldorf gegründeten Verein **Ansaar Düsseldorf e.V.** handelt es sich dem eigenen Verständnis nach um einen Hilfsbund zur Unterstützung notleidender Glaubensgeschwister im In- und Ausland. Der Verein führt auch die Bezeichnung **Ansaar International e.V.**. Er verfügt über Anbindungen an die Salafisten-Szene in Nordrhein-Westfalen und darüber hinaus.

Ansaar Düsseldorf e.V. unterstützt Hilfsprojekte für bedürftige Muslime weltweit. Innerhalb Deutschlands verfügt die Organisation über mehrere sogenannte „Ansaar International Teams“, die im Namen des Vereins Spenden sammeln und Werbeaktionen durchführen. Gegenwärtig werden Spenden größtenteils online über Messenger-Dienste und über die eigene Facebook-Seite gesammelt. Die Aufrufe werden mit Bild- und Videomaterial aus den jeweiligen Krisengebieten untermauert.



Krankenwagen mit Symbolen von **Ansaar International**

Nach eigener Darstellung ist der Verein derzeit unter anderem in Syrien, Somalia, Marokko, Burma, Indonesien, Tschetschenien, Libanon, Ghana, Afghanistan, Palästina, Bosnien und Deutschland aktiv. Der Bau von Moscheen, Schulen und Brunnen sowie Hilfe für Witwen und Waisen sollen laut eigener Aussage zu den grundlegenden Aktivitäten des Vereins gehören. Aktive Nothilfe werde für „Geschwister“ durch Lieferung von Lebensmitteln, Medizin und auch Krankenwagen in Kriegsgebiete geleistet. In Deutschland liege der Schwerpunkt der Aktivitäten auf der Dawa-Arbeit und der Hilfe für in einer akuten Notlage befindliche Menschen.

Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist einer der Schwerpunkte der Arbeit von **Ansaar International e.V.** die humanitäre Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung. Eigenen Angaben zufolge betreibt der Verein ein Krankenhaus in Aleppo und ein Facharztzentrum (Ansaar Medical Clinic) in Idlib. Zudem werden Projekte unter anderem in Afrika im Internet stark beworben.

Auch wenn im Zuge kritischer Berichterstattung in den Medien Verbindungen zum extremistisch-salafistischen Spektrum öffentlich reduziert wurden, wurden in der Vergangenheit bei Spendensammlungen international bekannte salafistische Prediger eingebunden. Das Streben nach Anerkennung als gemeinnützige Organisation ist ebenfalls als Teil eines vordergründigen Legalisierungskurses zu verstehen. **Ansaar Düsseldorf e.V.** ist unverändert als Organisation innerhalb der extremistisch-salafistischen Szene zu bewerten und wird weiterhin vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtet.



Spendenaufwurf von **Ansaar International**

► Helfen in Not

Der im Jahr 2013 gegründete Verein **Helfen in Not (HiN)** – vormals mit Sitz in Neuss – bezeichnet sich als Hilfsverein zur Unterstützung notleidender Muslime. Im Vordergrund seiner Aktivitäten steht die Hilfe für vom Bürgerkrieg betroffene Menschen in Syrien. Bei allen Aktivitäten des Vereins in Nordrhein-Westfalen und im übrigen Bundesgebiet zeigt sich jedoch die feste Einbindung in die salafistische Szene, in der auch der „Kampf gegen die Feinde des Islams“, also der militante Jihad, gutgeheißen wird. Im Berichtsjahr 2016 lieferte **HiN** medizinische Güter, Kleidung sowie in Teilen militärisch nutzbare Ausrüstungsgegenstände nach Syrien.

Nach Kündigung der bisherigen Räume in Neuss ist der Verein weiterhin ohne festen Sitz in Nordrhein-Westfalen. Ein offenes Vereinsleben gestaltet sich nach dem Wegfall dieser Anlaufadresse schwierig. Trotzdem sind umfangreiche Aktivitäten und Reisebewegungen – insbesondere des Vereinsvorsitzenden – ebenso wie Aktivitäten in der Türkei zu verzeichnen und in den sozialen Netzwerken zu verfolgen.



Social-Media-Seite und Spendenaufwurf aus dem Internet und Spendenaufwurf von **HiN**

► Medizin mit Herz

Der Verein **Medizin mit Herz** (vormals aktiv unter dem Namen **Medizin ohne Grenzen**) ist im Sommer 2013 gegründet worden und hat seinen Sitz aktuell in Hennef. Der Verein sammelt Hilfsgüter und Krankenwagen für vordergründig humanitäre Zwecke in Syrien. Durch seine Aktivitäten hat er Bezüge über die Region Bonn hinaus auch in andere Bundesländer. Akteure, die für den Verein tätig sind und für ihn werben, können der salafistischen Szene im Raum Bonn zugerechnet werden. Auf dieser Grundlage werden der Verein und seine Aktivitäten durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet. Eine wesentliche Änderung hinsichtlich handelnder Personen und der grundsätzlichen Ausrichtung war im Jahr 2016 nicht erkennbar.

Berichte auf den Webseiten des Vereins und in den sozialen Netzwerken belegen, dass **Medizin mit Herz** seine Aktivitäten – wenn auch in vermindertem Umfang – im Berichtsjahr weiter fortführte.

Im Zusammenhang mit einem Ermittlungsverfahren der Bundesanwaltschaft gegen zwei Beschuldigte wegen des Verdachts der Unterstützung der ausländischen terroristischen Vereinigung **Jabhat al-Nusra (JaN)** wurden am 8. Februar 2017 mehrere Wohnungen und weitere Räumlichkeiten in Nordrhein-Westfalen und Großbritannien durchsucht. Die beiden Beschuldigten sollen die **JaN** bereits seit mehreren Jahren unterstützt und Spenden gesammelt haben sowie an der Organisation und Durchführung von Hilfskonvois beteiligt gewesen sein. Den Ermittlungen zufolge erfolgten die Lieferungen unter anderem über die Vereine **Medizin mit Herz e.V.** und **Medizin ohne Grenzen e.V.**



Facebook-Seite von **Medizin mit Herz**

► Afrikabrunnen

Der Verein »Afrikabrunnen e. V.«, der sich mittlerweile in »Blue Springs LTD.« umbenannt hat, ist dem politisch-salafistischen Spektrum zuzurechnen und hat seine deutsche Niederlassung in Dortmund. Der Verein stellte sich anfangs als rein humanitäre Organisation im salafistischen Spektrum dar. Sein Zweck war lange Zeit vorrangig humanitäre Aufbauhilfe in Afrika. Er hatte sich das Ziel gesetzt, die Grundversorgung mit Wasser auf dem gesamten afrikanischen Kontinent sicher zu stellen. Bei Veranstaltungen traten regelmäßig salafistische Prediger aus dem Umfeld der beobachteten Missionierungsnetzwerke auf. Sie wurden von den Verantwortlichen über soziale Online-Medien beworben.

Auch wenn der Schwerpunkt der Vereinsaktivitäten auf der Akquise von Spenden für verschiedene Hilfsprojekte in vorrangig islamischen Ländern in Afrika lag, wurde seit dem Jahr 2015 wiederholt zu Spenden für Syrien aufgerufen.

Seit Anfang 2017 laufen Projekte in Syrien, wie beispielsweise das Verteilen von Ramadan-Paketen „an der Frontlinie“ oder die Finanzierung eines achtjährigen „Islam-Studiums“ für Kinder.



Spenden-Video von »Blue Springs LTD.«

Sie sollen dieses im Alter von 14–15 Jahren abschließen, um das „große Potential“ der nächsten Generation zu bilden. Den Online-Auftritten des Vereins ist zu entnehmen, dass Mitglieder direkt in Syrien agieren. Die dortige Situation wird in den sozialen Netzwerken als eine islamische Umgebung beschrieben, in der es keine Ungerechtigkeit gebe; die Generation der dortigen Kinder werde die islamische Religion wieder zum Leben erwecken.

Entwicklungen im Bereich „Gefangenenhilfe“

► Bernhard Falk

Der ehemalige linksextremistische Terrorist Bernhard Falk widmet sich wie in den vergangenen Jahren auch unvermindert der Gefangenenhilfe. Seit seiner Konversion zum Islam ist er in der salafistischen Szene aktiv und agiert dort unter dem Alias-Namen Muntasir billah (deutsch: „siegreich durch Gott“). Er vertritt die Ansicht, dass die Bundesrepublik Deutschland einen Kampf gegen „den Islam“ betreibe. Über soziale Netzwerke ruft er regelmäßig zur Unterstützung der vermeintlich „muslimischen politischen Gefangenen der BRD“ auf. Er teilt dabei mit, in welchen Justizvollzugsanstalten diese inhaftiert sind und macht Gerichtstermine und Verhandlungsorte öffentlich bekannt. Es wird sowohl um Kontaktaufnahme mit den „Geschwistern“ – beispielsweise durch Besuche oder Briefsendungen – als auch um Spenden gebeten. Darüber hinaus besucht Falk regelmäßig die Gerichtsverhandlungen, berichtet aus-



Facebook-Post

fürlich über den Prozessverlauf und teilt seine Einschätzungen zum Verfahrensstand mit. Über die Unterstützungsaufrufe im Internet hinaus verteilt Falk auf einschlägigen Veranstaltungen der salafistischen Szene Flyer, um auf die Situation der „muslimischen Gefangenen in der BRD“ aufmerksam zu machen.

Der Gefangenenbetreuung kommt weiterhin – nicht zuletzt aufgrund der gestiegenen Zahl von Strafverfahren gegen jihadistische Salafisten – in der extremistisch-salafistischen Szene eine besondere Stellung zu. Neben der bloßen Darstellung der Geschehnisse soll auch die Verbundenheit mit der Szene gestärkt und somit eine Abkehr von der salafistischen Ideologie verhindert werden.

Bernhard Falk bezieht deutlich Position gegen den sogenannten **Islamischen Staat**, gibt aber immer wieder positive Statements zu **al-Qaida**-Gruppierungen ab, die noch zum ursprünglichen Netzwerk des Aiman al-Zawahiri, dem Nachfolger Usama Bin Ladens, gezählt werden können. Insofern ist Bernhard Falk zumindest ideologisch als Jihadist einzuordnen, der durch seine Gefangenenbetreuung einer möglichen Resozialisierung Gleichgesinnter vor, während und nach der Straftat aktiv entgegenwirkt.

Entwicklungen im Bereich „Jihadismus“

Den Fortgang des brutalen Bürgerkrieges im Irak und in Syrien sowie die kriegerischen Konflikte in weiteren Teilen der islamischen Welt nutzen Terrorgruppierungen mit jihadistischer Ideologie weiterhin, um ihre im Internet verbreitete Utopie eines „mustergültigen islamischen Staates“ sowie die Androhung und erfolgreiche Umsetzung von Terroranschlägen und Attentaten zu vermarkten. Der sich abzeichnende militärische Niedergang des **IS** wird kurzfristig nicht zu einer Verbesserung der Sicherheitslage führen, da der **IS** als Terrororganisation auch ohne Staatsterritorium fortbestehen dürfte. Darüber hinaus verstärkt zunehmender Druck auf den **IS** im Irak und Syrien den Bedarf nach „Erfolgen“, die mit dem Aufruf zu Anschlägen vorbereitet und durch deren tatsächliche Ausführung verwirklicht werden sollen. Die Anzahl bereits radikalisierter Personen in und aus Nordrhein-Westfalen ist bereits jetzt sehr hoch und bildet ein langfristiges Gefahrenpotenzial.

Die jihadistische Propaganda fokussiert sich zunehmend auf den „Jihad vor Ort“. Es wird gezielt zu Anschlägen und Attentaten weltweit aufgerufen. Dass die Strategie der Jihadisten in der Szene greift, haben die ausgeführten Anschläge und Attentate im Berichtsjahr verdeutlicht.

Rückkehrer stellen mit ihrer Terrorausbildung und Kampferfahrung grundsätzlich eine Gefahr dar. Soweit eine strafrechtliche Verfolgung nicht möglich ist, müssen sie unter sicherheitsbehördlicher Beobachtung bleiben. Ist die Bereitschaft vorhanden, sich von der Szene abzuwenden, bietet sich auch die Aufnahme in ein Aussteigerprogramm an. Eine vergleichbar ernste Bedrohung geht mittlerweile von Einzeltätern aus, die sich teilweise in sehr kurzen Zeiträumen radikalisieren

und amokähnliche Attentate begehen. Sie bieten den Sicherheitsbehörden nur äußerst begrenzte präventive Eingriffsmöglichkeiten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der extremistische Salafismus findet in unterschiedlichen ideologischen Ausprägungen auch in Nordrhein-Westfalen weiterhin starken Zulauf von meist jungen Menschen.

Eine neue Entwicklung stellt die Ausbreitung des „Halal“-Sektors in der extremistischen Szene dar. In Nordrhein-Westfalen ließen sich im Berichtszeitraum zahlreiche Aktivitäten der salafistischen Szene in mit „Halal“ umschriebenen Lebensbereichen wahrnehmen. Diese Aktivitäten umfassen neben dem klassischen Fleischhandel auch Bereiche und Themen wie Veranstaltungen, allgemeine Ernährung, Kosmetik, Bekleidung, Wellness, Finanzen und allgemeine Lebensführung. Beim Thema Gesundheit spielen unter anderem Schröpfen (Hijama) und Geistheilung (Ruqya) eine Rolle.

Halal bezeichnet alle Handlungen, die nach dem islamischen Recht erlaubt sind. Der Markt für halal-konforme Produkte und Dienstleistungen ist weltweit sehr groß und umsatzstark. Eine Vielzahl an Anbietern bedient auch in Deutschland die Nachfrage nach entsprechenden Produkten und Dienstleistungen. Sie nutzen Messen, Veranstaltungen und Infotage, um Interessierte über die Angebote zu informieren. Seitens der Anbieter werden Dienstleistungen und Produkte bekannt gemacht, neue Kunden gewonnen und Kontakte geknüpft. Bezüge zum Salafismus oder Islamismus bestehen in der Regel nicht.

Allerdings wird es für bedenklich angesehen, wenn Veranstalter und Betreiber von Veranstaltungen, Messen und Informationsplattformen im salafistischem Spektrum verwurzelt sind. In den Bereichen wie Mode, Ernährung, Kosmetik, Wellness und Gesundheit werden entsprechende halal-konforme Dienstleistungen überwiegend von Frauen erbracht beziehungsweise Produkte durch Frauen vertrieben. Entsprechende Veranstaltungen und Kontaktbörsen können dazu geeignet sein, religiöse Frauen ohne extremistische Einstellungen mit Islamistinnen zusammenzubringen. Denkbar ist, dass – ähnlich wie beim Dawa-Konzept „Koranverteilung“ – durch so entstehende Kontakte diese Personen an das islamistisch-salafistisch geprägte Gedankengut herangeführt werden könnten.

Diese und ähnliche Ausweichstrategien verdeutlichen die Notwendigkeit, alle Bereiche der salafistischen Szene auch weiterhin intensiv zu beobachten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_extsalaf



Sitz / Verbreitung	Hauptsitz der Vereinsstrukturen in Berlin, Aktivitäten auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern
Gründung / Bestehen seit	1987
Struktur / Repräsentanz	In Deutschland repräsentiert durch die Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD) .
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	NRW: 75
Veröffentlichungen	Englisch- und arabischsprachiges Web-Angebot der Hamas -Kernorganisation; zeitweise deutschsprachige Seite der PGD auf Facebook
Kurzportrait / Ziele	Die sunnitische Hamas (Arabische Abkürzung für: „Bewegung des islamischen Widerstandes“) hat sich aus dem palästinensischen Teil der Muslimbruderschaft entwickelt und wurde mit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Das vorrangige politische Ziel der Hamas ist die „Befreiung“ Gesamtpalästinas und damit implizit die Auflösung Israels als eigenständiger Staat. Das Existenzrecht Israels wird nicht anerkannt, auch wenn moderate Hamas-Politiker dies in der Vergangenheit unter bestimmten Bedingungen bei Verhandlungen in Aussicht stellten.
Finanzierung	In Deutschland: Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **Hamas** ist eine terroristische Organisation, verfügt aber neben ihrem paramilitärischen Arm, den **Izzedin Al-Qassam**-Brigaden, über eine Partei und ein soziales Hilfswerk. Sie ist für zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich. Die Feindschaft gegenüber Israel wird begleitet von einem virulenten Antisemitismus, der auch in der Charta der **Hamas** deutlich zum Ausdruck kommt. Als weiteres Ziel verfolgt die **Hamas** die Errichtung eines „islamischen Staates“, gestützt auf die Ideologie der **Muslimbruderschaft**. Da sich

diese Bestrebungen gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, unterliegen sie nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Am 7. Mai 2016 fand in Malmö / Schweden die 14. Europakonferenz des **Hamas**-nahen **Palestinian Return Center (PRC)** statt. An ihr nahmen bis zu 17.000 Personen teil. Hauptorganisator der Konferenz war **PCR London** mit Unterstützung und in Zusammenarbeit mit der **Palästinensischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)**. Themenschwerpunkt der Konferenz war die Vorstellung neu gegründeter beruflicher Interessenvertretungen der **Hamas**, zum Beispiel Organisationen für Lehrer und Arbeiter in Europa.



Symbol des Palestinian Return Center

Der fortwährende Konflikt zwischen Israel und der **Hamas** im Gaza-Streifen prägte im Berichtszeitraum weiterhin die Aktivitäten der **Hamas**. In Deutschland lebende Hamas-Anhänger initiierten mit Unterstützung der **PGD** zahlreiche Demonstrationen. In Nordrhein-Westfalen fanden Veranstaltungen unter anderem in Dortmund, Essen, Düsseldorf, Bonn und Wuppertal statt. Obgleich die Teilnehmenden teilweise hoch emotionalisiert waren, verliefen die Demonstrationen weitgehend ohne größere Zwischenfälle.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die in NRW lebenden **Hamas**-Anhänger betrachten Deutschland als Rückzugsraum, in dem sich die Organisation darauf konzentriert, Spendengelder zu sammeln, neue Anhänger zu gewinnen und ihre Propaganda zu verbreiten. Zu einem gewaltsamen Auftreten liegen derzeit keine Erkenntnisse vor.

Es bleibt abzuwarten, wie sich der Nahost-Konflikt mit seinen ständig wiederkehrenden Spannungen entwickelt. Es kann grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden, dass es im Falle einer militärischen Zuspitzung des israelisch-palästinensischen Konfliktes zukünftig zu Demonstrationen mit Gewaltpotential von stark emotionalisierten jungen Palästinensern gegen israelische, jüdische oder amerikanische Einrichtungen kommen könnte. Zu gezielt gesteuerten Gewaltaufrufen von der **Hamas** nahestehenden Organisationen und Vereinen in Deutschland liegen keine Erkenntnisse vor.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_hamas](#)

Hizb Allah (Partei Gottes)



Sitz / Verbreitung	Zentren in Münster und Hamburg
Gründung / Bestehen seit	1982
Struktur / Repräsentanz	Seit über 20 Jahren ist das Islamische Zentrum (Imam-Mahdi-Zentrum) in Münster eine Plattform und Begegnungsstätte für Hizb Allah -Anhänger in Nordrhein-Westfalen und im Westen Deutschlands. Weitere Schwerpunkte: Raum Essen / Bottrop, Dortmund und Bad Oeynhausen.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bund: 950 NRW: 105 📈 (nur leichter Anstieg gegenüber Vorjahr)
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait / Ziele	Die paramilitärische schiitische Hizb Allah formierte sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Organisatorisch knüpft sie unmittelbar an die iranische Intervention während des libanesischen Bürgerkriegs an.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Unter iranischem Einfluss in Form von finanzieller und logistischer Unterstützung strebte die **Hizb Allah** in den ersten Jahren die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Muster auf libanesischem Boden an. Sie wurde zu einer militanten Sammlungsbewegung libanesischer Schiiten, die über ein umfangreiches Waffenarsenal – einschließlich schweren Kriegsmaterials – verfügt. Die Organisation hat sich im weiteren Verlauf auf eine pragmatische, auf die Festigung ihres Einflusses bedachte Linie hin ausgerichtet und verfolgt das Ziel einer Anerkennung als gesellschaftlicher und politischer Partner im Libanon. Diesem Ziel ist die **Hizb Allah** durch ihre mittlerweile gesamtgesellschaftliche und politische Verankerung als Widerstandsbewegung im Libanon deutlich näher gekommen. Im Gegenzug musste sie jedoch Teile ihres extremistischen Forderungskataloges aufgeben. Mit ihrer erfolgreichen Teilnahme an der

libanesischen Parlamentswahl gelang es der **Hizb Allah**, die angestrebte Etablierung als von der libanesischen Öffentlichkeit wahrgenommene legalistische Organisation zu verstetigen. Ihre Maximen einer Vernichtung des Staates Israel sowie die Errichtung einer „islamischen Herrschaft“ über Jerusalem sind allerdings bis heute unverändert. Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die **Hizb Allah** auch terroristischer Mittel. Seit Jahren ist sie für Anschläge im nördlichen Israel verantwortlich und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel dar. Bei der **Hizb Allah** handelt es sich weiterhin um eine international gut vernetzte terroristische Organisation, die aufgrund ihrer gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichteten Aktivitäten vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW beobachtet wird.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 2. April 2014 den Verein **Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)** wegen des Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung verboten und aufgelöst. Der Verein hatte über einen längeren Zeitraum im Bundesgebiet Spenden eingeworben und damit weiterhin die in Beirut (Libanon) ansässige **Shahid Stiftung** unterstützt; diese Stiftung war ihrerseits als karitative Einrichtung integraler Teil der israel-feindlichen **Hizb Allah**. Die Vollstreckung des Verbots und in diesem Zusammenhang angeordnete Durchsuchungen erfolgten am 8. April 2014 unter anderem in Nordrhein-Westfalen, weil der Verein seinen Sitz in Essen hatte.

Als Nachfolgeorganisation wurde der Verein **Farben für Waisenkinder** gegründet, der die gleichen Ziele verfolgt, wie der Verein **WKP**. Seit dem 16. November 2015 ist auch **Farben für Waisenkinder** rechtskräftig verboten. Besondere Reaktionen hier ansässiger **Hizb Allah**-Anhänger auf die Verbotsmaßnahme waren auch im Jahr 2016 nicht wahrnehmbar.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Einheiten der **Hizb Allah** kämpfen seit Anfang 2013 in Syrien auf der Seite der Truppen des Regimes von Bashar al-Assad gegen die oppositionellen Verbände. Im April 2013 bestätigte **Hizb Allah**-Generalsekretär Nasrallah in einer Ansprache im **Hizb Allah**-Fernsehsender „Al Manar TV“ zum ersten Mal den Einsatz von Kämpfern der Organisation im syrischen Bürgerkrieg auf Seiten der Regierungstruppen. Wesentliches Hauptziel des Syrieneinsatzes aus Sicht der **Hizb Allah** war und ist der Erhalt Syriens als Verbündeter der **Hizb Allah** und des Iran in der Region des Nahen Osten. Darüber hinaus sollen durch die Unterstützung Syriens auch die Transportwege (beispielsweise für Militärgüter) aus dem Iran nach Syrien und dem Libanon erhalten und geschützt werden. Im Verlauf der nunmehr jahrelangen kriegerischen Auseinandersetzungen in Syrien sieht sich der Libanon und damit auch die **Hizb Allah** mit einem massiven Flüchtlingsstrom konfrontiert. Damit einhergehend kann mit dem Schutz der libanesisch-syrischen Grenze

ein weiteres Ziel der **Hizb Allah** festgestellt werden, das Eindringen von gegen die **Hizb Allah** gerichteten Kräften zu verhindern.

Die schiitische **Hizb Allah**, die mit Iran und dem Assad-Regime in Syrien verbündet ist, hat neben dem Gegner Israel nunmehr auch in der Terrormiliz des sogenannten **Islamischen Staats** sowie anderen salafistisch geprägten Milizen in Syrien und dem Libanon ideologisch noch unerbittlichere Widersacher. Deshalb sorgt der Syrienkonflikt, der inzwischen unter Teilnahme der **Hizb Allah**-Miliz an der Seite des Assad-Regimes stattfindet, für eine zunehmende Verunsicherung hier ansässiger **Hizb Allah**-Anhänger.



Hizb Allah-naher Twitter-Kanal

Unter den in Deutschland lebenden schiitischen Libanesen herrscht ein diffuses Gefühl einer persönlichen Gefährdung. Insbesondere die Sorge vor der Austragung des Konfliktes zwischen Schiiten und Sunniten innerhalb Deutschlands nimmt zu, auch wenn es hierfür bislang keinerlei Anzeichen gibt. Öffentliche Gespräche über die Situation in Syrien und im Libanon werden vermieden – ebenso der persönliche Kontakt zu Sunniten, insbesondere, wenn sie aus dem Libanon oder Syrien stammen. Dementsprechend wurden in Deutschland bisher auch kaum öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie zum Beispiel Demonstrationen, Kundgebungen oder sonstige Solidaritätsveranstaltungen durch **Hizb Allah**-Anhänger organisiert.

Trotz der angespannten Situation sind bisher weder „Ausreisewellen“ von **Hizb Allah**-Anhängern aus Deutschland in die Kampfgebiete noch durch die **Hizb Allah** organisierte Aktionen zur Rekrutierung von Kämpfern aus Deutschland erkennbar. Seit Mitte 2015 gehen allerdings vermehrt

Hinweise auf Kämpfer von schiitischen Milizen unter den in Deutschland aufhältigen Flüchtlingen ein, wobei nur etwa 50 Prozent der Hinweise einen direkten Bezug zur **Hizb Allah** aufweisen.

Bei den Fällen ohne Organisationsbezug handelt es sich primär um in Deutschland beziehungsweise Europa aufhältige Flüchtlinge, die in Syrien oder im Irak an der Seite schiitischer Milizen gegen den IS gekämpft haben sollen. Das Gefährdungspotenzial dieser Fallgruppe lässt sich – mangels näherer Erkenntnisse zu den Personen – nur schwer einschätzen. Dennoch erscheint es unwahrscheinlich, dass von dieser Personengruppe für Deutschland eine unmittelbare Gefahr ausgeht.

Bei den Fällen mit Bezug zur **Hizb Allah** handelt es sich in der Regel ebenfalls um in Deutschland aufhältige Flüchtlinge beziehungsweise Asylbewerber, die Mitglieder der **Hizb Allah** sein oder für die **Hizb Allah** gekämpft haben sollen. Zumeist bestehen Schwierigkeiten, die tatsächlichen **Hizb Allah**-Zugehörigkeiten zu bestätigen, da es sich teilweise um Aussagen von Dritten handelt. Die mutmaßliche Kampferfahrung lässt sich nur in Einzelfällen nachweisen. Bislang liegen keine Erkenntnisse zu geplanten Anschlags- oder Attentatsplanungen dieser Personen in Nordrhein-Westfalen oder Deutschland vor.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_hizballah](#)

Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)



Symbol der **HuT**; Öffentliches Zeigen ist in Deutschland verboten

Sitz / Verbreitung	Regionale Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen derzeit nicht erkennbar
Gründung / Bestehen seit	1952
Struktur / Repräsentanz	In der Bundesrepublik Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	35 →
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait / Ziele	Die Hizb ut-Tahrir (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen Muslimbruderschaft, gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangige Ziele der Organisation sind die Wiedereinführung des 1924 durch die Republik Türkei abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats unter Führung eines Kalifen. Dieser soll die Scharia als Grundlage und Maßstab staatlichen Handelns im Kalifat durchsetzen. Säkulare Staatsformen stehen hierzu im Widerspruch und werden bekämpft. Islam und Demokratie sind für die HuT nicht miteinander vereinbar.

Finanzierung Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **HuT** unterliegt in Deutschland einem Betätigungsverbot. Am 19. Juni 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Klage der HuT gegen das vom Bundesminister des Innern im Januar 2003 ausgesprochene Betätigungsverbot für unzulässig erklärt. Das

Gericht sah es als erwiesen an, dass die **HuT** dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen habe. Sie habe den Sturz von Regierungen in islamisch ausgerichteten Staaten gefordert.

Diese sollen durch ein auf den Regeln der Scharia basierendes Kalifat ersetzt werden. Diese Ziele der **HuT** laufen den Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention zuwider. Die Organisation konnte sich bei ihrer Klage nicht auf das in Art. 11 EMRK bestimmte Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit berufen.

Die **HuT** kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden, aber auch Christen, gelten entgegen der mehrheitlich von islamischen Gelehrten vertretenen Meinung als Ungläubige. Ihre Lebensform sei abzulehnen. Mit ihnen sollte möglichst kein Kontakt gehalten werden, da sie ein Bündnis mit dem Ziel eingegangen seien, den Islam zu zerstören.

Grundlage für die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ist nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW die Agitation gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Öffentliche Veranstaltungen, die der **HuT** zugerechnet werden können, waren im Berichtszeitraum nicht feststellbar. Die Aktivitäten beschränkten sich vielmehr auf konspirative Versammlungen und verdeckte Propaganda für die Ideologie der Bewegung.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **HuT** setzt nicht auf eine islamische Erziehung der Massen, sondern auf die Gewinnung von Eliten für ihre Ideologie. Vor allem Hochschulen gehören zu den Bereichen, an denen die **HuT** ihre konspirative Propagandatätigkeit zur Gewinnung von vorrangig muslimischen Studenten und Akademikern betreibt. Neuerdings scheint die Fokussierung auf Eliten jedoch nicht mehr in dem Maße wie früher aufrechterhalten zu werden. Ob dieser Anschein sich in Zukunft bestätigt oder die Zielgruppe doch wieder akademisch gebildete Personen sein werden, bleibt abzuwarten.



Propaganda-Video der **HuT**

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_hut

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)



Sitz / Verbreitung	Vereinsstrukturen sind verboten, früherer Hauptsitz in Köln
Gründung / Bestehen seit	1984
Struktur / Repräsentanz	Keine offen erkennbaren Strukturen, aber mehrere Gemeinden, die sich weiterhin der Ideologie des Kalifatsstaats verpflichtet fühlen
Mitglieder / Anhänger /	220 in NRW →
Unterstützer 2016	
Veröffentlichungen	Muhacirun (Auswanderer) Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Im Jahre 1984 gründete Cemaleddin Kaplan (1926 – 1995) nach Loslösung von der Milli-Görüs-Bewegung den Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) in Köln. Der Kalifatsstaat war eine am Führerprinzip orientierte und streng hierarchisch gegliederte Organisation. Ziel der Organisation war die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines letzten Anführers Metin Kaplan.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der **Kalifatsstaat** wurde im Jahr 2001 wegen Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung sowie Gefährdung der inneren Sicherheit in Deutschland durch den Bundesminister des Innern verboten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Seit dem Vereinsverbot agieren die verbliebenen Anhänger in Deutschland konspirativ und streben eine Reorganisation an. Allerdings wird diese durch interne Auseinandersetzungen verhindert.

Anlässlich der Feier des muslimischen Neujahrsfestes trafen sich am 2. Oktober 2016 zahlreiche Anhänger des **Kalifatsstaates** in Dortmund.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Es ist auch zukünftig von unterschwellig fortbestehenden Strukturen des **Kalifatsstaats** in Deutschland auszugehen, die sich nach außen nicht zu diesem bekennen. Interne Spaltungen bleiben bestehen. Metin Kaplan wurde im November 2016 aufgrund seiner schweren Erkrankung aus türkischer Haft entlassen. Es bleibt abzuwarten, wie sich seine Freilassung auf die Strukturen des **Kalifatsstaates** in NRW auswirken wird.



Sympathisanten von Metin Kaplan begrüßen im Internet seine Entlassung aus der Haft.

Abwanderungsbewegungen jüngerer Anhänger in den Bereich des extremistischen Salafismus lassen sich weiterhin beobachten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_kalifatsstaat



Sitz / Verbreitung	Hauptsitz in Köln
Gründung / Bestehen seit	1928, in Deutschland seit den 1960er Jahren
Struktur / Repräsentanz	Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD) gehört zu den Gründungsmitgliedern der Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE) , die als Sammelbecken für Organisationen der Muslimbruderschaft in Europa gilt. Seit Ende 2010 hat die IGD ihren Sitz in Köln.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	65 ➔
Veröffentlichungen	Verschiedene Internetseiten und Auftritte in sozialen Netzwerken (auch deutschsprachig).
Kurzportrait / Ziele	Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft (MB) ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Sie verfolgt das Ziel, einen islamischen Staat zu gründen beziehungsweise bestehende Staatssysteme durch Unterwanderung zu übernehmen und in ihrem Sinne umzugestalten.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Ziel der **MB** ist die Umgestaltung der Länder mit islamischer Mehrheitsbevölkerung in Staaten mit islamistischem Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia sowie der islamischen Rechts- und Lebensordnung. Gewalt wird zur Durchsetzung dieses Ziels nicht ausgeschlossen. Sie ist aber kein vorrangiges Mittel. Die **MB** lehnt demokratische Staatssysteme ab, beziehungsweise akzeptiert sie nur als Übergangslösung.

Eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz erfolgt aufgrund der Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung auf § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In Nordrhein-Westfalen sind neben der **IGD** in verschiedenen Städten Vereine mit angeschlossenen Moscheen ansässig, die eine Nähe zur Ideologie der **Muslimbruderschaft** aufweisen. Die Einrichtungen finanzieren sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen sowie dem Verkauf von Publikationen.

Öffentliche Aktivitäten der **IGD** sind allerdings nur bei größeren Veranstaltungen feststellbar, wobei verfassungsfeindliche Äußerungen und Bekenntnisse zur **MB** vermieden werden. Vertreter der Organisationen weisen immer wieder öffentlich darauf hin, dass sich hier lebende Muslime vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze des Gastlandes zu beachten haben. Ein zentrales Ereignis war die 35. Jahreskonferenz der **IGD**, die am 1. Oktober 2016 in Dortmund stattfand. Sie stand unter dem Motto „Gesichter Deutschlands – Das neue Wir!“.

Dort wurde thematisiert, dass man durch die Aufnahme von fast einer Million Flüchtlingen, die größtenteils Muslime seien, vor neuen Aufgaben stünde, die man als Chance und Bereicherung für die Organisation nutzen müsse.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Das am 23. September 2013 durch Gerichtsbeschluss verkündete Verbot der **Muslimbruderschaft** in Ägypten besteht fort. Die ägyptische Regierung hält ihre Einstufung der Organisation als Terrororganisation weiterhin aufrecht und reagiert mit massiver Repression auf deren Aktivitäten. In anderen islamischen Ländern besteht ebenfalls ein hoher Verfolgungsdruck gegenüber Anhängern der jeweiligen nationalen Ableger der **MB**.

Die **IGD** ist bemüht, sich als gemäßigte islamische Organisation darzustellen und versucht zu diesem Zweck als vertrauenswürdiger zivilgesellschaftlicher Akteur aufzutreten. Auf lange Sicht werden die Ereignisse in Ägypten auch Auswirkungen auf die Strukturen der **MB** in NRW zeigen, weshalb die Entwicklung der **IGD** nicht unabhängig von der politischen Situation im Ursprungsland der **MB** betrachtet werden kann.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_mb

Milli Görüş-Bewegung

Sitz / Verbreitung	Türkei / Deutschland
Gründung / Bestehen seit	ca. 1969
Struktur / Repräsentanz	Parteistrukturen der Saadet Partisi mit Zentrale in Köln. Darüber hinaus weiteres Anhängerpotenzial, das sich im Organisationsgrad unterscheidet
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	250 in NRW →
Veröffentlichungen	Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Die ideologischen Wurzeln der Milli Görüş-Bewegung gehen auf die ideologischen Ausarbeitungen und Ideen des am 27. Februar 2011 verstorbenen türkischen Politikers und ehemaligen Ministerpräsidenten der Türkei Prof. Dr. Necmettin Erbakan zurück. Die Kern-Gedanken dieser Ideologie sind die Schlüsselbegriffe „Milli Görüş“ (Nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung). Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt zweigeteilt: Einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische gerechte Ordnung (Adil Düzen), andererseits in die von Menschen entworfene westliche Ordnung mit angeblicher Gewalt, Ausbeutung und Unterdrückung (Batil Düzen – Nichtige Ordnung). Zum „Wohl der Menschheit“ soll diese Zweiteilung überwunden und die westliche Ordnung durch die „gerechte Ordnung“ ersetzt werden. Dabei ist das erste Ziel der „Mission“ von Milli Görüş, diese „gerechte Ordnung“ in der Türkei durchzusetzen. Das Land soll dadurch in jeder Hinsicht erstarken und danach die „Mission“ in die Welt hinausgetragen werden. Trotz eines zum Teil martialischen Vokabulars hat die Milli Görüş-Bewegung innerhalb und außerhalb der Türkei ihre Ziele stets ausschließlich mit politischen Mitteln verfolgt.
Finanzierung	Spenden und Mitgliedsbeiträge

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Umsetzung des „Adil Düzen“-Konzepts als Ziel der politischen Bewegung **Milli Görüş** ist mit den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht vereinbar. Darüber hinaus treten antisemitische Einstellungen sowohl in „Adil Düzen“ als auch bei Äußerungen Necmettin Erbakans und einiger **Milli Görüş**-Funktionäre deutlich zu Tage.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die oben genannten Ziele werden von Teilen der auch in Deutschland aktiven Ableger der Bewegung vertreten. In Nordrhein-Westfalen sind folgende Strukturen festzustellen:

Saadet Partisi (SP)

Unzufrieden mit der abnehmenden Repräsentanz der politischen Dimension der Milli Görüş-Ideologie in der Bundesrepublik entschloss sich die türkische **Saadet Partisi (SP – Glückseligkeitspartei)** zum Aufbau eigener Strukturen in Deutschland und eröffnete am 1. Januar 2015 in Köln die Generalzentrale ihrer Europavertretung.



Einladung zu einer Veranstaltung der **Saadet-Partisi**

Im Jahr 2016 wurden in NRW weitere Veranstaltungen mit **SP**-Politikern ausgerichtet, um für das politische Programm zu werben und Spenden zur Unterstützung der türkischen Mutterorganisation einzuwerben.

Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung)

Die **Erbakan Vakfi** wurde von Fatih Erbakan, dem Sohn Necmettin Erbakans, in der Türkei gegründet. Ihr Ziel ist die Bewahrung von Necmettin Erbakans geistigem Erbe und die Propagierung der von ihm formulierten Ideologie. Dabei tritt die **Erbakan Vakfi** in Konkurrenz zur **SP**, die sich unmittelbar nach der Stiftungsgründung von der **Erbakan Vakfi** distanzierte und ihr den Anspruch streitig macht, als einzig legitimer Vertreter der **Milli Görüs-Bewegung** aufzutreten. Die **Erbakan Vakfi** verfügt ebenfalls über eine Europavertretung in Deutschland und regionale Strukturen in NRW.



Logo einer Lokalvertretung der **Erbakan Vakfi** im Ruhrgebiet



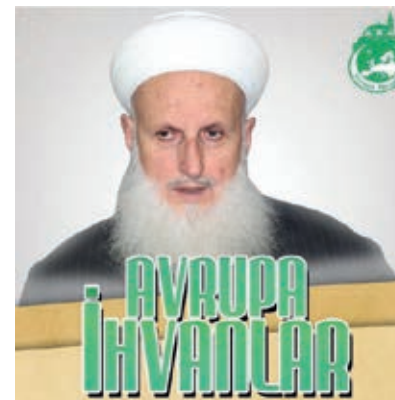
Logo der **Bielefeld Sultan Fatih Genclik**

Bielefeld Sultan Fatih Genclik (BSFG)

Die Organisation **Bielefeld Sultan Fatih Genclik** besteht aus Personen, die der Ideologie der **Milli Görüs-Bewegung** nahestehen und deren Gedankengut öffentlich propagieren.

Ismail Aga Cemaati (IAC)

Die **IAC** ging aus dem islamischen Orden der Naqshbandiya hervor, dem auch der verstorbene Führer der **Milli Görüs-Bewegung** Necmettin Erbakan angehörte. Der europäische Zweig der **IAC** zeigt sich ebenfalls verbunden mit der Ideologie der **Milli Görüs-Bewegung** und der **Saadet Partisi**. Europavertreter der **IAC** ist nach eigenem Bekunden der Prediger Nusret Cayir.



Nusret Cayir (Nusretullah Hoca Effendi)

Cayir agitiert gegen die demokratische Ordnung der Bundesrepublik Deutschland und propagiert die Allgemeingültigkeit der Scharia als konkurrierendes Modell. Im Oktober 2015 wurde er in die Türkei abgeschoben. Seitdem ist er bemüht, mit seinen Anhängern in Deutschland über Video-Botschaften zu kommunizieren.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

SP und **Erbakan Vakfi** werden sich weiterhin um den Ausbau ihrer Strukturen in Deutschland und Nordrhein-Westfalen bemühen. Sie konkurrieren dabei möglicherweise in Teilen um das gleiche Personenpotenzial. Die Zukunft der **IAC** ist hingegen davon abhängig, ob und wie es gelingt, die durch Nusret Cayirs Ausweisung entstandene Lücke zu füllen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_mgb

Islamistische nordkaukasische Szene (INS)

Sitz / Verbreitung	Einzelmitglieder in Deutschland
Gründung / Bestehen seit	1991 als international nicht anerkannte Tschetschenische Republik Itschkerien, seit 2007 Kaukasisches Emirat
Struktur / Repräsentanz	Keine gefestigten Strukturen in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	70 →
Veröffentlichungen	Einzelne Veröffentlichungen im Internet, Austausch in sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Mit dem Zerfall der UdSSR 1991 und im Zuge der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien entstand im nördlichen Kaukasus, vor allem in Tschetschenien, eine separatistische Bewegung mit dem Ziel einer Loslösung von Russland.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Das **Kaukasische Emirat** hat das Ziel, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und im Nordkaukasus einen islamischen Staat zu errichten. Dabei werden auch terroristische Mittel eingesetzt. Im Juni 2013 wurde das **Kaukasische Emirat** durch das Bundesministerium der Justiz als ausländische terroristische Vereinigung eingestuft und eine Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung ausgesprochen.

Deutschland dient den Anhängern der Bewegung primär zur Akquirierung finanzieller und logistischer Unterstützung. Da die Strukturen des **Kaukasischen Emirates** zerfallen und in Deutschland eine sehr heterogene Szene zu beobachten ist, wird in der Berichterstattung des Verfassungsschutzes von der „**islamistischen nordkaukasischen Szene (INS)**“ gesprochen. Die **INS** betreibt in Nordrhein-Westfalen Propaganda für die Bewegung im Nordkaukasus. Sie verfügt hier

über keine festen Strukturen. Einzelne, zum Teil herausragende Personen der **INS** sind in Nordrhein-Westfalen jedoch für die Organisation in überregionalen Zusammenhängen aktiv.

Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet das **Kaukasische Emirat** auf der Grundlage des § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW, da die Bestrebung die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland durch die Anwendung von Gewalt und darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen gefährdet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Insbesondere bei der jüngeren Generation der Tschetschenen sind kaum noch Unterstützungsleistungen für das Kaukasische Emirat wahrnehmbar. So ist seit einiger Zeit eine spürbare Hinwendung zu global-jihadistischen Organisationen, insbesondere zum sogenannten **Islamischen Staat (IS)**, zu beobachten. Eine Orientierung zum Salafismus ist deutlich erkennbar. Anhänger beteiligen sich beispielsweise an Koranverteilungen wie der mittlerweile verbotenen **Lies!**-Kampagne, an Islamseminaren und an Spendensammlungen. In Nordrhein-Westfalen kommt es im Umfeld von tschetschenischen Führungspersonlichkeiten immer wieder zur Radikalisierung junger Männer und zu jihadistisch motivierten Ausreisen. So wurde ein deutscher Konvertit, der sich im Jahr 2013 in Folge seiner Ausreise nach Syrien zeitweise dem **IS** anschloss, am 22. April 2016 vor dem OLG Düsseldorf wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung **IS** zu einer mehrjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Zukunft des **Kaukasischen Emirates** ist seit dem Tod seines letzten Emirs Magomed Suleymanov (Alias-Name: Abu Usman Gimrinski) im August 2015 ungewiss. Es gilt seitdem als führungslos. Ein Nachfolger ist nicht in Sicht. Aufgrund fehlender Führungspersonlichkeiten sind sowohl beim Überbleibsel des **Kaukasischen Emirates** als auch bei der im Juni 2015 gegründeten administrativen Einheit „Provinz Kaukasus“ des **IS** keine klaren Strukturen erkennbar.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Durch die anhaltende Schwächung und den Machtverlust des sogenannten **Islamischen Staates** in den Jihad-Gebieten Syrien / Irak sowie nicht absehbaren gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in Russland, ist mit einem Anstieg der tschetschenischen Diaspora in Deutschland zu rechnen. Ein erhöhtes Radikalisierungspotenzial von Teilen der extremistischen tschetschenischen Szene in Nordrhein-Westfalen ist nicht auszuschließen. Die Verbindungen zu jihadistischen, salafistischen Netzwerken werden dadurch voraussichtlich noch enger.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_ins](#)

Türkische Hizbullah (TH)



Sitz / Verbreitung	Türkei
Gründung / Bestehen seit	1979 in Diyarbakir
Struktur / Repräsentanz	Mehrere Gemeinden in NRW, die sich jedoch nicht offen zur TH bekennen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	100 in NRW →
Veröffentlichungen	Publikationen: Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft), (Warnung), Dogru Haber (Richtige Nachricht), Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakir), Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in eigenen Worten); Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Anfang der 1980er Jahre bildeten sich unter sunnitischen Kurden in der Türkei Gruppierungen heraus, die für die Errichtung einer auf strikter Befolgung von Koran und Scharia gegründeten „islamischen Herrschaft“ eintraten und sich gegen den säkularen türkischen Staat wandten. Aus einer dieser Gruppierungen entwickelte sich die Hizbullah (Partei Gottes), die vor allem seit Beginn der 1990er Jahre zur Erreichung ihrer politischen Ziele gegen interne Abweichler, gegen die marxistische kurdische Separatistenorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) , gegen liberale Journalisten und gegen Vertreter des türkischen Staates Gewalt anwendete. Im Januar 2000 wurde Hüseyin Velioglu, der Anführer der sogenannten Türkischen Hizbullah , in Istanbul bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. Dieser Vorfall und weitere Exekutivmaßnahmen der türkischen Polizei, bei denen mehrere Funktionäre der Organisation und zahlreiche Mitglieder festgenommen und inhaftiert wurden, führten zu einer empfindlichen Schwächung der Hizbullah. Zugleich wurde aus Papieren und Videoaufzeichnungen, die in ihren Archiven gefunden wurden, deutlich, in welchem großem Ausmaß die

Organisation Entführungen, Morde und andere Gewalttaten verübt hatte.

Zahlreiche Aktivisten der **TH** setzten sich daraufhin nach Europa und insbesondere nach Deutschland ab.

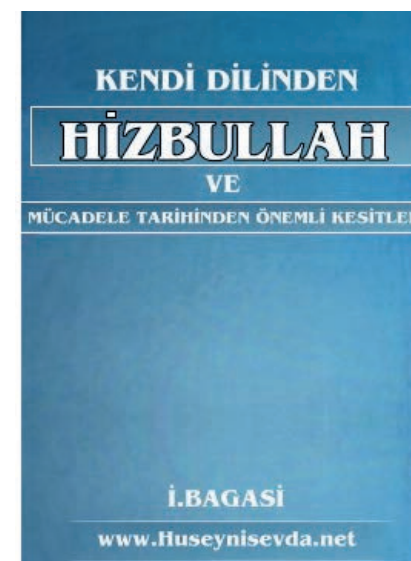
Finanzierung

Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In der 2004 erschienenen Schrift **Kendi Dilinden Hizbullah** stellt ihr Verfasser, ein Funktionär der **Türkischen Hizbullah**, die Verbrechen der Organisation als Akt der Selbstverteidigung dar. Der Autor beschreibt zwei Entwicklungsphasen: Die erste Phase habe von 1979 bis 1991 gedauert. Es stand die Propagandatätigkeit, Anhängerergewinnung, Strukturierung und Schulung im Vordergrund. Eine zweite Phase folgte von 1991 bis 2000. Sie zeichnete sich durch den bewaffneten Kampf gegen die **PKK**, interne Abweichler und den türkischen Staat aus.

In ihrer Zielsetzung verbindet die **Türkische Hizbullah** eine islamistische mit einer kurdisch-nationalen Agenda. Im ideologischen Hauptwerk **Kendi dilinden Hizbullah** sind die Grundprinzipien der **TH** dargelegt. Die **Türkische Hizbullah** sieht die Uneinigkeit der islamischen Welt und



„Kendi dilinden Hizbullah“, ideologisches Hauptwerk der **TH**

die Herrschaft nicht-islamischer Regime als Ursache aller Probleme an. Ihr erklärtes Ziel ist, dies zu ändern und den Islam zur Herrschaft zu bringen. Zu ihren Feindbildern gehören neben den internen Abweichlern, der **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und der Republik Türkei auch die „imperialistischen“ und „zionistischen Mächte“, also die westliche Staatengemeinschaft und Israel. Sie werden für die Unterdrückung der Muslime verantwortlich gemacht. Hauptziel der **TH** ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines islamistischen Regimes.

Im Januar 2012 veröffentlichten **TH**-nahe Internetseiten ein Manifest, dass die Gruppe auf eine neue ideologische Grundlage stellte. Darin wird unter anderem klargestellt, dass man die an-



Webseite der TH, die das Manifest der Gruppierung veröffentlichte

visierten Ziele nur noch gewaltfrei und auf legalem Wege erreichen wolle. Eine „Schädigung der Muslime“ oder die Besetzung „islamischen Bodens“ wolle man jedoch nicht hinnehmen und werde in solchen Fällen vom legitimen Recht der Selbstverteidigung Gebrauch machen. Zentrales Ziel der **TH** bleibt jedoch nach wie vor eine islamische Herrschaftsordnung, weshalb in dem erwähnten Manifest auch jene Regierungen, die dem Islam nicht im gebotenen Umfang Geltung verschaffen, als unislamisch bezeichnet werden. Das Manifest kann somit als offizielle Abkehr von den gewaltsamen Aktivitäten der 1990er-Jahre gedeutet werden und belegt insofern einen faktisch bereits lange vorher vollzogenen Strategiewandel. Zugleich wird aber auch sehr deutlich, dass damit keine Abkehr von der extremistischen Zielsetzung einhergeht.

Die Beobachtung der **TH** stützt sich wegen Bestrebungen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Gedanken der Völkerverständigung auf § 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 4 VSG NRW.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Deutschland dient der **TH** nach wie vor als Rückzugsraum, in dem sie nicht offen auftritt. Unter dem Deckmantel religiöser, kultureller oder künstlerischer Veranstaltungen wird jedoch weiterhin eine extremistische Agenda verfolgt. Hauptziel ist dabei die Rekrutierung neuer Mitglieder und das Sammeln von Spenden zur Unterstützung der Anhänger in der Türkei.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Im Jahr 2016 waren keine Anzeichen dafür zu erkennen, dass die **TH** ihre bisherige Vorgehensweise in Nordrhein-Westfalen ändert oder in Zukunft ändern wird.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_th



Sitz und Verbreitung	Zentrale: Adana (Türkei) Deutschland: Zentren in Dortmund und Hamburg
Gründung / Bestehen seit	1994 – Gründung der Furkan Vakfi (Furkan Stiftung) in der Türkei, in NRW seit etwa 2011 vertreten 2015 – Gründung des Furkan Kultur- und Bildungszentrums e.V. in Dortmund
Struktur / Repräsentanz	Hierarchische Gliederung, an deren Spitze die Führung in der Türkei steht.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	rund 25
Veröffentlichungen	Zeitschrift Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan) Verbreitung von Inhalten über die eigene Internetpräsenz, über Videoplattformen und in sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die Furkan Stiftung für Bildung und Dienstleistungen (Furkan Eğitim ve Hizmet Vakfi) wurde durch den türkischen Bauingenieur Alparslan Kuytul gegründet. Er ist bis heute ihre charismatische Führungsfigur. Die Organisation verfolgt das Ziel, eine „Islamische Zivilisation“ (Islam Medeniyet) zu begründen, die wesentlich durch das islamische Recht geprägt sein soll und im Widerspruch zu sämtlichen anderen Zivilisationsmodellen stehe. Zur Umsetzung bemüht sich die Bewegung um die Ausbildung und Schulung einer „Vorreiter Generation“ (Öncü Nesil). Sie soll als gesellschaftliche Avantgarde auf das Ziel hinwirken.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge, Spenden, Eintrittsgelder, Erlöse aus Veranstaltungen

Die Anhänger der **Furkan-Gemeinschaft** orientieren sich auch in Deutschland vor allem an den Lehren Alparslan Kuytuls, der in den Medienangeboten der Bewegung omnipräsent ist. Sein zentrales Anliegen ist die Rückkehr zu einer „Islamischen Zivilisation“. Diese soll sich ausschließlich an Koran und Sunna (prophetische Tradition) orientieren und Gott das ihm zustehende Recht zur Herrschaft einräumen. Dieses Religionsverständnis kollidiert mit bestehenden Strukturen staatlicher Ordnung. Die **Furkan-Gemeinschaft** geht davon aus, dass die Demokratie die Rechte Allahs vereinnahmt, und die Teilhabe am politischen Prozess zu Kompromissen zwingt, die im Widerspruch zu Gottes Gesetzen stünden. Sie dürften keinesfalls eingegangen werden. Aus dieser Auffassung resultiert eine prinzipielle Ablehnung der Demokratie, die sich auch im Verbot der Teilnahme an Wahlen widerspiegelt, während zugleich der „Westen“ zum Feindbild stilisiert wird.

Als religiöse Erneuerungs-Bewegung richtet sich die **Furkan-Gemeinschaft** zunächst vor allem an Muslime. Sie ruft diese dazu auf, ihren Glauben aktiv zu leben und aus einer religiösen Motivation heraus als „Vorreiter-Generation“ zu wirken, indem sie auf die Verwirklichung der „Islamischen Zivilisation“ hinarbeiten. Zu diesem Zweck solle nicht nur das Wissen über die Religion vertieft werden, sondern es sollen auch modernste wissenschaftliche Erkenntnisse geläufig sein.

Den Einsatz von Gewalt verneint Kuytul nicht prinzipiell, schließt ihn zum jetzigen Zeitpunkt jedoch aus. Ihm erscheine die Anwendung von Gewalt im Augenblick lediglich für die Befreiung „muslimischer Länder“ gerechtfertigt.

Als Bewegung, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet, unterliegt die **Furkan-Gemeinschaft** nach § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Anspruch, eine Vorreiter-Generation ausbilden zu wollen, spiegelt sich auch in den Aktivitäten der **Furkan-Gemeinschaft** in Nordrhein-Westfalen wider. Sie engagiert sich primär im Bereich der islamischen Bildung und bietet wöchentliche Unterrichtseinheiten sowie längere Seminare an, in denen neben klassischen Inhalten islamischer Gelehrsamkeit insbesondere die Positionen Kuytuls vermittelt werden. Islamische Feiertage bieten zudem Anlässe für besondere Angebote.

Das herausragende Ereignis im Berichtszeitraum war zweifellos der Besuch von Alparslan Kuytul. Er machte bei seiner Besuchsreise durch Europa neben Kopenhagen, Hamburg und Berlin



Einladung zur Konferenz am 16. Mai 2016 in Dortmund, bei der Alparslan Kuytul als Redner aufgetreten ist

auch in Dortmund Station. Dabei eröffnete er persönlich das neue **Furkan Kultur- und Bildungszentrum** in der Stadt. Außerdem redete er bei einer Hallenveranstaltung am 16. Mai 2016 vor mehreren hundert Anhängern.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die **Furkan-Bewegung** ist straff organisiert und auf die zentrale Führungspersönlichkeit Alparslan Kuytul ausgerichtet. Von den Mitgliedern werden Unterordnung und Gehorsam eingefordert, wobei ein Engagement für die Gemeinschaft als religiös besonders verdienstvoll angesehen wird. Es ist davon auszugehen, dass die Furkan-Gemeinschaft weitere Expansionspläne nachhaltig und mit massivem Einsatz verfolgt. Zielpublikum dürften vor allem Personen mit türkischen Sprachkenntnissen sein. Medienangebote werden aber auch zunehmend übersetzt, um auch deutschsprachige Personen zu erreichen.

Die inhaltliche Ausrichtung der **Furkan-Gemeinschaft** dürfte auch in Zukunft maßgeblich durch Kuytul bestimmt werden. Wie sich diese ideologische Abhängigkeit von der türkischen Zentrale auf die hiesigen Zweigstellen auswirken wird, bleibt abzuwarten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_furkan

Scientology Organisation (SO)

Scientology Organisation (SO)

Sitz / Verbreitung	Zentrale der Scientology Organisation (SO) : Los Angeles (USA) Bundesweit: Niederlassungen unter anderem in Berlin, München, Hamburg, Hannover, Frankfurt NRW: Scientology Kirche Düsseldorf und Celebrity Center
Gründung / Bestehen seit	Die Church of Scientology wurde 1953 durch Lafayette Ron Hubbard (LRH) in den USA gegründet; erste deutsche Niederlassung 1970 in München, Niederlassungen in Düsseldorf seit den 80er Jahren
Struktur / Repräsentanz	Strikter hierarchischer Aufbau und Strukturen mit totalitärem Anspruch; Steuerung durch David Miscavige (Nachfolger von Hubbard) aus den USA; Unterstützung durch Finanzmittel und politische Einflussmöglichkeiten innerhalb der USA; diverse kontinentale Verbindungsbüros zur Kontrolle der Arbeit in den einzelnen Ländern; Vorsitzender in Deutschland ist Helmuth Blöbaum
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2016	Bund: ca. 3.500 → NRW: ca. 420 → SO gibt die Zahl ihrer Anhänger in Deutschland selbst mit rund 12.000 Personen an
Veröffentlichungen	Internationale Publikationen: unter anderem Impact , Scientology News , Celebrity , Source , Freewinds , OT-Universe , The Aditor , Advance Deutschsprachige Publikation: Freiheit In Nordrhein-Westfalen verbreitete Publikation: Kompetenz
Kurzportrait / Ziele	Die Ziele der SO wurden durch den Gründer LRH festgelegt. Nach der Ideologie der SO sind seine Lehren unabänderlich und bindend. Eines seiner formulierten Ziele ist „Clear Planet“. Dies bedeutet, dass alle Menschen der scientologischen Gesellschaft angehören sollen. Hieraus kann der Schluss gezogen werden, dass die SO so etwas wie eine Weltherrschaft anstrebt.

Scientologen teilen die Gesellschaft in „Nichtabberierte“ und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen) auf. Letztere sind nach ihren Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten einzuschränken. Eines der großen Themen in der **SO** ist die Expansion, auf welche die Mitglieder kontinuierlich eingeschworen werden und zu deren Erreichung **SO** versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu nehmen. Dabei tritt **SO** nicht immer offen auf, sondern verbirgt sich häufig bei ihren Aktivitäten hinter einer ihrer zahlreichen Tarnorganisationen. Zu diesen Tarnorganisationen gehören unter anderem **Der Weg zum Glücklichen**, **Jugend für Menschenrechte** und **Sag nein zu Drogen**. Mit professionellen Internetpräsenzen und Themen wie zum Beispiel Drogen und Menschenrechte sprechen sie insbesondere Jugendliche an und nutzen das Internet, um außerhalb der Einflussmöglichkeit der Erziehungsberechtigten mit ihnen Kontakt aufzunehmen. Die Zugehörigkeit einer Tarnorganisation zur **SO** ist nur schwer erkennbar. Deren hochwertig gestaltete Broschüren werden verteilt, beziehungsweise an gut zugänglichen Stellen wie Beratungsbüros, Geschäften und Praxen auch mit Zustimmung der Verantwortlichen, die den Zusammenhang mit **SO** nicht erkennen, ausgelegt.

Finanzierung	Durchführung von kostenpflichtigen Kursen und Vertrieb von Kursmaterialien im Zusammenhang mit der Verbreitung der Scientology-Ideologie; Spendengelder. Insoweit wird oft ein erheblicher Druck auf Mitglieder ausgeübt.
--------------	---

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **SO** ist seit 1997 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Die Lehre der **SO** stellt eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Konsequenzen der Lehre sind Einschränkungen wesentlicher Grund- und Menschenrechte (wie Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung), zudem wird eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen angestrebt. Zur Erreichung ihrer Ziele versucht die Organisation zumeist verdeckt Gesellschaft, Wirtschaft und Politik zu beeinflussen.

Mit der Entscheidung des OVG Münster vom 12. Februar 2008 ist die Rechtmäßigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz festgestellt worden. Das Gericht bestätigte die Auffassung des Verfassungsschutzes, dass die Lehre der **Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)** und der **Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)** eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nach wie vor haben die Schriften des Gründers L. Ron Hubbard zur Schaffung einer Gesellschaft nach scientologischen Vorstellungen Gültigkeit. Sie werden von der **SO** in Deutschland auch weiterhin vertrieben und vermittelt. Die Steuerung in das Bundesgebiet übernimmt der als Dachverband fungierende **SKD** mit Sitz in München.

Die **SO** unternimmt somit weiterhin Anstrengungen, eine gesellschaftliche Anerkennung zu erreichen und in Deutschland zu expandieren. Im Jahr 2016 konnte sie ihrem Ziel, die scientologische Gesellschaft in Deutschland zu etablieren, jedoch nicht näher kommen. Die allgemeinen Mitgliederzahlen in Deutschland stagnieren bei rund 3.500 Personen, in Nordrhein-Westfalen sind sie eher rückläufig.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

An der Gefahreneinschätzung bezüglich der Organisation, die durch das OVG Münster im Jahr 2008 formuliert wurde, hat sich nichts geändert. **SO** wendet nach wie vor die gleichen Mittel zur Erreichung ihrer Ziele an. Insbesondere die Umwerbung Jugendlicher unter dem Deckmantel von guten Taten (Aufklärung über Menschenrechte, Förderung von Toleranz und Frieden, Kampf gegen Drogen) ist perfide durchdacht. Die Kontaktaufnahme von Jugendlichen zur **SO** erfolgt ebenso einfach wie schnell, es reicht oftmals eine E-Mail oder das Ausfüllen eines Online-Kontaktformulars. Zudem nutzt **SO** vermehrt soziale Netzwerke zur Pflege ihres Images und zur Mitgliederwerbung. Dabei dient das Internet grundsätzlich als Werbe- und Propagandaplattform. Durch den leichten Zugang und kostenlose Online-Angebote versucht die **SO** insbesondere junge Menschen zu erreichen und als Interessenten zu gewinnen. Ziel ist dabei, diese zu einem späteren Zeitpunkt an kostenintensive Kurse heranzuführen. Es kann davon ausgegangen werden, dass die Entwicklung der **SO** im Bereich moderner Kommunikationsmedien weiter vorangetrieben wird.

Weiterhin versucht die **SO** ihre Einflussmöglichkeiten durch Unterwanderung der Wirtschaft zu vergrößern. Hierzu nutzt sie den eigenen Wirtschaftsverband **World Institute of Scientology Enterprises (WISE)** sowie eigene Organisations- und Managementstrategien. Durch geschicktes und verdecktes Marketing nähert sie sich Firmen, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen. Auf diese Weise soll sukzessive die Infiltration der Wirtschaft voranschreiten und der Einfluss der Organisation ausgebaut werden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.im.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_so

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden	232
Aufklärung und Abwehr von Proliferation	240
Wirtschaftsspionage	244

Das Interesse ausländischer Nachrichtendienste an Informationen über politische Vorhaben und Ziele, Verhandlungspositionen und Strategien sowie wirtschaftliche Planungen und militärische Potenziale in Deutschland und Nordrhein-Westfalen war im Jahr 2016 weiterhin hoch. Beleg dafür sind zahlreiche Versuche ausländischer Nachrichtendienste, Kontakt mit Gesprächspartnern in der nordrhein-westfälischen Politik und Wirtschaft aufzunehmen. Im Berichtsjahr war zudem zu beobachten, dass ausländische Nachrichtendienste verstärkt Beschäftigte von Behörden ansprechen, um Informationen abzugreifen.

Beschaffungsstellen in einschlägigen Staaten bemühten sich zudem, proliferationsrelevante Güter verdeckt in Nordrhein-Westfalen einzukaufen. Dies sind in der Regel sogenannte Dual-use-Produkte, die sich sowohl für zivile als auch für militärische Zwecke nutzen lassen. Getarnt werden die nicht zugelassenen Beschaffungen üblicherweise über ein auf mehrere Länder verteiltes Netzwerk aus Tarnfirmen und Strohmännern. Der eigentliche Empfänger soll dabei unerkannt bleiben. Die Spionageabwehr konnte im Berichtsjahr 32 dieser Beschaffungsversuche beobachten. In der überwiegenden Zahl der Fälle konnte eine Auslieferung verhindert werden.

Die Zahl gezielter und qualitativ hochwertiger Cyberangriffe auf deutsche Unternehmen lag im Jahr 2016 erneut auf einem hohen Niveau. Die Angreifer hatten es dabei auf Unternehmensnetzwerke und Kontrollsysteme der Industrie abgesehen. Im Fokus stehen insbesondere klei-

ne und mittlere Unternehmen, die sich häufig durch innovative Produkte und ein besonderes Know-how auszeichnen. Die Unternehmensleitungen sind gefordert, einen ausreichenden Schutz gegen elektronische Angriffe zu implementieren und die Beschäftigten auf allen Ebenen für die Gefahren zu sensibilisieren. Mit der Veranstaltungsreihe „Unternehmenssicherheit ist Chefsache“ richtete sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz zusammen mit den Kooperationspartnern der Sicherheitspartnerschaft NRW daher gezielt an Entscheider in Unternehmen. Die ersten vier sogenannten Entscheider-Dialoge fanden im Herbst 2016 mit sehr guter Resonanz in unterschiedlichen Regionen des Landes statt. Neben dieser Reihe konnte der Verfassungsschutz mit zahlreichen Einzelgesprächen und Vorträgen in Unternehmen, Verbänden und Organisationen auch im Jahr 2016 seine intensive Beratungs- und Sensibilisierungsarbeit fortführen.

Spionage – Auftraggeber, Ziele und Methoden

Spionage bietet Regierungen die Möglichkeit, sich einen Informationsvorsprung zu verschaffen, um eigene politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche oder militärische Ziele im In- und Ausland zu erreichen. Sie verschafft sich Zugang zu Informationen, die eine Einschätzung politischer Positionen und wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit des jeweiligen Staates sowie der militärischen Leistungsfähigkeit gegnerischer Bündnisse ermöglichen. Deutschland steht wegen seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung im besonderen Fokus ausländischer Nachrichtendienste.

Beschaffungsbemühungen zielen auf unautorisierten Transfer wissenschaftlich-technischen Know-hows sowie auf Informationen über politische Vorhaben, Krisenmanagement und Handlungsstrategien ab. Wegen seines politischen Gewichts innerhalb der Bundesrepublik besteht auch an Nordrhein-Westfalen ein großes nachrichtendienstliches Interesse. Zudem ist das Land ein herausragender Innovations- und Wirtschaftsstandort mit mehr als 70 Universitäten und Fachhochschulen sowie mehr als 50 Technologiezentren.

Methoden der Spionage

Fast 90% der für Nachrichtendienste interessanten Informationen lassen sich offen über das Internet und andere Medien, durch den Besuch von Messen, bei gegenseitigen Delegationsbesuchen sowie durch geschickte Gesprächsführung mit Informations- und Wissensträgern erlangen. Dazu müssen nicht einmal aufwändige nachrichtendienstliche Operationen durchgeführt werden.

An die verbleibenden rund zehn Prozent versuchen Nachrichtendienste mit verdeckten Methoden zu gelangen. Das Spektrum reicht von der Herbeiführung und Kultivierung zunächst unverdächtigter Kontakte mit dem Ziel einer direkten oder indirekten Abschöpfung der Kontaktpersonen bis hin zu einer konspirativen Vorgehensweise, bei der Personen beispielsweise mit falschem Namen und Angaben zum eigenen Lebenslauf (sogenannte Legende) aktiv sind. Es kommt dabei in der Regel nicht auf die Hierarchieebene der Zielpersonen an. Manchmal geht es lediglich darum, Zugang zu einem interessanten Bereich zu erhalten. In selteneren Fällen zielen Nachrichtendienste auch darauf ab, einen belastenden Umstand – ein sogenanntes Kompromat – zu schaffen, mit dem der jeweilige Informations- und Wissensträger erpressbar gemacht werden soll. Diese Methode wird vorrangig im Ausland, beispielsweise bei Geschäftsreisenden, angewendet.

Nachrichtendienste nutzen zur Spionage aber auch die vielfältigen Möglichkeiten, die sich durch die rasanten Entwicklungen in der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie durch die zunehmende Vernetzung und Digitalisierung ergeben. Elektronische Angriffe auf Rechnersysteme mit hochsensiblen Daten bieten hohe Erfolgsaussichten und lassen sich mit geringem Entdeckungsrisiko durchführen. Typische Angriffsmethoden sind das verdeckte Einschleusen von Schadsoftware (Trojanern) über E-Mails, über manipulierte Downloads („Drive-by-downloads“), über präparierte Datenträger oder auf dem Umweg über privates, aber beruflich genutztes Equipment von Mitarbeitern („Bring-your-own Devices“, beispielsweise USB-Sticks, Smartphones, Tablets). Außenstehenden gelingt es auf diesen Wegen, in Systeme einzudringen und Daten zu entwenden oder Systeme zu manipulieren. Mit dem digital operierenden „Spion 4.0“ lässt sich zudem bereits seit längerem eine neue Qualität in der Spionage feststellen.

Der Mensch stellt jedoch stets die größte Sicherheitslücke dar. Diese lässt sich auch durch eine noch so ausgefeilte materielle Absicherung über Firewalls, Anti-Viren-Programme, Passwortschutz oder Zugangsregelungen nicht schließen. Nachrichtendienste setzen über sogenanntes „Social Engineering“ an dieser Stelle an. Sie versuchen das Vertrauen eines Unternehmensangehörigen zu gewinnen, um über diesen Kontakt Zugang zu Systemen zu erhalten. Erkenntnisse belegen, dass aber auch der Spion am Kopierer und mit der Kamera am Zielobjekt weiterhin im Einsatz ist. Wachsamkeit sollte daher auch in diesem Punkt weiter bestehen.

Die Zahl nachrichtendienstlichen Personals in sogenannten Legalresidenturen im Bundesgebiet ist auch im europäischen Vergleich anhaltend hoch. Dies verdeutlicht und belegt das hohe Interesse an Informationen aus Deutschland. Legalresidenturen sind getarnte Stützpunkte ausländischer Nachrichtendienste, insbesondere in den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, bei staatsnahen Unternehmen oder bei Medienagenturen. Von dort aus entwickelt das nachrichtendienstliche Personal über eigens bereitgestellte Tarndienstposten die geheimdienstlichen Aktivitäten.

Der Einsatz von sogenannten Illegalen dient ebenfalls der Verschleierung nachrichtendienstlicher Tätigkeiten. Dabei handelt es sich um Personen, die als Nachrichtendienstoffiziere von der Zentrale des ausländischen Nachrichtendienstes unter einer Falschidentität eingeschleust werden und häufig über viele Jahre in Deutschland unauffällig leben. Unter diesem Deckmantel führen sie teilweise aufwendige nachrichtendienstliche Operationen aus.

Erkenntnisse der Spionageabwehr

Die Spionageabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes beobachtet im Rahmen einer 360-Grad-Aufklärung eine Vielzahl hier tätiger ausländischer Nachrichtendienste. Hauptakteure sind die Nachrichtendienste der Russischen Föderation, der Volksrepublik China, der

Islamischen Republik Iran und der Türkei. Die Beschaffungsbemühungen der Dienste richten sich nach wie vor auf die klassischen Zielbereiche Politik, Militär und Wirtschaft.

Im Jahr 2016 wurden erneut zahlreiche Kontaktversuche ausländischer Nachrichtendienste mit Gesprächspartnern in Nordrhein-Westfalen aus Politik und Wirtschaft bekannt. Die nordrhein-westfälische Spionageabwehr führt Sensibilisierungsgespräche mit potenziellen oder aktuellen Gesprächspartnern erkannter Nachrichtendienstoffiziere. In den Fällen, in denen ein Gesprächspartner von sich aus eine nachrichtendienstliche Verstrickung annimmt, wird geraten, mit der Spionageabwehr ein Gespräch zu führen.

Russische Föderation

Die russische Regierung setzt auch weiterhin auf die zielgerichtete Beschaffung von Informationen und Gütern durch ihre Nachrichtendienste. Als elementarer Bestandteil der russischen Sicherheitsarchitektur unterstützen sie wirksam bei der Vorbereitung und Realisierung politischer Vorhaben im In- und Ausland. Sie genießen im russischen Staatsgefüge einen hohen Stellenwert, Führungspositionen werden entsprechend besetzt.

Die Nachrichtendienste der russischen Föderation interessieren sich für politische Strategien sowohl auf nationaler, als auch auf europäischer Ebene. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Energiepolitik.

Die mit dem Ukraine-Konflikt einhergehenden Sanktionen der Europäischen Union schränken die russische Wirtschaft stark ein. Das Land hält dennoch an seinem Ziel fest, wirtschaftlich zu einer der fünf größten Volkswirtschaften aufzusteigen. Diese Zielvorgabe ist mit dem Streben verbunden, die russische Rüstungsproduktion wieder zu einem herausragenden Wirtschaftsfaktor zu machen und gleichzeitig Russland wieder als militärischen Machtfaktor zu unterstreichen. Die Nachrichtendienste haben den Auftrag, bei der Umsetzung zu unterstützen.

An einen Teil der nachrichtendienstlich interessanten Informationen gelangen die russischen Nachrichtendienste über offen zugängliche Quellen. Sie werten dazu beispielsweise Medien und das Internet aus. Schützenswerte Informationen werden nach gezielter Kontaktaufnahme zu Wissensträgern aus Politik und Wirtschaft bei Gesprächen abgeschöpft, die beispielsweise beim Besuch von Messen und Fachkongressen oder bei gegenseitigen Delegationsbesuchen geführt werden. Kontaktaufnahmen finden dabei häufig unter Legende oder unter Vorspiegelung einer zum Kontakt passenden vordergründigen Interessenlage statt. Im Berichtsjahr 2016 hat es auch in Nordrhein-Westfalen wieder Hinweise auf derartige Kontaktversuche gegeben. In diplomatischen und konsularischen Vertretungen, den sogenannten Legalresidenturen, sind Angehörige der Nachrichtendienste getarnt eingesetzt. Das gilt zudem für einige russische Unternehmen, die ihren Sitz in Deutschland haben, darunter auch in Nordrhein-Westfalen. Die nach wie vor hohe Personalstärke lässt auf die Bedeutung dieser Einrichtungen schließen.

An Informationen, die über menschliche Quellen nicht zu beschaffen sind, versuchen die russischen Nachrichtendienste über elektronische Angriffe heranzukommen. Dies gilt auch für das Berichtsjahr 2016, in dem die Dienste mit hoher Professionalität erneut Cyber-Angriffe gegen Behörden und Wirtschaftsunternehmen in Deutschland ausgeführt haben.

Kostenloses Angebot des Verfassungsschutzes

Zur Sensibilisierung vor den Gefahren nachrichtendienstlicher Tätigkeit führt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf Wunsch und auch unabhängig von konkreten Verdachtsfällen Informationsveranstaltungen für interessierte Unternehmen und Organisationen durch. Im Einzelfall berät er vertraulich, wenn sich Anhaltspunkte für den Verdacht eines Angriffs durch einen fremden Nachrichtendienst ergeben.

Anfragen mit der Bitte um Kontaktaufnahme können an kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de gerichtet werden.

Mit Social Engineering sorgfältig vorbereitet finden Trojaner oftmals zielsicher ihren Weg in die Rechnersysteme und ziehen dort die benötigten Informationen ab.

Vor besondere Herausforderungen stellt die deutschen Abwehrbehörden eine Strategie, bei der nicht nur die klassische

Spionage im Vordergrund steht: Die sogenannte hybride Kriegsführung schließt aktive Desinformationskampagnen sowie gezielte Cyber-Angriffe ein. Die Spionageabwehr beobachtet seit längerem russische Propaganda- und Desinformationsaktivitäten, bei denen zielgerichtet Meinungsbildung und Entscheidungsprozesse in Politik und Gesellschaft beeinflusst werden sollen. Es wird dabei unter anderem versucht, gesellschaftliche Gruppierungen in Deutschland für die Ziele Russlands zu instrumentalisieren. Das manipulative Interesse bezieht sich vorrangig auf innenpolitische Themen, aber auch auf außenpolitische strategische Planungen. Elektronische Angriffe dienen der Sabotage sogenannter kritischer Infrastrukturen. Die sind Einrichtungen mit wichtiger Bedeutung für das staatliche Gemeinwesen wie beispielsweise zur Wasser- und Stromversorgung oder zur Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen. Der flächendeckende Stromausfall in der West-Ukraine im Dezember 2015, der das öffentliche Leben weitgehend zum Stillstand brachte, wird auf einen solchen Cyber-Angriff zurückgeführt. Die Anwesenheit und der Einsatz ungekennzeichneter, militärisch agierender Truppen ergänzt diese Strategie im jeweiligen Krisengebiet.

Die russischen Nachrichtendienste sind klassisch dreigeteilt gegliedert in einen Inlands-, Auslands- und militärischen Nachrichtendienst, wobei sich die Zuständigkeiten im Einzelfall überschneiden. Die folgenden Dienste sind auch in Deutschland aktiv:

► Inlandsnachrichtendienst – FSB

Der FSB ist unter anderem für die zivile und militärische Spionageabwehr zuständig sowie für

die Bekämpfung von Terrorismus und organisierter Kriminalität. Zur Aufgabenerfüllung führt er auch Einsätze im Ausland aus. Aufgrund der Zuständigkeit für den Grenzschutz ist der Dienst zur Kontrolle aller ein- und ausreisenden Personen berechtigt.

► Ziviler Auslandsnachrichtendienst – SWR

Der SWR ist vorrangig für die Aufklärung in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie zuständig. Zudem forscht er die Arbeitsmethoden und Aktivitäten fremder Nachrichtendienste aus. Der Dienst leistet elektronische Aufklärung und wirkt bei der Bekämpfung der Proliferation und des Terrorismus mit. Operationen werden zentral aus Moskau oder aus den Legalresidenturen im Ausland geführt.

► Militärischer Auslandsnachrichtendienst – GRU

Der GRU ist direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt. Seine Aufgaben umfassen die Aufklärung des gesamten militärischen Bereichs. Neben der NATO gehört dazu auch die deutsche Bundeswehr. Von besonderem Interesse sind für die GRU die Rüstungsindustrie sowie alle weiteren militärisch nutzbaren Technologien.

Volksrepublik China

Trotz rückläufiger Wirtschaftszahlen verfolgt die chinesische Regierung weiterhin das Ziel, sich als führende Wirtschaftsmacht an der Weltspitze zu etablieren. Das Land will bis zum Jahr 2020 nicht mehr von ausländischen Technologien abhängig zu sein. Darüber hinaus will China seinen politischen und militärischen Einfluss ausbauen. Die vor allem maritime Aufrüstung dient sowohl der Durchsetzung umstrittener Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer als auch der Sicherung von See- und Handelswegen zu den Rohstoffen in Afrika und Südamerika. Die chinesische Regierung ist zudem bemüht, innerstaatliche Konflikte in einigen Provinzen und mit Oppositionellen im In- und Ausland zu unterdrücken. In diesen Bereichen lässt sich die chinesische Staatsführung durch ihre Nachrichtendienste auf vielfältige Weise unterstützen.

Nordrhein-Westfalen mit seinen hochinnovativen kleinen und mittleren Unternehmen sowie seinen zahlreichen Universitäten, Fachhochschulen, Forschungseinrichtungen und Technologie- und Gründerzentren steht besonders im Fokus nachrichtendienstlicher Aktivitäten. Wie Russland und Iran nutzt China die klassische Methode, Angehörige des eigenen Nachrichtendienstes mit Hilfe von diplomatischen und konsularischen Vertretungen, sogenannten Legalresidenturen, zu tarnen. Es bedient sich für den illegalen Wissenstransfer teilweise aber auch der Hilfe hier dauerhaft lebender Chinesen oder von Gastwissenschaftlern, Studenten und Praktikanten, die sich vorübergehend in Deutschland aufhalten. Zahlreiche Hinweise lassen zudem den Schluss zu, dass chinesische Nachrichtendienste nach wie vor bemüht sind, mit Hilfe elektronischer Angriffe Informationen zu beschaffen.

Neben Beschaffungsbemühungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Militär wirken die Nachrichtendienste vor allem bei der Bekämpfung der nachfolgenden Bestrebungen und Vereinigungen mit:

- Demokratiebewegung,
- Anhänger eines unabhängigen Taiwan,
- Anhänger eines unabhängigen Tibet,
- Falun-Gong Anhänger und
- turkstämmige (muslimische) Uiguren.

Diese Bestrebungen und Vereinigungen werden von der kommunistischen Partei Chinas (KPCH) als Bedrohung ihrer Macht betrachtet und als die „Fünf Gifte“ bezeichnet. Eine Verfolgung findet im In- und Ausland statt.

Die nachrichtendienstlichen Aufgaben werden von drei Ministerien und einer Regierungsorganisation wahrgenommen, wobei sich die Zuständigkeiten teilweise überschneiden:

► Ministry of State Security – MSS

Der zivile In- und Auslandsnachrichtendienst ist innerhalb Chinas zuständig für die Bekämpfung möglicher Gefährder der territorialen Einheit und der inneren Ordnung, vor allem der „Fünf Gifte“. Das MSS hat hierfür die Befugnisse einer Polizeibehörde. Es nimmt darüber hinaus die Aufgaben der Spionageabwehr wahr. Dazu beobachtet es nicht nur die im Land lebenden offiziellen Vertreter fremder Nationen, sondern generell die Bürger fremder Staaten. Im Ausland führt das MSS eigene Spionageoperationen durch, bemüht sich um Informationen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und forscht oppositionelle chinesische Gruppen aus.

► Ministry of Public Security – MPS

Die auch als „Ministerium für öffentliche Sicherheit“ (MÖS) bezeichnete Behörde ist für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig. Die Überwachung des Straßenverkehrs oder die allgemeine Verbrechensbekämpfung gehören zum vorrangigen Aufgabenbereich. Das MPS überwacht aber auch allgemein das öffentliche Leben, um möglichen Gefahren für das Machtmonopol der Kommunistischen Partei Chinas entgegenzutreten. Eine zentrale Methode ist die Kontrolle des Internets, der klassischen Medien sowie der sich in China aufhaltenden Ausländer. Das MPS operiert nicht nur auf eigenem Hoheitsgebiet, sondern sammelt auch im Ausland Informationen über Personen und Organisationen, die von der KPCH wegen regierungskritischer Aktivitäten als staatsfeindlich eingestuft werden. Da das Ministerium bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben außerhalb der polizeilichen Zuständigkeiten nachrichtendienstliche Mittel einsetzt, wird es zu den Nachrichtendiensten gezählt.

► Military Intelligence Departement – MID

Die militärische In- und Auslandsaufklärung liegt in der Zuständigkeit der Volksbefreiungsarmee. Sie schützt die eigenen Streitkräfte unter anderem vor gegnerischen Ausspähversuchen. Wie alle militärischen Nachrichtendienste beschafft das MID im Ausland militärisch bedeutsame Informationen, die beispielsweise Erkenntnisse über die Fähigkeiten und die Bewaffnung fremder Streitkräfte liefern oder die für die Verteidigungs- und Bündnispolitik relevant sind. Weitere Aufgabenfelder sind technische Spionage, Fernmeldeaufklärung, Cyberespionage, Telekommunikationsüberwachung und IT-Sicherheit im militärischen Bereich.

► Büro 610

Vor dem Hintergrund der wachsenden Meditationsbewegung „Falun Gong“ wurde 1999 das unmittelbar an das Zentralkomitee der KPCH angebundene „Büro 610“ geschaffen. Diese Organisation ist für die Aufklärung und Bekämpfung der regimekritischen Bewegung Falun Gong zuständig. Das „Büro 610“ operiert außerhalb einer Ministeriumsstruktur auch im Ausland mit nachrichtendienstlichen Mitteln und ist daher als weitere nachrichtendienstliche Organisation anzusehen. Justiz, Polizei und Verwaltung arbeiten ihm zu. Der Name nimmt Bezug auf die Gründung des Büros am 10. Juni 1999.

Islamische Republik Iran

Im Jahr 2016 gingen die wesentlichen nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Iran in Nordrhein-Westfalen vom zivilen In- und Auslandsnachrichtendienst „Ministry of Information and Security“ (MOIS) aus. Traditionell ist die Überwachung und Bekämpfung der iranischen Opposition im In- und Ausland Aufgabenschwerpunkt des MOIS. Daneben interessieren sich die iranischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste aber auch für Informationen aus den Bereichen Politik, Militär und Wirtschaft. Entsprechende nachrichtendienstlich gesteuerte Aktivitäten konnten im Berichtsjahr auch in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden.

Die bereits für 2015 beschriebene Intensivierung der Ausforschungsbemühungen des MOIS gegen die oppositionelle „Volksmodjahedin Iran-Organisation“ (MEK) beziehungsweise ihren politischen Arm, den „Nationalen Widerstandrat Iran“ (NWRI), war auch im Jahr 2016 festzustellen. Der iranische Nachrichtendienst hielt weiterhin an der Strategie fest, die MEK durch gezielte Propaganda zu diskreditieren.

Türkei

Der türkische Nachrichtendienst „Millî İstihbarât Teşkilâtı“ (MIT) ist sowohl für die In- als auch Auslandsaufklärung zuständig. Dabei ist er im Gegensatz zu den deutschen Nachrichtendiensten mit umfangreichen Polizeibefugnissen ausgestattet.

Der MIT unterhält in Deutschland Legalresidenturen in offiziellen Repräsentanzen. In Nordrhein-Westfalen befinden sich vier von insgesamt 15 türkischen Generalkonsulaten auf deutschem Boden (Düsseldorf, Essen, Hürth und Münster). Mit mehr als 530.000 türkischen Staatsangehörigen und einer erheblich größeren Anzahl Personen mit türkischem Migrationshintergrund ist Nordrhein-Westfalen einer der weltweiten Schwerpunkte der türkischen Diaspora und somit auch Operationsgebiet türkischer Nachrichtendienste.

Eine der Hauptaufgaben des MIT im Ausland ist die Aufklärung und Ausspähung Oppositioneller. Dazu gehören neben den kurdischen Gruppierungen wie der **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** vor allem die linksextremistischen Organisationen **Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front (DHKP-C)**, die „Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei“ (MLKP) und neuerdings vor allem die nach dem Prediger Fetullah Gülen benannte „Gülen-Bewegung“. Letztere wird von türkischer Regierungsseite für den Putschversuch durch Teile des türkischen Militärs am 15. und 16. Juli 2016 verantwortlich gemacht.

Es kann davon ausgegangen werden, dass der MIT auch in Nordrhein-Westfalen eine intensivere Aufklärung der vom türkischen Staat als „Fetullahistische Terrororganisation“ (FETÖ) bezeichneten Organisation betreibt.



Jubel nach dem gescheiterten Putschversuch in der Türkei am 16. Juli 2016

Unter Proliferation wird die Weiterverbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen beziehungsweise der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows verstanden. Bei proliferationsrelevanten Staaten wie Iran, Nordkorea, Syrien oder Pakistan steht zu befürchten, dass Massenvernichtungswaffen in Konflikten eingesetzt oder als politisches Druckmittel genutzt werden.

Bis heute ist es den genannten Staaten nicht gelungen, die zur Weiterentwicklung der eigenen Programme erforderlichen Güter ausschließlich im eigenen Land herzustellen. Nordrhein-Westfalen als starker Wirtschaftsstandort mit einer Vielzahl relevanter Unternehmen und Forschungseinrichtungen stand im Jahr 2016 daher weiterhin im Fokus proliferationsrelevanter Beschaffungsstellen.

Fallzahlen im Jahr 2016

Aus der Einigung im Nuklearkonflikt zwischen den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrats und Deutschland sowie dem Iran resultierte mit dem „Implementation Day“ im Januar 2016 die Lockerung der Sanktionen gegen den Iran. In der Folge war ein starker Rückgang entsprechender iranischer Beschaffungsversuche zu verzeichnen. Dieser spiegelt sich in den vorliegenden Fallzahlen wider. So konnte die Spionageabwehr im Berichtsjahr 32 Beschaffungsversuche beobachten, die definitiv oder mit hoher Wahrscheinlichkeit zugunsten eines Proliferationsprogramms unternommen wurden. Diese Zahl stellt einen signifikanten Rückgang der in Nordrhein-Westfalen identifizierten sensiblen Einkaufsbemühungen gegenüber dem bis dahin bestehenden Höchstwert aus dem Jahr 2015 (141) dar.

Der Iran stellt dennoch weiterhin den Bearbeitungsschwerpunkt in der Proliferationsabwehr dar. Die Nachfrage nach relevanten Gütern für die iranischen Raketenprogramme bildet die überwiegende Mehrheit der hier bekannt gewordenen Fälle. Daneben wurden beispielsweise erneut mehrere pakistanische Beschaffungsversuche festgestellt. In der überwiegenden Zahl der Fälle erfolgte keine Auslieferung der jeweiligen Waren, da der Verfassungsschutz die betroffenen Unternehmen rechtzeitig warnen konnte oder bereits sensibilisierte Firmen verdächtige Anfragen als solche erkannten und nicht bedienten.



Ausländische Staaten versuchen über verschleierte Transportwege sogenannte Dual-use-Güter für militärische Zwecke zu beschaffen.

Proliferationsrelevante Güter

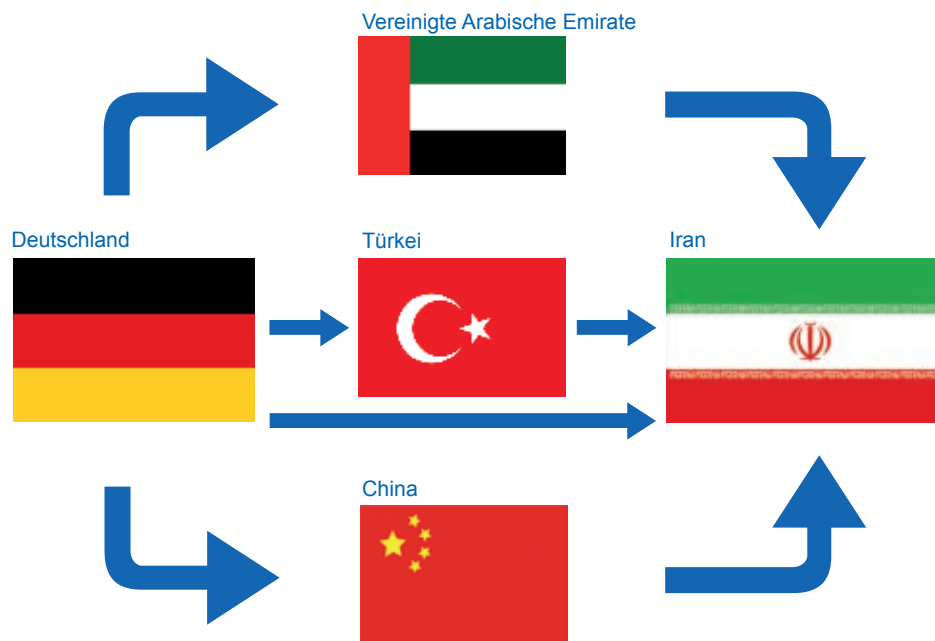
Gegenstand proliferationsrelevanter Anfragen sind in der Regel sogenannte Dual-use-Güter, also Produkte, die sowohl im zivilen als auch im militärischen Bereich verwendbar sind. Diese Güter bieten Einkaufsstellen die Möglichkeit, gegenüber Herstellern oder Händlern anstatt der tatsächlich vorgesehenen Endverwendung eine angeblich geplante zivile Nutzung anzugeben, um so die Lieferbereitschaft zu erhöhen.

Im Jahr 2016 nutzten die Proliferationsstaaten diesen Vorteil, indem sie auf eine Verwendung in der zivilen Forschung oder in der Öl-, Gas- und Stahlindustrie verwiesen. Als Belege wurden unter anderem gefälschte Endverbleibszertifikate oder sonstige scheinbar offizielle Dokumente vorgelegt. Im Berichtsjahr fielen nahezu sämtliche als proliferationsrelevant identifizierte Geschäftsanbahnungen in die Dual-use-Kategorie. Die Produktpalette erstreckte sich von kleinsten Ersatzteilen und elektronischen Komponenten bis hin zu kompletten industriellen Maschinen.

Beschaffungswege

Neben der Benennung einer angeblich zivilen Nutzung hat sich auch die Angabe falscher Endverwender als häufig genutzte Methode zum Erwerb proliferationsrelevanter Güter erwiesen. Dabei werden regelmäßig nicht nur vorgeschobene Unternehmen als Empfänger der Waren ausgegeben; oftmals wird zudem versucht, das eigentliche Zielland der Lieferung zu verschleiern.

In 2016 nutzten die Proliferationsstaaten dazu erneut umfangreiche Beschaffungsnetzwerke.



Routen proliferationsrelevanter Waren in den Iran

Diese bestehen aus Tarnfirmen und Strohmännern in unterschiedlichen Staaten. Sie versuchen, Güter über sogenannte Umgehungslieferungen zu beschaffen. Grundsätzlich können entsprechende Einkäufer hierzu jedes beliebige Land nutzen. Erfahrungsgemäß befinden sich die klassischen „Umgehungsstaaten“ aber in geographischer Nähe zum Zielland. Für Iran sind dies beispielhaft die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und China.

Aufklärung durch den Verfassungsschutz NRW

Der Verfassungsschutz NRW ist selbst vor dem Hintergrund der oben beschriebenen sinkenden Fallzahlen um eine kontinuierliche Ausweitung der Aufklärungsbemühungen bestrebt. Neben der Bearbeitung konkreter Verdachtsfälle und der Identifizierung von Beschaffungsnetzwerken führte die Spionageabwehr im Jahr 2016 erneut zahlreiche Sensibilisierungen in Form von Vorträgen und Einzelberatungen durch. Dabei wurden in 41 Veranstaltungen und Firmengesprächen über 120 Unternehmen in Nordrhein-Westfalen erreicht. Diese Präventionsarbeit der Spionageabwehr erhöht die Sensibilität in der Wirtschaft und führt durch ein zusätzliches Hinweisaufkommen zu einer stetigen Verbesserung der Proliferationsbekämpfung.

Ziele der Sensibilisierungen durch den Verfassungsschutz NRW sind Aufklärung und präventive Verhinderung möglicher Proliferationsgeschäfte. Die Gesprächspartner werden auf Gefahren illegaler Lieferungen sowie die einschlägigen Beschaffungsmethoden hingewiesen. In konkreten Einzelfällen bietet der Verfassungsschutz eine individuelle und vertrauensvolle Beratung, bei der Probleme und Fragen der Unternehmen stets vertraulich behandelt werden. Umgekehrt profitiert die Spionageabwehr von dem Austausch mit der Wirtschaft, über den Hinweise auf Anbahnungen mit möglichem Proliferationshintergrund gewonnen werden können.

Kontakt aufnehmen / Hinweise geben

Über die Rufnummer 0211 871 2821 und die E-Mail-Adresse kontakt.verfassungsschutz@im1.nrw.de kann ein Gesprächstermin mit der Spionageabwehr vereinbart werden.

Auch im Jahr 2016 konnten zahlreiche Angriffe auf das Know-how deutscher Unternehmen verzeichnet werden. Den deutschen Unternehmen entstehen hierdurch jährlich Schäden in Höhe von etwa 50 Milliarden Euro. Man kann von einer hohen Dunkelziffer ausgehen, weil Firmen Angriffe nicht bemerken oder sie aus Sorge um Image-Schäden nicht melden. Angriffsziele sind insbesondere kleine und mittlere Unternehmen. Sie verfügen häufig über sehr innovative Produkte und ein großes Know-how, sind sich jedoch oftmals der Gefahren nicht in vollem Umfang bewusst. Dabei sind schon lange nicht mehr nur Schlüsselbranchen, sondern mittlerweile nahezu alle Wirtschaftsbereiche von Spionage betroffen. Umfragen haben gezeigt, dass jedes zweite Unternehmen bereits Opfer eines Spionageversuches wurde.

In sehr vielen Staaten weltweit existieren gesetzliche Grundlagen, die den jeweiligen Nachrichtendiensten die Durchführung von Wirtschaftsspionage erlauben. Im Fokus der Spionageabwehr stehen insbesondere Länder wie China und Russland, aber auch viele andere Staaten betreiben Wirtschaftsspionage. In den vergangenen Jahren verdichteten sich die Erkenntnisse bei der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes NRW, dass auch der Iran über ein eigenes Cyberprogramm verfügt. Es ist an exponierter Stelle innerhalb der sogenannten Revolutionsgarden angesiedelt. Insgesamt konnte im Jahr 2016 eine gegenüber den Vorjahren erneut deutlich erhöhte Zahl von qualitativ hochwertigen Cyberangriffen auf deutsche Unternehmen festgestellt werden. Ziel der Angriffe waren Unternehmensnetzwerke und Kontrollsysteme der Industrie.

Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung

Grundsätzlich lässt sich zwischen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung, die oftmals auch als Industriespionage bezeichnet wird, unterscheiden. Unter Konkurrenzsionage versteht man die Ausspähung von Unternehmen durch einen Wettbewerber. Wirtschaftsspionage hingegen ist die staatlich gelenkte oder gestützte, von ausländischen Nachrichtendiensten ausgehende Ausforschung von Wirtschaftsunternehmen und Betrieben. In den Methoden unterscheiden sich beide Phänomene jedoch kaum.

Methoden der Wirtschaftsspionage

Die häufigste Angriffsvariante bestand im Jahr 2016 erneut darin, eine personalisierte E-Mail mit angehängter Schadsoftware zu versenden. Bei dieser Schadsoftware handelte es sich in der Regel um hochentwickelte Spionageprogramme, die speziell auf die IT-Infrastruktur des angegriffenen Unternehmens zugeschnitten waren. Nach Infektion verblieb die Schadsoftware oftmals über einen langen Zeitraum im Unternehmensnetz und übertrug unbemerkt Unternehmensdaten an den Angreifer. Diese von ausländischen Nachrichtendiensten genutzte Angriffsmethode führt zu einer fortgeschrittenen und andauernden Bedrohung des Unternehmensnetzwerkes. Sie wird als Advanced Persistent Threat (APT) bezeichnet.

Die zunehmende Digitalisierung von Produktionsprozessen, die unter dem Stichwort Industrie 4.0 zusammengefasst wird, bietet ausländischen Nachrichtendiensten neue Ansatzpunkte für mögliche Angriffe. In der Industrie 4.0 verzahnt sich die Produktion auf intelligente Weise mit modernster Informations- und Kommunikationstechnik. Das bringt große Vorteile und ermöglicht die kostengünstige Herstellung maßgeschneiderter Produkte nach individuellen Kundenwünschen und in hoher Qualität.

Letztendlich werden alle Prozesse digitalisiert und miteinander vernetzt. Dieser hohe Grad an Vernetzung und eine ungenügende Absicherung machen ein IT-Netzwerk allerdings auch leichter angreifbar. Gelingt es Wirtschaftsspionen an einer Stelle in ein solches Netzwerk einzudringen, erhalten sie häufig Zugang zu nahezu allen relevanten Bereichen. Darunter befinden sich Stellen, an denen sensible Unternehmensdaten gespeichert sind oder sich Steuerprozesse für die Produktion befinden. Daten können abfließen oder Produktionsprozesse sabotiert werden. Wirtschaftsspione setzen alles daran, über einen möglichst langen Zeitraum unentdeckt zu bleiben. Professionelle Spionageangriffe werden daher oftmals überhaupt nicht oder erst nach sehr langer Zeit entdeckt.

Smartphones als Angriffsziel

Es wurde aber nicht nur die IT von Unternehmen angegriffen, auch geschäftlich genutzte Smartphones waren das Ziel von Angriffen. Smartphones bieten nahezu die gleiche Funktionalität wie Computer, verfügen jedoch häufig nur über minimale Sicherheitsvorkehrungen und sind daher sehr leicht angreifbar. Im Bereich der Wirtschaftsspionage werden die mobilen Telefone mit professioneller Schadsoftware so infiziert, dass sie beispielsweise wie Wanzen funktionieren. Nimmt man ein solches Gerät mit in eine vertrauliche Besprechung, wird der gesamte Inhalt an den Angreifer übertragen. Es können alle Gespräche mitgehört und die auf dem Gerät gespeicherten Daten ausgelesen werden.

Social Engineering als beliebte Methode

Erheblich gestiegen ist im letzten Jahr der Einsatz von Social Engineering insbesondere zur Vorbereitung technischer Angriffe auf Unternehmensnetzwerke. Beim Social Engineering werden gezielt die Hilfsbereitschaft, Gutgläubigkeit oder auch Naivität von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ausgenutzt, um einen Zugriff auf fremde IT-Netzwerke zu erhalten.

Systematischer Schutz des Unternehmens

Bei Angriffen spielt der „Faktor Mensch“ fast immer eine entscheidende Rolle. Eine regelmäßige Sensibilisierung und Schulung aller Mitarbeiter hilft, Angriffe mit Methoden von Social Engineering abzuwehren. Die Absicherung der eingesetzten IT nach dem aktuellen Stand der Technik ist zudem zwingend erforderlich. Bei der zunehmenden Komplexität eingesetzter IT-Systeme ist jedoch ein vollständiger Schutz kaum zu erreichen. Daher sind Unternehmen gefordert, für den Fall eines erfolgreichen Angriffs frühzeitig einen Notfallplan zu erstellen und in Übungen zu proben. Eine regelmäßige Sicherung aller Systeme über Backup-Routinen bildet eine wesentliche Säule eines erfolgreichen Notfallplans.

Unternehmenssicherheit ist Chefsache

Der Verfassungsschutz NRW empfiehlt Unternehmen dringend ein ganzheitliches Sicherheitskonzept. Dabei ist Unternehmenssicherheit mehr als reine IT-Sicherheit. Sie gehört in professionelle Hände und sollte von einer eigenen Organisationseinheit oder bei kleinen Unternehmen zumindest von speziell ausgebildeten Fachkräften vorangetrieben werden. Wichtig ist, dass der Prozess Unternehmenssicherheit, der auch die Themen Notfallmanagement und Prävention enthalten sollte, von der Führung eines Unternehmens ausgeht und top-down in das Unternehmen hineingetragen wird.

Der Verfassungsschutz NRW hat die Geschäftsführung der Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen inne. Gemeinsam mit der nordrhein-westfälischen Polizei, dem Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, den Industrie- und Handelskammern NRW und der Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft NRW hat er im Jahr 2016 die Veranstaltungsreihe „Unternehmenssicherheit ist Chefsache“ ins Leben gerufen. Im Berichtsjahr fanden die ersten vier Veranstaltungen in Bonn, Essen, Münster und Harsewinkel statt. Die Veranstaltungen richteten sich gezielt an Entscheidungsträger in Unternehmen, um diese für die wichtigen Belange des Wirtschaftsschutzes zu sensibilisieren. Die als Entscheider-Dialog konzipierten Veranstaltungen wurden sehr gut angenommen. Das Dialogformat gab den Anwesenden die Möglichkeit, neben dem vertieften Informationsangebot das persönliche Gespräch mit den anwesenden Experten zu suchen.



Die Veranstaltungsreihe „Unternehmenssicherheit ist Chefsache“ spricht gezielt Entscheidungsträger in Unternehmen an.

Wirtschaftsschutzexperten des Verfassungsschutzes NRW geben aber auch außerhalb dieser Reihe konkrete Hilfestellungen. Sie stehen beispielsweise für kostenlose Sensibilisierungsvorträge zur Verfügung. Diese zeigen auf, welchen Bedrohungen Unternehmen aller Branchen und Größenordnungen durch Wirtschaftsspionage ausgesetzt sind, informieren über die wichtigsten Angriffsstrategien und stellen Schutzstrategien für Unternehmen vor. Im Jahr 2016 hielten Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW 51 Vorträge mit rund 1.900 Teilnehmern, zudem wurden diverse Gespräche in Unternehmen geführt.

Auf Nachfrage besucht der Verfassungsschutz NRW zudem Unternehmen vor Ort, um praktische Hilfestellung bei der Erstellung eines Sicherheitskonzeptes zu geben.

Anfragen zu Vorträgen und Beratungsgesprächen

Anfragen können unbürokratisch per E-Mail an wirtschaftsschutz@im1.nrw.de oder telefonisch an 0211 871 2821 gerichtet werden.

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Übergreifende Konzepte und Vernetzung	252
Präventionsprogramm Wegweiser	256
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	258
Fachtagungen.....	262
VIR.....	266
Vorträge und Fortbildungen	270
Veröffentlichungen.....	274

Die Schwerpunkte der Extremismusprävention des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes lagen im Jahr 2016 weiterhin in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus. Ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz stand dabei im Vordergrund. Zahlreiche institutionelle Stellen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sind systematisch und umfassend informiert und sensibilisiert worden.

Das landesweite Präventionsprogramm „Wegweiser“ ist auf weitere Städte und Regionen ausgeweitet worden. Es bietet Ratsuchenden vor Ort eine Anlaufstelle und versucht, bereits den Einstieg in die salafistische Szene zu verhindern.

Der Verfassungsschutz NRW verfügt zudem über eigene Programme, die Rechtsextremisten und Islamisten beim Ausstieg aus der extremistischen Szene unterstützen. Beide Programme wurden 2016 personell verstärkt.

Das Fortbildungsprojekt „VIR – Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“ hat 2016 zwei weitere Trainerinnen- und Trainer-Ausbildungen mit positiver Resonanz durchgeführt. Der Verfassungsschutz ist an dem Projekt als Kooperationspartner beteiligt.

Im Zusammenhang mit der Aufnahme einer großen Zahl geflüchteter Menschen lag ein Augenmerk auf den Themen extremistischer Salafismus und islamistischer Terrorismus. Beschäftigte des Verfassungsschutzes NRW informierten hierzu in zahlreichen Veranstaltungen gezielt Flüchtlingseinrichtungen und zuständige kommunale Ämter und beantworteten zahlreiche Fragen.

Der Verfassungsschutz NRW arbeitet in der Prävention erfolgreich mit verschiedenen Partnern zusammen. Er hat sich aktiv an der interministeriellen Arbeitsgruppe beteiligt, die das „Integrierte Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus“ entwickelt hat. Das am 10. Mai 2016 verabschiedete Konzept wird bis zum Jahr 2019 umgesetzt. Um zudem die gemeinsamen Anstrengungen in Nordrhein-Westfalen beim Vorgehen gegen extremistischen Salafismus stärker zu bündeln, wurde die interministerielle Arbeitsgruppe „Salafismusprävention“ ins Leben gerufen.

Die Fachtagung „#salafismus – Gemeinsam gegen salafistische Internet-Propaganda“ bot eine Plattform für den Austausch und die Vernetzung von Akteuren der Prävention mit Personen, die in Online-Communities und auf Social Media Kanälen aktiv sind. Sie wurde am 16. April 2016 vom nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz gemeinsam mit der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund in Berlin durchgeführt und gab den Startschuss für die Umsetzung konkreter Projekte.

Aufklärung über Ideologien, Strukturen und Strategien verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien stärkt die Wachsamkeit der demokratischen Öffentlichkeit und festigt auf diese Weise das Fundament einer wehrhaften Demokratie. Im Jahr 2016 hat der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz über 330 Informationsveranstaltungen für Politik, Behörden, Institutionen sowie Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen durchgeführt oder war an ihnen beteiligt.

Übergreifende Konzepte und Vernetzung

Extremismusprävention ist eine langfristige Aufgabe des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen. Unverändert zum Jahr 2015 lagen die Schwerpunkte der Arbeit in den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus. Im Vordergrund steht ein gesamtgesellschaftlicher Ansatz, da Prävention den größten Erfolg verspricht, wenn sich alle relevanten Akteure gemeinsam gegen Extremismus wenden. Der Verfassungsschutz ist daher unter anderem in ressortübergreifenden Arbeitsgruppen der Landesregierung aktiv, unterstützt in Kooperation mit der Wissenschaft neue Forschungsprojekte, befördert die Zusammenarbeit mit den nordrhein-westfälischen Kommunen und steht im Austausch mit anderen europäischen Staaten. Das Ziel ist, Netzwerke aufzubauen und konkrete Maßnahmen voranzubringen oder zu initiieren. Die Themen Internet und Radikalisierungsforschung haben in 2016 an Bedeutung zugenommen.

Prävention auf alle Ebenen

In den Bereichen Islamismus und Rechtsextremismus bringt der Verfassungsschutz NRW seine Erkenntnisse gezielt in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein. In Wissenschaft und pädagogischer Praxis wird üblicherweise zwischen primärer, sekundärer und tertiärer Prävention unterschieden. Eingeteilt wird nach den Zielgruppen, an die sich die Präventionsmaßnahmen richten.

Die primäre Prävention zielt auf die demokratische Öffentlichkeit ab („Verfassungsschutz durch Aufklärung“).

Bei der sekundären Prävention sind es Personengruppen, die eine Nähe zum extremistischen Denken und Handeln haben. Im Bereich des Rechtsextremismus werden diese Personen beispielsweise häufig als „rechtsorientiert“ oder „rechtsaffin“ bezeichnet. Entsprechende Jugendliche befinden sich meist in einer Annäherungsphase an extremistische Szenen.

Tertiäre Prävention richtet sich an Personen, die fest in der Szene verankert und in ihr aktiv sind. Maßnahmen der tertiären Prävention sind insbesondere Aussteigerprogramme. Die Übergänge zwischen diesen drei Präventionsbereichen sind fließend, die Unterscheidung ist aber wichtig, weil wirksame Präventionsmaßnahmen passgenau auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein müssen.

Interministerielle Arbeitsgruppe Rechtsextremismus

Am 10. Mai 2016 ist ein „Integriertes Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus und Rassismus für Nordrhein-Westfalen“ verabschiedet worden. Eine dafür eingerichtete interministerielle Arbeitsgruppe unterstützte und begleitete die Entwicklung des Handlungskonzeptes unter Einbindung aller Ressorts. In diesen Prozess sind die zivilgesellschaftlichen Akteure, die sich in NRW für Demokratie und Weltoffenheit und gegen Rechtsextremismus und Rassismus engagieren, von Beginn an eingebunden worden. So wurden die Mitglieder des Landesnetzwerks gegen Rechtsextremismus regelmäßig über den aktuellen Stand der Erarbeitung des integrierten Handlungskonzeptes informiert. Der Verfassungsschutz NRW hat sich an der Arbeit der interministeriellen Arbeitsgruppe aktiv beteiligt und gehört auch dem Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus an. Die Umsetzung des Handlungskonzeptes wird von der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus gesteuert, die bei der Landeszentrale für politische Bildung angesiedelt ist. Es umfasst insgesamt 166 Maßnahmen und hat eine Laufzeit von drei Jahren. Die interministerielle Arbeitsgruppe prüft regelmäßig, inwieweit die Maßnahmen umgesetzt werden und ob aufgrund aktueller Entwicklungen Anpassungsbedarfe bestehen.

Interministerielle Arbeitsgruppe Salafismusprävention

Im Februar 2016 hat der Landtag NRW die Einrichtung einer unbefristeten Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zum Thema „Salafismusprävention als gesamtgesellschaftliche Aufgabe“ beschlossen. Sie hat den Auftrag erhalten, ein ganzheitliches Handlungskonzept zur Bekämpfung des gewaltbereiten verfassungsfeindlichen Salafismus zu entwickeln. Der IMAG gehören neben dem Ministerium des Innern zahlreiche weitere Ministerien an. Zu Beginn ihrer Arbeit hat sich die IMAG darauf verständigt, zunächst einige ausgewählte Themenkomplexe zu priorisieren und dazu unverzüglich konkrete Projekte zu entwickeln und umzusetzen. Die Struktur des Handlungskonzeptes orientiert sich nicht an Ressortzuständigkeiten, sondern stellt die Lebensbiografie eines Heranwachsenden und das ihn jeweils begleitende Lebensumfeld in den Mittelpunkt. Damit wird der Fokus darauf



Das ganzheitliche Handlungskonzept orientiert sich am Lebensumfeld und den Lebensabschnitten von Heranwachsenden.

gerichtet, neben den gefährdeten Personen auch die Akteure in ihrem Umfeld zu stärken und die Betroffenen gegen „verführende“ Botschaften und Anwerbungen durch die islamistische Szene zu immunisieren.

In der Arbeitsgruppe wurden Expertise aus der Wissenschaft und Erfahrungen von Praktikerinnen und Praktikern aus der Zivilgesellschaft einbezogen. Es wurden konkrete Projekte aus den Bereichen Sozialräume, Schule, Justizvollzug, Einbeziehung von Muslimen als Akteure, Medien, Propaganda und Frauen und Mädchen entwickelt. Das Handlungskonzept und diese präventiven Maßnahmen wurden für einen ersten Zwischenbericht an den Landtag detailliert zusammengefasst. Neben der Entwicklung und Umsetzung von Projekten ist eine wissenschaftliche Begleitung der weiteren Arbeit der Arbeitsgruppe vorgesehen.

Kompetenznetzwerk CoreNRW

Das Wissenschafts- und das Innenministerium haben den Aufbau eines Kompetenznetzwerks zur Erforschung des extremistischen Salafismus in NRW initiiert und gefördert. Es trägt den Namen CoreNRW (Connecting Research On Extremism NRW). Das Netzwerk verfolgt die Ziele, wissenschaftliche Analysen und Forschung zu relevanten Fragen der Thematik voranzubringen, transferorientierten Wissensaustausch und Vermittlung zu leisten sowie Forschungskooperation und -koordination zu unterstützen. Dem Netzwerk gehören Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedener Disziplinen aus Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen innerhalb und außerhalb Nordrhein-Westfalens an. Strukturelle Elemente innerhalb des Netzwerkes sorgen für verschiedene Servicefunktionen, eine Steuerung der Arbeit und einen schnellen Austausch zwischen relevanten Partnern. Dies legt zum einen den Grundstein für eine Profilentwicklung der Extremismusforschung nach Bedarfen von Praxis, Politik und Wissenschaft und stellt zum anderen, entsprechend der wissenschaftlichen Grundsätze, eine Ergebnisoffenheit sicher. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können somit bei Antragstellungen frei und eigenverantwortlich agieren.

Arbeitsgruppe „Gegenmaßnahmen zu islamistischer Internetpropaganda“

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Gegenmaßnahmen zu islamistischer Internetpropaganda“ nimmt präventive Ansätze für eine Auseinandersetzung mit islamistischer Online-Propaganda von Netzwerken und Einzelakteuren in den Blick. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz hat die Federführung in der Arbeitsgruppe. Es kommen staatliche Behörden, Zivilgesellschaft und Wissenschaft zusammen und bringen ihre Expertise ein. In 2016 wurde der Fokus auf wissenschaftliche Erkenntnisse zur Wirksamkeit der Internetpropaganda und auf mögliche Präventionsangebote gerichtet. Bei der Prävention sind beispielsweise „Gegennarrative“, die authentisch sind und eine abgeschlossene Geschichte erzählen, erfolgversprechend. Die Förderung von

Medienkompetenz ist ebenfalls ein wichtiger Baustein, mit dem sich die Arbeitsgruppe intensiv beschäftigt hat.

Projekt „Kommunen gegen Extremismus“

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz führt seit dem Jahr 2014 zusammen mit dem polizeilichen Staatsschutz des jeweils örtlich zuständigen Polizeipräsidiums das Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ durch. Grundlage dieser Kooperation zwischen Sicherheitsbehörden sowie Landrat, Städten und Gemeinden ist eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und ein Informationsaustausch in beide Richtungen. Sie soll der Entstehung jeder Art von Extremismus entgegenwirken. Das Projekt wurde von den Kommunen des Kreises Mettmann und des Rhein-Kreises Neuss sowie vom 2016 hinzugekommenen Rhein-Erft-Kreis positiv angenommen und regelmäßig für Anfragen und Hinweise genutzt. Verfassungsschutz und Polizei haben darüber hinaus für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunen und des jeweiligen Kreises Informationsveranstaltungen durchgeführt, bei denen extremistische Phänomenbereiche vorgestellt und aktuelle Entwicklungen aufgezeigt wurden. Der Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen begrüßte in einem Schreiben an die Mitgliedsstädte und -gemeinden ausdrücklich die Unterstützung der Kommunen. Für das Jahr 2017 ist eine Ausdehnung des Projekts auf weitere Landkreise beabsichtigt.

Transatlantische Konferenz zur Prävention gegen islamistische Radikalisierung

Der gewaltbereite Salafismus gehört in Nordrhein-Westfalen und Deutschland, wie auch in vielen anderen Staaten zu den am stärksten wachsenden extremistischen Bewegungen. Für einen internationalen Austausch hatte der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz daher in Zusammenarbeit mit dem Generalkonsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Düsseldorf zu einer transatlantischen Konferenz am 29. und 30. Juni 2016 eingeladen, um Best-Practices sowie bewährte Präventions- und Interventionsmodelle kennenzulernen und gemeinsam effektive Lösungsansätze mit internationaler Perspektive zu diskutieren. Präventionsexperten aus den USA, den Niederlanden, Dänemark und des Verfassungsschutzes NRW sowie Fachleute aus Staat und Gesellschaft präsentierten verschiedene Ansätze und berieten über erfolgreiche Präventionsprogramme wie „Community Engagement“, „The Aarhus Model“, „The Hague Model“, das Programm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ und das Aussteigerprogramm Islamismus des Landes Nordrhein-Westfalen. Es zeigte sich, dass trotz einiger Unterschiede alle Ansätze in örtlichen Strukturen verortet sind und unter anderem durch eine sozialpädagogische Beratungsweise die Zielgruppe effektiv erreicht werden kann. Die Teilnehmenden der Konferenz waren sich einig, dass es notwendig sei, innerhalb bestehender Netzwerke mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zusammenzuarbeiten. Das Ergebnis der erfolgreichen Veranstaltung: Prävention lohnt sich, und zwar immer.

Präventionsprogramm Wegweiser

Im Jahr 2016 gab es weiterhin große und positive Resonanz auf das Programm Wegweiser. Dies macht deutlich, dass der Bedarf nach konkreter Unterstützung und nach Informationen zum Thema extremistischer Salafismus ungebrochen hoch ist. Insbesondere Angehörige Betroffener, Schulen und kommunale Ämter haben sich mit ihren Fragen an die Wegweiser-Anlaufstellen vor Ort gewandt.

Vom Start des Programms Wegweiser im Jahr 2014 bis zum Ende des Berichtszeitraums wurden fast 390 junge Menschen betreut sowie 5.500 weitere Beratungen durchgeführt und Anfragen bearbeitet.



Weiterer Ausbau des Programms

In 2016 wurden zwei neue Büros in Mönchengladbach und Münster eröffnet. Insgesamt sind damit Ende 2016 zehn Standorte in Betrieb. Wegweiser wird in 2017 weiter ausgebaut. Anfang des Jahres gehen Beratungsstellen in Aachen, Essen und Bielefeld / Herford an den Start. Nach aktuellem Stand sollen insgesamt bis zu 25 Anlaufstellen dauerhaft errichtet werden. Zusätzlich sind mobil agierende Teams geplant. Diese sollen Regionen abdecken, die nicht in unmittelbarer Nähe einer Anlaufstelle liegen. Dazu sollen weitere Personalstellen bei den bestehenden Anlaufstellen eingerichtet werden. Ziel dieser Maßnahmen ist eine flächendeckende Beratungs- und Unterstützungsarbeit von Wegweiser in ganz Nordrhein-Westfalen.

Wichtige Rolle des sozialen Umfelds

Das Programm Wegweiser richtet sich an Personen, die bereits mit der salafistischen Szene sympathisieren oder in diese abzurutschen drohen, sowie an das jeweilige soziale Umfeld. Mög-

liche Radikalisierungsprozesse bei Jugendlichen und jungen Heranwachsenden sollen bereits in ihren Anfängen verhindert werden. Ein sehr wichtiges Element des Programms ist die konkrete Beratung vor Ort. Sie steht Angehörigen und anderen Personen offen, die Probleme erkennen und Veränderungen an jungen Menschen feststellen. Über Gespräche mit Personen aus dem direkten Umfeld besteht die Möglichkeit, die Betroffenen frühzeitig zu erreichen. Ergänzend zur Beratung und Begleitung betroffener junger Menschen bezieht Wegweiser das soziale Umfeld in die Arbeit ein.

Qualifizierte Hilfe durch Experten-Netzwerk

Wegweiser beruht auf Freiwilligkeit und setzt die Mitarbeit Betroffener voraus. Sozialpädagogische Arbeit soll Jugendliche vor einer Radikalisierungskarriere bewahren. Dazu sind in intensiven und teilweise über einen langen Zeitraum geführten Gesprächen, Überzeugungen und Meinungen zu hinterfragen und Differenzierungen zu erreichen. Außerdem stehen die Wegweiser-Beraterinnen und Berater den Betroffenen mit Rat und Tat zur Seite. Wegweiser arbeitet erfolgreich, ohne dass es eine Erfolgsgarantie geben kann. Wegweiser unterbreitet lediglich Angebote, die von Betroffenen auch aktiv angenommen werden müssen.

Die örtliche Trägerorganisation bezieht fallbezogen ein lokales Experten-Netzwerk beispielsweise bestehend aus Behörden, Schulen, Beratungsstellen oder der Polizei in die Beratungsarbeit ein. Wegweiser greift dazu das vorhandene Regelsystem auf und unterstützt es.

Die Beraterinnen und Berater in den lokalen Wegweiser-Anlaufstellen sind zudem für Personen und Institutionen ansprechbar, die allgemeine Informationen über den extremistischen

Salafismus benötigen. Sie halten Vorträge, vermitteln Referenten für Veranstaltungen und Fortbildungen oder stellen Informationsmaterialien zur Verfügung. Zusätzlich bietet eine Wegweiser-Hotline beim Ministerium des Innern Beratung und Einschätzungshilfe für Ratsuchende.



Wegweiser-Standorte in Nordrhein-Westfalen

Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes

Aussteigerprogramme sind Kernelemente der Extremismus-Prävention. Sie ermöglichen Angehörigen extremistischer Szenen eine Rückkehr in die demokratische Gesellschaft und eine oftmals langjährige Begleitung dieses Weges. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bietet Hilfen für den Ausstieg aus dem Rechtsextremismus und dem Islamismus an.

Mehr Personal für die Programme

Die Programme verfolgen das Ziel, mögliche einschlägige Straftaten zu verhindern und das extremistische Personenpotential zu reduzieren. Ein wesentliches Element der Ausstiegsarbeit ist die Aufarbeitung der extremistischen Vergangenheit und Ideologie. In persönlichen Gesprächen werden Einstiegsprozesse beleuchtet und undemokratische Denkmuster hinterfragt. Voraussetzungen für eine Teilnahme am Programm sind Freiwilligkeit und ein klar formulierter Ausstiegswille. Speziell ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter begleiten den Ausstieg. Sie verfügen über besonderes Fachwissen zur jeweiligen extremistischen Szene. Im Jahr 2016 ist das Personal der Programme nochmals deutlich aufgestockt worden. Die Teammitglieder verfügen über berufliche Vorerfahrungen und Kenntnisse aus den Bereichen Polizei, Verfassungsschutz, Justiz, Islam-, Rechts- und Politikwissenschaft sowie Psychologie, Pädagogik und soziale Arbeit. Dies schafft eine Grundlage für passgenaue Methoden der Deradikalisierung und der psychologischen Stabilisierung. So können beispielsweise eigens auf die jeweiligen Extremismen bezogene Anti-Aggressivitäts- und Anti-Gewalt-Trainings oder eine zielgerichtete Haftbetreuung angeboten werden.

Ein Ausstieg verläuft selten geradlinig. Es handelt sich vielmehr um einen oftmals angstbesetzten Prozess, bei dem immer wieder Rückschläge auftreten können. Ausstiegswillige Personen sehen sich regelmäßig mit multiplen Problemlagen konfrontiert. Arbeitslosigkeit, finanzielle Schwierigkeiten, Drogen- und Alkoholabhängigkeiten oder die Herausforderung, den Alltag plötzlich ohne die „einfachen“ und strukturgebenden Antworten extremistischer Ideologien bewältigen zu müssen, können eine beginnende Distanzierung von der Szene unterbrechen. Aus diesem Grund leisten die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW neben der ideologischen Aufarbeitung auch vielfältige Hilfestellungen zur Bewältigung und Unterstützung des Alltags der Teilnehmenden. Die Programme sind sehr gut mit Behörden und in allen wesentlichen Hilfesystemen vernetzt. Dies ermöglicht eine konkrete und individuelle Hilfe beispielsweise bei

der Arbeitsplatzsuche, bei der Eingliederung in Qualifizierungsmaßnahmen sowie in Fällen der Schuldner- oder Suchtberatung. Im Vordergrund steht dabei stets, die eigenen Ressourcen der Klienten zu mobilisieren und so „Hilfe zur Selbsthilfe“ zu leisten.

Zielgruppengerechte Werbung

Um die Zielgruppen der Aussteigerprogramme noch besser zu erreichen, verstärkt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz schrittweise die begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Ziel ist es, in den Szenen selbst, in deren Umfeld, aber vor allem auch im Internet noch sichtbarer zu werden.

Ende 2016 wurde mit den Vorbereitungen für entsprechende Kampagnen begonnen. In diesem Zuge haben das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus mit der Bezeichnung „Spurwechsel“ und das Aussteigerprogramm Islamismus mit der Bezeichnung „API“ neue, prägnantere Namen erhalten.

Facebook-Adressen der Aussteigerprogramme

API: [www.facebook.com / api.nrw](https://www.facebook.com/api.nrw)

Spurwechsel: [www.facebook.com / spurwechsel.nrw](https://www.facebook.com/spurwechsel.nrw)

Die Einrichtung von Facebook-Seiten für beide Programme wurde vorbereitet. In der ersten Hälfte des Jahres 2017 sind diese online gegangen. Die Aussteigerprogramme bieten damit künftig noch mehr Transparenz und öffnen sich den Interessenten in einer Form, die den aktuellen Kommunikationsgewohnheiten entspricht. Ausstiegswillige Personen können sich über das Internet somit jederzeit und bei Bedarf auch in zunächst anonymisierter Form mit ihren Fragen und Anliegen an die Programme wenden. Virtuelle Ausstiegsbegleiter stehen bei Facebook für



Facebook-Seite API – Aussteigerprogramm Islamismus

eine Beratung beziehungsweise den Abbau von Hemmnissen bei der Kontaktaufnahme zur Verfügung. Über die Hauptseiten der Programme werden zudem regelmäßig aktuelle Informationen zur Tätigkeit von „Spurwechsel“ und „API“ sowie den Arbeitsbereich im Allgemeinen veröffentlicht.

Beide Kampagnen richten sich zum einen an die originären Zielgruppen der Programme und sollen diese zum Ausstieg motivieren; zum anderen sollen

geeignete Multiplikatoren wie Polizei, Justizvollzugsanstalten, Moscheegemeinden oder Hilfesysteme, aber auch die Bevölkerung erreicht und auf die durch den Verfassungsschutz NRW angebotenen Ausstiegshilfen aufmerksam gemacht werden.

Frauen als Zielgruppe

Bisher wurden schwerpunktmäßig männliche Extremisten durch die Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes NRW betreut, obwohl sich das Angebot zu keinem Zeitpunkt nur an Männer richtete. Auf die besondere Herausforderung, Frauen zu erreichen und zu einer Distanzierung von der jeweiligen extremistischen Szene zu bewegen, hat der Verfassungsschutz NRW mit der gezielten Einstellung weiblicher Ausstiegsbegleiterinnen sowie einer auf Frauen und Mädchen gerichteten Akzentuierung der Ansprache reagiert.

Im Jahr 2016 wurde mit der Erarbeitung eines Konzepts zur zielgerichteten „Ansprache und Begleitung“ extremistischer Frauen und Mädchen begonnen. Es geht beispielsweise auf die Besonderheiten des Geschlechterverständnisses im Islamismus ein. Dieses Konzept wird in Abstimmung mit internen und externen Experten und Fachstellen entwickelt und in entsprechende Tagungen eingebracht. Ein Beispiel hierfür ist die durch das Programm „Spurwechsel“ ausgerichtete Veranstaltung zum Thema „Frauen und Mädchen im Rechtsextremismus“ im Dezember 2016, an der Vertreterinnen und Vertreter ziviler und staatlicher Aussteigerprogramme teilnahmen.

Spurwechsel – Aussteigerprogramm Rechtsextremismus

Bis Ende 2016 haben insgesamt 167 Personen die rechtsextremistische Szene über das Programm „Spurwechsel“ dauerhaft verlassen. Wie in den Vorjahren wurden 2016 kontinuierlich zwischen 40 und 50 Personen aktiv begleitet.



Die im Jahr 2015 durch Prof. Kurt Möller, Sozial- und Erziehungswissenschaftler an der Hochschule Esslingen, und Psychologin Prof. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein in Mönchengladbach vorgestellten Evaluationsergebnisse und die damit verbundenen Empfehlungen wurden im Jahr 2016 aufgegriffen. Im Rahmen einer wissenschaftlich begleiteten internen Projektgruppe wurden unter anderem die Dokumentation sowie einige Prozesse der Klientenbetreuung überarbeitet. Die Social-Media-Nutzung sowie die besondere Ausrichtung der Programme auf Frauen und Mädchen sind ebenfalls Ausfluss der Arbeit der Projektgruppe.

In 2017 wird das Programm methodisch weiterentwickelt. Während „Spurwechsel“ in der Vergangenheit primär auf Anfragen ausstiegswilliger Personen reagiert hat, werden nun zusätzlich die

Bemühungen verstärkt, möglicherweise ausstiegswillige Menschen eigeninitiativ anzusprechen. Da die Kontaktaufnahme zu einem Aussteigerprogramm oftmals eine nicht zu unterschätzende innere Hürde darstellt, die bei einer beginnenden Distanzierung nicht von jedem gleichermaßen überwunden wird, stellt das Mittel der aktiven Kontaktaufnahme durch „Spurwechsel“ eine sinnvolle und wichtige Erweiterung der Arbeitsmethodik dar.

Im Jahr 2016 haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Programms „Spurwechsel“ wieder an diversen Fachtagungen und Fortbildungen teilgenommen, darunter unter anderem die Bundesarbeitstagung der staatlichen Ausstiegshilfen sowie verschiedene Veranstaltungen ziviler und staatlicher Programme im Rechtsextremismus. Im Jahr 2017 wird „Spurwechsel“ zudem Tagungen und Fortbildungen im Bereich des polizeilichen Staatsschutzes sowie innerhalb der Justiz durchführen.

API – Aussteigerprogramm Islamismus

Das seit 2014 bestehende Aussteigerprogramm Islamismus „API“ richtet sich an stark radikalisierte und in die islamistische Szene fest eingebundene Personen. An das Programm können sich auch Rückkehrer aus Kriegsgebieten und wegen entsprechender politischer Straftaten verurteilte Inhaftierte wenden, wenn sie sich aus der Szene lösen wollen. Bis Ende 2016 ist das „API“ bei knapp 100 Personen aus diesem Spektrum tätig geworden. Etwa 40 Fälle werden derzeit aktiv begleitet und rund 10 Fälle sind nach Überprüfung durch das „API“ in andere Hilfesysteme überführt worden, beziehungsweise sie werden dorthin abgegeben. Die übrigen Fälle sind bereits abgeschlossen, weil eine Deradikalisierung mit Hilfe des „API“ zügig erreicht wurde oder weil die Ausstiegsabsichten möglicher Klienten nicht oder nicht ausreichend vorhanden waren, um eine Aufnahme in das Programm zu rechtfertigen. Das „API“ hat von Beginn an eine aktive Fallakquise betrieben, viele Extremisten proaktiv kontaktiert und auf einen Ausstieg hingearbeitet. Dieses Vorgehen bringt naturgemäß eine höhere „Ausfallquote“ als eine primär reaktive Arbeitsweise mit sich.



Wie im Bereich Rechtsextremismus dauert ein Deradikalisierungsprozess im Islamismus zwischen drei und fünf Jahren. In einigen Fällen konnte das „API“ bei aktuellen Klienten bereits eine nachhaltige und dauerhafte Distanzierung von der extremistischen Szene erreichen. Das Programm wird innerhalb der Szene zunehmend bekannter. Die Anzahl der eigeninitiativen Kontaktaufnahmen beispielsweise inhaftierter Extremisten steigt kontinuierlich an. Das „API“ wird von der Zielgruppe folglich gut angenommen. Um diese Entwicklung weiter zu befördern, werden im Jahr 2017 nicht nur die Werbung für das „API“ verstärkt, sondern auch diverse Veranstaltungen und Fortbildungen bei potentiellen Multiplikatoren durchgeführt. So wird das „API“ ebenfalls Tagungen, beispielsweise für den polizeilichen Staatsschutz und die Justiz, durchführen.

Fachtagungen

Die Erkenntnisse des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes zum Extremismus und seine Expertise in der Präventionsarbeit sind für das Fachpublikum bei themenbezogenen Tagungen und Kongressen regelmäßig von großem Interesse. Im Jahr 2016 hat der Verfassungsschutz selbst Veranstaltungen zu den Themen „Gegenstrategien zu islamistischer Online-Propaganda“ und „Salafismus im Jugend- und Bildungsbereich“ durchgeführt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes nehmen daneben aber auch an zahlreichen Vorträgen und Workshops anderer Fachtagungen teil. Eine sehr gute Gelegenheit zum Austausch und zur Vernetzung bietet zudem die Teilnahme als Aussteller beim Deutschen Präventionstag, der 2016 in Magdeburg zu Gast war.

Symposium „#salafismus – Gemeinsam gegen salafistische Internet-Propaganda“

Das Internet und insbesondere soziale Medien haben als Raum der Ansprache, Rekrutierung und Verbreitung von Propaganda durch extremistische Salafisten in den letzten Jahren stark an Bedeutung gewonnen. Mit jugendaffinen und lebensweltnahen Inhalten werden potenzielle Anhänger und Unterstützer umworben. Die Bandbreite der Inhalte reicht von eindeutig als jihadistisch erkennbarer Propaganda bis zu niedrighem Angeboten, die bewusst emotionalisieren wollen, dabei jedoch den extremistischen Charakter verschleiern.

Das Symposium „#salafismus – Gemeinsam gegen salafistische Internet-Propaganda“ am 16. April in Berlin hat eine Plattform zur Erörterung von Inhalten, Methoden und möglichen präventiven Handlungsstrategien geboten. Neben dem Ministerium des Innern Nordrhein-Westfalen, Abteilung Verfassungsschutz, war die Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund an der Organisation und Ausrichtung der Veranstaltung beteiligt.

Ziele des Symposiums waren die Betrachtung des Themas islamistische Internet-Propaganda aus unterschiedlichen fachlichen Blickwinkeln sowie das Setzen von Impulsen für den Aufbau konkreter Präventionsmaßnahmen. Sicherheitsbehörden, die Online-Community, Wissenschaft, Pädagogik und Prävention haben dabei ihre Expertise unter anderem in kurzen Vorträgen eingebracht.

Die folgenden Workshops beschäftigten sich mit der Wahrnehmung islamistischer Propaganda durch die Online-Community, mit Gegenmaßnahmen und Präventionsansätzen sowie mit



Symposium „#salafismus – Gemeinsam gegen salafistische Internet-Propaganda“ am 16. April 2016 in der Landesvertretung NRW in Berlin

Möglichkeiten einer zielgerichteten Vernetzung und Zusammenarbeit wesentlicher Akteure. Die Teilnehmenden waren aufgerufen, konkrete Ideen in der Auseinandersetzung mit der Internet-Propaganda zu entwickeln. Ein vielversprechendes Ergebnis war beispielsweise der Vorschlag zur Stärkung von „Role Models“ als Alternative und Gegengewicht zu charismatischen Predigern der islamistischen Szene, deren Kanäle und Auftritte in den sozialen Medien zum Teil sehr häufig aufgerufen werden.

Herausforderung extremistischer Salafismus – Angebote für Schule und Jugendarbeit

Der extremistische Salafismus stellt Lehrkräfte an Schulen sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Jugendarbeit zunehmend vor neue und schwierige Herausforderungen: Wie kann man Jugendliche erreichen, mit ihnen ins Gespräch kommen, sie sensibilisieren und schützen?



Die vier Unterrichtsmodule des Angebots „Herausforderung extremistischer Salafismus – Angebote für Schule und Jugendarbeit“ werden gut angenommen und stoßen auf positive Resonanz.

Das Ministerium des Innern hat in Zusammenarbeit mit dem Schulministerium mehrere Angebote zusammengestellt, die im Unterricht oder bei der Arbeit mit jungen Menschen genutzt werden können und dabei helfen sollen, Jugendliche über die Gefahren des extremistischen Salafismus aufzuklären.

Es stehen vier Unterrichtsmodule zur kreativen und künstlerischen Auseinandersetzung mit dem Thema Salafismus zur Auswahl: Das Theaterstück „Dschihad One-Way“ des Jungen Theaters Hof, eine Lesung des Buches „Kadir, der Krieg und die Katze des Propheten“ von Benno Köpfer und Peter Mathews, eine Lesung des Romans „Dschihad Calling“ von Christian Linker sowie ein Comic-Workshop mit dem Cartoonisten und Comic-Zeichner Peter Schaaff, der zum Thema Extremismus und Salafismus fachlich von Sinem Aslan, Expertin für Kinder- und Jugendarbeit, begleitet wird.

Lehrerinnen und Lehrer, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie pädagogische Fachkräfte in der Jugendarbeit können diese für sie kostenfreien Module sowie zusätzliches Lehrmaterial über die Webseite www.im.nrw.de/salafismus-praevention anfordern. Sie lassen sich modular für den Unterricht oder beispielsweise in Projekten mit jungen Menschen nutzen.

Bei einer Informationsveranstaltung für Schulen am 5. Dezember 2016 im Innenministerium wurden die Angebote erstmals vorgestellt. Die vom ersten Tag an sehr hohe Nachfrage bestätigt den großen Bedarf an entsprechender Unterstützung insbesondere an Schulen. Restkontingente sind im Jahr 2017 weiterhin buchbar.

21. Deutscher Präventionstag in Magdeburg

Im Jahr 2016 war der Verfassungsschutz NRW ebenfalls mit einem eigenen Stand beim Deutschen Präventionstag in Magdeburg vertreten, dem größten europäischen Fachkongress zum Themenfeld Prävention. Die zahlreichen innovativen Präventionsangebote und -programme des Verfassungsschutzes im Bereich der primären, sekundären und tertiären Prävention wurden einem nationalen und internationalen Fachpublikum vorgestellt. Das hohe Interesse der Kongressbesucher an den nordrhein-westfälischen Angeboten zeigte sich in einer Vielzahl von Fachgesprächen und der großen Nachfrage nach Informationen. Es wurden konkrete Einzelfälle in Hilfs- und Beratungsangeboten vermittelt und mit Praxis und Wissenschaft intensiv über zukünftige Herausforderungen der Präventionsarbeit beraten.



VIR – Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Trainerinnen- und Trainer-Ausbildungen in Braunschweig und Marienheide sowie das erste Reflexions- und Vernetzungstreffen für alle ausgebildeten Trainerinnen und Trainer standen 2016 im Mittelpunkt der Aktivitäten des VIR-Projekts. VIR ist die Abkürzung für „VeränderungImpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“. Dieses Fortbildungskonzept haben Mitarbeiter des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten 2014 angestoßen und gemeinsam mit Partnerorganisationen entwickelt. Es richtet sich an Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind – also mit jungen Menschen, die sich der rechtsextremistischen Szene annähern, aber noch nicht fest in ihr verankert sind.



Veränderungsimpulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Positive Resonanz der Ausbildungen 2016

Die Trainerinnen- und Trainer-Ausbildungen vom 26. bis 29. Januar 2016 in Braunschweig und vom 27. bis zum 30. September 2016 in Marienheide haben weitere pädagogische Fachkräfte in die Lage versetzt, VIR-Fortbildungen in Zweierteams selbst durchzuführen. Ausrichter der ersten Veranstaltung war der „Nordverbund Ausstieg Rechts“, ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Aussteigerprogramme in den norddeutschen Bundesländern. Er hatte den Steuerungskreis des VIR-Projekts eingeladen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Programme zu VIR-Trainerinnen und Trainern fortzubilden. Breiter gefächert war der Kreis der Teilnehmenden an der offen ausgeschrieben Ausbildung in Marienheide, darunter Fachkräfte aus den Sozialdiensten der Justiz, aus Jugendzentren oder Präventionsprogrammen zum Thema Rechtsextremismus. Inzwischen

stehen rund 70 ausgebildete VIR-Trainerinnen und -Trainer im Rheinland und in Westfalen sowie in sieben weiteren Bundesländern zur Verfügung.

Die Ausbildungen fanden erneut eine sehr positive Resonanz und erreichten ihr wichtigstes Ziel: In der anonymen Abschlussbefragung stimmten fast alle Teilnehmenden der Aussage zu, sie seien nun „inhaltlich fit“, um Ansatz und Methoden von VIR weiterzuvermitteln. Die Ausbildungen sind über drei Jahre erprobt und bewährt. Auf der Basis der Rückmeldungen erörtert der Steuerungskreis regelmäßig, welche Änderungen sinnvoll sind. Dies geschieht auch mit Blick auf die nächste Trainerinnen- und Trainer-Ausbildung, die vom 25. bis 28. September 2017 in Bielefeld stattfinden wird.

Erstes Reflexions- und Vernetzungstreffen in Dortmund

Das erste Reflexions- und Vernetzungstreffen am 1. Dezember 2016 in Dortmund gab allen VIR-Trainerinnen und -Trainer Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen. Diejenigen, die bereits eigene VIR-Fortbildungen durchgeführt hatten, zogen eine positive Bilanz: Es zeigte sich, dass Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsorientierten jungen Menschen durch die im VIR-Projekt vermittelte Haltung und entsprechende Methoden gestärkt wurde. Als wichtige Hilfen erwiesen sich die Materialquellen, die das Projekt den Trainerinnen und Trainern an die Hand gibt. Dies sind ein Manual mit genauen thematischen und methodischen Informationen zu den Bausteinen einer VIR-Fortbildung sowie der passwortgeschützte Bereich der Projekt-Website für Trainerinnen und Trainer.

VIR-Konzept der Fachöffentlichkeit näher vorgestellt

Mit weiteren Maßnahmen ging es darum, das Konzept in Fachkreisen genauer vorzustellen. So erschien ein Beitrag zum VIR-Projekt in „Jugendhilfe-aktuell“, der Fachzeitschrift des LWL-Landesjugendamts Westfalen. Zudem wurde es am 17. November 2016 auf der Jahrestagung Jugendförderung des LWL-Landesjugendamts in zwei Workshops und am 30. März 2017 in einer Projektpräsentation auf dem Deutschen Kinder- und Jugendhilfetag in Düsseldorf erläutert.

Zusammenarbeit staatlicher und zivilgesellschaftlicher Stellen

Im VIR-Projekt arbeiten staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen eng zusammen: Es wird gemeinsam getragen vom Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (ak-Ruhr), der Katholischen Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V. und dem Verfassungsschutz NRW (Aussteigerprogramm „Spurwechsel“). VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen. Auch die ginko Stiftung für Prävention in Mülheim/Ruhr, an deren Fortbildungskonzept MOVE (Motivierende Kurzintervention)



Von Ambivalenzen erkennen bis Ziele klären: VIR-Fortbildungen bestehen aus zehn thematischen Bausteinen

sich VIR anlehnt, hat das Projekt unterstützt. VIR-Fortbildungen umfassen zehn Bausteine, insbesondere Module zur motivierenden Gesprächsführung und Grundwissen zum Thema Rechtsextremismus. Das Ziel ist, Impulse in Alltagssituationen zu geben, die zur Veränderung motivieren und diesen Prozess unterstützen. Es geht um Zielgruppen, die skeptisch sind, ob sie ihr Verhalten ändern möchten. Intensive Beratungsprozesse sind daher zunächst aussichtslos. VIR setzt auf Kurzinterventionen; dies sind „Tür und Angel“-Gespräche oder Kurzberatungen von zehn bis 60 Minuten. Typische Situationen sind Pausengespräche in der Schule, Gespräche im Jugendzentrum oder zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer JVA.

Informationen zum Projekt

Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter www.vir.nrw.de abrufbar.

Vorträge und Fortbildungen

Mit Vorträgen und Fortbildungen sensibilisiert der Verfassungsschutz NRW für Gefahren des Extremismus. Er informiert über Strategien, Erscheinungsformen und Ideologien der jeweiligen Szenen. Diese Aufklärungsarbeit ist in Nordrhein-Westfalen gesetzlicher Auftrag des Verfassungsschutzes. Die Behörde erhält regelmäßig Anfragen beispielsweise von Schulen sowie von Aus- und Fortbildungseinrichtungen der Polizei, Justiz und für pädagogische Fachkräfte. Großes Interesse besteht zudem bei politischen Stiftungen, Volkshochschulen, hauptamtlichen und ehrenamtlichen Kräften in Flüchtlingseinrichtungen und Einrichtungen aus dem wissenschaftlichen Raum. Der Verfassungsschutz NRW hat im Jahr 2016 mehr als 330 Vorträge und Fortbildungen zu den Erscheinungsformen des politischen Extremismus durchgeführt. Hinzu kommen mehr als 52 Veranstaltungen im Bereich des Wirtschaftsschutzes und der Spionageabwehr (siehe Kapitel Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz).

Schwerpunkte Rechtsextremismus und Islamismus

Die Zahl der Aufklärungs- und Sensibilisierungsveranstaltungen zu Aspekten des politischen Extremismus ist gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen (2015: rund 170). Im Jahr 2016 hat der Verfassungsschutz NRW mit Vorträgen und Fortbildungen zum Extremismus 14.650 Menschen landesweit informiert. Die weitaus meisten Veranstaltungen nahmen den Rechtsextremismus oder den Islamismus, teilweise auch beide Bereiche gleichzeitig, in den Blick. Wie in den Vorjahren richteten sich Vorträge und Fortbildungen überwiegend an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, sie fanden aber auch im Rahmen von Unterrichtsreihen oder Projekttagen für Schülerinnen und Schüler statt.

Der Verfassungsschutz NRW ist in der Regel nicht selbst Veranstalter, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligen sich vielmehr auf Einladung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Bildungsträger. Langjährig bewährt sind beispielsweise Kooperationsveranstaltungen mit der Landeszentrale für politische Bildung. 2016 fanden weiterhin die Präventionstage „Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus“ für Schülerinnen und Schüler ab der 9. Klasse statt, die die Landeszentrale in Kooperation mit dem Verfassungsschutz NRW und Schulministerium NRW veranstaltet. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes unterstützten zudem die Informationsreihe „Vielfältiger Islam und gewaltbereiter Salafismus“ für pädagogische Fachkräfte, eine Kooperationsveranstaltung der Landeszentrale mit dem Innen-, dem Schul- und dem Integrationsministerium in Nordrhein-Westfalen.

Zum Thema Rechtsextremismus fanden 178 Vorträge und Fortbildungen mit etwa 6.000 Teilnehmenden statt. Die Veranstaltungen nehmen aktuelle Entwicklungen dieser Szene in den Blick. Ebenfalls Thema ist die Hetze gegen geflüchtete Menschen, die derzeit das wichtigste Propagandathema im Rechtsextremismus ist. Sie nimmt an Aggressivität weiter zu und bildet auch einen Nährboden für Gewalt. Die Veranstaltungen zeigen, wie Rechtsextremisten in Wort und Bild sowie insbesondere online in den sozialen Netzwerken Ablehnung schüren, systematisch Feindbilder aufbauen und Fakten verdrehen. Spezielle Aufklärungsveranstaltungen zu diesem Thema fanden 2016 in Bochum, Mettmann und Wuppertal statt. Einen Schwerpunkt in der Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes NRW bilden seit Jahren Aspekte, die als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ zusammengefasst werden können. Gemeint sind alle Formen, mit denen sich Rechtsextremisten gezielt an Jugendliche wenden: Angebote im modernen Gewand, die mit Gemeinschaft, Action, Tabubruch und vermeintlicher Anerkennung verbunden sind, oft mit Aktivitäten an der Grenze oder jenseits der Legalität. Diese Erlebniswelt kann auf Jugendliche Reize ausstrahlen. Aufklärung verfolgt das Ziel, den menschenverachtenden Charakter zu enttarnen. Möglichkeiten zur Vertiefung des Themas durch Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bietet die vom Verfassungsschutz NRW gemeinsam mit jugendschutz.net veröffentlichte Publikation „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ (siehe Abschnitt: Veröffentlichungen).

Aussteigergespräche zeigen Lebenswege, Motive und Gefahren

Die Erlebniswelt stand beispielsweise im Mittelpunkt der Fortbildungstagung „Extremistische Bewegungen: Aktuelle Gefährdungen für unsere Demokratie?“, die am 4. Oktober 2016 in Düsseldorf in Kooperation mit dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der Deutschen Vereinigung für politische Bildung stattfand. Zu den zentralen Elementen der Tagung zählte das Gespräch mit drei Aussteigern aus dem Rechtsextremismus, dem extremistischen Salafismus und dem türkischen rechtsextremistischen Spektrum („Graue Wölfe“). Ein Gespräch mit drei Aussteigern aus dem Rechtsextremismus und dem extremistischen Salafismus fand auf dem Studientag mit dem Titel „Sensibilisierung der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter für den Umgang mit (Rechts-)Extremismus in Schule und Unterricht“ statt, den der Verfassungsschutz NRW am 26. September 2016 zum fünften Mal gemeinsam mit dem Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung in Hamm veranstaltet hat. Teilgenommen haben rund 170 Referendarinnen und Referendare aller Fachrichtungen. Gespräche mit Aussteigern waren Bestandteil von über 40 Aufklärungsveranstaltungen im Jahr 2016. Sie gaben einen sehr direkten Einblick in Lebenswege und Motive, die zur Annäherung an den Extremismus geführt haben, aber auch in die Gefahren, die von diesen Szenen ausgehen.



Mit mehr als 330 Vorträgen und Fortbildungen hat der Verfassungsschutz NRW im Jahr 2016 14.650 Menschen informiert



Hohe Nachfrage zu Salafismus und Prävention

Im Jahr 2016 wurde bei 144 Veranstaltungen zum Themenfeld Islamismus aufgeklärt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes informierten darin über Zahlen, Ideologie, Propagandaaktivitäten und Netzwerke extremistischer Salafisten. Es wurden zudem Radikalisierungsgründe und kennzeichen beleuchtet.

Der Verfassungsschutz wirkt diesen zunehmenden Herausforderungen durch islamistische Agitationen und Bedrohungen mit einer Strategie der Prävention auf allen Ebenen entgegen. Stark nachgefragt waren Informationen zum Programm „Wegweiser – gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“, zum „Aussteigerprogramm Islamismus“ sowie zu konkreten Beratungs- und Interventionsmöglichkeiten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes berieten in Einzelfällen und vermittelten Hilfen vor Ort.

Die Vorträge wurden von Multiplikatoren, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus zivilgesellschaftlichen ebenso wie staatlichen Strukturen, sowie interessierten Bürgern sehr stark nachgefragt. Sie wurden gezielt unter anderem für Beschäftigte in Justizvollzugsanstalten, politischen Institutionen und Gremien, Behörden, zivilgesellschaftlichen und staatlichen Beratungsstellen und Stiftungen angeboten. Ein besonders hoher Informationsbedarf bestand im Bereich Schule. Das hinsichtlich Fachlichkeit und Alter breit gefächerte Teilnehmerspektrum spiegelt den gesamtgesellschaftlichen Ansatz der Präventionsarbeit des Verfassungsschutzes wider. Hinter diesem Ansatz steht die Erkenntnis, dass jeder Form von Extremismus nur erfolgreich begegnet werden kann, wenn eine breit aufgeklärte Öffentlichkeit dies aus der demokratischen Gesellschaft heraus betreibt.

Sensibilisierung im Umfeld von Flüchtlingseinrichtungen

Wie im Vorjahr hat der Verfassungsschutz NRW 2016 spezielle Sensibilisierungs- und Aufklärungsveranstaltungen für Betreiber von Flüchtlingseinrichtungen, deren Beschäftigte sowie ehrenamtliche Helferinnen und Helfer durchgeführt. Bei den Vorträgen wurde der extremistische Salafismus genau in den Blick genommen und das Präventionsprogramm „Wegweiser“ sowie das „Aussteigerprogramm Islamismus“ vorgestellt. Seit Ende 2015 bis 2016 wurden diese Themen insgesamt über 2.500 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, die mit und für geflüchtete Menschen arbeiten, in allen Regierungsbezirken vermittelt. In rund 30 Sensibilisierungsmaßnahmen im Jahr 2016 wurden zusätzlich Behörden wie Jugendämter, Ausländerbehörden, Schulen sowie Polizei- und Sozialbehörden informiert.

Personen, die mit geflüchteten Menschen intensiv in Kontakt stehen, wurden durch diese Veranstaltungen in die Lage versetzt, besonders auffälliges Verhalten oder Veränderungen von Personen, die auf eine mögliche Radikalisierung schließen lassen, besser einordnen und bewerten zu können. Mit diesem Rüstzeug lassen sich einschlägige, salafistische Anwerbeversuche schneller erkennen und Maßnahmen wie Zutrittsverbote frühzeitig ergreifen.

Veröffentlichungen

Aufklärung leistet einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Verfassung. Als Plattformen dienen dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz dabei verschiedene zum Teil themenbezogene Websites, bei den Aussteigerprogrammen neuerdings aber auch Angebote in sozialen Netzwerken. Im Berichtsjahr 2016 wurden zudem Broschüren und anderen Veröffentlichungen mit Informationen und Analysen über politischen Extremismus zur Verfügung gestellt. Informationsmaterialien wie Plakate, Faltblätter und Visitenkarten runden das Portfolio ab. Sie weisen beispielsweise auf Kontaktmöglichkeiten zu den Aussteigerprogrammen und zum Präventionsprogramm Wegweiser hin. Interessierte erhalten sie unter anderem bei Vortragsveranstaltungen oder bei Online-Bestellung.

Sammelband und Online-Angebote „Erlebniswelt Rechtsextremismus“

Äußerlich hat sich der Rechtsextremismus von Grund auf verändert: Rassismus und Gewalt sind oft nicht auf den ersten Blick erkennbar; die Szene strahlt Coolness, Modernität und Unangepasstheit aus. Sie nutzt neue Formen für ein neues Image: zeitgemäß und dynamisch, teils subversiv und provokant. Ein Schaufenster für die moderne Präsentation des Rechtsextremismus ist das Internet, vor allem das Social Web. Zudem spielt Musik eine zentrale Rolle. Dies zeigt sich bei Konzerten, Festivals, „Schulhof-CDs“ und Musikvideos im Netz. Unter dem Titel „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ nehmen mehr als 30 Autorinnen und Autoren aus Schule und außerschulischer Jugendarbeit, Wissenschaft, Jugendmedienschutz und Verfassungsschutz NRW die Mittel und Strategien in den Blick, mit denen sich Rechtsextremisten gezielt an junge Menschen wenden. Der Sammelband verbindet Analyse mit Impulsen: 19 Projektskizzen liefern Methoden und Ansätze aus der Praxis, um mit Jugendlichen den kritischen Blick auf den Rechtsextremismus zu schärfen. Ein Online-Angebot, das den Leserinnen und Lesern zur Verfügung steht, enthält vertiefendes Material zu jedem Beitrag, darunter Aufsätze, Präsentationen und Arbeitsblätter. Die Publikation wird von jugendschutz.net und Verfassungsschutz NRW seit zehn Jahren gemeinsam veröffentlicht. 2016 wurde sie erneut eingehend überarbeitet und erscheint im August 2017 in fünfter Auflage. Die vorausgegangenen Ausgaben hatten in Fachkreisen ein sehr positives Echo gefunden. So sprach das Internetportal „Mut gegen rechte Gewalt“ von einem „Praxisbuch durch und durch. Besonders für Menschen, die in der (außer)schulischen Bildungsarbeit tätig sind, kann die Lektüre nur empfohlen werden.“



Pädagogische Handreichung zu Wegweiser

Seit Ende 2016 erarbeitete das Präventionsreferat beim Verfassungsschutz NRW in Abstimmung mit den Anlaufstellen des Programms Wegweiser und weiteren Experten eine pädagogische Handreichung zur Arbeit von Wegweiser. Die Handreichung zum Themenfeld Islamismus und Prävention wird im Laufe des Jahres 2017 erscheinen und erläutert Konzept und Methoden der Wegweiser-Beratung: Welche Anliegen bringen Ratsuchende mit? Welche Konfliktlagen können zu einer Annäherung von Jugendlichen an die salafistische Szene führen? Wie arbeiten die Wegweiser-Stellen gemeinsam mit dem Jugendlichen und weiteren Akteuren solche Konflikte auf und schaffen neue Perspektiven? Die Handreichung nimmt die konkrete Beratungsarbeit in den Blick, zeigt Qualitätsstandards von Wegweiser auf und liefert Hintergrundinformationen zum Salafismus und zur Radikalisierungsprävention. Sie richtet sich an alle, die an der Wegweiser-Beratungsarbeit interessiert sind, insbesondere aus den Bereichen Schule, Jugendhilfe, Soziales und Prävention.

Aufsätze in Fachpublikationen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes NRW bringen ihre Analysen regelmäßig in Bücher und Zeitschriften im wissenschaftlichen Raum ein und tragen auf diese Weise zu einem Dialog von Verfassungsschutz und akademischer Forschung bei.

Warum wechseln Neonazis, die die parlamentarische Demokratie ablehnen, in rechtsextremistische Parteien, und welche Folgen hat dies für die Parteien? Die Analyse arbeitet heraus, dass diese „Flucht“ in Parteien eine Organisationsstrategie der Neonazi-Szene darstellt, um durch die Ausnutzung des Parteienprivilegs staatliche Repressionsmaßnahmen zu erschweren. Der Aufsatz ist erschienen in der Publikation „Etablierungschancen neuer Parteien“ (herausgegeben von Martin Morlok, Thomas Poguntke und Gregor Zons).

In einem weiteren Beitrag werden die ideologische Bedeutung und das empirische Ausmaß von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf kommunaler Ebene für rechtsextremistische Akteure untersucht. Strategische Überlegungen von Rechtsextremisten zeigen, dass solche Verfahren als passendes Instrument verstanden werden, um die liberale Demokratie zu delegitimieren. Die empirische Auswertung von 6.000 Vorlagen auf kommunaler Ebene ergibt jedoch, dass rechtsextremistisch motivierte Verfahren nur sehr selten durchgeführt werden. Die Analyse wurde im „Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2015/2016“ (herausgegeben von Armin Pfahl-Traughber) veröffentlicht.

Funktionen, Bedeutung und Entwicklung der rechtsextremistischen Publizistik stehen im Fokus eines Aufsatzes für das Online-Dossier „Rechtsextremismus“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Aus Sicht des Autors sind die eigenen Medien dieser Szene ihr „informationelles Kapillarsystem“: Sie transportieren ideologische Elemente, aktuelle Kampagnenthemen und Begriffe in die vielfältigen Verästelungen der rechtsextremistischen Netzwerke. Das gilt für Zeitungen, Zeitschriften und Bücher, inzwischen aber vor allem für rechtsextremistische Internetangebote.

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe der Länder und des Bundes. Nordrhein-Westfalen verfügt deshalb wie alle Länder der Bundesrepublik Deutschland über eine eigene Verfassungsschutzbehörde. Das Ministerium des Innern ist Verfassungsschutzbehörde. Die für den Verfassungsschutz zuständige Abteilung nimmt ihre Aufgaben gesondert von der Polizeiorganisation wahr.

Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz zu kooperieren. Dabei übernimmt das Bundesamt die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene. Mit Blick auf die weiterhin angespannte Gefährdungslage in der Bundesrepublik Deutschland und im Land Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung beschlossen, den Verfassungsschutz weiter personell zu verstärken. Dementsprechend wurde der Verfassungsschutz im Jahr 2016 um 37 zusätzliche Stellen verstärkt, so dass für die Abteilung insgesamt 425 Stellen zur Verfügung standen. Ergänzend dazu wurden die Sach- und Investitionsmittel auf 5,77 Millionen Euro erhöht.

Aufgaben

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu extremistischen Bestrebungen oder Organisationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten. Dazu gehören Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen. Des Weiteren betrifft dies Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Dabei verfolgt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln eine Dreifachstrategie aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe. Es ist seine Aufgabe, frühzeitig problematische Entwicklungen zu erkennen und Politik und Gesellschaft zu informieren und zu sensibilisieren. Da eine effektive Bekämpfung von Extremismus neben den konkreten Aufgaben von Sicherheitsbehörden auf gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen basiert, geht der Verfassungsschutz in die Gesellschaft hinein, klärt auf und bietet alle beteiligten Akteuren eine Zusammenarbeit an.

Dabei liegen die aktuellen Schwerpunkte der nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzbehörde weiterhin in der Aufklärung und Bekämpfung des Rechtsextremismus und des gewaltbereiten extremistischen Salafismus. Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit sowie Präventions- und Aussteigerprogramme verhindern dabei den Einstieg in die jeweilige extremistische Szene beziehungsweise ermöglichen die Loslösung darin eingebundener Personen.

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Die Aufgaben und Befugnisse der Verfassungsschutzbehörde sind im Verfassungsschutzgesetz (VSG NRW) definiert. Zugleich ist dort geregelt, durch wen und wie ihr Handeln kontrolliert wird, denn eine rechtliche und politische Kontrolle von Verwaltung sind konstitutive Merkmale des Rechtsstaates. Dies gilt natürlich auch für den Verfassungsschutz.

Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder seinen Ausschüssen beraten werden können, existieren für die Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Der Landtag Nordrhein-Westfalen bestimmt zu Beginn jeder Wahlperiode die Anzahl der Mitglieder des PKG und wählt diese aus seiner Mitte. Das PKG überwacht umfassend die Tätigkeit des Verfassungsschutzes.

Parlament	Genehmigungsvorbehalte	Öffentlichkeit
<ul style="list-style-type: none"> ▶ Parlamentarisches Kontrollgremium ▶ Berichtspflichten gegenüber Kabinett und Landtag ▶ Petitionen 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Zustimmung durch Minister ▶ Zustimmung durch unabhängige G10-Kommission ▶ Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Auskunftersuchen ▶ Benachrichtigungen ▶ Gerichte ▶ Presse, Medien

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Verarbeitung personenbezogener Daten

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben dürfen Verfassungsschutzbehörden unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalens nutzt dazu eigene Dateien sowie das „Nachrichtendienstliche Informationssystem und Wissensnetz“ (NADIS WN), auf das die Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes gemeinsam Zugriff haben.

Erfasst werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen. Getrennt davon werden Daten gespeichert zu Personen, die wegen



ihres Umgangs mit Verschlussachen oder ihrer Tätigkeit in einem sicherheitsempfindlichen Bereich einer Sicherheitsüberprüfung unterliegen.

Die Durchführung solcher Überprüfungen erfolgt mit Zustimmung der Betroffenen und macht rund 90% aller NADIS-Einträge aus NRW aus.

Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes

Im Jahr 2016 wurden notwendige Anpassungen bei den Speicher-, Übermittlungs- und Eingriffsbefugnissen im Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen vorgenommen. Die Gesetzesnovelle umfasste die Absenkung der Altersgrenze für die Speicherung personenbezogener Daten Minderjähriger von 16 auf 14 Jahre, die Voraussetzungen für die Speicherung personenbezogener Daten von Abgeordneten und die Ermöglichung der Speicherung von Belegdokumenten, die auch Daten unbeteiligter Dritter enthalten können.

Zudem wurden die Vorschriften für die Übermittlung von Daten des Verfassungsschutzes an die Polizei und weitere Vollzugsbehörden neu gefasst und der Katalog der schweren Straftatbestände erweitert, die im Verdachtsfall mit Zustimmung der G 10-Kommission eine Überwachung der Kommunikation ermöglichen. So wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, dass der Verfassungsschutz auch in Zukunft seinem gesetzlichen Auftrag umfassend und den verfassungsgerichtlichen Anforderungen entsprechend nachkommen kann.

Öffentlichkeitsarbeit

Eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit ist Grundvoraussetzung, um die Gesellschaft vor extremistischen Bestrebungen zu schützen. Daher versteht der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen den Leitspruch „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ als einen wesentlichen Arbeitsauftrag.

Damit die Bevölkerung, Politik und Medien Anzeichen für Extremismus frühzeitig erkennen können, leistet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet eine breite Palette verschiedener Informationsmittel an. Dazu gehören Vorträge und Tagungen, Broschüren und ein Informationsangebot im Internet.

Einen umfassenden Aufklärungsbeitrag, der alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfasst, liefert der jährliche Verfassungsschutzbericht. Die Jahresberichte dienen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus in NRW. Sie werden den Mitgliedern des Landtags zur Unterrichtung über Entwicklungen vorgelegt und auch von der Öffentlichkeit stark nachgefragt.



Die Broschüre „Extremistischer Salafismus als Jugendkultur – Sprache, Symbole und Style“ wurde mehr als 50.000 Mal verteilt.

Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen finden sich in Berichten und Broschüren, die über die Internetseite des Ministeriums des Innern unter www.im.nrw.de/verfassungsschutz abrufbar und kostenfrei bestellbar sind.

Besonders hervorzuheben ist der Bildungscomic „Andi – Comic für Demokratie und gegen Extremismus“, der in seinen drei Ausgaben die Themenfelder Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus jugendgerecht behandelt. Mit einer Gesamtauflage von mehr als 1,2 Millionen Exemplaren stellt die Comic-Reihe einen großen Erfolg in der Präventionsarbeit dar. Die in 2016 überarbeitete Broschüre „Extremistischer Salafismus als Jugendkultur“ wurde seit Erscheinen mehr als 50.000 Mal verteilt.

Liste der Bestrebungen und Organisationen

Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

A

»AKARAM«
 Advance
 al-Qaida
 Altermedia Deutschland
 »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«
 Ansaar Düsseldorf e.V./Ansaar International
 »Antikapitalistische Linke (AKL)«
 Antisem Versand
 Arbeiterpartei Kurdistan (PKK),
 Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL)
 ARMINIUS-Bund des deutschen Volkes
 Autonome Nationalisten (AN)

B

Bielefeld Sultan Fatih Genclik (BSFG)
 Blickpunkt
 Blood and Honour
 »Blue Springs LTD. (Afrikabrunnen)«
 »Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)«

C

Celebrity
 Celebrity Center
 Church of Scientology
 Combat 18

D

»Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«
 »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)«
 Der III. Weg
 Der Weg zum Glückhsein
 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
 »Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)«
 Deutsche Reichsdruckerei
 Deutsche Stimme (DS)

Devrimci Sol
 Die Freiheit
 Die Rechte
 Die wahre Religion (DWR)
 Division Braune Wölfe
 Division Germania
 Dogru Haber (Richtige Nachricht)
 dormundecho.org

E

»eedhesam.com«
 Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung)

F

Falk News
 »Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)«
 »Föderation der Yezidischen Vereine Kurdistan (FKE, früher YEK)«
 Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE)
 »Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)«
 »Frauenverband Courage e.V.«
 Freewinds
 Freier Widerstand Oberhausen
 Freies Netz Stolberg
 Freies Netz Süd
 Freiheit
 »Freiheitsfalken Kurdistan (TAK)«
 Freistaat Preußen
 Freundeskreis Rechts
 Freundeskreis Rhein-Sieg
 Furkan Nesli Dergisi (Magazin der Generation Furkan)
 Furkan Stiftung für Bildung und Dienstleistungen
 Furkan-Gemeinschaft

G

Gemeinschaften Kurdistan (KCK)
 Germaniten
 Germaniten Partei
 Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten
 Glückseligkeitspartei – Saadet Partisi (SP)
 »Grup Yorum«

H

Hamas
 Hammerskins
 Helfen in Not (HiN)
 Hizb Allah – Partei Gottes
 Hizb ut-Tahrir – Islamische Befreiungspartei (HuT)

I

Identitäre Aktion (IA)
 Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)
 Imam-Mahdi-Zentrum
 Impact
 »Internationale Koordination Revolutionärer Parteien und Organisationen (ICOR)«
 Interventionistische Linke (IL)
 Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)
 Islamischer Staat (IS)
 Islamistische nordkaukasische Szene (INS)
 Ismail Aga Cemaati (IAC)

J

Izzedin Al-Qassam-Brigaden
 Jabhat al-Nusra (JaN)
 Jugend für Menschenrechte
 Junge Nationaldemokraten (JN)
 Justizopferhilfe Löhne

K

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)
Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakir)
Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in eigenen Worten)
Köln für deutschen Sozialismus
KÖLN UNZENSIERT
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)
Kommunistische Plattform (KPF)
Kompetenz
Koordination der kurdischen ökologisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)

L

Landser
Lies!
Linksjugend [,solid]
LTTE Headoffice
LTTE International Organisation
Lunikoff

M

Makss Damage
marx21
Marxistische Blätter
Marxistische Linke
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)
Medizin ohne Grenzen
»Mednuce TV«
Milli Görüs-Bewegung
Miscavige, David
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform
Muhacirun (Auswanderer)
Muslimbruderschaft (MB)

N

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Nationaler Widerstand Duisburg
Nationalisten Kreis Gütersloh
Neue Ordnung Deutschland
»Newaya Jin«
Nordkaukasisches Emirat
NRW UNZENSIERT– Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW

O

Oidoxie
Oldschool Society (OSS)
OT-Univers

P

Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)
Palestinian Return Center (PRC)
»pathivu.com«
Pro Deutschland
Pro Köln e.V.
Pro NRW
Pro-Bewegung
Pro-Organisationen

R

Rebell
Reichsbürger und Selbstverwalter
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)
Revolutionärer Weg (RW)
Rote Fahne Magazin
Rotfüchse

S

Saadet Partisi (SP)

Sag nein zu Drogen
Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)
Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)
Scientology Organisation (SO)
»Serxwebun (Unabhängigkeit)«
Siegel der Propheten
Skinhead-Szene
Sleipnir
Smart Violence
Source
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)
»Sozialistische Linke (SL)«
staatenlos.info
»Sterka Ciwan (Stern der Jugend)«
Sturmwehr
Syndikat 52

T

»Tamil Coordination Committee (TCC)«
»Tamil Rehabilitation Organization e. V. (TRO)«
»Tamil Student Organization e.V. (TSV)«
»Tamil Youth Organization (TYO)«
»tamil.de«
Tamilische Befreiungstiger (LTTE)
The Auditor
»Turan e.V.«
Türkische Hizbullah (TH)
»tyo-germany.com«

U

»Ülkücü-Bewegung« (»Graue Wölfe«)
Ums Ganze. Kommunistisches Bündnis
Unsere Zeit (UZ)

V

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB)

»Verein Anatolische Förderation«
Verein Medizin mit Herz / vormals Volkshilfe e.V.
Volksverteidigungskräfte (HPG)

W

We love Muhammad
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)

Y

Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft)
»Yeni Özgür Politika«
Yürüyüs

Stichwortverzeichnis

A

- Abou Nagie, Ibrahim 191
ADÜTDF 156 ff.
Advance 226
Afrikabrunnen e. V.,
siehe Blue Springs LTD.
AKARAM 172
al-Qaida 189, 193, 198
Altermedia Deutschland 122
alternativ, unabhängig,
fortschrittlich (AUF) 138 f.
Ansaar Düsseldorf e.V./
Ansaar International 193 f.
Antikapitalistische Linke (AKL) 130 ff.
Antisem Versand 72
Arbeiterpartei Kurdistan (PKK),
Volkskongress Kurdistan
(KONGRA-GEL), siehe PKK
ARMINIUS-Bund des deutschen
Volkes 92 ff.
Autonome Nationalisten (AN) 96

B

- Banna al-, Hassan 210
Beisicht, Markus 56, 61, 65
Bielefeld Sultan Fatih
Gençlik (BSFG) 214
Blickpunkt 48
Blood and Honour 107
Blue Springs LTD. 196

- Bülten (Bulletin der
Türkischen Föderation) 156
Bürgerbewegung Pro NRW,
siehe Pro NRW

C

- Celebrity 226
Celebrity Center 226
Church of Scientology 226
Combat 18 107
Cremer, Claus 48, 51 f.

D

- Demokratisch-kurdisches Gesellschafts-
zentrum Deutschland (NAV-DEM) 169
Demokratisch-kurdisches
Gesellschaftszentrum (DKTM) 169
Demokratisch-kurdisches
Gesellschaftszentrum Deutschland
(NAV-DEM) 153, 169, 171
Der III. Weg 82 ff., 97
Der Weg zum Glücklichein 227
Deutsche Kommunistische
Partei (DKP) 125, 134 ff., 167
Deutsche Liga für Volk und
Heimat (DLVH) 62, 66
Deutsche Reichsdruckerei 114 f.
Deutsche Stimme (DS) 48, 50
Devrimci Sol 164 f.
Die Rechte 39, 45, 52 ff., 59,
..... 70 ff., 96 ff., 111
Die Republikaner (REP) 62, 66
Die wahre Religion (DWR) 189 ff.
Division Braune Wölfe 97 f.
Division Germania 109
DKP 125, 134 ff.
dormundecho.org 70, 76

E

- eedhesam.com 172
Engel, Stefan 138 ff.
Erbakan, Fatih 214
Erbakan, Necmettin 212 ff.
Erbakan Vakfi (Erbakan Stiftung) 214 f.

F

- Falk, Bernhard 197 f.
Föderation der Türkisch-Demokra-
tischen Idealistenvereine in
Deutschland e.V. (ADÜTDF) 156 ff.
Föderation der Yezidischen Vereine
Kurdistan (FKE, früher YEK) 169
Föderation islamischer Organisationen
in Europa (FIOE) 210
Föderation kurdischer Vereine in
Deutschland (YEK-KOM) 169
Franz, Frank 48, 55
Frauenverband Courage e. V. 138, 140
Freewinds 226
Freie Nationalisten Kreis Gütersloh 99
Freier Widerstand Oberhausen 101
Freies Netz Stolberg 101
Freies Netz Süd 82
Freiheit 226
Freistaat Preußen 114 f.
Freundeskreis Rechts 99
Freundeskreis Rhein-Sieg 97
Furkan-Gemeinschaft 222 ff.
Furkan Nesli Dergisi (Magazin
der Generation Furkan) 222
Furkan Stiftung für Bildung und
Dienstleistungen 222

G

- Gärtner-Engel, Monika 140 f.
Gärtner, Gabi 138, 140

- Gemeinschaften Kurdistan (KCK) 168
Gerechtigkeits- und Entwicklungs-
partei (AKP) 153
Germaniten 113, 118
Germaniten Partei 113
Gigi & Die Braunen Stadtmusikanten 109
Glückseligkeitspartei – Saadet
Partisi (SP) 213 ff.
Graue Wölfe, siehe Ülkücü-Bewegung
Grup Yorum 167

H

- Hamas 200 f.
Hammerskins 106 f.
Helfen in Not (HiN) 195
Hizb Allah – Partei Gottes 204 ff.
Hizb ut-Tahrir – Islamische
Befreiungspartei (HuT) 206 f.
HoGeSa 54, 58
Hozat, Bese 168

I

- Identitäre Aktion (IA) 89 ff., 97
Identitäre Bewegung
Deutschland (IBD) 40 f., 86 ff.
Imam-Mahdi-Zentrum 202
Impact 226
Internationale Koordination
Revolutionärer Parteien und
Organisationen (ICOR) 139 ff.
Islamische Gemeinschaft in
Deutschland e.V. (IGD) 210 f.
Islamischer Staat (IS) ... 36, 146, 150, 178 ff.,
198, 204 f., 217
Islamistische nordkaukasische
Szene (INS) 216 f.
Ismail Aga Cemaati (IAC) 215
Izzedin Al-Qassam-Brigaden 200

J

Jabhat al-Nusra (JaN)	196
Jihad	180, 183 f., 187, 189, 195, 198
Jugend für Menschenrechte	227
Junge Nationaldemokraten (JN)	59
junge Welt (jW)	131
Justizopferhilfe Löhne	117

K

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	208
Kameradschaft Hamm	52, 77
Kaplan, Cemaleddin	208
Kaplan, Metin	208 f.
Kartal, Remzi	168
Kendi Dilinden Hizbullah	218
Know-how	231 f., 240, 244
Köbele, Patrik	134
Köln für deutschen Sozialismus	98
KÖLN UNZENSIERT	62, 65
Kommunistische Partei Chinas (KPCh)	237
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	134, 137
Kommunistische Plattform (KPF)	130 ff.
Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands (KABD)	138
Kompetenz	226
Koordination der kurdischen ökologisch- demokratischen Gesellschaft in Europa (CDK)	168
Krolzig, Sascha	70, 74, 77
Kuytul, Alparslan	222 ff.

L

Landser	53
Lies!	177, 189 ff., 217
Linksjugend [solid]	130 ff.
LTTE Headoffice	173

LTTE International Organisation	173
Lunikoff	53

M

Makss Damage	109
marx21	130 f.
Marxistische Blätter	134
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)	125, 134, 138 ff.
Mednuce TV	150, 168
Milli Görüs-Bewegung	212 ff.
Miscavige, David	226
Mitteilungen der Kommunistischen Plattform	131
Muhacirun (Auswanderer)	208
Muslimbruderschaft (MB)	200, 206, 210 f.

N

Nationaldemokratische Partei Deutschlands, siehe NPd	
Nationaler Widerstand Dortmund	52, 75
Nationaler Widerstand Duisburg	99
Nationaler Widerstandsrat Iran (NWRI)	238
Neonazi-Szene	44, 48, 51, 55, 59, 70 ff., 85, 95 ff., 276
Neue Ordnung Deutschland	117, 119
Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)	168
Nordkaukasisches Emirat, siehe Islamistische nordkaukasische Szene (INS)	
NPd	39, 42 ff., 75, 77 ff., 92 f., 97, 120
NRW UNZENSIERT– Zeitung der Bürgerbewegung Pro NRW	56

O

Öcalan, Abdullah	168, 170
Oidoxie	109
Oldschool Society (OSS)	103, 105
OT-Univers	226

P

Palestinian Return Center (PRC)	201
Partei Gottes, siehe Hizb Allah	202, 218
pathivu.com	172
Pegida	38, 44
PKK	33 f., 146 ff., 159, 161, 163, 168 ff., 218 ff., 239
Prabhakaran, Velupillai	172, 174
Pro Deutschland	61, 65 ff.
Pro Köln e.V.	44, 56, 61 ff.
Proliferation	236, 240
Pro NRW	44 f., 54 ff., 65, 68 f., 81, 97
Pro-Organisationen	58, 63, 65, 68 f
PYD	150

R

Rebell	138, 141
Regener, Michael alias Lunikoff	53
Reichsbürger und Selbstverwalter	30, 39, 112 f., 116 ff.
Revolutionärer Weg (RW)	138, 141
Revolutionäre Volksbefreiungs- partei-Front (DHKP-C)	148 f., 164 ff., 239
Rote Fahne Magazin	138
Rotfuchse	138

S

Saadet Partisi (SP)	213
Sag nein zu Drogen	227
Salafismus	178, 182 f., 186 ff., 198 f., 209, 217, 251, 253 ff., 262 ff., 270 ff.
Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)	227
Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)	227
Scientology Organisation (SO)	226 ff.
Serxwebun (Unabhängigkeit)	168
Shahid Stiftung	203
Siegel der Propheten	192 f.

Skinhead-Szene	106 f., 111
Sleipnir	109
Smart Violence	109
Solingen aktiv	140
Source	226
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)	134, 137
Sozialistische Linke (SL)	130
staatenlos.info	117
Sterka Ciwan (Stern der Jugend)	168
Sturmwehr	109
Syndikat 52	81

T

Tamil Coordination Committee (TCC)	172 ff.
Tamilische Befreiungstiger (LTTE)	172 ff.
Tamil Rehabilitation Organization e.V. (TRO)	172
Tamil Student Organization e.V. (TSV)	172
Tamil Youth Organization e.V. (TYO)	174
Tamil Youth Organization (TYO)	172
Türkische Hizbullah TH	218 ff.
The Aditor	226
Thießen, Johann	92
Turan e.V.	157

U

Ülkücü-Bewegung (Graue Wölfe)	148 f., 156 ff.
Ums Ganze. Kommunistisches Bündnis	146
Unsere Zeit (UZ)	134 ff.

V

Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB), siehe Kalifatsstaat	
--	--

Verein Medizin mit Herz / vormals

Medizin ohne Grenzen	195
Volkshilfe e.V.	101
Volkskongress Kurdistan, siehe PKK	
Volksmodjahedin (MEK)	238
Volksrat der Eelam Tamilen –	
Deutschland (VETD)	174
Volksverteidigungskräfte (HPG)	151

W

Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)	203
We love Muhammad	190 ff.
Worch, Christian	70
World Institute of Scientology	
Enterprises (WISE)	228
www.rechte-hamm.com	77

Y

Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft)	218
Yeni Özgür Politika	168
Yürüyüş	164 f.

Z

Zagros, Hacer	168
Zawahiri al-, Ayman	198

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministeriums des Innern Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium des Innern
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@im.nrw.de
www.im.nrw.de

